

Thomas Gebhardt

Journalismus in Bolivien

**Einflüsse auf Medieninhalte:
Fallstudie zur Berichterstattung
über die Wasserprivatisierung in Cochabamba**

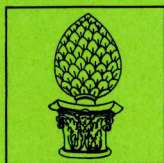
**MESA
REDONDA**

**Neue Folge
No. 17**

MESA REDONDA

erschien in den Jahren 1985 bis 1994 als Arbeitshefte des Instituts für Spanien-, Portugal- und Lateinamerikastudien der Universität Augsburg (ISLA). Eine Liste der bisher erschienenen Titel befindet sich am Ende dieses Heftes.

Seit Januar 1995 entsteht MESA REDONDA in Zusammenarbeit der drei folgenden Institute:



Institut für Spanien-, Portugal- und Lateinamerikastudien (ISLA)
Universität Augsburg
Universitätsstraße 6
D 86159 Augsburg



Zentralinstitut für Regionalforschung
Sektion Lateinamerika
Universität Erlangen-Nürnberg
Kochstraße 4
D 91054 Erlangen



Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien
Katholische Universität Eichstätt
Ostenstraße 26-28
D 85071 Eichstätt

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

ISSN 0946-5030

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Herausgeber.

Thomas Gebhardt

Journalismus in Bolivien

**Einflüsse auf Medieninhalte:
Fallstudie zur Berichterstattung
über die Wasserprivatisierung in Cochabamba**

Katholische Universität Eichstätt

Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien

Centro de Estudios Latinoamericanos

Oktober 2002

Typskript: Rita Lentner

Redaktion: Dr. Karl-Dieter Hoffmann

Diese Studie wurde durch ein Forschungsstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht. Die Drucklegung wurde größtenteils durch einen Zuschuß des Vereins der Absolventen der Eichstätter Journalisten (AEJ. e.V.) finanziert.

31 0921 332 45

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einleitung	7
1.1 Gliederung der Arbeit	9
1.2 Zur Sprache	10
2. Hintergründe zu Bolivien	11
2.1 Wichtige Abschnitte bolivianischer Geschichte	11
2.2 Politischer Hintergrund	17
2.3 Soziale Lage - Wirtschaftskrise und politische Krise	20
2.4 Zusammenfassung der für die Arbeit wichtigen Punkte	24
3. Hintergrund zur Fallstudie - Wasserkrieg in Cochabamba	26
3.1 Wasserprivatisierung in Lateinamerika - Beispiel: Chile	27
3.2 Der Wasserkrieg in Cochabamba	28
4. Untersuchungsfragen und Methoden	35
4.1 Teilnehmende Beobachtung	37
4.2 Interviews und Befragung	39
4.3 Inhaltsanalyse	41
4.4 Anmerkungen zu Sprach- und Kulturunterschieden	43
5. Massenmedien und Journalismus in Bolivien	45
5.1 Stand der Forschung	45
5.2 Boliviens aktuelle Medienlandschaft	46
5.3 Neue Tendenzen im Bereich der Massenmedien	58
5.4 Rechtliche Rahmenbedingungen und journalistische Selbstkontrolle	61
6. Einflussfaktoren auf Medieninhalte	66
6.1 Einflüsse durch MedienarbeiterInnen	67
6.2 Einflüsse durch Routinen	74
6.3 Einflüsse durch die innere Organisation der Medien	82
6.4 Einflüsse von außerhalb der Medienorganisation	94
6.5 Einflüsse durch den ideologischen Rahmen	105
7. Zusammenfassung und Schlussbewertung	115
7.1 Die Rolle der Medien im Wasserkrieg	117
7.2 Aus der Untersuchung resultierende Thesen	119
8. Anhang	124
8.1 Sample der JournalistInnenbefragung	124
8.2 Auflistung der Interviews	124
8.3 Interviews	125
8.4 Abkürzungsverzeichnis und Glossar	161
9. Bibliographie	163

Danke

JournalistInnen, deren Lohnarbeit überwiegend daraus besteht, andere zu beobachten, zu bewerten und auszufragen, lassen sich in der Regel nur ungern bei der eigenen Arbeit über die Schulter schauen. In der Redaktion der Tageszeitung *Los Tiempos* habe ich genau das getan, beim Recherchieren auf dem Land, beim Streiten mit dem Chefredakteur über die Arbeitsbedingungen, bei endlosen Debatten in der Mediengewerkschaft, mit zugekniffenen Augen inmitten der Tränengaswolken zwischen Demonstranten und Polizisten ... Für die Offenheit ein herzliches Dankeschön!

Ohne die offene Unterstützung von Seiten vieler bolivianischer WissenschaftlerInnen wäre der Zugang zu den relevanten Bibliotheken und Archiven sicherlich wesentlich mühevoller gewesen; die unveröffentlichten Untersuchungen hätte ich gar nicht erhalten. In mehrstündigen Interviews standen sie mir außerdem als GesprächspartnerInnen zur Verfügung und unterstützten mich bei der Anlage meiner Inhaltsanalyse und der Formulierung des Fragebogens.

In Gesprächen erzählten mir JournalistInnen und WissenschaftlerInnen immer wieder von ihren langatmigen und in den allermeisten Fällen schließlich ergebnislos abgebrochenen Odysseen durch die bolivianische Bürokratie auf der Suche nach Statistiken, Vertragswerken etc. Einer freundlichen Mitarbeiterin im Informationsministerium verdanke ich, dass mir diese Irrfahrten erspart blieben.

Das Unterfangen, in einem fremden Land eine Untersuchung durchzuführen, ist immer mit Risiken verbunden. Viel zu leicht werden Bewertungsmaßstäbe angelegt, die den Umständen nicht gerecht werden. An dieser Stelle bedanke ich mich bei zahlreichen Freunden und Freundinnen, mit denen ich mich über die täglichen Erfahrungen und die politische Situation in Bolivien austauschen konnte.

Den Forschungsaufenthalt in Bolivien erleichterte die Friedrich-Ebert-Stiftung durch finanzielle Unterstützung. Die Untersuchung wurde beim Fach Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt als Diplomarbeit eingereicht. Betreut wurde die Arbeit durch Prof. Dr. Jan Tonnemacher. Dr. Karl-Dieter Hoffmann vom ZILAS fungierte als Zweitgutachter. Diesem danke ich auch für das Angebot, die Untersuchung in der Reihe *mesa redonda* zu veröffentlichen sowie für die redaktionelle Bearbeitung des Typoskripts. Der Verein der Absolventen der Eichstätter Journalistik (AEJ. e.V.) half bei der Finanzierung des Drucks.

1. Einleitung

Der Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen zeichnet für Bolivien ein düsteres, wenig hoffnungsvolles Bild: Den gängigen Statistiken zufolge ist der Andenstaat das mit Abstand ärmste Land Südamerikas¹: Der mehrere Entwicklungsindikatoren umfassende *Human Development Index* (HDI)² liegt für Bolivien seit 1975³ kontinuierlich etwa zehn Prozentpunkte unter dem vorletzten Land Südamerikas, Ecuador (UNDP 2001: 145-147). Im südamerikanischen Vergleich haben BolivianerInnen die geringste Lebenserwartung und die höchste Kindersterblichkeit. Gemeinsam mit Südafrika und Brasilien gehört es weltweit zu den drei Ländern mit der ungerechtesten Einkommensverteilung⁴ (UNDP 2001: 182-184).

Wer – Schreckensmeldungen erwartend – internationale Vergleiche zur Pressefreiheit anschaut, stellt erstaunt fest, dass Bolivien verhältnismäßig gut bewertet wird: Die "schwarzen Listen" der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die jährlich Berichte⁵ über Verstöße gegen die Pressefreiheit veröffentlichen, werden meist von Kolumbien angeführt (Schumacher 2001: 7). Im Jahresbericht 2001 der Organisation *Freedom House* wird Boliviens Presse als die freieste Lateinamerikas eingestuft. In allen vier Kategorien – Medienrecht, Einflüsse von Politik, Einflüsse durch Wirtschaft und Aggressionen gegen JournalistInnen – erhält Bolivien im südamerikanischen Vergleich die besten Werte. Von den weltweit 187 bewerteten Staaten landet Bolivien auf Platz 25 und damit nur vier Stellen hinter den USA (Platz 21) und deutlich vor einigen europäischen Ländern wie beispielsweise Frankreich (36) oder Italien (43) (Sussmann/Guida 2001: 10-40).

Pressefreiheit in Zahlen auszudrücken und international vergleichbar zu machen, ist ein schwieriges Unterfangen. Im Versuch, die Einflüsse zu messen, die von der Politik oder der Wirtschaft auf die Medien ausgehen, geschieht es allzu leicht, diese Sektoren als voneinander trennbare Gesellschaftsbereiche zu behandeln. Wenn aber Medienunternehmer gleichzeitig gewählte Politiker sind und zusätzlich Vorsitzende einer politischen Partei; wenn JournalistInnen "frei" recherchieren könnten, aber aus

1 Gemäß Nohlen/Thibaut (1995: 19-20) werden in dieser Arbeit folgende Länder zu Südamerika gezählt: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela. Der Begriff Lateinamerika umfasst zusätzlich die Länder Mittelamerikas und der Karibik.

2 Der HDI wird vom Weltentwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) nach folgenden Kriterien berechnet: Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und an der realen Kaufkraft orientierter Lebensstandard (Nuscheler 1996: 141). Die Werte werden zwischen 0 und 1 angegeben; von den 150 untersuchten Ländern landete Bolivien im Jahr 2001 mit 0.648 auf Platz 104.

3 Der HDI wurde erst in den 90er Jahren zum Standard. Die Zahlen lassen sich aber nachträglich auch für die zurückliegenden Jahre berechnen.

4 Die Einkommensverteilung wird von der UNDP nach dem Gini-Index bemessen; dessen Berechnung beschreibt Nuscheler (1996: 115).

5 Die bedeutendsten Organisationen publizieren ihre Jahresberichte zur Pressefreiheit im Internet: Reporters sans frontières (RSF 2000), International Press Institute (IPI 2000), Committee to Protect Journalists (CPJ 2000).

Zeitmangel nur die Nachrichten der staatlichen Agentur umschreiben können; ist dann die Pressearbeit wirklich als "frei" zu bezeichnen?

In dieser Arbeit wurde nicht der Versuch unternommen, verschiedene Länder miteinander zu vergleichen, so dass die Frage, ob Boliviens Medien tatsächlich die größte Pressefreiheit Lateinamerikas genießen, offen bleiben muss. Vielmehr wurden anhand eines Fallbeispiels verschiedene Einflussfaktoren untersucht, die auf Boliviens Medieninhalte wirken. Als Beispiel wurde die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung in Cochabamba gewählt: eine konfliktgeladene Situation, in der echte Recherchearbeit gefragt war. Vielschichtige politische und wirtschaftliche Interessen waren bei diesem Fall im Spiel, außerdem galt es, der Bevölkerung über die Medien verständlich zu machen, was für Konsequenzen die Privatisierung haben könnte und welche Erfahrungen andere Länder damit bereits gemacht hatten. Letztendlich eskalierte der Interessenkonflikt zwischen Regierung und Bevölkerung und führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen die JournalistInnen nicht selten zwischen die Fronten gerieten.

Durch teilnehmende Beobachtung, Gespräche mit am Konflikt Beteiligter (JournalistInnen und Konfliktparteien) und einer Inhaltsanalyse von vier Tageszeitungen wurde im Rahmen einer Diplomarbeit im Studiengang Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt versucht, genau ein Jahr nach der Eskalation des Konflikts das Geschehen teilweise zu rekonstruieren. Besonders durch die qualitativen Methoden der Beobachtung und freier Interviews gelang ein recht guter Einblick in die Arbeitsweise der JournalistInnen. Einige Hintergründe zu Einflüssen während des Wasserkriegs konnten aufgedeckt werden. Ziel dieser Arbeit ist es aber nicht, einzelnen Personen Schuld nachzuweisen. Vielmehr geht es dem Verfasser darum, jene Strukturen verständlich zu machen, die einen unabhängigen Journalismus in Bolivien unwahrscheinlich machen. Die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung soll lediglich als Fallbeispiel dienen, an dem bestimmte Einflussfaktoren und deren Wirkungsweise aufgedeckt und eingeordnet werden können. In vielen Fällen wurde den Interviewten versprochen, Informationen nicht oder nur anonym zu veröffentlichen.

Die Abfassung eines Forschungsberichts stellt einen Kompromiss aus divergierenden Erwartungen an den Forscher dar: der 'scientific community' auf objektive und vollständige Darlegung der Ergebnisse, der Betroffenen auf Schutz ihrer Anonymität und subjektiven Bedürfnisse und im Falle eines Auftraggebers auf Einhaltung der Verpflichtungen, die man ihm gegenüber eingegangen ist (Friedrichs 1980: 394).

1.1 Gliederung der Arbeit

Die Untersuchung beginnt mit der Darstellung einiger zum Verständnis der Ergebnisse wichtigen Hintergründe zu Bolivien (Kapitel 1). In einem kurzen historischen Rückblick werden drei Schwerpunkte beleuchtet, die nach Meinung des Verfassers noch heute besonderen Einfluss auf die Funktionsweise des bolivianischen Journalismus haben: die Revolution von 1952 mit der darauf folgenden MNR-Regierung (a), eine 18 Jahre dauernde Ära der Militärdiktaturen (b) und die mit 1985 einsetzende Phase der Neoliberalisierung des Landes (c). Dabei wird in jedem Abschnitt auch auf die Situation der Medien und JournalistInnen eingegangen. Anschließend werden einige politische (1.2) und soziale (1.3) Zusammenhänge erläutert. Ein Schwerpunkt wird in den Ausführungen auf die Teilung des Landes in politischer und sozialer Hinsicht gesetzt. Die Beschreibung der politischen Organisation Boliviens soll nicht nur die offizielle, in Verfassung und Gesetzen festgeschriebene Ordnung berücksichtigen, sondern auch die außerhalb dieser Regeln ablaufenden Prozesse greifbar machen. In Zeiten politischer und wirtschaftlicher Krise wächst den Medien in Bolivien eine besondere Verantwortung zu, da sie – noch vor der Kirche und den Gewerkschaften – als die glaubwürdigste Institution des Landes gelten.

Im dritten Kapitel schließt sich die Darstellung der für das Fallbeispiel wichtigen Hintergründe an. Dabei wird anhand von Chile kurz darauf eingegangen, dass bereits in vielen lateinamerikanischen Ländern Wasser privatisiert wurde. Es stellt sich also die Frage, ob es den bolivianischen Medien gelungen ist, der Öffentlichkeit die Erfahrungen anderer Länder zu vermitteln. Im Anschluss wird die bolivianische Variante der Wasserprivatisierung erläutert, die zu Beginn des Jahres 2000 in Cochabamba zum sogenannten "Wasserkrieg" geführt hat.

Das Fallbeispiel dient dazu, Einflüsse auf bolivianische Medieninhalte aufzuspüren. Als roter Faden diente bei der Untersuchung eine Einflussfaktorenanalyse, die von Shoemaker und Reese (1991) anhand des US-amerikanischen Journalismus durchgeführt wurde. In dieser Arbeit wird sie den bolivianischen Gegebenheiten angepasst. Im vierten Kapitel werden sowohl für das Fallbeispiel als auch für das bolivianische Mediensystem insgesamt Forschungsfragen aufgestellt, sowie die einzelnen Methoden dargestellt, mit denen versucht wurde, Antworten auf diese Fragen zu finden.

In den vergangenen zehn Jahren hat die bolivianische Medienforschung einige bedeutende Fortschritte gemacht, deren Ergebnisse bislang nur in geringem Maße in die deutsch- und englischsprachige Literatur eingegangen sind⁶. Deshalb soll in Kapitel fünf zunächst die Situation der Massenmedien und des Journalismus darge-

6 Die jüngste deutschsprachige zusammenfassende Darstellung des bolivianischen Mediensystems bietet Mónica Salinas Rivas (1996), die auf Untersuchungen aus dem Jahr 1994 basiert.

stellt werden. In das Kapitel fließen zu einem großen Teil schon Ergebnisse aus den Interviews mit KommunikationswissenschaftlerInnen ein.

Kapitel sechs teilt sich in fünf Abschnitte, in denen jeweils auf eine Ebene von Einflussfaktoren eingegangen wird: Einflüsse durch MedienarbeiterInnen (6.1), Routinen (6.2), die innere Organisation der Medienunternehmen (6.3), äußere Einflüsse (6.4) und solche, die über den ideologischen Rahmen der Gesellschaft wirksam werden (6.5). Hier werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt. Dabei werden Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel ebenso verwertet wie die der Beobachtung und der zahlreich geführten Interviews.

Aus der Darstellung der Einflussfaktoren ergibt sich zwar ein Überblick über die Situation und die Abhängigkeiten des bolivianischen Journalismus, die Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel fließen jedoch jeweils nur am Rande mit in den Hauptteil der Arbeit ein. Deshalb folgt im Schlusskapitel zunächst eine Zusammenfassung der Rolle der Medien während des Wasserkriegs (7.1), die von einer Gesamtbetrachtung der Untersuchung und einigen zusammenfassenden Thesen (7.2) abgerundet wird.

1.2 Zur Sprache

Wenn Ute Schülerin ist und Uwe Schüler, dann sind Ute und Uwe Schüler, nicht Schülerinnen – denn Uwe verträgt das Femininum nicht. Es geht nicht an, ihn mit der Bezeichnung 'Schülerin' zu kränken, selbst wenn -zig Schülerinnen seinetwegen zu Schülern werden müssen. Da bereits **ein** Knabe mittels seiner Allergie beliebig viele Mädchen sprachlich ausschalten kann, kann Frau sich leicht ausrechnen, was die männliche Hälfte der Bevölkerung gegen die weibliche ausrichten kann (Pusch 1984: 11, Hervorh. im Orig.).

Seit Luise F. Pusch ihre Kritik an der Männersprache Deutsch veröffentlicht hat, verweisen zahlreiche AutorInnen zu Beginn ihrer Arbeiten darauf, dass die männlichen Bezeichnungen jeweils auch die weiblichen mit einschließen sollen. Nachgewiesenerweise werden aber beim Lesen, Schreiben, Sprechen und Hören der männlichen Oberbegriffe fast ausschließlich Männer assoziiert; das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Die zur Zeit benutzte Sprache wirkt also nach wie vor diskriminierend, wenn auch das Bewusstsein dafür gewachsen ist. Sigrid Müller und Claudia Fuchs (1993) bieten in einem "Handbuch zur nichtsexistischen Sprachverwendung in öffentlichen Texten" deshalb praktikable Alternativen an, die in dieser Arbeit weitgehend berücksichtigt werden sollen⁷.

7 Entsprechende Vorschläge bietet Eulàlia Lledó (1996) in Bezug auf die ebenfalls diskriminierende spanische Sprache an.

2. Hintergründe zu Bolivien

Bolivien war bis 1952 ein indianisches Land, abgesehen von den Weißen, die es regierten; mit 1952 wird es zu einem armen Land, abgesehen von den Reichen, die es nun regieren (Mariaca Iturri 1999: 69, Übers. TG).

Darstellung von Geschichte muss immer in höchstem Maße selektiv geschehen. In besonderer Weise gilt das, wenn man sie auf wenige Seiten reduzieren muss. Da aber das Mediensystem und die verschiedenen Einflussfaktoren auf Medieninhalte nur verständlich werden, wenn man den Journalismus zumindest grob in historische und aktuelle Rahmenbedingungen einbettet, sollen auf den kommenden Seiten einige wichtige Aspekte hervorgehoben werden. Nach einem geschichtlichen Überblick, in dessen einzelnen Phasen vor allem auch die Entwicklungen des Journalismus betont werden sollen, folgt die Erläuterung einiger ausgewählter politischer und gesellschaftlicher Aspekte. Hervorgehoben wird die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung, die sich durch Sprachen, Einkommen, Lebensgewohnheiten und politische Organisation deutlich voneinander unterscheiden. Die Betonung dieser Aspekte rechtfertigt sich durch die Bedeutung, die sie im weiteren Verlauf der Arbeit für das Mediensystem haben werden.

2.1 Wichtige Abschnitte bolivianischer Geschichte

Im folgenden wird die bolivianische Geschichte in einzelne Phasen unterteilt: die Revolution von 1952 mit der sich anschließenden zwölfjährigen Herrschaft der Revolutionspartei MNR (=Movimiento Nacional Revolucionario), eine 18 Jahre lange Phase der Militärdiktaturen und die nach Wiedererlangung der Demokratie mit der Verordnung 21060 eingeleitete Privatisierung und (Neo-)Liberalisierung der bolivianischen Wirtschaft. In jedem der Abschnitte wird kurz auf die Rolle und die Situation der Medien eingegangen. JournalistInnen und MedieneigentümerInnen, die heute in wichtigen Positionen sitzen, haben zu einem großen Teil die Revolution miterlebt. Fast ausnahmslos waren sie von den Diktaturen in besonderer Weise betroffen, bzw. an ihnen beteiligt, so dass einige Aspekte des heutigen Journalismus nicht ohne den Rückblick auf die jüngste Geschichte zu verstehen sind. Auf die Diktatur des Generals Hugo Banzer Suárez (1971-1978) wird in besonderer Weise eingegangen, weil dieser während des Untersuchungszeitraums erneut an der Spitze des bolivianischen Staates stand, diesmal als demokratisch gewählter Präsident.

Bolivianische Revolution von 1952 und MNR-Herrschaft (1952-1964)

Noch immer herrscht bei HistorikerInnen Uneinigkeit darüber, wie der sogenannte Chaco-Krieg (1932-1935) mit Paraguay entstanden ist. Manche stellen den Krieg

eher als Streit zweier ausländischer Erdölkonzerne dar, während andere den Kriegswunsch des damaligen bolivianischen Präsidenten Daniel Salamanca in den Vordergrund stellen (Mesa Gisbert 2001b: 567-573). Einig ist man sich hingegen weitestgehend über die Bedeutung des für Bolivien sehr verlustreichen Krieges (52.000 Tote, 4.000 Verletzte, 21.000 Gefangene), der zur Erschütterung der Glaubwürdigkeit der alten Oligarchie entscheidend beitrug. Intellektuelle der Mittelschicht und junge Offiziere rüsteten sich mit anti-oligarchischen, indigenistischen Schriften der Peruaner Haya de la Torre und Mariátegui und bildeten eine Bewegung, die sich 1941 im MNR zusammenschloss. Diese Partei gewann 1951 zunächst die Präsidentschaftswahlen und erkämpfte sich die ihr verweigerte Machtposition im darauffolgenden Jahr mit Waffengewalt. Starken Rückhalt hatte diese Bewegung vor allem bei den MinenarbeiterInnen im Hochland Boliviens (Bieber 1996: 828-833).

In den ersten Jahren dieser Revolutionsregierung wurden vier entscheidende Maßnahmen ergriffen, die besonderen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes haben sollten. Durch die massive Landumverteilung der Agrarreform (a) wurden viele Campesinos des Altiplano und der Täler erstmals zu Landbesitzern⁸. Die großen Zinnminenbesitzer Hochschild, Aramayo und Patiño wurden zugunsten der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL enteignet (b), erhielten aber auf Druck der USA später eine Entschädigung von 120 Mio. US-Dollar. Die indigene Bevölkerung erhielt erstmals Bürgerrechte (c) und konnte damit ab sofort das aktive und passive Wahlrecht ausüben. Die Streitkräfte (d) wurden zugunsten von Bürgermilizen aufgelöst, die sich hauptsächlich aus Land- und Minenarbeitern zusammensetzten (Nohlen/Mayorga 1995: 184-185). In ihrer ersten radikalen Phase von 1952-1956 war die bolivianische Revolution damit von einem staatlich gelenkten Umverteilungsprozess gekennzeichnet, der zu der Zeit noch in keinem lateinamerikanischen Land stattgefunden hatte (Whitehead 1991: 542-556).

Die Gründungsväter des MNR waren fast ausschließlich Journalisten, die für das 1936 gegründete oppositionelle Blatt *La Calle* schrieben.

Traditionally, the MNR is a party of journalists. The founding staff was almost totally composed of newspapermen who marked the awakening of the conscience of the Bolivian majorities from that memorable nucleus of revolutionary thought that was *La Calle*. As the years passed, those men occupied high functions in the government and in diplomacy, but almost always as a consequence of their activity displayed in the press (Zeitung *La Nación* vom 6. Februar 1960, zitiert nach Knudson 1973: 2).

8 Im dünn besiedelten Tiefland blieben die Strukturen weitgehend unverändert.

Sobald der MNR die Macht übernommen hatte, wurden wichtige Tageszeitungen von den Revolutionären besetzt, da sie durch direkten Besitz oder indirekte Beteiligungen den drei Zinnbaronen gehörten⁹. Andere Zeitungen erschienen weiter. *Los Tiempos* wurde ein Jahr später besetzt und teilweise zerstört. Bolivien stand deswegen jahrelang auf der Liste der Länder, in denen keine Pressefreiheit herrscht. Die Liste wurde allerdings von der Inter American Press Association (IAPA) aufgestellt, die überwiegend aus Medieneigentümern zusammen gesetzt war und linken Bewegungen eher ablehnend gegenüber stand. Als neun Jahre zuvor die MNR-Zeitung *La Calle* vorübergehend geschlossen worden war, hatte die IAPA daran nichts auszusetzen (Knudson 1973: 26-33). *La Calle* war nicht das einzige Medium der neuen Macht im Staat. Schon 1947 waren in den Minenstädten die ersten gewerkschaftlich betriebenen Rundfunkstationen der Bergbauarbeiter entstanden, nach der Revolution folgte eine Vielzahl von Sendern (Cajías de la Vega 1999b: 7). Aus dieser Bewegung bildeten sich in den Minenstädten des Hochlandes auch die ersten Journalistenschulen. Eine beträchtliche Zahl von JournalistInnen, die zu jener Zeit in den Minenstädten ausgebildet wurden, arbeitet heute in etablierten Medien der Provinzhauptstädte (Morales Vaca, Int.¹⁰). Die Minenradios begründeten in Bolivien eine Tradition gemeinschaftlich verwalteter und vom Beitrag aller MinenarbeiterInnen finanzierten Radios, die sich noch heute in den *radios comunitarios* erhalten hat. Über den gesendeten Inhalt entschieden in der Regel die von den ArbeiterInnen gewählten KulturreferentInnen der Minengewerkschaften.

Während die USA im Januar 1954 Pläne entwickelten, um die linksnationale Regierung in Guatemala zu stürzen, übten sie im Fall der bolivianischen MNR-Regierung Druck über die wirtschaftliche Abhängigkeit Boliviens aus, um die moderaten Kräfte der Revolution zu stärken:

The MNR leadership never really had a choice. From almost the beginning, the MNR's pragmatic wing recognized that no Bolivian revolution could afford to alienate the United States, not just because of the threat of direct intervention but also because of the possibility of economic retaliation, not unimportant given Bolivia's dependence on the United States to absorb its tin and provide needed imports (Zunes 2001: 35).

9 *La Razón* gehörte der Familie Aramayo, *Última Hora* zu Hochschild und *El Diario* zu Patiño (Knudson 1973: 14-25).

10 "Int." steht als Abkürzung für "Interview" und soll im folgenden auf Informationen verweisen, die mir im persönlichen Gespräch mitgeteilt wurden. Die transkribierten Interviews sind über das Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien in Eichstätt oder beim Autoren einsehbar, einzelne Auszüge sind der Arbeit angehängt.

In den Jahren 1956 bis 1964 geriet der sich mit Unterstützung der USA durchsetzende konservative Flügel des MNR zunehmend in Konflikt mit der Basis, dem Gewerkschaftsdachverband COB (=Central Obrera Boliviana).

Ära der Militärdiktaturen (1964-1982)

Mit einem Staatsstreich im November 1964 beendete General Barrientos die zwölfjährige Herrschaft der inzwischen "institutionalisierten"¹¹ Revolutionspartei und führte das Land in eine langjährige Phase, in der das Militär die entscheidende Macht im Staat darstellte. In den 18 Jahren bis zur Wiedererlangung der Demokratie im Oktober 1982 erlebte Bolivien insgesamt 17 verschiedene Regierungen, von denen bis auf wenige Ausnahmen alle durch Staatsstreiche an die Macht gelangten (Mesa Gisbert 2001c: 677-711). Der charismatische, quechua-sprachige General Barrientos initiierte das sogenannte Militär-Bauern-Bündnis, das bis in die ersten Jahre der Diktatur Banzers (1971-1978) Bestand haben sollte. Doch unter der äußerst brutalen Militärherrschaft Banzers – Sohn eines nach Bolivien ausgewanderten deutschen Militärausbilders – wuchs die Opposition. Streikenden Studierenden begegnete er mit Bombardierung der Universität in La Paz (Eisenbürger 2001: 244) und die Opposition der Landbevölkerung versuchte der deutschstämmige General mit Massakern zum Schweigen zu bringen¹².

Unter den Repressionen mussten auch die JournalistInnen leiden: Eine Untersuchung der katholischen Kirche ergab, dass mehr als die Hälfte der damals arbeitenden JournalistInnen direktem Druck des Regimes ausgesetzt war; sei es durch Entlassungen, Verbannung, Folter oder Mord (Aguiló 1993: 135-138). 20 Radiostationen wurden geschlossen oder vom Regime übernommen. Bewaffnete Beamte des Innenministeriums verwüsteten die Redaktionsräume der linken Tageszeitung *Nueva Jornada*, deren MitarbeiterInnen wurden auf Viehtransporter geladen und abtransportiert (Knudson 1996: 93). Die Ministerien durften keine Informationen an die Medien weitergeben, ohne dass nicht Banzer persönlich die Erlaubnis gegeben hatte. Pressemitteilungen der verbotenen Gewerkschaften, der auf dem Index stehenden Parteien oder anderer dem Regime nicht genehmer Organisationen durften von den Medien nicht veröffentlicht werden (Exeni R. 1998: 179). Aber seine persönliche Abneigung gegenüber JournalistInnen äußerte Banzer noch in einer besonderen Weise, die sicherlich vielen JournalistInnen im Gedächtnis geblieben ist: In mehreren Situationen bestellte der General kritische Schreiber in sein persönliches Büro, um

11 Ähnlich der mexikanischen Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), leitete MNR-Präsident Víctor Paz Estenssoro im August 1956 die "institutionalisierte Phase" der Revolution ein (Whitehead 1991: 546-547).

12 Eine detaillierte Auflistung aller bekannt gewordenen während der Diktaturen begangenen Menschenrechtsverbrechen findet sich bei Frederico Aguiló (1993). Banzer werden dort neben anderen Verbrechen 429 Tötungen, zahlreiche Folterungen, 3059 politisch motivierte Festnahmen und 1259 Verbannungen zugeschrieben.

ihnen nach einem Gespräch mit eigenen Fäusten ins Gesicht zu schlagen (Viscarra Pando 1984: 17-20).

Schließlich waren die Medien auch direkt am Niedergang der Banzerregierung beteiligt. Nach dem Mord an dem Journalisten Emilio Mendiola Galarza entschieden sich die JournalistInnen für einen Streiktag: Keine Zeitung erschien und die Radios – mit Ausnahme des staatlichen Senders Radio Illimani – blieben still. Als das Militärregime versuchte, die Berichterstattung über Angelegenheiten des Staates per Verordnung zu regeln, hagelte es offene Kritik in den Medien (Exeni R. 1998: 179-183). Im Dezember trat eine Gruppe von Frauen in den Hungerstreik, um für die Freiheit ihrer Männer zu demonstrieren. Es ist dabei kein Zufall, dass sie sich – um ihrer Forderung mehr Publizität zu verleihen – für ihre Aktion die Redaktionsräume der katholischen Tageszeitung *Presencia* aussuchten (Stephenson 1999: 183-186). Eine Gruppe von 70 JournalistInnen unterzeichnete eine öffentliche Erklärung, in der sie die Entlassung aller politischen Häftlinge (etwa 400) forderte¹³. Unter dem immer stärker werdenden Druck trat der Militärdiktator Banzer am 21. Juli 1978 zurück. In den folgenden Präsidentschaftswahlen von 1979 erhielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, und es kam zu einer raschen Folge verschiedener Regierungen, in denen das Militär im Untergrund weiter agierte und damit die dominante Kraft im Staat blieb. Im März 1980 wurde die verstümmelte Leiche des links-intellektuellen Priesters, Journalisten, und Herausgebers der Zeitschrift *Aquí* – Luis Espinal – gefunden. Die Redaktionsräume der populären Zeitung wurden gesprengt (Knudson 1996: 97).

In der kurzen Diktatur García Mezas (1980 - 1981) kam es zu den gewalttätigsten Übergriffen auf die Bevölkerung insgesamt; auch für die JournalistInnen bedeuteten diese Monate die Phase der schlimmsten Repressionen in der bolivianischen Geschichte. Radiostationen wurden von der Luftwaffe zerbombt, eine Vielzahl von JournalistInnen verfolgt und ermordet. Doch konnte der Drang nach Demokratie im Land nicht mehr ausgelöscht werden. Als Protest gegen die staatliche Medienkette *Cadena Nacionalista*, schlossen sich alle oppositionellen Radiosender zur *Cadena de la Democracia* zusammen, die allerdings binnen drei Wochen komplett mit Militärgewalt zerstört wurde (Aguiló 1993: 278-289).

Schließlich musste auch García Meza am 4. August 1981 dem öffentlichen Druck weichen, er trat zurück und hinterließ das Land im gewalttätigen Chaos. Eine Militärjunta übernahm das Kommando und rächte sich noch ein letztes Mal an kritischen JournalistInnen: Wohnungen wurden mit Dynamit gesprengt, das *Radio Panamericana* zerbombt (Knudson 1996: 99). Am Ende dieser schrecklichen Phase setzte sich das Volk mit seinem Wunsch nach Freiheit durch, oppositionelle JournalistInnen

13 Eine wichtige Rolle im Widerstand der JournalistInnen spielte die während der ersten Revolutionsjahre gegründete Mediengewerkschaft von La Paz, die während der Diktatur geheim weiter agierte. Gründung und Organisation beschreibt ausführlich Gonzalo Viscarra Pando (1977: 137-175).

hatten an diesem Sieg einen erheblichen Anteil, und dieser Sieg hatte großen Einfluss auf das journalistische Selbstverständnis der kommenden Jahre:

The years of military repression had a profound impact on the Bolivian press, strengthening its self-awareness and solidarity (Knudson 1996: 100).

Neoliberalismus, Cocaindustrie und Privatisierung (1985-2001)

In den Wirren nach der Diktatur war das Land 1982 bis 1985 für den neuen Präsidenten Hernán Siles Suazo unregierbar. 1985 trat er frühzeitig zugunsten von Neuwahlen von seinem Amt zurück. Mit dem neugewählten Präsidenten Víctor Paz Estenssoro begann eine neue Periode in Bolivien. Per Verordnung (Decreto Supremo 21060)¹⁴ leitete derselbe Mann, der 1952 die nationale Revolution geführt hatte, 33 Jahre später die neoliberalen Reformen ein, die von Weltbank und Währungsfonds als Heilmittel gegen Hyperinflation und Chaos im Land gefordert wurden: Privatisierung der staatlichen Betriebe, radikale Kürzungen der Staatsausgaben, Senkung der Ein- und Ausfuhrzölle und eine von der Regierung weitgehend unabhängige Zentralbank (Contreras Cabezas et al. 1999: 46-51)¹⁵. Durch die Privatisierung der Zinnminen kam es innerhalb kürzester Zeit zur Entlassung von 23.000 MinenarbeiterInnen, deren Protestmarsch auf den Regierungssitz in La Paz gestoppt wurde. Die Auflösung der COMIBOL, der erfolglose Marsch, der Rücktritt des langjährigen Gewerkschaftsführers Juan Lechín und die Zwangsumsiedlung Tausender MinenarbeiterInnen in das weitgehend unbewohnte östliche Tiefland Cochabambas (Chapare) stehen nicht nur symbolisch für die Zerschlagung der einst so mächtigen Gewerkschaftsbewegung COB. Ihr Einfluss nahm seit 1985 kontinuierlich ab, die beiden Kongresse im Jahr 2000 konnten aufgrund mangelnder Anwesenheit keine Beschlüsse fassen (Farthing/Kohl 2001: 9).

Die sich in den folgenden Jahren verstärkende Massenarmut konnte zumindest teilweise durch die boomende Coca-Industrie aufgefangen werden. Schon unter der Diktatur García Mezas war die Produktion des Kokainrohstoffs gezielt gefördert worden. Durch die Migrationsbewegung der ehemaligen MinenarbeiterInnen in den für Cocaanbau geeigneten Chapare bei gleichzeitig steigender Kokainnachfrage in den Konsumentenländern Nordamerikas und Europas wurde die Cocablatt-Produktion zu einem zunehmend wichtigeren Wirtschaftszweig (Hoffmann 1992).

14 Das Dekret wurde unter enormem Zeitdruck erarbeitet. Verkündet wurde es von Paz Estenssoro, die Ausarbeitung hatte aber eine Kommission aus MNR und ADN Vertretern übernommen, darunter vor allem der spätere Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada (Mesa Gisbert 2001c: 745).

15 Unter dem Namen "Neue Wirtschaftspolitik" (Nueva Política Económica, NPE) setzte Bolivien damit als erstes Land Lateinamerikas ein solches vom IWF gestütztes Strukturanpassungsprogramm um, bekämpfte erfolgreich eine der längsten Hyperinflationen der Wirtschaftsgeschichte und nahm damit viele der Reformen vorweg, die in den meisten Ländern Südamerikas erst später folgen sollten (Roy 2000: 11-13).

Für JournalistInnen begann mit dem Ende der Militärdiktaturen eine Zeit relativer Pressefreiheit, die bis heute anhält. Ordnet man den einzelnen Phasen der Geschichte Boliviens rückblickend die für die Zeit wichtigen Leitmedien zu, fällt die Blütezeit der Presse in das ausgehende 19. bzw. die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit der Revolution von 1952 begann die besondere Rolle der Hörfunkstationen Boliviens. Die Minensender Boliviens sendeten Programme von hoher Qualität. Die damals hervorragende Ausbildung der JournalistInnen in den Minenstädten führte dazu, dass heute viele derjenigen, die in den Minenradioschulen gelernt haben, in den wichtigen Zeitungen oder Radios des Landes arbeiten. Wenn das Radio auch nach wie vor das wichtigste Massenmedium geblieben ist, kann die neue liberale Wirtschaftspolitik seit 1985 als Blütezeit des Fernsehens gedeutet werden. Innerhalb von wenigen Jahren entstand im rechtsfreien Raum (denn eigentlich galt nach wie vor das staatliche Fernsehmonopol aus Diktaturzeiten) eine Vielzahl privater Fernsehsender¹⁶. Zu der Zeit entstand auch die inzwischen größte private Senderkette *ATB*. Sie bildete gleichzeitig das erste Standbein für einen neu entstehenden Multimediakonzern, der Gruppe *Garafulic*. Die in den folgenden Jahrzehnten einsetzende Kommerzialisierung der Medien unter gleichzeitiger Konzentration in wenigen Konzernen, in denen sich mehrere Wirtschaftszweige unter einem Dach zusammenfanden, kann als prägendes Kennzeichen der mit 1985 beginnenden neuen Phase der Medienentwicklung Boliviens gesehen werden.

2.2 Politischer Hintergrund

Der erste Artikel der bolivianischen Verfassung definiert Bolivien als ein "freies, unabhängiges, souveränes, vielsprachiges und aus mehreren Kulturen zusammengesetztes Land"¹⁷. Bolivien ist in neun Departemente, 112 Provinzen und 311 Municipien unterteilt. Die Municipien sind wiederum in 1400 Kantone, diese abermals in Distrikte und Ortschaften gegliedert. Durch das Bürgerbeteiligungsgesetz (1994) der Regierung Sánchez de Lozada wurde die Ebene der Municipien gestärkt. Während die Municipien-Verwaltung durch Kommunalwahlen bestimmt wird, werden auf Departementsebene Vertreter der Nationalregierung, die Präfekten, eingesetzt. Die Kompetenzüberlagerungen der verschiedenen Ebenen seien hier nur angedeutet (Téllez-Rivero 1998).

16 Eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen Situation und des aufkommenden Fernsehens bieten Rivadeneira Prada und Tirado Cuenca (1986).

17 "Bolivia es país libre, independiente, soberano, multilingüe y pluricultural" (Art. 1 CPE, Übers. TG).

Bolivien ist eine Republik mit Präsidialsystem. Der Präsident¹⁸ wird zwar im Prinzip direkt vom Volk gewählt, wenn aber – wie seit 1989 jedes Mal der Fall – keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erlangt, wird der Präsident durch Wahlen im Kongress bestimmt. Dieser besteht aus zwei Kammern: der Senatorenkammer (Cámara de Senadores) mit 27 SenatorInnen und der Abgeordnetenkammer (Cámara de Diputados) mit 130 Abgeordneten. Die Zusammenarbeit der jetzigen Regierungskoalition zwischen rechtskonservativer ADN und sozialdemokratischem MIR begann, als diese gegen die Stimmen der stärksten Fraktion (MNR) den Kandidaten Jaime Paz Zamora vom MIR zum Präsidenten wählten (SAGO 1989 16-23). Die während des Untersuchungszeitraums amtierende Koalition bestand aus der den Präsidenten Banzer stellenden ADN, dem MIR und den beiden eher populistischen Parteien UCS und CONDEPA, während letztere allerdings 1998 aufgrund eines Streits mit der ADN die Zusammenarbeit aufkündigte.

Alle BürgerInnen ab 18 Jahren haben die Pflicht an den seit 1982 regelmäßig stattfindenden Wahlen teilzunehmen. Von den 3,25 Millionen¹⁹ ins Wahlregister Eingeschriebenen sind in den vergangenen Jahren mit etwa 70 Prozent im lateinamerikanischen Vergleich relativ viele Menschen ihrer Wahlpflicht nachgekommen. Seit 1993 werden die Wahlen von in- und ausländischen Beobachtern als frei und fair eingestuft, obwohl viele BürgerInnen der abgelegenen Tieflandgebiete nichts von ihrem Wahlrecht wissen (Bukes 2000: 110).

Neben der offiziellen, in Verfassung und Gesetzen festgeschriebenen politischen Ordnung, die überwiegend die städtische Bevölkerung repräsentiert, gibt es weite Teile der bolivianischen Bevölkerung, die sich in dieser Struktur nicht wiederfinden und ihre eigene politische Ordnung beibehalten²⁰. Auch diese "traditionelle Organisationsform" (Téllez-Rivero 1998: 72) der Campesinos lässt sich in lokale, regionale und nationale Ebenen gliedern; im Gegensatz zur offiziellen Ordnung lässt sie sich aber besser von unten nach oben beschreiben als umgekehrt. In Bolivien gibt es neben den zwei großen Indianervölkern – den Aymara und Quechua – noch etwa 30 weitere ethnische Gruppen. Wenn auch die Organisationsformen der Völker nicht gleich sind, lassen sich doch einige Gemeinsamkeiten feststellen: Sie organisieren

18 Nur einmal und nur für kurze Zeit gab es bislang in Bolivien auch eine Präsidentin, Lydia Gueiler, während der instabilen Phase nach der Banzer-Diktatur. Vor der Revolution war sie noch aktives MNR-Mitglied, distanzierte sich später aber von der Bewegung nicht zuletzt wegen Frauenrechtsfragen. Am 17. Juli wurde sie von ihrem Cousin, General Luis García Meza, aus dem Amt geputscht (Lavrin 1994: 542-543).

19 Nach wie vor ist es dem Nationalen Wahlgericht (Corte Nacional Electoral) nicht gelungen, viele der Menschen der entlegenen Tieflandgebiete in das Wahlregister einzutragen.

20 Bis zur Revolution von 1952 verlief die Grenze zwischen der einen und der anderen politischen Ordnung zwischen der Bevölkerung, die sich als weiß und gebildet bezeichnete, und der indigenen Bevölkerung, die von jeder politischen Partizipation der weißen Oberklasse ausgeschlossen war. Nach der Revolution wurde in den Texten das Wort "Indio" durch "Campesino" ersetzt. Die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung wurde offiziell aufgehoben, aber die Zielvorstellungen einer modernen Gesellschaft wurden auch in der kommenden Zeit von städtischen Eliten bestimmt (Mariaca Iturri 1999).

sich auf kleiner Ebene überwiegend in *comunidades* – örtlichen Gemeinschaften. Entscheidungen werden mit breiter Partizipation der EinwohnerInnen getroffen und sind anschließend für alle bindend. Die lokalen Autoritäten heißen je nach Region unterschiedlich, *capitanes*, *curatas*, *mallkus*, etc. Die Besetzung dieser Ämter wird meist durch Rotation gewechselt. Dabei muss jeder, der ein höheres Amt einnehmen möchte, zuvor alle Ämter auf unterer Ebene durchlaufen haben. Die ehrenamtliche Ausübung der Ämter kostet die jeweilige Person viel Zeit, sie erhält dafür die Anerkennung und Unterstützung der *comunidad* (Téllez-Rivero 1998: 72-75).

Etwa parallel zur offiziellen politischen Gliederung Boliviens, entsenden die *comunidades* auch VertreterInnen auf höheren Ebenen. In Gebieten, die ungefähr den Kantonen entsprechen, organisiert sich die Landbevölkerung in *subcentrales campesinas*, diese entsenden ihre VertreterInnen in die *centrales campesinas*, die etwa der Provinzebene entsprechen. Auf Departementebene funktionieren die *federaciones campesinas*. Auf Nationalebene werden die Interessen der Landbevölkerung in der CSUTCB, der *Confederación Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* zusammengetragen. Mit über 3 Millionen Mitgliedern ist die CSUTCB die zur Zeit mächtigste Gewerkschaft des Landes (Bukes 2000: 113). Während sich die Parteien in der Vergangenheit häufig die Gunst der Gewerkschaftsführer erkaufen, setzt der 1998 gewählte und 2001 neu bestätigte Vorsitzende der CSUTCB, Felipe Quispe (genannt "El Mallku"²¹), zunehmend auf Konfrontation mit der Regierung (García Linera 2001: 15-16)²².

Mit Recht wird diskutiert, ob es Bolivien als Nationalgesellschaft überhaupt gibt, da sich viele "BolivianerInnen" nicht über ihre formale Staatsangehörigkeit, sondern eben über ihre regionale oder ethnische Herkunft definieren.

The notion of 'Bolivian society' is itself problematic, given the formidable social barriers separating different sectors. Certainly, all societies display internal contradictions and antagonisms. But even defining 'society' broadly – as a self-reproducing, socially bounded sphere whose members see themselves as parts of an entity which far exceeds the lifespan of any individual, yet provides an underpinning of continuity connecting them all – it is doubtful whether Bolivia can be considered a single society (Luykx 1999: 18).

21 *mallku* bedeutet auf Aymara "Kondor". Die Bezeichnung vergeben Aymaras an besondere Persönlichkeiten. Felipe Quispe war schon in den 80er Jahren an der Organisation der so genannten "Ayllus Rojos" beteiligt, aus deren Mitgliedern später das "Guerillaheer Tupac Katari" (Ejército Guerrillero Tupac Katari, EGTK) bildeten. 1992 wurden dessen AnführerInnen verhaftet, unter ihnen auch Felipe Quispe, der fünf Jahre lang ohne Verhandlung in Untersuchungshaft saß. Der zur Zeit der Verhaftung amtierende Präsident Jaime Paz Zamora ist heute wieder an der Regierungskoalition beteiligt und hat beste Aussichten, erneut zum Präsidenten gewählt zu werden. Die Proteste haben also zumindest auch eine persönliche Komponente.

22 Die Zweiteilung der politischen Gliederung beschreibt Whitehead als die "two levels of Bolivian politics" (2001: 10-12).

In seiner Amtszeit wollte der MNR-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-1997) große Reformen umsetzen, denen im Ausland Modellcharakter zugeschrieben wurde. Die radikale Form der Privatisierung sollte durch eine sozial abgefederte Variante, der Kapitalisierung, weitergeführt werden. Weitere wichtige Komponenten des Reformprogramms waren eine höhere Bürgerpartizipation, Dezentralisierung der politischen Entscheidungen und eine Bildungsreform. Mit dem Gesetz der *Participación Popular* wurde erstmals der Versuch unternommen, die Bauernorganisationen in die offizielle Struktur des Staates mit einzubinden, indem die so genannten OTBs (Organizaciones Territoriales de Base) weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zugesprochen bekamen (Tórrez R. 2000: 19). Als Widerspruch ist sicherlich die Tatsache zu werten, dass die Reformen zwar einerseits die wachsende Beteiligung der Kommunen und damit auch der Landbevölkerung vorsehen, diese Reformen aber andererseits nicht mit den Kommunen gemeinsam entwickelt wurden (Bukes 2000: 92-93). Die seit 1995 wieder zunehmenden Proteste sind zu einem gewissen Teil als eine Reaktion auf die zu schnell und ohne Beteiligung der Bevölkerung durchgeführten Reformen zurückzuführen. Wie in der Arbeit zu zeigen sein wird, spielt die in diesem Abschnitt relativ ausführlich beschriebene Spaltung der bolivianischen Gesellschaft in eine städtisch, elitäre Bevölkerung auf der einen und eine Campesino-Bevölkerung auf der anderen Seite, auch im Medienbereich eine bedeutende Rolle.

2.3 Soziale Lage – Wirtschaftskrise und politische Krise

Bolivien gilt als das ärmste Land Südamerikas. Gemessen an den von internationalen Organisationen üblicherweise herangezogenen Kriterien sind die Lebensbedingungen teilweise schlechter als die einiger afrikanischer Länder (Archondo 2000: 11). Innerhalb dieser Armut bestehen aber zusätzlich noch große Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung. 1952 lebten noch drei Viertel aller BolivianerInnen auf dem Land. Durch zunehmende Land-Stadt Migration lebt seit Mitte der 80er Jahre der größere Anteil der BolivianerInnen in den Städten, inzwischen sind es etwa 60 Prozent (Urquiola 1999: 197).

In einer für OECD, Weltbank und IWF erarbeiteten Studie stellt Albrecht von Gleich (1998) fest, dass fast 70 Prozent der Haushalte unter der Armutsgrenze liegen²³. Dabei liegt dieser Anteil bei Haushalten auf dem Land bei 94 Prozent. Betrachtet man die Armutsverteilung nach weiteren Gesichtspunkten, kommt man zu dem Schluss, dass die am stärksten betroffene Gruppe die der alleinstehenden, über 30-jährigen Frauen indigenen Ursprungs mit geringer Schulbildung ist. Je eher diese Kriterien erfüllt sind, desto wahrscheinlicher ist es, zum extrem armen Bevölke-

23 Die errechneten Werte beziehen sich überwiegend auf Zahlen der jüngsten Volkszählung 1992.

rungsteil zu gehören (von Gleich 1998: 26-32). Der Zugang zur Schulbildung nimmt dabei nach den gleichen Mustern ab (siehe Tab. 2.1).

Tab. 2.1: Verteilung der Schulbildung nach Geschlecht und Herkunft

	Indigene Bevölkerung	nicht indigene Bevölkerung	Gesamt
männlich, über 15 Jahre:			
incomplete Primary	51,3	23,2	32,5
Primary	23,7	30,6	28,3
Secondary	21,1	35,0	30,4
University	3,9	11,2	8,8
weiblich, über 15 Jahre:			
incomplete Primary	69,2	32,1	44,3
Primary	14,8	29,6	24,5
Secondary	14,6	35,5	28,2
University	1,4	3,8	3,0

Quelle: von Gleich (1998: 57)

Die Analphabetenrate auf dem Land beträgt bei Männern 23 Prozent, bei Frauen sogar 50 Prozent. Betrachtet man die funktionale Analphabetenrate so kommt man auf dem Land auf 58 Prozent Männer bzw. 70 Prozent Frauen. Die entsprechende Zahl in städtischen Gebieten liegt bei 20 Prozent Männer und 27 Prozent Frauen (Escóbar 2000:138)²⁴. Neben der hohen Analphabetenrate sind auch der nicht vorhandene Zugang zu Literatur und die kaum ausgeprägte Lesegewohnheit vieler BolivianerInnen

²⁴ Hier finden sich in der Literatur die unterschiedlichsten Werte, ohne dass angegeben wird, nach welchen Kriterien sie berechnet oder geschätzt wurden: Contreras Cabezas (1999: 105) gibt in einer Studie für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP bzw. PNUD) an, dass die Analphabetenquote von 1976 bis 1992 von 32,3 auf 20 Prozent gesunken wäre. Den Anteil bei Frauen gibt er mit 28 Prozent an. Die funktionale Analphabetenquote soll angeben, wie viele der Menschen nicht in der Lage sind, für das normale Leben wichtige Texte zu lesen oder zu schreiben. Oft gelten Menschen, die mit Schwierigkeiten lesen und schreiben können, nicht als AnalphabetInnen, die funktionale Analphabetenquote schließt diese aber mit ein.

zu beachten. Nur etwa 0,5% der Bevölkerung Boliviens liest regelmäßig Bücher (Centellas G. 1994: 27)²⁵.

Wirtschaftskrise

Da Bolivien über keinen ausgeprägten Industriesektor verfügt, basiert die Wirtschaft überwiegend auf dem Export von Bodenressourcen. Die massive Förderung von Zinn brachte einigen wenigen Familien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts großen Reichtum. Nach Verstaatlichung der Zinnminen übernahm die COMIBOL die Förderung des für Bolivien wichtigsten Rohstoffs. Spätestens seit Mitte der 80er Jahre sorgen der fallende Weltmarktpreis für Zinn und die gleichzeitig steigende Förderung von Erdöl und Erdgas dafür, dass die Bedeutung der Zinnminen schwindet. Während die Erdölförderung nur etwa den ebenfalls steigenden Eigenkonsum deckt, wird Erdgas seit den 70er Jahren zum zunehmend wichtigeren Exportprodukt²⁶. In den vergangenen Jahren verschlechterte sich die ohnehin kritische wirtschaftliche Situation Boliviens aufgrund folgender Faktoren:

- Wie schon beschrieben, stellt die Cocaproduktion seit den 80er Jahren einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Die Anzahl der Familien, die direkt von der Cocaproduktion abhängen, wird auf 35.000 geschätzt. Der von den USA aufgezwungene Kampf gegen Anbau und Verkauf des Cocablatts erhielt ab 1997 mit dem Amtsantritt des in den USA ausgebildeten ehemaligen Diktators Hugo Banzer eine neue Steigerung. Auch wenn die offiziellen Angaben zur Verringerung der Cocablattproduktion übertrieben sein mögen, scheint der von Banzer ausgeführte *Plan Dignidad* seine Wirkung zu zeigen. Die Abfederung eines großen Anteils der armen Bevölkerung durch die Cocawirtschaft entfiel somit in den vergangenen Jahren. (Kohl/Farthing 2001: 35-41).
- Die Auswirkungen der Asienkrise im Jahr 1997 wirkten sich in mehrerer Hinsicht auch auf Bolivien aus. Zum einen sanken die Preise für Boliviens Exportprodukte innerhalb von zwei Jahren um durchschnittlich 19,1 Prozent (Loza Telleria 2000: 92). Zum anderen wirkte der Schock der Asienkrise auf die großen Volkswirtschaften Lateinamerikas, Brasilien, Mexiko und Argentinien, was nicht ohne Fol-

25 Hier soll nicht normativ festgelegt werden, dass *nur* das Lesen von Büchern *gut* ist und damit die nicht vorhandene Lesegewohnheit der auf orale Traditionen basierenden Landbevölkerung kritisiert werden. Die Zahlen spielen aber eine wichtige Rolle im Verständnis für die geringe Verbreitung von Zeitungen.

26 Die Situation und Entwicklung der bolivianischen Industrie beschreibt Rodríguez Ostria (1999); die Blütezeit und den langsamen Zerfall der Zinnproduktion wird ausführlich von Jordán Pozo (1999) dargelegt. Die Entwicklung Boliviens zum Erdgasexporteur, sowie über die einzelnen Abkommen mit Argentinien und Brasilien führt Miranda Pacheco (1999) aus. Dieser beschreibt auch die Rolle der Weltbank, die ein früheres Pipelineprojekt mit Brasilien durch Verweigern der Kredite mit der Begründung scheitern ließ, es fehle an privater Beteiligung an dem Projekt. Einen Überblick über weitere wichtige Wirtschaftssektoren (Viehzucht, Produktion tropischer Lebensmittel) sowie die Diversifizierung in der Bergbauproduktion (Wolfram, Kupfer, Blei, Wismut und Antimon) findet sich bei Nohlen (1995: 181-182).

gen für die bolivianische Exportwirtschaft blieb, da die Nachbarländer Brasilien und Argentinien wichtige Abnehmer bolivianischen Erdgases sind. Durch die argentinische Wirtschaftskrise ist auch die große Anzahl bolivianischer GastarbeiterInnen betroffen. In Relation zu der etwa acht Millionen umfassenden Gesamtbevölkerung Boliviens spielen die ca. 1,5 Millionen (Farthing/Kohl 2001: 9) im südlichen Nachbarland arbeitenden BolivianerInnen eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Versorgung ihrer im Heimatland lebenden Familien. Mit der Wirtschaftskrise in Argentinien verschärft sich der dortige Arbeitsmarkt. Die ohnehin als Randgruppe geltenden bolivianischen GastarbeiterInnen finden seitdem schwieriger Arbeit, verdienen weniger und werden immer häufiger Opfer von fremdenfeindlichen Übergriffen. Viele BolivianerInnen wurden arbeitslos und/oder kehrten in ihre Heimat zurück.

- Die steigenden Benzinpreise der vergangenen Jahre verteuern die Transportkosten für den Nah- und Fernverkehr. Mit den Transportkosten steigen auch die Preise für Grundnahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs (Loza Tellería 2000: 117).
- Die gewaltsame Vernichtung der Lebensgrundlage Coca und die durch die beschriebenen Faktoren zunehmende Armut führten in den vergangenen Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen der Landbevölkerung mit der Regierung. Diese waren teilweise mit lang anhaltenden Straßenblockaden verbunden, welche die Wirtschaft des Landes weiter beeinträchtigten. Wirtschaftskrise, Verarmung und die im folgenden Abschnitt zu beschreibende politische Krise verstärken sich auf diese Weise wechselseitig.

Politische Krise

Verschiedene Meinungsumfragen²⁷ ergeben für Bolivien eine im lateinamerikanischen Vergleich relativ hohe Unterstützung für das demokratische System an sich. Bereits 1996 gaben 85 Prozent der BolivianerInnen an, sie würden die Demokratie verteidigen, wenn sie bedroht wäre. Das ist der mit Abstand höchste Wert für Lateinamerika. Ganz im Gegensatz zur relativ hohen Akzeptanz der Demokratie an sich steht das große Misstrauen in die einzelnen Institutionen und deren Vertreter in Fleisch und Blut. In einer von der bolivianischen Regierung in Auftrag gegebenen Studie gaben auf die Frage "Wer bedroht die Stabilität des demokratischen Systems?" die meisten (27,7 Prozent) die Antwort *Politiker* an. Ähnlich hohe Werte erhielten nur noch der *Drogenhandel* (17,7 Prozent) und die *Armee* (15,7 Prozent).

27 Zusammengefasst werden drei große Meinungsumfragen: Zwei davon wurden 1992 bzw. 1996 vom bolivianischen Meinungsforschungsinstitut *Encuestas y estudios* durchgeführt, die dritte 1996 von einer Wissenschaftlergruppe im Auftrag von bolivianischer Regierung, Friedrich-Ebert-Stiftung (ILDIS) und den Vereinten Nationen. Regelmäßig erscheinende kleinere Umfragen (z. Bsp. in der Wochenzeitung *Nueva Economía*) ergeben auch für jüngere Jahre ähnliche Werte.

Besonders positive Werte erhielten hingegen die Medien. Neben der katholischen Kirche gelten sie als die glaubwürdigste Institution des Landes. Auf die Frage "Welche Institution repräsentiert Ihre Meinung oder Ihre politischen Interessen?" gaben die meisten (23,4 Prozent) die Antwort *Medien* an. Danach kamen mit 12,6 bzw. 11,4 Prozent *Gewerkschaft* und *Kirche*. Kongress, Parteien und Präsident kamen jeweils auf Werte unter vier Prozent (Bukes 2000: 134-142).

Die über die neoliberale Wirtschaftspolitik neu definierte Rolle des Staates, der sich immer mehr aus bestimmten Bereichen zurückzieht, wird automatisch als Herausforderung für die Medien empfunden, in diesen Bereichen ein Vakuum zu füllen.

Wir [gemeint sind die JournalistInnen] füllen das Vakuum, das der Staat durch seinen Rückzug hinterlässt; in der Gesundheitserziehung, im Umweltschutz, im Kampf gegen die Diskriminierung, gegen die Kultur der Gewalt und gegen die schrecklichen Lebensbedingungen, unter denen ein Großteil der Kinder unserer Völker leben muss (Prieto Castillo 1998: 33, Übers. TG)²⁸.

In der repräsentativen Demokratie Boliviens sind die Parteien für die Repräsentanz der öffentlichen Meinung zuständig. Mayorga (1999: 14-16) unterscheidet diese Funktion in "institutionelle" Repräsentanz, die nach wie vor von den Parteien übernommen werde, und "symbolische" Repräsentanz, die inzwischen nicht mehr bei den Parteien liege, sondern an die Medien abgegeben worden sei. Da die Medien die Beschlüsse der öffentlichen Meinung aber nicht institutionell – also im Parlament – umsetzen könnten, entstehe Frustration bei der Bevölkerung sowie bei den JournalistInnen. Als weitere Tendenz beschreibt Mayorga die Tatsache, dass viele JournalistInnen die Stimmungslage mit Hilfe ihrer Sendungen instrumentalisieren, um anschließend selber in die Politik zu gehen²⁹.

2.4 Zusammenfassung der für die Arbeit wichtigen Punkte

Die Zeiten der Diktatur liegen in Bolivien nicht lange zurück. Ein Journalist mit 20jähriger Berufserfahrung hat den blutigsten Putsch der bolivianischen Geschichte hautnah miterlebt. Diese Tatsache erhält für die hier vorliegende Untersuchung besondere Bedeutung, da der amtierende³⁰ Präsident Hugo Banzer Suárez gleichzeitig für die längste Phase bolivianischer Militärdiktatur steht.

28 Prieto Castillo spricht hier von einer Entwicklung, die für ganz Lateinamerika zutrifft.

29 Die Legitimationskrise der staatlichen Institutionen und das dementsprechend hohe Ansehen der Medien analysiert auch Luis Tapia Mealla (2000: 30-34).

30 Banzer Suárez trat am 6. August 2001 aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig von seinem Amt zurück. Das "amtierend" bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum.

Die Abhängigkeit von den USA setzt der jeweils amtierenden bolivianischen Regierung einen engen Handlungsspielraum. Entscheidende Phasen der bolivianischen Geschichte (Revolution von 1952, Strukturanpassungsprogramm und Drogenbekämpfung seit den 80er Jahren) wurden auf teilweise starken Druck der USA durchgesetzt. Die Regierung in La Paz gerät dabei nicht selten in die Position, fremde Politik gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen. Die teilweise direkte Beteiligung von US-Militär im so genannten "Drogenkrieg" führte außerdem dazu, dass die Fremdbestimmung von der Bevölkerung verstärkt wahrgenommen und kritisiert wird³¹.

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre verstärkte die ohnehin große Armut Boliviens. Für die kommerziellen Medien wird durch fehlende Kaufkraft der BürgerInnen einerseits und – wesentlich entscheidender – durch die Abnahme des in Bolivien ohnehin geringen Werbekuchens der Druck immer stärker. Wie in dieser Untersuchung noch weiter auszuführen sein wird, wirkt sich das negativ auf die Qualität der Medien aus.

Dabei werden den Medien von der Bevölkerung, bei schwindendem Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes, wichtige Funktionen zugeschrieben, die sie – wie ebenfalls noch zu zeigen sein wird – aufgrund ihrer kommerziellen Ausrichtung, mangelnder Kontrollmöglichkeit durch die Bevölkerung und nur geringer Recherchekapazität nicht ausfüllen können. Die Gegensätze zwischen Land und Stadt, Arm und Reich, indigener Bevölkerung und nicht-indigener Bevölkerung teilen Bolivien in mindestens zwei Gesellschaften, die jeweils ihre eigenen politischen Institutionen besitzen. In der Medienlandschaft setzt sich diese Trennung fort.

31 Es gibt zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis der USA und Bolivien im Krieg gegen den Coca-Anbau. Neuere Arbeiten sind die von Eduardo A. Gamarra (1999) und Kenneth Lehman (1999: 180-216).

3. Hintergrund zur Fallstudie – Wasserkrieg in Cochabamba

Von daher sind wir seit zwei Jahren in einem ständigen Mobilisierungszustand. Aber die Regierung stellt sich taub und drängte uns u.a. dazu, ihr Wassergesetz anzuerkennen. Dies hat die sozialen Unruhen in unserem Land hervorgerufen, denn für die bolivianischen Bauern, die Indígenas, ist der Zugang zum Wasser neben dem Zugang zu Land lebenswichtig (Hoher Vertreter der CSUTCB im Gespräch mit der Zeitschrift ILA, 2001: 16).

Der Wasserkrieg im Februar bis April 2000 war nicht nur für das Departement Cochabamba³² ein entscheidendes Ereignis. Während des Zeitraums kam es im ganzen Land zu Blockaden und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dass er später als "Wasserkrieg in Cochabamba" bezeichnet wurde, kann vielleicht als eine Folge der stadtfixierten Massenmedien gesehen werden, denn die protestierenden Bewegungen müssen in mindestens zwei unterschiedliche Komponenten unterteilt werden: die Landbevölkerung, die gegen die Privatisierung von Bodenressourcen insgesamt rebellierte und die Stadtbevölkerung von Cochabamba, die vor allem gegen die als Folge der Privatisierung aufgetretene Erhöhung der Wasserpreise, den so genannten "Tarifazo" protestierten.

Gemeinsam legten diese beiden Bewegungen das Land lahm und siegten in einem in diesem Kapitel noch zu beschreibenden Prozess gegen die Regierung. Eingegangen wurde aber nur auf die Probleme der Stadt Cochabamba, die Forderungen der Landbevölkerung wurden nur oberflächlich behandelt, sodass es in den folgenden zwölf Monaten erneut zu blutigen Auseinandersetzungen kam.

Die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung wurde deshalb als Fallbeispiel genommen, weil einige für die Untersuchung günstige Eigenschaften erfüllt werden: Bei Privatisierungsprozessen handelt es sich um Phänomene, die nur im internationalen Kontext verstanden und interpretiert werden können. Dennoch waren die cochabambinischen JournalistInnen in ihrer Recherche zu dem konkreten Fall überwiegend auf sich alleine gestützt. Außerdem lässt sich das Phänomen relativ gut zeitlich begrenzen, und der zu betrachtende Zeitraum lag ziemlich genau ein Jahr zurück, so dass sich die JournalistInnen noch relativ gut an die Begebenheiten erinnern konnten. Die genannten Punkte führten zu der Entscheidung, die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung zu analysieren, und nicht etwa die gewaltsame Vernichtung der Cocapflanze, die für die Region ein ebenso entscheidendes Thema gewesen wäre.

32 Cochabamba heißt sowohl das Departement als auch dessen Hauptstadt. Um Verwechslungen zu vermeiden, wird in der Arbeit jeweils angegeben, ob von der Stadt Cochabamba oder vom Departement die Rede ist.

Im folgenden sollen einige Hintergründe zum Wasserkrieg gegeben werden. Zunächst wird am Beispiel Chiles gezeigt, dass die Wasserprivatisierung in Lateinamerika kein neues Phänomen ist. Dies soll vor allem verdeutlichen, dass bolivianische JournalistInnen durchaus auf einen Erfahrungshintergrund anderer lateinamerikanischer Länder hätten zurückgreifen können. Anschließend wird auf die Wasserprivatisierung in Bolivien eingegangen: Nach einer Darstellung des rechtlichen Hintergrundes und der Wasserversorgung in Bolivien bzw. Cochabamba, werden die Privatisierungsprozesse beschrieben, die im Jahr 2000 schließlich zu den blutigen Auseinandersetzungen geführt haben, die als der "Wasserkrieg von Cochabamba" bezeichnet werden.

3.1 Wasserprivatisierung in Lateinamerika – Beispiel: Chile

Es kann in dieser Arbeit nicht darum gehen, die verschiedenen Erfahrungen der Wasserprivatisierung aller Länder Lateinamerikas zu analysieren³³. Dennoch sei zumindest am Beispiel Chile kurz dargestellt, dass es in der Region schon im Vorfeld zu Privatisierungen des Wassers gekommen ist, in der positive und negative Erfahrungen gemacht wurden.

In Chile wurde unter der Diktatur Pinochets (1973-1990) die Privatisierung früher und radikaler durchgesetzt als in anderen Ländern Lateinamerikas (Bitrán C. 1998: 31). Die Grundlage der Privatisierung bildete dabei die 1981 verabschiedete Verfassung, die mit einigen Veränderungen noch immer in Kraft ist. Der Staat darf demnach keine Subventionen an bestimmte Wirtschaftsbereiche oder Regionen zahlen. Der Staat darf nur dann unternehmerisch tätig werden, wenn dafür eine breite Mehrheit (*cuorum calificado*) im Parlament ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Die gesellschaftliche Verantwortung von Eigentum bleibt zwar in der Verfassung bestehen, allerdings wird sie neu definiert. Sie sieht keine Umverteilung mehr vor, sondern nur noch gesamtgesellschaftliche Stabilität (Bauer 1998: 17-19). Auf Grundlage dieser Verfassung setzte die Militärregierung 1981 ein neues Wassergesetz durch, das Prinzipien des freien Markts umsetzte.

In Chile und im Ausland wurde die Wasserprivatisierung als großer Erfolg dargestellt. Nach dem Urteil von Bauer handelt es sich dabei allerdings um politisch und ideologisch bedingte Übertreibungen, die vor allem von Weltbank und einflussreichen Kräften in Chile in die Welt gesetzt werden.

Chilean water markets have enjoyed good press recently, shining in the reflected glow of the country's dynamic economic growth. Influential voices within Chile and in the World Bank have praised the Water Code as a model of suc-

33 Einen Überblick über die Wasserprivatisierung verschiedener lateinamerikanischer Staaten bietet Barrionuevo (1998).

cessful neoliberal reform, showing the benefits of privatization and free markets. Neighboring governments – e.g. in Peru, Bolivia, and Ecuador – have been encouraged by such voices, and in their admiration for Chile's economy, they have considered copying its water law as well. Unfortunately, these claims for the Water Code's success are exaggerated and incomplete. They rest on political or ideological beliefs rather than empirical support (Bauer 1998: 51).

Gerade für die Landbevölkerung zieht Bauer ein negatives Resümee. Auch 15 Jahre nach der chilenischen Wasserprivatisierung glauben viele Bauern auf dem Land nicht daran, dass man Wasser verkaufen kann und nutzen es illegalerweise nach wie vor, ohne dafür die vorgeschriebenen Konzessionen zu kaufen (Bauer 1998: 64).

The real lesson of the Chilean experience is that implementing free market water policies is much more difficult than it may seem. The problem is not that Chilean water markets have failed, but that their success has often been so exaggerated. In fact, their results have been mixed, and probably negative in the case of peasants (Bauer 1998: 72).

Die indigene Bevölkerung – in Chile vor allem die Mapuche – haben den Anspruch auf Nutzung der von ihnen seit Jahrhunderten genutzten Quellen verloren (Almendras 2001).

Für die vorliegende Studie bleibt die Tatsache festzuhalten, dass Wasserprivatisierung ein allgemeines Phänomen der Region ist. Bei diesen Prozessen wurden in anderen Ländern also positive und negative Erfahrungen gemacht. Es gibt ExpertInnen auf dem Gebiet, die von bolivianischen JournalistInnen hätten befragt werden können. Die Erfahrungen anderer Länder hätten sie zum Vergleich heranziehen können. Ein Aspekt der Untersuchung war es also herauszufinden, ob bolivianische JournalistInnen diese Ressourcen nutzen bzw. der bolivianischen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen konnten, bzw. – um hier ein Ergebnis vorweg zu nehmen – warum ihnen genau dies nicht gelungen ist.

3.2 Der Wasserkrieg in Cochabamba

Rechtlicher Hintergrund

Das zur Zeit gültige Wassergesetz stammt aus dem Jahr 1906 und sieht theoretisch auch die Möglichkeit der privaten Aneignung des Wassers vor. Das heißt, der Besitzer über Grund und Boden ist auch gleichzeitig Besitzer des sich auf diesem Grund befindlichen Wassers. Diese Regelung sieht jedoch nicht den vom Land unabhängigen Verkauf des Wassers vor und steht zudem im Widerspruch zur Verfassung, in

der das Wasser als "ursprüngliches Eigentum des Staates"³⁴ bezeichnet wird (Antezana Ergueta 2000: 310-311).

Um Rechtssicherheit für die Privatisierung des Wassers in Bolivien zu schaffen, sollte das Wassergesetz bereits in mehreren Versuchen geändert werden. Der letzte Anlauf – in den Jahren 1999-2000 – bestand aus 32 verschiedenen Gesetzesvorschlägen, deren letzte – vermeintlich konsensfähige – Version auf gewaltigen Protest bei der Landbevölkerung stieß. Diese lehnt die Wasserprivatisierung grundsätzlich ab, da sie zur Konzentration verschiedener Wassertitel³⁵, also letztendlich zu Monopolen im Handel mit Wasser führen kann (Almendras 2001). Der neue Gesetzesvorschlag sollte verabschiedet werden, während zeitgleich die Wasserversorgung im Stadtgebiet Cochabambas nach einer internationalen Ausschreibung in private Hände gelegt werden sollte. Das neue Gesetz hätte dazu erst die rechtliche Grundlage gegeben.

Wasserversorgung in Bolivien

Seit dem Bürgerbeteiligungsgesetz von 1994 liegt die Verantwortung für die Schaffung einer adäquaten Wasserversorgung sowohl im städtischen als auch im ländlichen Gebiet auf Gemeindeebene – bei den *municipios*³⁶. Die bolivianische Verfassung erlaubt es den Gemeinden, sich in Gemeindeverbänden³⁷ zusammenzuschließen sowie Verträge mit privaten Unternehmen abzuschließen (Vargas Vuscanovich 2000: 8-9).

In großen Städten wurden in den 60er Jahren öffentliche Unternehmen gegründet, um die Wasserversorgung zu übernehmen: SELA in Oruro (1964), ELAPAS in Sucre (1965), SAMAPA in La Paz (1966) und SEMAPA in Cochabamba (1967). Die Unternehmen entscheiden autonom, ihr Haushalt unterliegt aber der direkten Kontrolle der Stadtverwaltung. Mit Ausnahme von SAMAPA in La Paz sind diese öffentlichen Unternehmen nach wie vor für die Wasserversorgung in den Städten zuständig. In ländlichen Gebieten mit geringer Einwohnerdichte und hoher Armut ist es für private Unternehmen unattraktiv, in die Wasserversorgung zu investieren. In diesen Gebieten spielen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und Kommunale Organisationen (KOs) eine wichtige Rolle. Bei den KOs handelt es sich meistens um

34 "dominio originario del Estado" (Übers. TG).

35 *Titulos de Agua*: Nach dem im Parlament ausgehandelten Vorschlag, der von der Landbevölkerung abgelehnt wurde, wurden die Wassertitel für 40 Jahre vergeben. Die indigenen Kommunen erhalten den Titel zwar kostenlos, in dem sie ihre Nutzungsgewohnheiten mit Angaben über Wassermenge pro Zeiteinheit belegen. Doch der Titel kann nach dem Gesetzesvorschlag verkauft werden. Es kann also im Nachhinein dennoch zu einer Besitzkonzentration in privater Hand kommen.

36 Das 1942 verabschiedete Gesetz Ley de Municipalidades übertrug den Gemeinden im städtischen Bereich die Aufgabe, die Wasserversorgung zu garantieren. Während der Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre wurden den Gemeinden die Verantwortung entzogen und durch die Zentralregierung ersetzt. 1985 wurde ein neues Ley de Municipalidades erlassen, das den Gemeinden die Aufgabe wieder übertrug, seit dem 1994 erlassenen Gesetz Ley de Participación Popular wurde die Verantwortung der Gemeinden auf die ländlichen Gebiete ausgeweitet.

37 Gemeindeverbände = *Mancomunidad de Municipalidades*.

indigene Gemeinschaften, die die Wasserversorgung selber in die Hand genommen haben und gemeinsam über die Preise abstimmen. Von diesen selbstverwalteten Kooperativen gibt es im ganzen Land über 150, die sowohl im städtischen vor allem aber im ländlichen Raum organisiert sind. In den Kooperativen sind die Haushalte Mitglieder, die sich der Kooperative anschließen. Auf nationaler Ebene unterliegen die Kooperativen dem *Instituto Nacional de Cooperativas* (INALCO). Die größte dieser Kooperativen ist SAGUAPAC (1973 gegründet), die die gesamte Bevölkerung der Millionenstadt Santa Cruz mit Wasser versorgt.

SAGUAPAC ist sowohl ein Beispiel dafür, wie selbstverwaltete Wasserversorgung funktionieren kann, als auch für den Druck, den die Weltbank³⁸ ausübt, um diese Art der Versorgung in Kooperativen zu unterbinden. Um die Richtlinien des Strukturanpassungsprogramms der Weltbank durchzusetzen, wurde der Wasserkoperative in Santa Cruz der für den Ausbau notwendige Kredit von 25 Millionen US Dollar explizit mit der Begründung verweigert, man solle den privaten Sektor in der Wasserversorgung vorantreiben (Vargas Vuscanovich 2000: 10-15).

Tab. 3.1: Wasserversorgung in Bolivien 1992

Wasserversorgung	Mit Wasserversorgung			Ohne geregelte Wasserversorgung
	Wasseranschluss im Haus	Wasserverkäufer, öffentl. Pumpen	gesamt	
Total	49%	9%	58%	42%
Städtisches Gebiet	75%	9%	84%	16%
Ländliches Gebiet	17%	7%	24%	76%

Quelle: INE, Volkszählung 1992

Defizitäre Wasserversorgung in Cochabamba

Die Wasserversorgung in Bolivien ist insgesamt unzureichend, verteilt sich aber ungleichmäßig auf die verschiedenen Departemente und Städte. In Santa Cruz gibt es rund um die Uhr Wasser, in den Städten Potosí und Oruro gibt es meist nur vier oder fünf Stunden am Tag Wasser, in Cochabamba ist die Situation am dramatischsten. Obwohl ein Großteil der Haushalte über einen Wasseranschluss verfügt, fließt

38 Zu den Vorwürfen, die Politik der Weltbank habe zu den Auseinandersetzungen um den Wasserkrieg in Cochabamba geführt, äußern sich in der Zeitschrift Berliner Republik zwei Weltbankvertreter (Leiteritz/Plessmann 2001).

aus den Hähnen oft nur einige Tage pro Woche für wenige Stunden Wasser. Die reichen BürgerInnen im Norden der Stadt leisten sich deshalb große Wassertanks, die sich in den Morgenstunden automatisch füllen, während die ärmeren BewohnerInnen der Südstadt morgens aufstehen, um Eimer, Wannen und Töpfe für den Tag zu füllen. Diejenigen, die keinen Wasseranschluss haben, kaufen ihre Ration von Wasser-Lastwagen, bei denen der Liter aber etwa doppelt so teuer ist wie aus öffentlichen Leitungen.

Die Wasserknappheit Cochabambas liegt nicht nur am maroden Leitungssystem, aus dem ständig ein großer Teil ins Erdreich versickert, sondern auch an der Tatsache, dass die Stadt in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen ist. Den wachsenden Bedarf an Wasser können die üblichen Quellen nicht mehr decken. Schon seit den 50er Jahren gibt es deshalb Pläne, aus weiter entfernten Stauseen eine Wasserleitung nach Cochabamba zu bauen: das Projekt *Misicuni*³⁹. Kostspielig ist das Projekt vor allem dadurch, dass die Leitung mehrere Kilometer lang als Tunnel durch hartes Berggestein geführt werden muss. Das Projekt wurde nie richtig in Angriff genommen, spielte in Wahlkämpfen aber immer eine große Rolle und wurde so zum Mythos von Cochabamba (CEDIB 2000: 4-5).

In der Zeit vor den Wahlen 1997 versuchte der ehemalige Präsident Sánchez de Lozada (unterstützt von Experten der Weltbank) das Projekt *Misicuni* durch ein anderes kostengünstigeres (aber weniger ertragreiches) Projekt zu ersetzen. Die aus dem Kauf der öffentlichen Elektrizitätswerke entstandene US-amerikanische Firma *Corani S.A.* sollte die Stadt nach diesem Plan nicht nur wie bislang mit Strom, sondern zusätzlich auch mit Wasser versorgen (CEDIB 2000: 4). Der Bürgermeister Cochabambas zögerte durch Prozesse um Formfehler und durch Verweigerung seiner Unterschrift das Projekt *Corani* so lange heraus, bis es zum Wahlkampfthema für die Präsidentschaftswahlen wurde. Im Wahlkampf versprach der ADN-Kandidat Cochabamba, das geliebte Projekt *Misicuni* zu verwirklichen. Seine anschließende Wahl zum Präsidenten hat Hugo Banzer nicht zuletzt auch dem überdurchschnittlichen Abschneiden in Cochabamba zu verdanken (Arandia 1999: 14-15).

Internationale Ausschreibung für Cochabambas Wasserversorgung

Das Projekt *Misicuni* – allerdings in kleinerer Ausführung – wurde unter Banzers Präsidentschaft von der *Superintendencia de Saneamiento Básico* (SSB)⁴⁰ interna-

39 Genaue Zahlen und technische Daten des Projekts *Misicuni* finden sich bei Roberto Vera (2001). Im Vergleich des ursprünglichen Projekts mit den Leistungen, die im Vertrag mit dem späteren Konsortium *Aguas del Tunari* vereinbart wurden, lässt sich feststellen, dass das Projekt sehr stark eingeschränkt war, eigentlich nur noch den Namen des ursprünglichen Projekts trug.

40 Die Superintendencias sind Behörden, deren Leiter zwar von der Regierung benannt werden, dann jedoch relativ unkontrolliert von der Politik arbeiten können. Sie sind die Institutionen, die für die Privatisierung zuständig sind. Für den Wasserbereich wurde 1997 die Superintendencia de Agua gegründet, diese wurde 1999 in die Superintendencia de Saneamiento Básico umbenannt (Vargas Vuscanovich 2000: 5). Die rechtliche Grundlage für dieses

tional ausgeschrieben. Nach mehreren Verzögerungen und Veränderungen der Kriterien bewarben sich schließlich sieben verschiedene Firmen, von denen aber nach Sichtung der Unterlagen keine einzige die in der Ausschreibung vorgeschriebenen Kriterien erfüllte. Per Verordnung wurde die Ausschreibung annulliert und statt einer erneuten Ausschreibung wurden *exklusive* Verhandlungen mit einem Zusammenschluss einiger der Bewerber geführt (Tórrez R. 2000: 8). Andere Bewerber bekundeten wiederholt ebenfalls Interesse, wurden jedoch von den Verhandlungen ausgeschlossen (Maldonado, Int.). Das neugegründete Konsortium nannte sich *Agua del Tunari* und bestand aus mehreren ausländischen und bolivianischen Firmen. Den größten Teil des Kapitals brachte das englische Unternehmen *International Waters* ein, an dem wiederum die US-amerikanische *Bechtel* große Anteile besitzt (Vargas Vuscanovich 2000: 5).

Die Vertragsverhandlungen liefen geheim ab, in den Zeitungen wurde währenddessen darüber spekuliert, wie hoch die Tarifierhöhungen wohl ausfallen würden. Verschiedene Zahlen, 20 Prozent, 35 Prozent, bestimmten die Schlagzeilen der cochabambinischen Presse. Auch nach Unterzeichnung des Vertrags im September 1999 bekam niemand Einsicht in die Unterlagen. Parlamentsabgeordnete der Opposition pochten auf ihr Recht, das Vertragswerk zu analysieren, bekamen dieses aber nur mit monatelanger Verzögerung und zunächst nur unvollständig zugeschiedt. Es verstärkte sich die Vermutung, hier handle es sich um einen Vertrag, der negative Auswirkungen für die Region habe und dessen Inhalt nicht vor der Kommunalwahl im Dezember 1999 an die Öffentlichkeit geraten sollte, während er offiziell ab Oktober gelten sollte. Anscheinend hatte der überaus populäre regierende Bürgermeister, Manfred Reyes, der den Vertrag mit ausgehandelt hatte, kein Interesse daran, die Inhalte vor der Wahl bekannt zu geben. Einzelne Warnungen der Opposition vor überhöhten Tarifen wurden jedoch auch als Übertreibungen im Zuge des Wahlkampfes interpretiert.

Die Wahlen gewann erneut der Amtsinhaber Reyes. Die ersten Wasserrechnungen des neuen Wasseranbieters AdT kamen wenige Tage nach der Wahl und sorgten für helle Aufregung: Durch eine neue Kategorisierung stiegen die Tarife unverhältnismäßig an; für manche Haushalte verdreifachte sich die Höhe der monatlichen Wasserkosten. Dabei hatte sich der Service der Firma noch nicht verbessert. Die Investitionen kamen also nicht als Vorausleistung des Investors, sondern sollten offenbar zunächst über erhöhte Tarife finanziert werden. Die Regierung bemühte sich um eine Verschleierung und gab an, es handle sich um falsche Rechnungen, in Wahrheit sei der Vertrag ganz anders, doch inzwischen hatten einzelne Parlamentsabgeordnete

System bildet das Reformwerk von Sánchez de Lozada: Das Kapitalisierungsgesetz von 1994, und das Gesetz SIRESE (Sistema de Regulación Sectorial). Anhand der Privatisierung des Telekommunikationsbereichs erklärt Herrera (1998: 260-270) die Einzelheiten dieser besonderen Form der Privatisierung.

den Vertrag erhalten und den Medien zugespielt. Die Regierung hatte ihre Glaubwürdigkeit verspielt, der Protest keimte.

Der Wasserkrieg

Schon Ende des Jahres 1999 hatten sich mehrere Gruppierungen zur *Coordinadora por la Defensa del Agua y de la Vida*, kurz: zur Coordinadora, zusammengeschlossen. Es handelte sich um einen breiten Zusammenschluss, der zunächst die Geschehnisse um die Wasserprivatisierung kritisch begleiten, später gegen die Ungerechtigkeiten mobilisieren wollte. Der Coordinadora schlossen sich sowohl (städtische) Gewerkschaften als auch (ländliche) Bewässerungsgemeinschaften an. Lehrerverbände, einzelne PolitikerInnen verschiedener Parteien, Rechtsexperten und Ökonomen trafen sich in der Coordinadora und entschieden in der Folgezeit gemeinsam, wie vorzugehen wäre (Prada Alcoreza 2000: 89-90). Schnell kristallisierten sich zwei Grundforderungen heraus: die Überarbeitung des Vertrags mit AdT als Forderung der Stadt und die Veränderung des Vertragsentwurfs des Wassergesetzes als Forderung der Landbevölkerung.

Auf einen Generalstreik von 48 Stunden im Januar 2000 reagierte die Regierung nicht. Für den 4. Februar setzte die Coordinadora die "symbolische Einnahme" der *Plaza Principal* an. Was als friedliche Demonstration geplant war, endete in gewalttätigen Auseinandersetzungen, nachdem die Regierung eine Spezialeinheit der Polizei⁴¹ aus La Paz geschickt hatte, um die Demonstrierenden am Betreten des Hauptplatzes zu hindern (CEDIB 2000: 10-13). Doch die Polizei konnte die aufgebrachten BürgerInnen nicht aufhalten. Die erste Straßenschlacht des Wasserkriegs dauerte bis zum Folgetag an, an dem um die Mittagszeit Tausende von Cochabambinos unter Jubelgeschrei die Plaza einnahmen und die Polizei in die Flucht schlugen. Um die Masse zu beruhigen, wurde ein erster Vertrag geschlossen, der die Überarbeitung der Wassertarife garantierte.

Die Vereinbarungen wurden in der Folgezeit jedoch nicht umgesetzt. Im April rief die Coordinadora erneut zum Protest auf, gleichzeitig begann die Landbevölkerung mit der Blockade der Hauptverkehrsstraßen zwischen La Paz, Santa Cruz und Cochabamba. Nach den ersten blutigen Schlachten am 4. und 5. April weigerte sich die cochabambinische Militärdivision, gegen die eigenen BürgerInnen vorzugehen. Inzwischen hatte es den ersten Todesfall gegeben. Teile der Polizei drohten einen Streik an und bekamen eine 50prozentige Lohnerhöhung. Demonstrierende stürmten das Bürgerkomitee, von dem sie sich verraten fühlten, und die Gebäude der Firma *Agua del Tunari*. Die Regierung schickte immer mehr Militär aus La Paz. Immer mehr Landbevölkerung kam mit Stöcken und Steinen bewaffnet in die Stadt.

41 Bei der Spezialeinheit handelt es sich um die so genannten "*dálmatas*", die eigentlich *Grupo Especial de Seguridad*, GES heißen. Sie wird in der Regel eingesetzt, um Demonstrationen gewaltsam aufzulösen.

Vier Punkte seien unter vielen hervorgehoben, welche die Wut der Bevölkerung gegen die Regierung anstachelten: Über Filmaufnahmen des Senders *PAT* konnte jeder im Fernsehen sehen, dass – auch wenn es von allen offiziellen Stellen bestritten wurde – das Militär scharfe Kriegsmunition einsetzte, um gezielt auf Demonstrierende zu schießen. Zweitens wurde der Ausnahmezustand verhängt und mit Eintreten des Ausnahmezustands die Stromzufuhr zu dem Berg gekappt, auf dem die Antennen der Rundfunksender für die Stadt stehen. Für einige Stunden waren fast alle Live-Medien abgeschaltet. Drittens erklärte sich die Regierung zwar nach tagelangen Kämpfen zum Dialog mit der Coordinadora bereit, nahm aber dann alle Verhandlungsführer fest und flog sie aus der Stadt in ein weit abgelegenes Gefängnis im Pando. Viertens gab der Präfekt Cochabambas zwar am 7. April nachmittags um fünf im Namen der Regierung bekannt, man werde den Vertrag mit AdT brechen. Doch wenige Stunden später gab derselbe Präfekt seinen Rücktritt bekannt, weil die Zentralregierung seine Entscheidung nicht unterstützt habe.

Inzwischen eskalierte auch die Situation auf dem Land. Alle neun Departemente hatten sich den Blockaden angeschlossen, es gab keinerlei Verbindung mehr zwischen den Städten. In Achacachi im Departement La Paz kamen mehrere Demonstranten bei den Auseinandersetzungen ums Leben; ein hoher Militär wurde zunächst verletzt und anschließend auf dem Weg zum Krankenhaus von der Landbevölkerung gelyncht. Schließlich musste die Regierung ihre Machtlosigkeit eingestehen, AdT verließ das Land, der Vorschlag für das Wassergesetz wurde im Sinne der Landbevölkerung geändert. Mitte April wurden alle Blockaden aufgehoben (Gutiérrez Aguilar/García Linera/Tapia Mealla 2000: 121-131; Prada Alcoreza 2000: 135-184).

Dem Schein nach wurde den Forderungen der Landbevölkerung nachgegeben. Der Gesamtzusammenhang, in dem diese Forderungen gestellt wurden, nämlich die Kritik an der Privatisierung und Neoliberalisierung insgesamt, wurde nicht diskutiert. Es ist damit nicht verwunderlich, dass die Proteste wenige Monate später erneut begannen. Wieder wurden die Straßen blockiert und wieder starben Campesinos und Polizisten. Am Ende des Jahres 2000 zählte Boliviens Menschenrechtsvertretung 20 Tote, 335 Verletzte, 152 Verhaftungen, 26 Fälle von Folterungen und einen Vermissten (Whitehead 2001: 13).

4. Untersuchungsfragen und Methoden

Du musst eine gute Konstitution haben, um dich am Acker, in stickigen Kneipen, in der Kirche, in noblen Gasthäusern, im Wald, im Stall, auf staubigen Straßen und auch sonstwo wohl zu fühlen. Dazu gehört die Fähigkeit, jederzeit zu essen, zu trinken und zu schlafen (Letztes der "Zehn Gebote der Feldforschung" nach Girtler 2000).

Den roten Faden dieser Arbeit bildet ein von Shoemaker und Reese (1991) entwickeltes Modell zur Strukturierung verschiedener Ebenen von Einflüssen auf Medieninhalte. Die Einflussfaktoren – von den AutorInnen für die USA entwickelt – wurden den Gegebenheiten Boliviens angepasst. Aus diesem Modell wurden Fragen entwickelt, die zur Analyse verschiedener Einflüsse auf Inhalte bolivianischer Medien beantwortet werden sollten. Anschließend wurden die Fragen darauf überprüft, welche Methoden zu den gewünschten Antworten führen könnten.

Aus dieser Vorgehensweise ergaben sich einerseits der Entschluss, das oben leider nur blitzlichtartig beschriebene Fallbeispiel zu wählen, und andererseits die Notwendigkeit, ein breites Spektrum verschiedener Methoden zu benutzen. Neben einer intensiven Literaturrecherche in Bolivien und Deutschland wurden folgende methodische Ansätze genutzt:

- eine dreiwöchige Beobachtung einer cochabambinischen Zeitungsredaktion;
- eine Befragung derjenigen JournalistInnen, die den größten Teil der Recherche zur Wasserprivatisierung leisteten;
- Gespräche mit wesentlichen an dem Konflikt beteiligten Personen (Netzwerk-analyse);
- ExpertInnengespräche mit WissenschaftlerInnen, Medienunternehmern, Vertretern von JournalistInnenverbänden und Mediengewerkschaften sowie
- eine Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel vierer Tageszeitungen.

Dabei ist an dieser Stelle noch einmal hervorzuheben, dass es letztendlich um die Klärung der Einflussfaktoren ging, die für die Medieninhalte Boliviens eine wichtige Bedeutung haben. Das Fallbeispiel wurde benutzt, um anhand eines Beispiels in die Tiefe gehen zu können und Prozesse zu verstehen und zu analysieren. In der Beobachtung und in den Interviews wurde aber auch versucht, allgemeine Einflussfaktoren ausfindig zu machen.

Allgemeine Untersuchungsfragen

- Welche Hintergründe (sozioökonomische, sprachliche, demografische) der JournalistInnen haben Einfluss auf die Berichterstattung?
- Wie sind die Beziehungen der JournalistInnen untereinander? Wie funktioniert ihr Arbeitsablauf? Welche Recherchebedingungen (Zeit, Ressourcen, Personallage, Geld) herrschen bei ihrer Arbeit? Welche Routinen wirken sich eventuell auf die Medieninhalte aus?
- Wie sehen die Entscheidungshierarchien innerhalb der Medien aus? Welche Besitzverhältnisse kennzeichnen den bolivianischen Medienmarkt?
- Welche Einflüsse wirken von außen auf die Redaktionen ein? Welche Interessengruppen haben den größten Einfluss, und macht sich der Einfluss der USA auch im Medienbereich bemerkbar?
- In welchen ideologischen Kontexten findet der Journalismus in Bolivien statt, und wie wirken sich diese Kontexte möglicherweise auf die Medieninhalte aus?

Untersuchungsfragen für das Fallbeispiel

- Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, lassen sich in der Protestbewegung zwei unterschiedliche Momente voneinander unterscheiden. Zum einen die Landbevölkerung, die gegen das Wassergesetz bzw. dessen Tendenzen zur Privatisierung von natürlichen Ressourcen protestierte. Auf der anderen Seite die Stadtbevölkerung, die sich gegen die überhöhten Wassertarife in der Stadt wehrte. Es ist also interessant zu untersuchen, wie sich diese beiden Aspekte in den Medien wiederfinden, zu welchem Aspekt eher recherchiert wurde und welcher in den Redaktionen als wichtiger empfunden wurde, etc.
- Das Thema Wasserprivatisierung wird nur im internationalen Kontext verständlich. Um der Bevölkerung die Hintergründe zu vermitteln, wäre internationale Recherche notwendig gewesen. Die Erfahrung anderer Länder mit der Wasserprivatisierung und die Beweggründe internationaler Institutionen, wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds, hätten in den Medien thematisiert werden müssen. In der Untersuchung sollte festgestellt werden, in wie weit es den bolivianischen JournalistInnen möglich war, an diese Informationen zu kommen.
- Bei der Privatisierung spielten viele Interessen – politische und wirtschaftliche – eine Rolle. Es konnte vermutet werden, dass sich verschiedene Gruppierungen bemühen, die Medien in ihrem Sinne und mit denen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu beeinflussen. Deswegen konnte anhand des Fallbeispiels eine Überprüfung der verschiedenen äußeren Einflussfaktoren durchgeführt werden.
- Schließlich war es für die Berichterstattung notwendig, an Informationen zu gelangen, welche die Regierung verheimlichen wollte. Es konnte also anhand des Fallbeispiels untersucht werden, welche Möglichkeiten JournalistInnen haben, um an Informationen zu gelangen, die vor ihnen versteckt werden sollen.

4.1 Teilnehmende Beobachtung

Roland Girtler (1988: 43) definiert die Methode der sozialwissenschaftlichen Beobachtung als Verfahren,

durch welches der Beobachter sinnlich wahrnehmbares Handeln erfassen will. Er selbst verhält sich bei der Beobachtung gegenüber dem zu Beobachtenden grundsätzlich passiv (was aber nicht heißt, daß er nicht auf das Handeln in der betreffenden Gruppe einwirkt, s.u.), wobei er gleichzeitig versucht, seine Beobachtung im Sinne seiner Fragestellung zu systematisieren und den Beobachtungsvorgang kritisch hinsichtlich einer Verzerrung durch seine Perspektive zu prüfen.

Die Methode wird vorwiegend in der Anthropologie, der Ethnologie und der Soziologie angewendet. In Deutschland nutzte Manfred Rühl die Beobachtung erstmals, um die Redaktion einer Tageszeitung zu untersuchen. Er versuchte vor allem die Einflüsse herauszustellen, die von außen auf die Redaktion einwirken, die seiner Meinung nach bis dato ignoriert wurden.

Die Bedingungen, denen die Redaktion durch ihre Umwelt ausgesetzt ist, werden in gelegentlichen Hinweisen angesprochen; in der Grundkonzeption haben sie jedoch keinen Platz, ja sie werden implizit als bestehende Harmonie vorausgesetzt (Rühl 1969: 28).

Weitere wichtige Redaktionsbeobachtungen wurden von Dygutsch-Lorenz (1971; 1973), Rückel (1975), Hofer (1978), Krzeminski (1987), Koller (1988), Hienzsch (1990) und Altmeyen (Altmeyen 1999; Altmeyen/Donges/Engels 1999) durchgeführt.

Die Beobachtung diente vor allem dazu, den Prozess und die Arbeitsweise der bolivianischen JournalistInnen besser zu verstehen. Während JournalistInnen in einer Interviewsituation vermutlich vor allem die ungewöhnlichen Erlebnisse erzählen, kann bei der Beobachtung der Arbeitsalltag betrachtet werden (Girtler 1989). Berichte über die besondere Situation während der Berichterstattung über die Konflikte um die Wasserprivatisierung können so besser verstanden und eingeordnet werden.

Durchführung der Beobachtung

Beobachtet wurde drei Wochen lang⁴² in der Lokalredaktion der größten cochabambinischen Tageszeitung *Los Tiempos*. Das Ressort *Lokales* wurde gewählt, weil die-

42 Montag 23. April 2001 bis Freitag 11. Mai 2001. Beobachtet wurden jeweils fünf Tage pro Woche zu unterschiedlichen Wochentagen (also auch am Wochenende).

sem genau ein Jahr vorher die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung zu-
fiel. Den ersten Zugang zum Feld, den Rosalie Wax (1979) als "das erste und unan-
genehmste Stadium der Feldforschung" beschreibt, wurde durch einen mir bekann-
ten Kollegen dieser Redaktion erleichtert. Dieser stellte mich dem Chef der Zeitung
vor, der glücklicherweise einwilligte und mir zudem ein Gespräch am Ende der Beo-
bachtung zusagte, in dem ich meine Ergebnisse mit ihm diskutieren konnte. Der
Chefredakteur stellte mich dann dem weiteren Personal vor. Aufgrund der Tatsache,
dass fast alle JournalistInnen der Zeitung zumindest einige Semester lang Kommuni-
kationswissenschaften studiert hatten, brachten sie meiner Beobachtung viel Interes-
se und Verständnis entgegen. Einige der KollegInnen kannte ich aus früherer journa-
listischer Tätigkeit in Cochabamba⁴³, sodass wahrscheinlich nicht die Befürchtung
aufkam, ich sei vom Chef eingesetzt worden, um die Arbeit seiner Angestellten zu
kontrollieren.

Wichtige Entscheidungen vor Beginn des Beobachtungszeitraums waren die Fest-
legung der Beobachtungseinheiten, sowie die Strukturierung und Dokumentierung
der Beobachtung. Von den oben genannten Studien ziehen es Rühl, Dygutsch-Lor-
renz und Hienzsch vor, eher die gesamte Gruppe von Journalistinnen und Journali-
sten zu beobachten, also in der Redaktion zu sitzen, während Altmeppen (1999)
seine Beobachtung auf gezielt ausgewählte Einzelpersonen richtet.

Ich wählte einen Mittelweg, indem ich in den ersten Tagen (und immer wieder
zwischendurch) an den Redaktionssitzungen teilnahm, um den Redaktionsablauf, die
Entscheidungsprozesse und die Hierarchien der Redaktion kennen zu lernen. Vor
allem in der zweiten Woche begleitete ich hingegen auch einzelne JournalistInnen
des Lokalteils bei ihren Recherchearbeiten vor Ort. Zweimal reiste ich mit unter-
schiedlichen JournalistInnen des Lokalteils auch in die Konfliktzone "Chapare"
mehrere Autostunden von der Redaktion entfernt, in der – ähnlich wie während des
Wasserkriegs – auch im April 2001 Straßenblockaden der ländlichen Bevölkerung
durchgeführt wurden und sich Militär und Landbevölkerung Straßengefechte liefer-
ten.

Der Strukturierungsgrad der Beobachtung muss dem jeweiligen Gegenstand ange-
passt werden. Bei einem offenen Feld bietet sich eher eine unstrukturierte (offene)
Beobachtung an (Altmeppen 1999: 90). Sinnvoll ist eine Mischung aus strukturierter
und offener Beobachtung (Tagebuchstil), damit zum einen bestimmte Kriterien über-
prüfbar sind, zum anderen wichtige Besonderheiten nicht verloren gehen. Letztend-
lich sollte die Beobachtung dem Verständnis des Feldes, als Hintergrund für Befra-
gung und Interviews, dienen. Daher orientierte sie sich eher an den oben aufgezähl-
ten Leitfragen als nach einem vorher festgelegten Schema. Bei der Protokollierung

43 In den Jahren 1994-1996 arbeitete ich in dem Radio San Rafael FM 92 in Cochabamba, im September 2000 war
ich noch einmal für zwei Wochen als Korrespondent für die Nachrichtenagentur IPS in der Stadt.

hielt ich mich im Wesentlichen an die Vorgaben von Girtler (1988: 118-143). Demnach wurden in den beobachteten Situationen u. a. Uhrzeit, anwesende Personen, Unterschiede zwischen Behauptetem und Ausgeführten etc. protokolliert. Im Beobachtungsbuch notierte ich jeweils auch die Fragen, die ich später in den Interviews dem Chefredakteur bzw. dem Herausgeber der Zeitung stellen wollte.

Wichtig war mir der nähere Kontakt zu verschiedenen JournalistInnen, um deren Situation über die Arbeitszeit hinausgehend so gut wie möglich kennen zu lernen. Deshalb nahm ich an Wochenenden an zwei Kongressen der Mediengewerkschaft teil, ging mit den JournalistInnen mittags essen, gelegentlich abends feiern und besuchte sie teilweise zu Hause. Zugunsten der Vertrauensgewinnung und tieferem Eindringen in das Feld, wurde die Passivität in einigen Fällen aufgegeben. In einem Fall schrieb ich sogar einen Artikel, weil die Zeit drängte und der Journalist nicht noch länger in der Redaktion sitzen wollte.

In den Studien Girtlers werden die Beobachtungen mit dem ergänzt, was er "ero-epische Gespräche"⁴⁴ nennt. Hierbei handelt es sich um eine besondere Form des Interviews, in der bewusst auf die entspannte Situation gesetzt wird. Die Protokollierung wird auf die Zeit nach dem Gespräch verschoben, während bestimmte Merkhilfen dazu dienen sollen, sich an wichtige Inhalte später zu erinnern.

Beim 'ero-epischen Gespräch' steht der Partner unter keinem Druck des Antwortenmüssens. Die Situation ist eine lockere, in der nicht selten während des Erzählens gegessen und getrunken wird. [...] Das 'ero-epische Gespräch' ist also ein gemeinsamer Akt, bei dem beide sich – mitunter freundschaftlich zechend oder gemeinsam wandernd – einbringen [...] (Girtler 1995: 225)

Die aus der relativ unstrukturierten Beobachtung und dem nahen Kontakt zum "Beobachtungsgegenstand" unter partieller Aufgabe der Passivität gewonnenen Erkenntnisse wurden protokolliert, der eigene Einfluss auf die sozialen Situationen reflektiert und teilweise mit anderen JournalistInnen diskutiert. Die Arbeitsbedingungen wurden nicht nur beobachtet, sondern es wurden diesbezüglich auch "harte Fakten" gesammelt: Arbeitszeiten, Art der Bezahlung und Einsichtnahme in die Arbeitsverträge.

4.2 Interviews und Befragung

Neben den oben erwähnten "ero-epischen" Gesprächen wurden auch Interviews strukturierterer Art durchgeführt. Diese kann man in drei Bereiche einteilen, denen

44 Den Begriff leitet er aus den altgriechischen Wörtern *erotan* (= fragen) und *eipon* (= reden, mitteilen) ab. Inspiriert wurde diese Namensgebung aus der Odyssee Homers in der stets einer fragt und ein anderer erzählt, während in diesen Situationen meist getrunken und gelacht wird (Girtler 2000).

jeweils ein unterschiedlicher Leitfaden zugrunde lag und die in unterschiedlicher Weise festgehalten und ausgewertet wurden. Im folgenden werden die verschiedenen Interviewarten beschrieben, nicht aber, wer die einzelnen Gesprächspartner waren. Ein vollständiger Überblick sowie einzelne Ausschnitte aus den abgetippten und übersetzten Gesprächen findet sich im Anhang.

ExpertInneninterviews

In Gesprächen mit WissenschaftlerInnen konnten Zahlen aus älterer Literatur aktualisiert und Unklarheiten beispielsweise zum bolivianischen Rechtssystem ausgeräumt werden. Insgesamt wurden deshalb Gespräche mit acht KommunikationswissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachbereiche geführt. Häufig wurde der Besuch bei den ForscherInnen auch notwendig, um Einblick in deren Ergebnisse zu erhalten, da entweder die Untersuchungen nicht veröffentlicht oder die Publikationen in den Bibliotheken nicht vorhanden waren.

Medienbesitzer wurden vor allem zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, den Abhängigkeiten von Werbekunden, ihrer Personalpolitik, dem Ausbildungsstand ihrer Angestellten sowie zur Rolle ihres Mediums in der Wasserprivatisierung befragt. Insgesamt wurden die Direktoren einer Tageszeitung, dreier Radios und einer Nachrichtenagentur befragt. Zu Statistiken, Arbeitssituation der JournalistInnen bzw. auch spezifisch der Journalistinnen wurden drei VertreterInnen der verschiedenen Verbände befragt, in denen sich bolivianische JournalistInnen organisieren, sowie Chefredakteure unterschiedlicher Medien.

Zum besseren Verständnis der Landarbeiterorganisationen, dem Verhältnis der Protestbewegungen untereinander sowie der Rolle der Medien in Krisensituationen wurde ein Soziologe interviewt, der einige der wichtigen Anführer der aktuellen Protestbewegung gut kennt, da er aufgrund seiner Kontakte zu Oppositionellen des Terrorismus verdächtigt wurde und fünf Jahre lang mit ihnen in Untersuchungshaft gesessen hatte.

Netzwerkinterviews zur Fallstudie

Um den Wasserkrieg und die Rolle der Medien nicht nur aus der Sicht der JournalistInnen und ihrer Produkte zu verstehen, wurde mit verschiedenen involvierten Personen gesprochen. Damit wurde eine Art Netzwerkanalyse der Kommunikation über das Thema Wasserprivatisierung erstellt. Interviews konnten geführt werden mit:

- einem Vertreter der Coordinadora,
- einem an den Straßenkämpfen unmittelbar beteiligten "Wasserkrieger",
- zwei zu der Zeit zuständigen Öffentlichkeitsarbeitern der Präfektur,
- deren Kollegen bei der cochabambinischen Polizei,
- der PR-Beraterin des cochabambinischen Unternehmerverbandes sowie
- dem Berater des involvierten Bischofs.

Die Interviews wurden mit unterschiedlichem Erfolg geführt. Teilweise handelte es sich nur um informelle Gespräche, deren Inhalte nicht veröffentlicht werden dürfen. Bei den PR-Stellen erhielt ich häufig nur die gesammelten Pressemitteilungen, die jedoch in die Auswertung mit einbezogen werden konnten; in einigen Fällen führten diese Begegnungen auch zu wertvollen vertraulichen Hinweisen.

Befragung der JournalistInnen

Die Auswahl der zu befragenden JournalistInnen lief in zwei Arbeitsschritten. Zunächst wurden die Medien ermittelt, die eine herausragende Rolle in der Berichterstattung über den Wasserkrieg gespielt hatten; dazu wurde der Rat einiger an der Auseinandersetzung Beteiligter sowie einiger JournalistInnen eingeholt. Anschließend wurden aus den Medien zwei Radio- und drei Fernsehsender sowie zwei Nachrichtenagenturen, vier Qualitäts- und eine Boulevardzeitung ausgesucht. In den so ausgewählten Medien wurde in einem zweiten Schritt nach den JournalistInnen gefragt, die am meisten zur Wasserprivatisierung recherchiert hatten. In einzelnen Fällen wurden zwei JournalistInnen eines Mediums befragt, in manchen Fällen kam es zu Überschneidungen (manche JournalistInnen arbeiten gleichzeitig für zwei Medien).

Der Fragebogen wurde direkt auf Spanisch entworfen, orientierte sich an bereits in Bolivien durchgeführten Befragungen und wurde zur Sicherheit mit Kommunikationswissenschaftlern des *Centro Boliviano de Estudios Multidisciplinarios* (CEBEM) besprochen, um Missverständnisse in den Fragestellungen weitestgehend zu vermeiden. Den ersten Teil der Befragung bildeten geschlossene Fragen (zu Alter, Geschlecht, Ausbildung, Einkommen etc.). Der zweite Teil bestand aus sehr offenen Fragen (In welcher Weise wurden Ihre Artikel redigiert?, Welchen Einfluss übte die Regierung auf die Berichterstattung aus? ...).

Der Fragebogen wurde von **dem Interviewer** ausgefüllt, die Gesprächssituation wurde bewusst offen gehalten, so dass die Fragen selten der Reihe nach beantwortet wurden. Besonderheiten, die der Befragte im Gespräch mitteilte, wurden am Rand vermerkt. Zumindest der offene Teil des Fragebogens ist also tatsächlich eher als Leitfadengespräch durchgeführt worden, welches jedoch sehr selektiv notiert wurde. Dieser Kompromiss ersparte einerseits Zeit des Auswertens von Tonbandaufnahmen vieler Interviewstunden, gab den Interviewten andererseits die Möglichkeit relativ frei von ihren Erfahrungen zu berichten und Filmaufnahmen oder Fotos vom Wasserkrieg zu zeigen, anhand derer die beschriebene Situation besser erklärt werden konnte.

4.3 Inhaltsanalyse

Da es bei der Untersuchung um die Einflüsse auf Medieninhalte ging, sollte auch versucht werden, sich der Herausforderung zu stellen, diese Einflüsse auch in den

Inhalten nachzuweisen. Das dafür in der Kommunikationswissenschaft entwickelte Instrument ist die Inhaltsanalyse, nach Werner Früh (1991: 24) "eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen".

Zur Bestimmung des Untersuchungszeitraums wurden zunächst über einen Ausschniddienst (CEDIB in Cochabamba) alle Artikel von 14 verschiedenen Tageszeitungen zu den Themen Wasserprivatisierung, Wasserversorgung und soziale Konflikte des Zeitraums Juli 1999 bis Mai 2000 gesichtet. Beim Durchsehen der Artikel wurde eine Art Zeitleiste des Geschehens (zumindest des in der Presse dokumentierten Geschehens) erstellt. In dieser Phase wurden auch die wichtigen Artikel zum Thema kopiert, so dass nach den Netzwerkinterviews und der Befragung überprüft werden konnte, wann welche Informationen (zum Beispiel wörtliche Zitate aus dem Vertragstext) in der Presse vorkamen.

Nach Sichtung des umfangreichen Materials wurde der Untersuchungszeitraum auf die vier Wochen vom 3. bis zum 30 April 2000 festgelegt, in den die größten Auseinandersetzungen des Wasserkriegs, die Veränderung des Wassergesetzes und der Bruch des Vertrags mit AdT fielen. Analyseeinheiten bildeten die Zeitungsartikel innerhalb des genannten Zeitraums, die das Thema Wasserversorgung, Wasserprivatisierung oder soziale Konflikte (auch Festnahmen, Übergriffe auf die Presse) im Zusammenhang mit der Wasserprivatisierung zum Inhalt hatten. Nach diesen Kriterien wurde der genannte Ausschniddienst beauftragt, die Artikel herauszusuchen und zu kopieren.

Dabei wurde die Anzahl der Zeitungen auf vier reduziert. Ausgewählt wurden zwei Tageszeitungen aus La Paz und zwei aus Cochabamba. Bei der ersten Sichtung des Materials wurde schnell erkennbar, welche Zeitungen viel, welche weniger über das Ereignis berichteten. Es wurden die vier Zeitungen gewählt, die am meisten zu dem Thema veröffentlichten. Danach ergaben sich die Zeitungen: *Los Tiempos* und *Opinión* aus Cochabamba sowie *La Razón* und *Presencia* aus La Paz. Bei der Befragung der JournalistInnen waren auch die der untersuchten Zeitungen vertreten. Das für die Inhaltsanalyse erstellte Codebuch beschreibt, wie die Artikel auf formale Merkmale (z. B. Datum, Länge, Bebilderung) und inhaltliche Merkmale (Rechercheaufwand, Anzahl der zitierten Quellen, ...) untersucht wurden. Jedem Artikel wurden bis zu sechs AussageträgerInnen zugeordnet, denen Merkmale wie Funktion, Geschlecht, Zitierweise und geäußerte Einstellungen zu Regierung, Protestbewegung und AdT zugeschrieben wurden. Jedem Aussageträger wurden bis zu drei Aussagen zugeordnet, die nach bestimmten Themenbereichen gruppiert wurden. Besonders interessant war es dabei, herauszufinden, ob die Berichterstattung eher die Wasserversorgung in der Stadt thematisierte oder die Problematik um das Wassergesetz. Durch Umgruppieren der Daten innerhalb der SPSS-Tabelle wurden in einem zwei-

ten Schritt die einzelnen AussageträgerInnen zu Analyseeinheiten, so dass deren Merkmale ausgewertet werden konnten.

Auch wenn das Kodiervorgehen durch einen Pretest geprüft und erneut überarbeitet wurde, stellte sich bald heraus, dass alle Angaben über Einstellungen gegenüber Regierung oder Protestbewegung nur ungenau kodiert werden konnten⁴⁵. In der nachträglichen Betrachtung wurde die Operationalisierung dieser Variablen als nur bedingt valide eingeschätzt, so dass dieser Teil nicht in die Auswertung aufgenommen wurde.

4.4 Anmerkungen zu Sprach- und Kulturunterschieden

Es ergibt sich zwangsläufig, dass ein Deutscher bei dem Versuch, das bolivianische Mediensystem und die Funktionsweise des Journalismus zu untersuchen, auf sein durch deutsche Gewohnheiten geprägtes Weltverständnis zurückgreift. Das deutsche Wort "Journalist" heißt im Spanischen "Periodista". Was aber in Bolivien unter "Periodista" verstanden wird, ist mit dem, was in Deutschland der Begriff "Journalist" bedeutet, keineswegs deckungsgleich. Noch deutlicher würden die Unterschiede, befragte man Deutsche, bolivianische Stadtbewohner und bolivianische Landbewohner nach Assoziationen zu dem Wort "Wasser", "Agua" bzw. "Qucha".

Die *Pachamama*, unsere Mutter, erhält uns durch die Erneuerung der Fruchtbarkeit aller Wesen innerhalb des *Pacha*. Durch Sie erneuert sich das Leben und strahlt in den Reichtum innerhalb der Ganzheit aller Existenz: dem *Pacha*. [...] Unsere weisen Männer und Frauen lehren uns, dass die Wasser des *Pacha* Blut der *Pachamama* sind. Die Flüsse sind die Venen, durch die das Blut läuft, um das Leben zu erhalten – das Leben Ihrer selbst, das ihrer Söhne und Töchter: der gesamten Kreation (Bascopé/Machicado 2001).

Um unterschiedliche Verständnisse zu bemerken, nachzuvollziehen und daraus resultierende Trugschlüsse weitestgehend zu vermeiden, wurde in mehreren Phasen der Untersuchung der Gedankenaustausch mit verschiedenen Gruppen Boliviens gesucht. Auch die Aufnahmen der geführten Interviews spielte ich BolivianerInnen vor, damit sie mich auf mögliche Missverständnisse hinweisen konnten. Dies schließt falsche Schlussfolgerungen keineswegs aus, aber es öffnet die Augen für die Unwahrscheinlichkeit, wahrhaft gültige Aussagen zu finden, und warnt den Untersuchenden vor überschnellen und verallgemeinernden Ergebnissen.

45 Wenn beispielsweise ein zitierter LKW-Fahrer in den Blockaden festsass und die Regierung aufforderte, "endlich etwas zu tun", wirkte das je nach Zusammenhang der Aussage entweder als Kritik an der Regierung, oder aber als Ausdruck der Hoffnung, die der Aussageträger in die Regierung und in deren baldiges Einschreiten setzte. Die Wertung dieses Zusammenhangs ließ sich aber nicht nach halbwegs objektiven – oder intersubjektiv nachvollziehbaren – Kriterien operationalisieren.

5 Massenmedien und Journalismus in Bolivien

Bevor auf die verschiedenen Einflussfaktoren auf die Inhalte der bolivianischen Medien eingegangen werden kann, sollen in diesem Kapitel einige wichtige Charakteristika des Journalismus in Bolivien dargestellt werden. Nach einem – leider nur skizzenhaften – Überblick über den Stand der Kommunikationsforschung, folgen eine Beschreibung der aktuellen Medienlandschaft, eine Zusammenfassung einiger Tendenzen der letzten Jahre und eine Darstellung des in Bolivien geltenden Medienrechts.

5.1 Stand der Forschung

Die ansonsten sehr umfangreiche Bolivienbibliografie von Fifer (2000: 271-273) enthält zum Thema Massenmedien nur sieben Einträge, der aktuellste von 1995. Dies kann zwar symptomatisch dafür gesehen werden, dass die bolivianische Kommunikationsforschung noch große Lücken aufweist, erkennt aber auch neue Entwicklungen und ignoriert wichtige in den letzten Jahren veröffentlichte Studien. In einem ersten Versuch, alle Veröffentlichungen zur Kommunikationswissenschaft in einer Bibliografie zusammenzustellen, kommen Beltrán, Suárez und Isaza (1990) auf mehr als 300 Seiten und 2000 Einträge. Dabei handelt es sich zu einem großen Teil um Untersuchungen oder Kritiken zum bolivianischen Film (714 Einträge) oder Studien zu einzelnen Tageszeitungen (655 Einträge). Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass quantitative Inhaltsanalysen, Studien der Organisationsweise der Medien oder tiefergreifende Analysen der Ideologie, Wirkung oder Besitzstruktur der Medien "nahezu inexistent" sind. Außerdem gebe es zu jenem Zeitpunkt kaum Studien über Radio und Fernsehen, Werbung oder die Rezeption von Massenmedien in den ländlichen Gebieten Boliviens.

Zehn Jahre später kann CIBEC in einer Aktualisierung dieser Bibliografie (Herrera Miller 2000a)⁴⁶ auf manchen Gebieten beträchtliche Fortschritte aufzeigen. In den vergangenen zehn Jahren wurden an mehreren Universitäten des Landes kommunikationswissenschaftliche Fachbereiche gegründet, die in zunehmendem Maße ihre Untersuchungen in eigenen Fachzeitschriften veröffentlichen (Herrera Miller 2000b).

Wenn auch Themenbereich und Ausmaß der Studien über Massenkommunikation in Bolivien größer geworden sind, gibt es dennoch viele Defizite. Vor allem fehlen aus verschiedenen Gründen in fast allen Bereichen verlässliche Statistiken. So kann niemand mit Gewissheit sagen, wie hoch die Auflagen (geschweige denn die Reichweite) der Zeitungen, die Hörerschaft der Radios oder die Zuschauerzahl eines be-

46 Eine weitere umfassende Bibliografie ausschließlich zum Thema Hörfunk in Bolivien bietet Raúl de la Quintana Condarco (1999) mit insgesamt 1650 Einträgen (die meisten davon allerdings Zeitungsartikel).

stimmten Fernsehprogramms sind⁴⁷. Ebenso gibt es nur vage Schätzungen über die Zahl der JournalistInnen, die außerhalb der Städte arbeiten und nur wenige Umfragen über deren Herkunft, Geschlecht, Alter, Einstellungen, Arbeitsbedingungen oder Ausbildung⁴⁸. Es gibt kein annähernd vollständiges Verzeichnis über die Anzahl der Medien. Während Tageszeitungen noch mit etwas Telefonierarbeit zählbar sind (zur Zeit sind es 19), ist das bei Rundfunkstationen unmöglich. Die SITEL, bei der sich theoretisch alle Sender im Land registrieren lassen müssen, stellt ihre Daten zwar auf schriftliche Anfrage zur Verfügung, aber von den über 600 Radios im Land finden sich in ihrer Liste vielleicht gerade die Hälfte; etwas weniger unvollständig sind die Angaben über die ca. 200 Fernsehsender im Land.

Die Kommunikationsforschung wird zusätzlich auch noch dadurch erschwert, dass vorhandene Untersuchungsergebnisse entweder aus Geldmangel oder fehlendem Kooperationswillen gar nicht veröffentlicht werden (Andrade Ruiz 1999: 23) oder in Zeitschriften bzw. Sonderbänden erscheinen, die für die bolivianischen Bibliotheken nicht erschwinglich sind. In der Konsequenz heißt das, dass die wenigen Forschungsergebnisse auch nur wenigen Menschen zugänglich sind. In deutscher Sprache bietet die Magisterarbeit von Mónica Salinas Rivas (1994), die auch als Kurzfassung veröffentlicht wurde (1996), einen guten Überblick über die bolivianische Medienlandschaft. In den vergangenen sieben Jahren hat sich allerdings viel verändert, so dass es notwendig erscheint, in diesem Kapitel kurz den aktuellen Stand darzulegen.

5.2 Boliviens aktuelle Medienlandschaft

Zu Beginn der 90er Jahre gab Rivadeneira (1991) seinem Forschungsbericht zur Massenkommunikation in Bolivien den bedeutungsvollen Titel "Diagnose der Nicht-Kommunikation".

Einer der größten Widersprüche ist die Tatsache, dass wir auf der einen Seite eine Vielzahl an technisch versierten Massenmedien zur Verfügung haben: Radio, Fernsehen und Presse zur Genüge. Und dennoch sind wir das lateinamerikanische Land mit dem größten Kommunikationsdefizit (Rivadeneira Prada 1991: 7, Übers. TG).

Er bezieht sich dabei auf die mangelnde kommunikative Infrastruktur im Land. Aufgrund fehlender Straßen, Strom- und Telefonleitungen werde Kommunikation in Bo-

47 Einen aktuellen Überblick über den Forschungsstand der Rezipientenforschung bietet Marcelo Guardia Crespo (2000).

48 Hervorzuhebende Ausnahmen sind die Studien von van Linden und Crespo (1994) und die umfangreiche aber leider bis heute unveröffentlichte Studie unter der Leitung von Pérez (1996).

livien überhaupt sehr schwer gemacht. Zeitungen gelangten nicht in die entlegenen ländlichen Gebiete. Viele Radio- und Fernsehsender hätten nur eine sehr geringe Reichweite und fernsehen könne man ohnehin nur dort, wo es auch elektrischen Strom gibt. Zehn Jahre später auf seine Diagnose angesprochen, stellt Rivadeneira wenig Veränderung fest. Zwar seien einige Medien hinzugekommen, an der mangelnden Kommunikation im Land habe das aber qualitativ nichts verändert. Nach wie vor kann man einen großen Teil der Orte in Bolivien nur zu Fuß, per Boot oder mit einem Hubschrauber erreichen. Auf 1.000 Leute kommen 63 Telefonanschlüsse (Mesa Gisbert 2001a: 860). Diese Zahlen zeigen auf der einen Seite, wie schwierig Informationen in die entlegenen Gebiete gelangen, auf der anderen Seite – und darum geht es in dieser Arbeit primär – zeigt es auch, mit welchem großem Zeitaufwand es für JournalistInnen verbunden ist, außerhalb der Großstädte zu recherchieren.

Tab. 5.1: Anzahl der Zeitungstitel und Rundfunkstationen in Andenländern 1995⁴⁹

	Bolivien	Ecuador	Kolumbien	Peru	Venezuela
Gesamtbevölkerung in Millionen	7,5	11,1	33	22,5	20,2
Anzahl der Tageszeitungen	17	36	32	44	75
Gesamtauflage in 1.000 Stück	90	546	1250	885	2225
durchschnittl. Auflage pro Titel	5294	15167	39063	20114	29667
Auflage auf 1.000 Einwohner	12	49	38	43	113
Anzahl der Titel pro Millionen Einw.	2,27	3,27	0,8	1,91	3,71
Anzahl der Hörfunkstationen	280	287	491	547	322
Empfangsgeräte pro 1.000 Einw.	572	314	150	241	413
Hörfunkstationen pro Millionen Einw.	37,33	26,01	12,28	23,78	20,45
Anzahl der Fernsehsender	76	14	7	11	37
Empfangsgeräte pro 1.000 Einw.	55	82	108	95	156
Hörfunkstationen pro Millionen Einw.	10,13	1,27	0,18	0,48	7,72

Quelle: eigene Berechnung nach Studie von Virtue (1995)

⁴⁹ Es wurde auf eine etwas ältere Untersuchung von 1995 zurückgegriffen, weil die Zahlen von Virtue aufgrund gleicher Erhebungsverfahren am ehesten direkte Vergleichsmöglichkeiten erlauben. Die einzelnen Daten mögen sich inzwischen verändert haben, die Trends sind dennoch abzulesen.

Was in Deutschland häufig mit einem Griff zum Telefon erledigt werden kann, bedeutet in Bolivien oftmals den Einsatz einer JournalistIn, die stundenlange Wege in Kauf nehmen muss, um in entlegene Orte zu gelangen.

Vergleicht man die Anzahl der Zeitungstitel und Rundfunkprogramme mit der Gesamtbevölkerungszahl, stellt man fest, dass Bolivien im Vergleich zu anderen Andenländern eine zahlenmäßig große Medienvielfalt aufweisen kann. In La Paz erscheinen beispielsweise so viele Tageszeitungen wie in der sieben Mal größeren peruanischen Hauptstadt Lima (Rivadeneira Prada 1999: 6). Für den Rundfunkbereich ist die Tendenz noch deutlicher (siehe Tab. 5.1). Für das Jahr 1991 errechnet Rivadeneira (1991: 16), dass zehn Prozent der aller Fernsehsender Lateinamerikas in Bolivien seien, während die bolivianische Bevölkerung seinerzeit nur etwa 1,2 Prozent dieser Region ausmachten.

Was auf den ersten Blick als blühende und vielfältige Medienlandschaft erscheint, führt bei insgesamt geringerer Kaufkraft der potenziellen KundInnen und relativ geringem Werbeaufkommen zu einer erheblichen Unterfinanzierung vieler bolivianischer Medien, die sich – wie in dieser Arbeit noch gezeigt wird – nicht selten auf die Qualität der Inhalte auswirkt. Bei einer durchschnittlichen Auflage von 5.294 Exemplaren pro Zeitungstitel, ist verständlich, dass die Zeitungsbetriebe über keinen großen Finanzspielraum verfügen.

Im heutigen Bolivien gibt es eine offensichtliche Kluft zwischen der hohen Anzahl kommerzieller Medien einerseits und der Beschaffenheit des Inhalts, den sie für gewöhnlich produzieren, bzw. dem Nutzen, den sie für unsere Bedürfnisse bringen, auf der anderen Seite. Wir sehen ein Medienangebot, das sich auf Unterhaltung, Information und Werbung konzentriert, ständig banaler und nutzloser wird, weit ab von unserer Wirklichkeit liegt, nur für konstruierte soziale Geschöpfe produziert wird und an der Basis der Kaufkraft der Bürger ausgerichtet ist (García Mérida 1997: 6, Übers. TG).

Presse

Im Jahr 2001 gibt es in Bolivien 19 "Tageszeitungen", von denen aber nicht alle täglich erscheinen. In der Departementshauptstadt Cobija im dünn besiedelten Pando kommt die einzige aktuelle Nachrichten zusammenfassende Zeitung wöchentlich heraus. *El Siglo* aus Potosí erscheint vier Mal pro Woche. Da sie von ihrer Funktion her eher mit den Tageszeitungen zu vergleichen sind, werden sie in dieser Arbeit nicht zu den Wochenzeitungen gezählt, die in der Regel speziellere Themen zum Inhalt haben.

Die Zeitungen erscheinen alle in den Departementshauptstädten. Nur in La Paz, Santa Cruz und Cochabamba gibt es mehr als eine Zeitung, in den übrigen Departementen verfügen die regionalen Zeitungen im Lokalbereich über ein Monopol. Als

überregional werden solche Zeitungen bezeichnet, die auch in anderen Departementen verkauft werden, regionale Zeitungen sind dementsprechend nur in einer Stadt und deren Umgebung erhältlich.

Bei den Auflagen der Zeitungen handelt es sich um sehr streng gewährte Geheimnisse. Es gibt weder regelmäßige Umfragen noch verlässliche Zahlen. Um vor der Werbewirtschaft möglichst gut dazustehen, übertreiben die Verleger deutlich, wenn sie auf die Auflagen angesprochen werden. Die vereinzelt Untersuchungen und Schätzungen zu den Auflagen der Zeitungen bedienen sich der verschiedensten Methoden, die vom Ausfragen bzw. Bestechen der Zeitungsverkäufer, Befragen der Verleger über Leserumfragen bis hin zum Umrechnen der Papierimporte reichen⁵⁰.

Die Schätzungen der Gesamtauflage schwanken je nach Methode zwischen 81.000 (Rivadeneira Prada 1991) und 120.000 (Torrico Villanueva, Int.). Dabei fällt deutlich auf, dass die erst im Jahr 1999 neu gegründeten Boulevardzeitungen *Gente* und *Extra* alle seriösen Zeitungen an Auflage um ein Vielfaches übertreffen. Auch wenn es noch keine Studien gibt, wird angenommen, dass die Auflage der Boulevardblätter jeweils etwa so hoch ist wie die Gesamtauflage aller seriösen Titel (Tab. 5.2).

Tab. 5.2: Bolivianische Zeitungen

Titel	Erscheinungsort (Departement)	Verbreitung	Erscheinungs- weise	geschätzte Auflage ⁵¹
La Razón	La Paz	überregional	tägl.	15.000
Presencia	La Paz	überregional	tägl.	7.000
Última Hora	La Paz	überregional	tägl.	4.000
El Diario	La Paz	überregional	tägl.	15.000
Extra	La Paz	überregional	tägl.	(100.000)
La Prensa	La Paz	überregional	tägl.	(7.000)
El Siglo	Potosí	regional	4 / Woche	1.000
Expresión Amazónica	Cobija	regional	wöchentlich	500

50 Eine Übersicht über die verschiedenen Studien bietet (Peñaranda U. 1998: 63); zu den verschiedenen, teilweise abenteuerlichen Methoden äußert sich Raúl Rivadeneira in Interview, zu deren Ungenauigkeit (Rivadeneira Prada 1999: 7).

51 Hier werden die von Raúl Peñaranda (1998: 63) geschätzten Auflagen verwendet, die sich auf eine unveröffentlichte Umfrage von *Control y Marketing* stützen. Die Schätzungen zu den neugegründeten Boulevardzeitungen *Gente* und *Extra* sind dem Interview mit Erick Torrico entnommen. Er beruft sich allerdings auf Schätzungen der Medienunternehmen, Studien gibt es für diese Zeitungen noch keine. Auch *La Prensa* ist zu neu, als dass es Angaben über Auflagenzahlen gäbe; hier maß sich der Autor selber eine Schätzung an, die lediglich auf dem Vergleich mit anderen Zeitungen beruht. Die Zeitungen aus Tarija *Ahora* und *El País* wurden wegen Auflagenschwunds zusammengelegt und erscheinen seit zwei Jahren als *Ahora el País*. Ein Jahr vor der Zusammenlegung wurden die Auflagen auf je 1000 geschätzt.

Los Tiempos	Cochabamba	überregional	tägl.	12.000
Opinión	Cochabamba	regional	tägl.	5.000
Gente	Cochabamba	überregional	tägl.	(100.000)
El Deber	Santa Cruz	überregional	tägl.	20.000
Estrella del Oriente	Santa Cruz	regional	tägl.	4.000
El Nuevo Día	Santa Cruz	regional	tägl.	4.000
El Mundo	Santa Cruz	überregional	tägl.	6.000
Correo del Sur	Sucre	regional	tägl.	1.500
La Patria	Oruro	regional	tägl.	2.000
La Palabra	Trinidad	regional	tägl.	500
Ahora el País	Tarija	regional	tägl.	1500
				Gesamt: 306.000

Quelle: Interviews mit Raúl Peñaranda und Erick Torrico.

Eine seriöse Tageszeitung kostet durchschnittlich 0,5 US-Dollar⁵² und wird fast ausschließlich auf der Straße verkauft – entweder an kleinen Zeitungsständen oder von mobilen Straßenhändlern. Abonnement-Verkauf gibt es fast gar nicht in Bolivien. Die Ausgaben am Wochenende sind meist umfangreicher und enthalten häufig Sonderbeilagen, so dass der Preis an Samstagen und Sonntagen⁵³ um ca. 50 Prozent höher liegt. Wer sich täglich eine Zeitung leistet, gibt pro Monat also etwa 17 US-Dollar dafür aus. Bei einem bolivianischen Mindestgehalt, das offiziell bei 60 US-Dollar liegt und häufig unterschritten wird, wird deutlich, dass nur wenige Leute Zeitungen kaufen. In größeren Städten gibt es jedoch öffentliche Lesesäle, die vor allem, aber nicht nur, von Studierenden genutzt werden. Peñaranda (1999b: 35-36) geht davon aus, dass im städtischen Bereich einer von 13 Erwachsenen mehr oder weniger regelmäßig in eine Zeitung schaut. Centellas (Centellas G. 1994: 90) schätzt den Anteil der Zeitungsleser im ganzen Land auf 3,1 Prozent.

Boulevardzeitungen

Daran [an den Leserzahlen] kann man klar erkennen, dass die Tageszeitungen nur für die Eliten sind. Das ist ein Phänomen, das mehr oder weniger über die ganze Welt verbreitet ist, aber nur in wenigen Ländern orientieren sich die Zei-

52 Die gängige Währung in Bolivien ist der Boliviano (Bs.). Größere Geldbeträge (oft zum Beispiel auch die Monatsmiete) werden aber in US-Dollar beglichen. Der Kurs des Bolivianos ist gegenüber dem US-Dollar in den letzten Jahren kontinuierlich gefallen. Für diese Arbeit wird der Kurs von 6,50 Bs. = 1 US\$ angenommen. Zur Abhängigkeit der bolivianischen Währung vom US-Dollar siehe Roy (2000).

53 Bolivianische Tageszeitungen erscheinen sieben Mal pro Woche, also auch sonntags.

tungen so sehr an den oberen Schichten wie in Bolivien. Es gibt definitiv keine Zeitung für die Mittelschicht (Peñaranda U. 1999b: 35, Übers. TG).

Diese Aussage mag Anfang des Jahres 1999 noch gestimmt haben, bis plötzlich im Abstand von wenigen Tagen zwei Zeitungen neuen Typs auf den Markt gekommen sind: *Extra* der Unternehmerrgruppe *Garafulic* in La Paz und als direkte Antwort der Hauptkonkurrenz – der Gruppe Canelas – die Zeitung *Gente* in Cochabamba. Nackte Frauenkörper auf der Titelseite (nach den ersten empörenden Demonstrationen wurden sie auf die Rückseite verbannt) und "sex-and-crime"-Themen im Innenteil, eroberten binnen weniger Wochen eine völlig neue Zielgruppe: die untere Mittel- bis Unterschicht (Guardia Crespo 1999: 21-23). Bei einem deutlich niedrigeren Preis von 0,15 US-Dollar erreichten sie jeweils eine Auflage, die der bisherigen Gesamtauflage aller Zeitungen nahe kommt.

Extra und *Gente* waren nicht die ersten Versuche im Bereich der Boulevardpresse. Seit Mitte der 80er Jahre gab es verschiedene gescheiterte Anläufe mit Wochenendausgaben anderer Zeitungsverlage (Torrico Villanueva 1999: 4-10). Aber kein Blatt hatte es bislang so konsequent versucht Themenwahl, Bebilderung und Sprache auf ein neues Zielpublikum auszurichten (Tórrez R. 2000: 51-52).

Zeitschriften und Alternativpresse

Neben den Illustrierten, die meist klassische Themen wie Mode, Sport, Musik etc. besetzen und meist bolivianische Ableger von international erscheinenden Zeitschriften sind, gibt es auch einige Wochenzeitungen, die Nachrichtenanalyse betreiben. Dazu gehören *Nueva Economía* für die Wirtschaftsnachrichten sowie *Pulso* und *El Jugete Rabioso* für den politischen Bereich. *Bolivian Times* erscheint seit 1992 ebenfalls wöchentlich und fasst Nachrichten und Analyse in englischer Sprache zusammen. Das Zielpublikum von *Bolivian Times* sind in erster Linie in Bolivien lebende Ausländer und eher zweitrangig auch Touristen. Die Nachrichtenmagazine bieten zwar interessante Zusammenfassungen und Kommentare zum Wochen Geschehen, können aber nicht als Leitmedien bezeichnet werden und von ihnen geht auch kein Enthüllungsjournalismus aus.

Salinas Rivas (Salinas Rivas 1994: 77-87) unterscheidet zwischen *prensa dominante*, also den Zeitungen mit hoher Auflage und rein kommerzieller Ausrichtung, der klassischen Elite zugehörig, und der *prensa alternativa*, eben der Alternativpresse, für die sie als typisches Merkmal die nicht-kommerzielle Ausrichtung und Kollektivbeteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen beschreibt. Die wichtigste Zeitung diesen Typs war das 1979 gegründete links-alternative Wochenblatt *Aquí – Semanario del Pueblo*, dessen Erscheinen 1993 eingestellt werden musste (Torrico Villanueva 1996: 28). Inzwischen gibt es zwar noch zahlreiche kleine Alternativblätter

an Universitäten oder von einzelnen politischen Gruppen. Ein alternatives Sprachrohr der linken Bewegung, mit überregionaler Bedeutung gibt es aber nicht mehr.

Radio

Aus vielen Daten und Umfragen, auch aus denen, die Hoffnungen und Möglichkeiten für die menschliche Entwicklung untersuchen, geht hervor, dass das Radio das wichtigste Massenmedium in Bolivien ist. Mehr als 80 Prozent der Menschen benutzen es als Instrument, um sich über das zu informieren, was um sie herum vor sich geht (PNUD-Bolivia 2000b, Übers. TG).

Das Radio ist nach wie vor das Medium, das die meisten Menschen in Bolivien erreicht⁵⁴. Die Gründe dafür liegen in der hohen Analphabetenrate, der großen Reichweite der Mittel- und Kurzwellensender, dem im Vergleich zu anderen Medien relativ kostengünstigen Betrieb, und in der Tatsache, dass auch in Regionen ohne Stromversorgung Radios mit Batteriebetrieb funktionieren (Andrade Ruiz 2000: 19-20). Das erste, was die Landbevölkerung nach der Agrarreform von 1953 auf dem Markt kaufte, waren Transistorradios und Fahrräder. 1979 gab es 124 Radiostationen, die zum Teil selbstverwaltet in Kommunen auf dem Land und in den Minenstädten betrieben wurden (Knudson 1996: 90). Seither ist die Anzahl der Radios sowohl in der Stadt als auch auf dem Land kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2000 waren bei der SITEL 342 Sender gemeldet (SITEL 2000), Studien verschiedener Organisationen ergeben aber eine weitaus größere Zahl. Viele Sender werden ohne Anmeldung betrieben, weil sich die BetreiberInnen die Gebühr von etwa 9.200 (Land) bzw. 15.000 (Stadt) US-Dollar nicht leisten können⁵⁵. Aguirre, Reyes und Arroyo (2000b) schätzen die Zahl auf 676, die sich etwa gleichmäßig auf städtische und ländliche Gebiete verteilen (siehe Tab. 5.3), wenn man davon ausgeht, dass ein Großteil der Sender "ohne Angaben" in ländlichen Regionen betrieben werden.

Die Anzahl der Sender ist in den letzten Jahren vor allem auf ländlichem Gebiet steigend. In den drei Jahren, die seit Abschluss der zitierten Studie vergangen sind, schätzen dieselben Autoren im Interview einen Zuwachs von weiteren etwa 100 Radiostationen vor allem im ländlichen Gebiet des Departements La Paz. Die einzigen Radios mit nationaler Reichweite sind die katholische Senderkette *Radio Fides*, der

54 In Lateinamerika begann die Nutzung des Radios in den 20er Jahren. Der erste Sender wurde in Argentinien gegründet (1920), es folgten Kuba (1922) und Peru (1925). In Bolivien entstand der erste Sender *Radio Nacional* im März 1929, betrieben von den Gebrüdern Costas. 1933 galt der staatliche Sender Boliviens *Radio Illimani* als einer der stärksten Sender auf dem Kontinent (Grebe López/Caballero Hoyos/Duchén Condarco 1986: 4-10).

55 Nach einmaliger Zahlung dieser Gebühr, gilt die Lizenz 20 Jahre lang.

zu einer Plattenfirma⁵⁶ gehörende Sender *Panamericana* und der Staatssender *Illimani* (de Mesa/Gisbert/Mesa Gisbert 2001: 858). Von Bedeutung sind außerdem die Sender der Radio-Ausbildungs-Organisation *ERBOL*. Zu *ERBOL* gehören zur Zeit 28 Sender, darunter befinden sich die auf dem Land meistgehörten, die sich zu bestimmten Zeiten in Reihe schalten können, um Informationen auszutauschen.

Tab. 5.3: Anzahl der Radiostationen nach Lage und Senderstärke

Depart.	städtisch		ländlich		ohne Angaben	Total
	MW/KW	UKW	MW/KW	UKW		
LP:Stadt La Paz	30	39				
El Alto	2	6				
Total	32	45	50	10	7	144
Chuquisaca	13	14	7		4	38
Cochabamba	13	44	44	6	33	140
Oruro	21	23	9	3	7	63
Potosí	11	19	16	13	11	70
Tarija	4	10	7	11	1	33
Santa Cruz	18	39	22	21	27	127
Beni	7	7	12	16	10	52
Pando	3	5			1	9
Total	122	206	167	80	101	676

Quelle: Untersuchung von Aguirre/Reyes/Arroyo (2000a: 68)

Radios in den Städten

Bei einem Großteil der städtischen UKW-Sender gehen die Programme nicht über das live-angesagte Abspielen von Musik hinaus. Sofern es in diesen Sendern (*emisoras-tocadiscos*) Nachrichtenprogramme gibt, bestehen sie aus dem Vorlesen der Tageszeitungsschlagzeilen (Salinas Rivas 1996: 54). Die Vielzahl an Sendern in den Städten führen zur Frequenzknappheit zum Beispiel in La Paz und El Alto. Viele Sender halten sich nicht an die ihnen vorgeschriebenen Frequenzen, andere melden sich gar nicht erst bei der SITEL an (Tapia 1995: 52-53). In den Departements-

56 *Panamericana* gehört der bolivianischen Plattenfirma *Discolandia*. Derselben Firma gehört auch noch ein weiterer Sender *Stereo 97*, der nur in La Paz ausgestrahlt wird (Torrico Villanueva/Gómez Mallea/Herrera Miller 1999: 53).

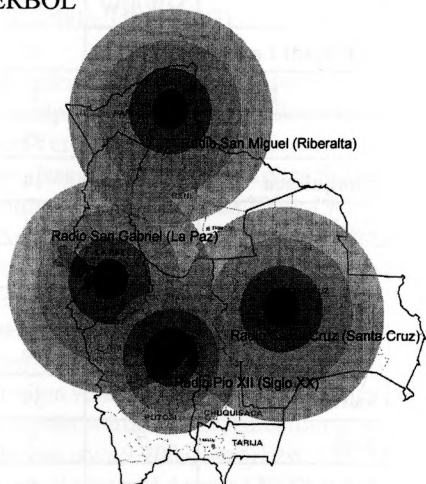
hauptstädten gibt es aber jeweils auch einige wenige Sender, die sich ein eigenes Team von ausgebildeten JournalistInnen für lokale und nationale Nachrichten leisten.

radios comunitarios auf dem Land

Auf dem Land gibt es kaum kaufkräftiges Publikum und dementsprechend keine interessanten Werbekunden. Staatlich bezahlte Ansagen beschränken sich meist auf das katholische *Radio Fides*, dessen Programm *Hora del País* von einer großen Menschenzahl in der Stadt und auf dem Land gehört wird. Allerdings ist die HörerInnenschaft des Senders nur zu den Sendezeiten dieser beiden Programme so groß. Zu anderen Uhrzeiten schaltet die Landbevölkerung meistens – wenn vorhanden – auf den Lokalsender, oder auf die regionalen Sender der Kette *ERBOL* um, auf denen Programme in ihrer eigenen Sprache und Nachrichten, die sie betreffen, gesendet werden (Aguirre Alvis, Int.).

Die ländlichen Lokalsender stellen oft die einzige Kommunikationsmöglichkeit zwischen weit voneinander entfernten, schlecht erreichbaren Provinzen dar und übernehmen so Funktionen, die sonst von Telefon oder Post erfüllt werden. Wer jemandem aus einer anderen Ortschaft etwas mitteilen möchte – etwa, dass er aus dem Militärdienst zurückgekehrt ist – schreibt eine kleine Notiz (oder lässt sie von jemandem schreiben). Diese gibt er dem nächsten mit, der in Richtung Radiosender reist. Dort werden solche Nachrichten dann gegen geringe Bezahlung verlesen. Der Rest des Programms besteht überwiegend aus Musik, die von aktuellen live gesprochenen Nachrichten unterbrochen wird. Gebaute Beiträge oder andere Formate, die eine längere Vorbereitung brauchen, werden kaum produziert (van Linden/Crespo 1994: 48)⁵⁷. Die Sender werden, sofern sie nicht in kirchlicher Trägerschaft sind, meistens von der Kommune eigen-

Abb. 5.1: Regionalsender der Kette ERBOL



Quelle: eigene Grafik nach Angaben von José Luis Aguirre und Carlos Arroyo

57 Eine genaue Beschreibung der Ausstattung der ländlichen Sender sowie der Ausbildung des Personals findet sich in einer groß angelegten Studie von van Linden und Crespo (1994). Aus einer Grundgesamtheit von 114 Radios im Zielgebiet wurden zunächst 53 und nach einer ersten oberflächlichen Untersuchung schließlich 35 Stationen näher untersucht und deren Personal befragt.

finanziert. Es gibt Fälle, in denen jeder zum Sendekreis gehörende Bauer ein Schaf spendet. Von Zucht und Verkauf der Tiere wird schließlich der Radiosender unterhalten (Aguirre Alvis, Int.).

Die "Volksreporter", die für diese Radios arbeiten, haben selten eine technische Ausbildung. Oft gibt es auch keine Kassettenrecorder. Korrespondenten schreiben ihre Meldungen auf Zettel und geben sie jemandem mit, der in den nächsten Tagen das Radio erreicht (Huesca 1996: 33).

Bei den auf dem Land gehörten Regionalsendern handelt es sich fast ohne Ausnahmen um Sender von *ERBOL*. Dabei handelt es sich um einen katholischen Zusammenschluss von mehreren Ausbildungseinrichtungen für den Hörfunkbereich, dem sich insgesamt auch 21 Radiostationen angeschlossen haben (Camacho Azurduy 2001: 165-170). Die Sender verfolgen keine kommerziellen Ziele und werden meist von ausländischen NGOs unterstützt. Die *ERBOL*-Sender stehen untereinander in Kontakt und tauschen ihre Nachrichten aus. Einmal am Tag und zusätzlich bei wichtigen Ereignissen schalten sie sich in Reihe. Man kann *ERBOL* als eine Art Nachrichtenagentur für den ländlichen Raum Boliviens verstehen. Tatsächlich bekundeten einige Zeitungen (vor allem die katholische *Presencia*) ein Interesse daran, Nachrichten von *ERBOL* abzudrucken. Mehrere Jahre lang verkaufte der ländliche Zusammenschluss seine Informationen als ländlichen Nachrichtendienst *ERBOL*. Obwohl der Verkauf eine gute Möglichkeit war zur Eigenfinanzierung beizutragen, wurde der Agenturdienst eingestellt, weil man sich auf die Nachrichtenproduktion in gesprochener Form konzentrieren wollte.

Minenradios

Die Kraft der Revolution von 1952 kam aus den Minenstädten, in der es schon vor 1952 selbstverwaltete Radiosender gab. Das erste Gewerkschaftsradio wurde 1947 in der Minenstadt Llallagua (Potosí) gegründet: *La Voz del Minero* = Die Stimme des Bergarbeiters. Meistens war der Kultursekretär der jeweiligen Bergbaugewerkschaft auch der Direktor des lokalen Radiosenders. Damit war die politische Grundrichtung vorgegeben, direkte Einflüsse von Parteien allerdings weitgehend ausgeschlossen (Archondo 1999: 132). Den Höhepunkt der Minensenderbewegung kann man in die 60er Jahren einordnen. Inzwischen ist nicht nur der Einfluss der MinenarbeiterInnen gesunken, auch die Anzahl der Minensender ist von über 20 auf fünf gesunken (Reyes Velásquez 1999: 55-59).

Fernsehen

Bis 1984 hatte der Staat ein fast lückenloses Monopol im Fernsehbereich. Neben dem offiziellen Staatsfernsehen waren nur noch Universitätssender zugelassen. Der erste universitäre Fernsehkanal entstand 1973 in Tarija. Während der Diktaturen wurden in den Minenzentren oftmals Sendeantennen und Empfangsgeräte verteilt,

um die Wirksamkeit der Staatspropaganda zu erhöhen (Archondo 1999: 122). In den Wirren nach der letzten Militärdiktatur entstanden in La Paz und Santa Cruz die ersten privaten Fernsehsender, ohne eine rechtliche Regelung abzuwarten. Am 14. Februar 1984 begann der Sender seine Aktivitäten, aus dem später die erste große private Senderkette ATB entstand (Cajías de la Vega/López 1999: 82-83). Es entstand ein regelrechter "Boom" von Privatsendern, innerhalb von zwei Jahren entstanden 45 neue Fernsehstationen. Die rechtliche unsichere Situation wurde 1986 durch ein Gesetz geregelt, das Bolivien innerhalb von kurzer Zeit zu einem Land mit einem der liberalsten Fernsehmärkte Lateinamerikas machte (Huesca 1997: 75). Bei der SITEL sind inzwischen 197 Fernsehkanäle registriert (Mesa Gisbert 2001a: 895), von denen sich einige in insgesamt sieben Netzwerken zusammengeschlossen haben. Die große Anzahl an Fernsehsendern ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass es ähnlich wie im Hörfunkbereich eine Vielzahl von lokalen, ländlichen Sendern gibt, die sich lokal finanzieren. Oft stehen Glaubensgemeinschaften oder NGOs als Geldgeberinnen hinter den Sendern. Es handelt sich aber auch um Sender, die nur mit dem geringsten technischen Gerät ausgestattet sind und über nur niedrige Reichweite verfügen (Huesca 1997: 85-87).

Das einzige Netzwerk, das alle Departemente abdeckt, ist der staatliche Zusammenschluss *Televisión Boliviana*, (TVB). Die meistgesehenen Sender sind ATB der Gruppe *Garafulic* und PAT, der über Beteiligungen mit der Konkurrenzgruppe *Canelas* verbunden ist. Der Zugang zum Medium Fernsehen ist in der Stadt durch die für manche Familien zu hohen Anschaffungskosten der Empfangsgeräte beschränkt. Auf dem Land kommt hinzu, dass viele Orte über keine oder nur beschränkte Stromversorgung verfügen. Auch die Sendekapazitäten der Sender sind begrenzt, so dass nicht überall in Bolivien Fernsehen empfangen werden kann. Studien der UCB schätzen den Anteil der Bevölkerung, der vom Fernsehen erreicht wird, auf 44 Prozent (García Mérida 1997: 6).

Nachrichtenagenturen

In Bolivien gibt es drei Nachrichtenagenturen, die Material aus Bolivien für den nationalen Markt zur Verfügung stellen. *Agencia Nacional Fides*, (ANF) wird von der katholischen Kirche betrieben und entstand ursprünglich als Unterstützung der Radiokette *Fides*, ist aber inzwischen von dem Radiosender komplett losgelöst. Bis zur Gründung von *Jatha* (Aymara = Samenkorn) im Jahre 1992 hatte *Fides* eine Monopolstellung. *Jatha* entstand aus einem Zusammenschluss mehrerer JournalistInnen verschiedener Medien (Uriona Crespo 1998: 36-52). Im Gegensatz zu *Fides* arbeiten die meisten Korrespondenten von *Jatha* gleichzeitig in anderen Medien. *Jatha* gelang das, was *Fides* einige Jahre vorher erfolglos wieder aufgegeben hatte: das Angebot eines nationalen Fotodienstes, mit dem *Jatha* nach wie vor alleine auf dem Markt ist (Torrico Villanueva 1996: 30-31).

Die dritte Nachrichtenagentur ist die 1996 gegründete staatliche Nachrichtenagentur *Agencia Boliviana de Información, ABI*. Unter der Präsidentschaft von Sánchez de Lozada sollte sie unter anderem dazu dienen, für sein Reformpaket zu werben, bzw. die Inhalte bekannt zu machen. Unter der nachfolgenden Banzer-Regierung wurde sie immer mehr zur Regierungsagentur und verlor bei den JournalistInnen an Ansehen (Glasinovic, Int.).

Wie oben erwähnt gab es zwischenzeitlich eine zweite katholische Agentur, die aus dem Nachrichtendienst der *ERBOL*-Sender entstand, nach einigen Jahren aber wieder aufgegeben wurde (Grebe López, Int.). Auch die spanische Nachrichtenagentur *EFE* versuchte sich einige Jahre lang mit einem nationalen bolivianischen Dienst, konnte sich aber anscheinend nicht auf dem Markt halten und reduzierte das Personal wieder auf die normalen KorrespondentInnen, die für den internationalen Dienst schreiben (Gramunt de Moragas, Int.).

Internet

Die Organisation "Freedom House" schätze für das Jahr 2001 die Zahl der InternetnutzerInnen in Bolivien auf 35.000. Damit hätten nur 0,43 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet (Sussmann/Guida 2001: 41). Im südamerikanischen Vergleich hat nur noch Ecuador (0,15 Prozent) weniger Internetzugang. Das einzige südamerikanische Land mit einem Wert über 5 Prozent ist Brasilien. Über einen eigenen Anschluss zu Hause verfügen nur relativ wenig JournalistInnen, aber in allen größeren Ortschaften gibt es zahlreiche und mit guten PCs ausgestattete Internetcafés. Für die Nutzung zahlt man pro Stunde etwa den Preis einer Tageszeitung (0,6 US-Dollar).

Reine Internetmagazine oder -zeitungen gibt es in Bolivien noch nicht. Die traditionellen Medien sind aber fast alle im Netz vertreten. Die Tageszeitungen verfügen teilweise auch über ein Online-Archiv, so dass man alte Artikel per Suchmaschine auffinden kann. Einige der größeren Radios kann man auch live über das Internet hören.

Leitmedien

"Ein Bericht von *La Razón*, zusammen mit einem Kommentar, und es rollen Ministerköpfe", sagte im Interview der Kommunikationswissenschaftler César Rojas Ríos. Zwar haben die Zeitungen, wie oben dargelegt, eine geringe Leserschaft. Dennoch ist ihr politischer Einfluss unbestritten. Sie werden vor allem von den Eliten und insbesondere auch von vielen JournalistInnen gelesen. Die wichtigsten Inhalte der Zeitungen werden zusätzlich über den Rundfunk verbreitet, auch wenn sich dies häufig auf das Vorlesen der Schlagzeilen beschränkt. Wie unter dem Kapitel "Einfluss durch Routinen" zu erläutern sein wird, gibt es bestimmte Rundfunkprogramme und Zeitungen, die von allen JournalistInnen zur Kenntnis genommen werden

und großen Einfluss auf die Themenwahl anderer Medien haben. Die wichtigsten seien an dieser Stelle kurz aufgezählt.

Die Zeitungen mit dem größten Einfluss sind unbestritten *La Razón*, *Presencia* und seit einigen Jahren *La Prensa*. *El Deber* wird zwar als auflagenstärkste Zeitung angesehen, ihr Einfluss ist aber auf Santa Cruz beschränkt, dort allerdings fast ohne Konkurrenz. *El Diario* gilt zwar als die traditionsreichste Zeitung und verfügt ebenfalls über eine große Auflage. Sie wird aber vor allem ihrer Kleinanzeigen wegen gekauft. Politischer Einfluss wird ihr seit einigen Jahren kaum noch zugeschrieben (Iturri Salmón 1995: 33).

La Hora del País ist mit Sicherheit das meistgehörte Radioprogramm im ganzen Land. Morgens und mittags schalten sich dafür alle Sender der katholische Radiokette *Fides* in Reihe und berichten über die aktuellen Geschehnisse⁵⁸. Es gilt als das einzige Medium, das von Stadt und Land gleichermaßen gehört wird. Centellas (1994: 89-113) hebt die besondere Rolle von *Radio Fides* in der Nationenbildung Boliviens hervor:

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass erst die gesellschaftliche Kommunikation durch Radio Fides dazu führt, dass wir uns alle zusammen als eine Nation fühlen (Centellas G. 1994: 111, Übers. TG).

Im Fernsbereich können zwei Sender als *agenda-setter* bezeichnet werden: *PAT* mit den beiden herausragenden JournalistInnen Carlos D. Mesa Gisbert und Amalia Pando sowie *ATB* mit der dreimal täglich ausgestrahlten Nachrichtensendung *Estudio Abierto*.

5.3 Neue Tendenzen im Bereich der Massenmedien

Die bolivianischen Massenmedien befinden sich zur Zeit in einer Umbruchphase, die von Kommerzialisierung und Popularisierung gekennzeichnet ist. Während die Medienkonzentration erst unter dem Gesichtspunkt ihrer Einflüsse auf die Medieninhalte und damit im folgenden Kapitel dargestellt und diskutiert wird, werden in diesem Kapitel andere wichtige Auswirkungen der verstärkten Orientierung an den Rezipienten vorgestellt.

Populismus und Sensationalismus

"Den Stimmlosen eine Stimme geben" war das Motto, mit dem Carlos Palenque eine neue Art des Journalismus prägte. Palenque kam eigentlich aus dem Volksmusikbereich. In seinem Programm *Tribuna libre del Pueblo* (= *Freies Volkstribunal*) begann er Stimmung gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung und dessen negative

58 Eine Analyse der Geschichte des 1939 gegründeten Radiosender *Fides* bietet Brun Torrico (2000).

Konsequenzen für die ärmeren Schichten zu machen. Seinen Sender und auch das Programm führte er nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Palenque war auch aktives Mitglied der verschiedenen Unternehmervverbände (Tórrez R. 2000: 42). In kurzer Zeit wuchs die Zuschauerzahl von Palenques Senderkette *Sistema Radio y Televisión Popular, RTP*, vor allem bei den armen Schichten im Großstadtbe- reich von La Paz.

Palenque's mass media advocacy of Aymara culture resonates forcefully among the thousands of urban immigrants who had lacked a modern voice with which to speak indigenous meanings (Luykx 1999: 300).

Nachdem Politiker seine Senderkette durch Lizenzentzug zum Schweigen bringen wollten, setzte Palenque zum politischen Gegenschlag an. Die von ihm gegründete Partei *CONDEPA* ("Gewissen des Vaterlandes") stellte seitdem die Bürgermeister der Stadt La Paz. Dabei wurde ihm häufig vorgeworfen, seine populistischen Pro- gramme als Propaganda für seine ebenso populistische Politik zu missbrauchen (Tórrez R. 2000: 43). Besonders nach Palenques Tod im Jahr 1997 machte diese Art populistischer Programme Schule (Archondo 1999: 128). Max Fernández und später dessen Sohn und Nachfolger Johnny setzten mit ihrer Partei *UCS* auf ähnliche Ra- dio- und Fernsehsendungen in Santa Cruz.

Im Pressebereich wurde die überaus erfolgreiche Gründung der beiden Boulevard- zeitungen *Extra* und *Gente* bereits weiter oben ausgeführt. Ein politischer Einfluss wie im Rundfunkbereich geht von diesen Zeitungen bislang aber nicht aus. Archon- do (1999: 130-131) vergleicht die bolivianischen Sensations-Tageszeitungen *Extra* und *Gente* mit der deutschen *Bild* und kommt zu dem Ergebnis, dass von den bol- ivianischen Boulevardzeitungen sehr wenig politischer Einfluss ausgeht. Während sich *Bild* mit einer konservativen politischen Grundrichtung an die arbeitenden Schichten wende, die zu Fußballspielen gingen, am Stammtisch über Politik disku- tierten und letztendlich die Wahlen entschieden, hielten sich *Extra* und *Gente* von den Themen Sport und Politik fern. Die erste bolivianische "Volkspresse" (Archon- do 1999: 130) besetze bislang nur die klassischen *sex-and-crime*-Themen. Der Au- tor weist aber auch darauf hin, dass der Entstehungsprozess noch nicht abgeschlos- sen sei und dass in Zukunft von diesen Zeitungen leicht – wie in Deutschland – ein großer politischer Einfluss ausgehen könne.

Popularisierung und Integration indigener Sprachen

Es scheint, dass der Gebrauch der indigenen Sprachen nach langer Zeit der Unter- drückung wieder an Auftrieb gewinnt. Dieser Trend wird von mehreren Autoren be- schrieben, lässt sich aber bis zu den Ergebnissen der kommenden Volkszählung nicht mit Zahlen belegen. Die Anzahl der Radiosender mit Aymara und Quechua als

Hauptsprache nimmt zu. Insgesamt sind die Sprachen längst nicht mehr so stigmatisiert wie noch vor einigen Jahrzehnten (Luykx 1999: 12-18).

Mit Palenque hielt nicht nur der politische Populismus Einzug in den bolivianischen Rundfunk, es kann auch insgesamt eine Popularisierung festgestellt werden. So führt der von Palenque gegründete Kanal 4 in La Paz jährlich einen "Cholita Pa-ceña"-Wettbewerb durch. Dabei handelt es sich um eine Art Misswahl, bei welcher Wert auf typisches Cholita-Aussehen und Verhalten gelegt wird.

Programme auf Aymara und Quechua wurden bis vor wenigen Jahren ausschließlich in den regionalen Sendern der *ERBOL*-Kette und ländlichen Lokalsendern gebracht. Von diesen Sendern, die in den vergangenen Jahren starken Zuwachs bekommen haben, sind nach einer Untersuchung von Azurduy 27,3 Prozent dreisprachig (spanisch, quechua, aymara) 54,5 Prozent zweisprachig (spanisch und quechua oder aymara) 18,2 Prozent einsprachig (aymara oder spanisch) (Camacho Azurduy 2001: 170). Eine relativ neue Entwicklung lässt sich in der Integration indigener Sprachen in städtischen Rundfunksendern erkennen, was sich auch in der Gründung der *Aso-ciación de Locutores en Idioma Nativo* (Interessenverband der Moderatoren indigener Sprache), widerspiegelt (Archondo 1999: 128).

Radio Kancha Parlaspa sendet für das Stadtgebiet Cochabambas auf Quechua. Die Strategie des "offenen Mikrofons" von *Kancha Parlaspa* und deren Wirkung während des Konflikts um die Wasserprivatisierung wird in späteren Kapiteln noch diskutiert werden. In Tageszeitungen haben die indigenen Sprachen bislang nur auf einer auf Quechua und Aymara veröffentlichten Sonderseite in der katholischen *Pre-sencia* Einzug gefunden⁵⁹.

Glaubwürdigkeitsverlust der bolivianischen Medien

Ted Córdova geht davon aus, dass JournalistInnen verantwortungsvoller mit den politischen Themen umgehen als die PolitikerInnen. Sie genießen daher eine größere Glaubwürdigkeit und sorgen eher für eine Diskussion innerhalb der Demokratie, als die Politiker.

Ich glaube, dass hier Journalisten im Kongress sitzen, die mehr Dialog innerhalb der Demokratie hervorrufen, als die Parteivorsitzenden. Durch ihren Scharfsinn, mit ihren Mikrofonen und in einigen Fällen durch ihre Frechheit, erzeugen sie diesen Dialog (Córdova 1994: 44-45, Übers. TG).

59 García Mérida (1997: 7) weist darauf hin, dass die großen kommerziellen Medien durchaus ein Interesse daran haben könnten, dass die Sprachenvielfalt in Bolivien abnimmt. Je größer die Zahl der potenziellen RezipientInnen ist, die als Erstsprache Spanisch sprechen, desto einfacher ist es für landesweit ausgestrahlte Rundfunksender und Zeitungen eine größere Reichweite zu erlangen.

Diese wichtige Aufgabe kann von den Medien aber nur aufgrund ihrer hohen Glaubwürdigkeit übernommen werden, die bislang für Bolivien als Besonderheit gelten konnte. Wie die regelmäßig durchgeführten und beispielsweise in der Wochenzeitschrift *Nueva Economía* veröffentlichten Meinungsumfragen zum Vertrauen der Bevölkerung in bestimmte Institutionen ergeben, ist genau diese Glaubwürdigkeit der Medien zur Zeit im Schwinden. Dazu tragen verschiedene Faktoren bei.

Nach Ansicht von Cajías de la Vega (1994: 88-91) haben die Medien das durch unglaubliche Parteien entstandene Machtvakuum ausgefüllt und missbraucht. JournalistInnen maßen sich Bewertungen an, die ihnen nicht zustehen, machen sich zu Richtern über Gut und Böse, veröffentlichen Beschuldigungen, die schließlich dann nicht bewiesen werden können. Bei der Auswahl und Darstellung heikler Themen (Kindesmissbrauch, innerfamiliäre Gewalt, Drogenkonsum) spielten zunehmend wirtschaftliche Kriterien eine Rolle und führten zu einem Sensationsjournalismus, der seine Glaubwürdigkeit verspiele⁶⁰.

Auf Tendenzen der Medienkonzentration und Aufkäufe bestimmter Medien von politischen Parteiführern wird in den folgenden Kapiteln noch eingegangen werden. Auch diese Erscheinungen führen in ihrer Konsequenz zu einem geringeren Ansehen der Medien insgesamt.

5.4 Rechtliche Rahmenbedingungen und journalistische Selbstkontrolle

Ein von einer großen Mehrheit im Land als veraltet angesehener Gesetzestext bietet den bolivianischen JournalistInnen ein im lateinamerikanischen Vergleich hohes Maß an Pressefreiheit. Deshalb wehren sie sich gegen eine Überarbeitung des Pressegesetzes von 1925. Aufgrund des oben beschriebenen Glaubwürdigkeitsverlust der Medien, wird der Ruf nach strengeren Mediengesetzen immer lauter. Um sich vor einer Regelungswut zu wehren, versuchen JournalistInnenverbände wirksame Instanzen der Selbstkontrolle zu schaffen.

Pressefreiheit

Die bolivianische Verfassung von 1825⁶¹ garantiert in Artikel 7b "jeder Person" das Recht, "ihre Ideen und Meinungen frei über jedes Medium zu verbreiten"⁶². Die einzelnen Bestimmungen finden sich überwiegend im Pressegesetz von 1925, das mit

60 Ähnlich äußert sich Romero Pittari (1996: 48-50), der sogar einen Großteil der momentanen Politikverdrossenheit auf die Medien schiebt.

61 Im Jahre 2001 gilt die 18. Fassung der Verfassung von 1825, die zuletzt 1967 grundlegend überarbeitet und 1994 erstmals auf demokratischer Grundlage in großen Teilen reformiert wurde (Bukes 2000: 117).

62 "Toda persona tiene el derecho: [...] A emitir libremente sus ideas y opiniones, por cualquier medio de difusión" (Art. 7b CPE, Übers.: TG).

einigen Veränderungen nach wie vor die rechtliche Grundlage für die Pressefreiheit bildet (Soruco Q. 1999: 25-29).

Eingeschränkt wird das Recht auf freie Meinungsäußerung im Strafgesetzbuch (Código Penal: CP) z. B. durch das Verbot von Beleidigung (Difamación, Art. 282 CP), Verleumdung (Calúmnia, Art. 283 CP) und Beschimpfung (Injuria, Art. 287 CP). Da die bolivianische Judikative als eine der Institutionen gilt, die für Korruption und politische Einflussnahme am empfänglichsten ist (Bukes 2000: 114)⁶³, sind den JournalistInnenverbänden einige Bestimmungen aus dem Pressegesetz besonders wichtig, die sie vor dem direkten Zugriff durch die richterliche Gewalt schützen. Über die im Gesetz genau festgelegten Pressedelikte⁶⁴ urteilen in Bolivien nicht ordentliche Gerichte, sondern eigens für jeden Fall einzeln einberufene Schwurgerichte (Tribunales de Jurados de Imprenta). Jede Kommunalverwaltung bestimmt 40 besonders ehrbare BürgerInnen, aus deren Kreis für jeden zu entscheidenden Fall zwölf Geschworene ausgelost werden, die dann innerhalb von höchstens zwei Sitzungstagen von je acht Stunden zu einem Ergebnis kommen müssen (Retamozo Leaño 2000: 87-88). Die Urteile können nur durch Anfechtung vor dem Obersten Gerichtshof außer Kraft gesetzt werden, eine erneute Verhandlung wird wiederum von einem Presse-Schwurgericht durchgeführt (Gómez Mallea 1999: 106-125).

Durch das spontane Auslosen aus einer Gruppe von LaienrichterInnen und die Bestimmung, dass nach Zusammentreten des Schwurgerichts innerhalb von zwei Tagen entschieden werden muss, entsteht ein weitgehend als effektiv empfundener und im lateinamerikanischen Vergleich⁶⁵ relativ hoher Schutz vor Bestechung der Richter von politischen Parteien.

Vergleichbar mit dem deutschen Zeugnisverweigerungsrecht genießen auch bolivianische JournalistInnen das Recht, ihre Quellen geheim zu halten. Dabei wird nicht wie etwa lange Zeit in Deutschland zwischen selbst- und fremdrecherchierten Material unterschieden (Gómez Mallea 1999: 117).

Das Pressegesetz von 1925, das in seinen Bestimmungen oft auf noch frühere Gesetzeswerke zurückgreift, gilt auch für die "neuen" Medien, also Radio, Fernsehen

63 Mangelndes Vertrauen und schlechte Erfahrungen, sowie fehlende finanzielle Mittel für juristischen Beistand führen dazu, dass einfache Leute sehr selten von ihrem Klagerecht Gebrauch machen. Reiche und einflussreiche Politiker und Geschäftsleute sind hingegen in der Lage, Richter zu bestechen und sich so ihr "Recht" zu verschaffen. Eine Vielzahl der Verfahren wird verschleppt, weit über die Hälfte der Gefangenen sitzt seit Jahren ohne Verhandlung im Gefängnis (Arnold 2001; Bukes 2000: 114). Eine ausführliche Studie über die Situation von Gefängnissen und Justiz bietet Pinto Quintanilla (1999).

64 Zum Beispiel werden Beleidigungen von Privatpersonen vor normalen Gerichten verhandelt, im Fall von Amtsträgern werden Schwurgerichte einberufen (Gómez Mallea 2000: 150).

65 Das Verfahren des Laien-Schwurgerichts für Pressedelikte wird sonst nur noch in Guatemala praktiziert (Lanao 1999). In vielen Ländern Lateinamerikas führt der oft von korrupten Gerichten festgestellte Tatbestand der "Beleidigung" zu einer elementaren Einschränkung der Pressefreiheit (Freedom Forum 2000). Einen internationalen Vergleich der Pressegesetze zu Beleidigung und Diffamierung bietet Ruth Walden (2000). Eine Datenbank über geltendes Medienrecht in der Länder Nord- und Südamerikas bietet die "Press Laws Database" der Inter American Press Association (IAPA 1999).

und Internet. Da der Inhalt den neuen Entwicklungen aber kaum angepasst wurde, gibt es kaum jemanden, der es heute noch für angemessen hält. Da JournalistInnen- und Medienverbände bei einer Neufassung um die Abschaffung der in der Praxis sehr medienfreundlichen Schwurgerichte fürchten, reagierten die Verbände bislang mit großer Abneigung auf Änderungsversuche durch die Regierungen. Prominente JournalistInnen fordern deshalb die Verbände auf, selber einen Gesetzesvorschlag zu entwerfen, auf den man sich aber noch nicht einigen konnte (Mesa Gisbert 1994: 26).

Die technischen Aspekte im Rundfunkbereich wurden zunächst durch eine Vielzahl von Verordnungen, später durch ein eigenes Telekommunikationsgesetz geregelt, dessen neueste Fassung aus dem Jahr 1997 stammt. Artikel 37 verbietet grundsätzlich das Abhören und die Beeinträchtigung von Gesprächen oder der Massenkommunikation (Retamozo Leaño 2000: 14). Dasselbe Gesetz überträgt die Oberaufsicht über den Rundfunk auf die Superintendencia de Telecomunicaciones (SITEL). Diese regelt die Vergabe und den Entzug von Sendelizenzen und Frequenzen. Seit den Reformen von Sánchez de Lozada werden die Frequenzen nach dem Prinzip des Meistbietenden vergeben. Mehrere Sender wurden in der Folge aufgrund mangelnder Finanzmittel geschlossen (Lima 2000: 3-4). Von Kommunikationswissenschaftlern wird oft kritisiert, dass das Telekommunikationsgesetz nur den technischen Bereich des Rundfunks behandelt und Kriterien wie qualitative Vielfalt, Förderung von Landradios etc. ausblendet (Reyes Velásquez/Arroyo/Aguirre Alvis 2000: 166-169).

Außer Verfassung, Presse- und Telekommunikationsgesetz gibt es noch eine Vielzahl an Verordnungen und Gesetzen, die zu einem großen Teil von verschiedenen Militärdiktaturen oder anderen nur kurzlebigen Regierungen stammen. Diese Bestimmungen wurden selten zurückgenommen, sind also offiziell geltendes Recht. In der Praxis ist jedoch oft unklar, welche der Bestimmungen gelten. Das Gesetz "Tamayo" von 1944 schreibt zum Beispiel vor, dass unter jedem Artikel der Name des Autors stehen muss. Das Gesetz ist gültig (Gómez Mallea 1999: 76), wird aber in der Praxis nicht umgesetzt. Eine weitere rechtsgültige Bestimmung, die in den Redaktionen höchstens als "Soll-Bestimmung" aufgefasst wird, ist die Tatsache, dass offiziell alle JournalistInnen das Fach *Comunicación Social* an der Universität abgeschlossen haben müssen (Virtue 1995: 25)⁶⁶.

Kein Recht auf Information

Wie oben beschrieben, garantieren die bolivianischen Gesetze in Bezug auf freie Meinungsäußerung relativ großen Spielraum. Kritisiert wird hingegen immer wie-

⁶⁶ In vielen lateinamerikanischen Ländern gelten Zugangsbeschränkungen zur journalistischen Berufsausübung, was vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof (IACHR) häufig kritisiert wurde (Youn 1990: 119-121).

der, dass es kein Recht auf Information bzw. keine Auskunftspflicht der Behörden gibt. Weder für BürgerInnen im allgemeinen noch für JournalistInnen im speziellen gibt es gesetzliche Regelungen, die zum Beispiel den Zugang zu behördlichen Informationen regeln (Retamozo Leaño 2000: 13).

Ich halte es für sinnvoll, die Verfassung zu überarbeiten oder zumindest in dem Sinne zu ergänzen, dass sie nicht nur das Recht garantiert zu informieren, das nur den Firmen oder Leuten zukommt, die es sich leisten können, Kommunikationsinstrumente zu finanzieren, sondern vor allem auch das Recht, informiert zu werden (Rivadeneira Prada 1999: 6; Übers. TG).

Wie sich im Laufe der Untersuchung zeigen wird, ist der mangelnde Zugang zu Information eines der größten Probleme des bolivianischen Journalismus⁶⁷. Durch in den vergangenen Jahren verabschiedete Gesetze, die es beispielsweise Angestellten in Polizei, Ministerien oder Gerichten verbieten, Auskünfte an JournalistInnen weiterzugeben, wird der Zugang zu wichtigen Informationen derzeit eher noch erschwert (Morales Vaca, Int.).

Journalistische Selbstkontrolle

Bolivianische JournalistInnen sind – abhängig von ihrem Ausbildungsgrad und ihrer Position in der Medienhierarchie – in unterschiedlichen Berufsverbänden bzw. Mediengewerkschaften organisiert. Die mitgliederstärkste Organisation ist die *Federación de Sindicatos de Trabajadores de Prensa de Bolivia*, FSTB. Sie bildet den nationalen Dachverband der in den neun Departementen funktionierenden Mediengewerkschaften. In ihnen organisieren sich nach dem Industriegewerkschaftsprinzip alle in den Medienbetrieben Beschäftigten, also von der Zeitungsbotin über den Kameramann bis zum Chefredakteur. Die auf dem Land überwiegend in kleinen Radio- und Fernsehsendern arbeitenden JournalistInnen beginnen erst seit Kurzem, sich in die Mediengewerkschaften zu integrieren. Klassischerweise fühlen sie sich eher als Bauern und somit den Gewerkschaften der Landbevölkerung, also der CSUTCB, verbunden.

In den Gewerkschaften gibt es die jeweils für ein Jahr gewählten Ehrengerichte. Auf Antrag wird dort darüber entschieden, ob sich JournalistInnen den ethischen Grundsätzen widersetzt haben. Als Strafen werden Rügen verteilt, das Stimmrecht entzogen oder in extremen Fällen auch einzelne JournalistInnen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die ethischen Grundsätze finden sich in den Journalistenstatuten, die vom Dachverband selbst verabschiedet wurden (Morales Vaca, Int.).

67 In Lateinamerika verfügen nur Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Kolumbien, Paraguay und Peru über Gesetze, die dem Bürger Zugang zu öffentlichen Informationen garantieren (Villanueva 1999).

Die *Asociación de Periodistas* vertritt als Berufsverband gezielt journalistische Interessen. Wie die Gewerkschaft bestehen die JournalistInnenverbände auf Departementsebene, die in einem gemeinsamen nationalen Dachverband zusammengeschlossen sind. Die beiden Organisationen – Berufsverband und Mediengewerkschaft – sehen sich nicht als Konkurrenten, viele JournalistInnen sind sogar in beiden gleichzeitig Mitglied. Die JournalistInnenverbände nehmen allerdings nur JournalistInnen auf, die auch *Comunicación Social* studiert haben. Mit den Gewerkschaften gemeinsam versuchen sie die Prinzipien der Pressefreiheit zu verteidigen, gegen das Interesse der Gewerkschaften versuchen sie aber auch durchzusetzen, dass immer mehr Medien nur *professionelle* JournalistInnen – also diejenigen mit Abschluss in *Comunicación Social* – anstellen (Knudson 1979; Knudson 1996: 100). In Santa Cruz und Cochabamba gibt es seit einigen Jahren auch *Colegios de Periodistas*, die noch stärker als die JournalistInnenverbände auf die Privilegien der besser ausgebildeten JournalistInnen pochen (Glasinovic, Int.).

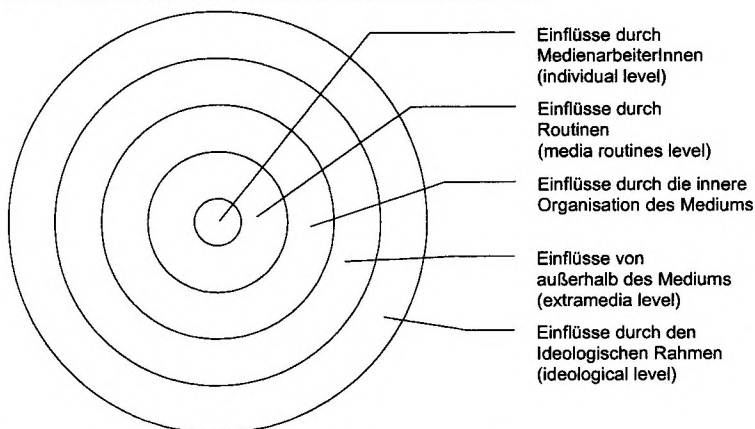
Wie weiter oben in diesem Kapitel beschrieben, sind die Medien – und mit ihnen die JournalistInnen – in den letzten Jahren in die öffentliche Kritik geraten, weil sie zunehmend auf sensationsheischende Themen und Darstellungsweisen setzen. Außerdem kritisieren Politiker, dass JournalistInnen oft Falsches berichten, ohne dass man sie dafür belangen könnte, weil die Schwurgerichte nur selten funktionieren würden und eher im Sinne der JournalistInnen entschieden. Auf den öffentlichen Druck reagieren die JournalistInnenverbände und Mediengewerkschaften, indem sie gemeinsam an einem Entwurf für einen nationalen Ethikrat arbeiten. Ähnlich dem Deutschen Presserat⁶⁸ soll hier eine Instanz geschaffen werden, die durch Selbstkontrolle den Journalismus von Einflussversuchen durch die Politik freihalten soll.

68 Ethikräte gibt es in vielen europäischen und auch lateinamerikanischen Ländern. Das Beispiel des deutschen Presserats wurde hier gewählt, weil es tatsächlich deutsche Stiftungen sind, welche die Verbände bei der Schaffung eines Nationalen Ethikrats unterstützen und beraten. Erste Entwürfe entstanden in der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Peñaranda U. o.D.-a; Peñaranda U. o.D.-b). Von dieser und anderen Stiftungen (insbesondere der Konrad-Adenauer- und der Hanns-Seidel-Stiftung) werden viele Publikationen und Kongresse unterstützt, die Pressefreiheit, und journalistische Ethik zum Gegenstand haben.

6 Einflussfaktoren auf Medieninhalte

Nach dem gerafften Überblick über die Medienlandschaft Boliviens geht es in diesem Kapitel um die verschiedenen Einflussfaktoren auf Medieninhalte. Die Gliederung orientiert sich an der Untersuchung von Shoemaker und Reese (1991). Sie unterteilen die Einflussfaktoren in fünf Ebenen: Einflüsse durch Medienarbeiter, Routinen, die innere Organisation des Mediums, Einflüsse von außerhalb des Mediums und durch die Ideologie, die das Medium umgibt (siehe Abb. 6.1).

Abb. 6.1: Ebenen der Einflüsse auf Medieninhalte



Quelle: Schoemaker/Reese 1991: 54, eigene Bearb.

Im Abschnitt 6.1 werden Einflüsse betrachtet, die von den **MedienarbeiterInnen** ausgehen. Dabei wird zunächst auf unterschiedliche Verständnisse darüber eingegangen, wer in Bolivien als JournalistIn betrachtet wird. Anschließend werden die Merkmale bolivianischer JournalistInnen, deren Ausbildung und die Konsequenzen für die Medieninhalte diskutiert.

An vielen Stellen sind die Einflussfaktoren nicht eindeutig voneinander zu trennen. Einflüsse, die von journalistischen Quellen ausgehen, berühren beispielsweise Aspekte, die sowohl als Routinen gewertet werden können, als auch als Einflüsse von außen. Der Einfachheit halber wurden diese Aspekte unter dem Abschnitt "Einflüsse durch **Routinen**" (6.2) zusammengefasst.

Es können in dieser Arbeit nicht immer alle verschiedenen Medien diskutiert werden. Einflussfaktoren, die aus der **inneren Organisation** des Mediums hervorgehen, werden in dieser Untersuchung vor allem auf kommerzielle Medien beschränkt, also große Zeitungen und Sender, die es sich leisten können, Recherche zu betreiben. Zunächst werden in diesem Abschnitt (6.3) die Entscheidungsstrukturen am

Beispiel der beobachteten Tageszeitung *Los Tiempos* aufgezeigt, anschließend Besitzstrukturen des bolivianischen Medienmarktes insgesamt. Beobachtung, Befragung und Interviews ergaben, dass die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien von betriebswirtschaftlichen Interessen der Medienunternehmen auf unterschiedliche Weise nach außen vorgetäuscht aber innerlich nicht mehr gegeben ist. Hier wird eine globale Tendenz deutlich, die sich in einem wirtschaftlich schwachen Land in besonderer Form und in verstärktem Ausmaß zeigt.

Im Abschnitt über **Einflüsse von außerhalb** (6.4) werden diverse Mechanismen aufgezeigt, mit denen Interessengruppen von außen auf die Medien einwirken. Dies geschieht auf mehreren Ebenen: Während die GeldgeberInnen der Verlagsunternehmen und Rundfunksender vor allem auf die EigentümerInnen – also VerlegerInnen und DirektorInnen – einwirken, wird auf der Quellenebene Druck auf die JournalistInnen ausgeübt. In diesem Abschnitt wird sich auch herausstellen, dass die Einteilung der Einflüsse in verschiedene Ebenen zwar für die Strukturierung der Untersuchung hilfreich ist, dass sich die Einflüsse aber kaum voneinander trennen lassen. PolitikerInnen können nicht nur unter dem Gesichtspunkt "Einflüsse von außen" betrachtet werden, wenn sie nach und nach die Medien aufkaufen. JournalistInnen, die in die Politik wechseln, sowie Brauereibesitzer, die gleichzeitig als Parteivorsitzende und Showmaster in Rundfunkprogrammen eigener Medien fungieren, machen klar, dass sich die Einflussebenen in der Praxis vielfach überlagern.

Die Anlage der Untersuchung war weniger geeignet, **ideologische Einflüsse** auf Medieninhalte festzustellen. Stattdessen soll in dem Abschnitt (6.5) reflektiert werden, welche ideologischen Ebenen eventuell in Bolivien untersucht werden könnten. Die Spekulationen werden jeweils mit Vorschlägen für Forschungsgegenstände ergänzt, mit denen man diese Einflüsse herausarbeiten könnte.

In den Kapiteln werden die Ergebnisse der in dieser Untersuchung angewandten Methoden mit Erkenntnissen aus der Literatur vermischt. Daher geht es an manchen Stellen um Einflussfaktoren allgemein, während sie an anderer Stelle am Beispiel der Falluntersuchung belegt werden sollen. Im Text wird jeweils explizit darauf verwiesen, wenn es um das Fallbeispiel – also um die Berichterstattung über die Was-serprivatisierung – geht.

6.1 Einflüsse durch MedienarbeiterInnen

In terms of demographics, if there is an average Washington reporter and an average American, they do not look much like each other. [...] Does this make a difference in how the news is reported? In some instances the answer is yes (Hess 1981: 117).

Jedes Land hat sein eigenes Verständnis davon, wer als "Journalist" gilt, was den internationalen Vergleich von Statistiken über diese Berufsgruppe besonders schwierig macht (Weischenberg/Sievert 1998: 395). In deutschen Studien wird als Journalist in der Regel derjenige verstanden, der hauptberuflich journalistisch arbeitet, also mehr als die Hälfte seines Einkommens aus dieser Tätigkeit bezieht. Eingeschlossen sind dabei technische RedakteurInnen, ModeratorInnen und BildjournalistInnen, sofern sie auch redaktionell arbeiten (Weischenberg/Scholl/Löffelholz 1993: 24, 32).

In Bolivien gilt offiziell nur der als Journalist, der das Universitätsstudium *Comunicación Social* abgeschlossen hat. Es gibt sogar eine Verordnung aus dem Jahre 1984, die es Medienunternehmen explizit verbietet, Personen für journalistische Tätigkeiten einzustellen, die nicht diesen Titel tragen⁶⁹. Auch wenn keiner der Befragten dieses Gesetz für gültig hält, da es weder von Medienunternehmen beachtet, noch von der Exekutive durchgesetzt wird, mischt sich diese enge Definition von Journalismus mit anderen eher an der Praxis orientierten. Leider werden die Begriffe in der Literatur höchst unterschiedlich gebraucht, ohne dass auf diese Unterschiede hingewiesen würde.

Verschiedene Studien gehen von 800 in Bolivien arbeitenden JournalistInnen aus (Peñaranda U. 1998: 71; Virtue 1995: 20-25). Dabei werden die in den Landradios redaktionell arbeitenden Personen offensichtlich nicht mitgerechnet, da sonst bei einer Senderzahl von über 700 eine deutlich höhere Zahl geschätzt werden müsste. Gleichzeitig wird aber auch nicht das enge Kriterium des abgeschlossenen Journalistikstudiums konsequent angewendet, da dieselben Autoren darauf hinweisen, dass ein großer Teil der JournalistInnen fachfremd sei bzw. gar nicht studiert habe.

Da Einflüsse auf Medieninhalte von allen am redaktionellen Prozess Arbeitenden ausgehen, wird in dieser Arbeit zweckmäßigerweise von dieser weiten Definition des Begriffs Journalist ausgegangen. So versteht auch der Generalsekretär der bolivianischen Mediengewerkschaft (FTPB) die Berufsbezeichnung, der die Anzahl der redaktionell Arbeitenden auf 3.000 bis 3.500 schätzt (Morales Vaca, Int.). Um abgrenzend diejenigen zu bezeichnen, die das Studium der *Comunicación Social* abgeschlossen haben, also offiziell den Titel *JournalistIn* tragen, wird in dieser Arbeit der Begriff *comunicadores* gewählt.

Merkmale bolivianischer JournalistInnen

Die durchschnittliche **soziale Herkunft** der JournalistInnen ist je nach Art des Mediums unterschiedlich. Zeitungs- und FernsehjournalistInnen geben zu einem großen Teil an, dass ihre Familie aus der Mittelschicht stammt (Peñaranda U. 1998: 72). Bei

69 Dekret 20225 vom 9. Mai 1984: "Ningún medio de comunicación social, sea diario, periódico, semanario, revista de circulación permanente, radioemisoras, canales de televisión y corresponsalías de agencias periodísticas, nacionales e internacionales, podrá contar en sus tareas específicamente periodísticas, con personal que no posea título profesional y que no esté inscrito en el Registro Nacional de Periodistas" (Virtue 1995: 25).

in Radiosendern beschäftigten JournalistInnen gilt dies nur für die wenigen großen Sender des Landes. Auf dem Land und in den kleinen städtischen Sendern kommen die JournalistInnen eher aus der unteren Mittel- bis Unterschicht.

In Zeitungen und größeren Fernsehsendern sind die JournalistInnen im Durchschnitt besser ausgebildet. VerlegerInnen versuchen, ihre Redaktionen mit einem hohen Anteil an *Comunicadores* zu besetzen (Peñaranda U. 1998: 71); dieser Anteil wird auf 50 Prozent geschätzt. In den Radiosendern auf dem Land ist die durchschnittliche **Ausbildung** der JournalistInnen wesentlich niedriger: Über 20 Prozent haben keinen Schulabschluss, nur drei von zehn haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die journalistische Ausbildung findet meistens innerhalb der Radios und in seltenen Fällen über Kurse verschiedener NGOs statt (van Linden/Crespo 1994: 46-47, 59-60).

Die von Stadt nach Land und von Zeitung über Fernsehen bis zum Radio durchschnittlich abnehmende Ausbildung spiegelt sich auch im **Gehalt** der JournalistInnen wider. Einem La Pazer Zeitungsredakteur werden bis zu 2.000 US-Dollar gezahlt, ReporterInnen verdienen immerhin noch 300 Dollar; im Fernsehen bewegen sich die Gehälter etwa in derselben Spannbreite (Peñaranda U. 1998: 71-72). Die großen Radiosender zahlen ihren JournalistInnen über 200 Dollar, die kleinen bleiben meist unter dieser Marke (Morales Vaca, Int.). Viele UKW-Sender im städtischen Raum zahlen gar keine Gehälter, sondern vermieten Sendezeit an JournalistInnen, die selber dafür verantwortlich sind, für ihre eigene Sendezeit Werbung zu akquirieren. Von den Werbeeinnahmen erhalten sie zwischen 30 und 50 Prozent, die Monatsgebühr für zwei Stunden tägliche Sendezeit beträgt rund 100 US-Dollar.

Eine Familie mit drei Kindern und zwei Erwachsenen braucht für die Grundversorgung etwa 2.300 Bolivianos, also mehr als 350 US-Dollar (Garvizu M. 2001). Demnach ist es nicht verwunderlich, dass ein großer Teil der geringer verdienenden JournalistInnen noch weiteren Arbeiten nachgeht.

Die Befragung der cochabambinischen JournalistInnen ergab eine durchschnittliche **Arbeitszeit** von 57 Wochenstunden, wobei die mit 44 Stunden relativ (!) geringe Arbeitszeit der RadiojournalistInnen dadurch zu erklären ist, dass sie neben der journalistischen Arbeit noch in anderen Jobs Geld verdienen müssen, um ihre Familie zu ernähren. In der Regel müssen JournalistInnen täglich eine bestimmte Anzahl von Beiträgen abliefern. Im Rundfunk sind es durchschnittlich acht, in Tageszeitungen sechs Beiträge pro Tag. Um die Arbeitsquoten zu schaffen, kommt es häufig vor, dass JournalistInnen verschiedener Medien Meldungen untereinander austauschen. Virtue zitiert diesbezüglich einen Redakteur:

Es kommt häufig vor, dass Reporter, die für dieselben Quellen zuständig sind, sich gegenseitig aushelfen. Einer nimmt eine Pressekonferenz auf, der nächste

tippt sie ab, ein dritter kopiert sie. In den Medien erscheint dann mehr oder weniger die gleiche Geschichte (Virtue 1995: 24, Übers. TG).

Über die **politischen Einstellungen** bolivianischer JournalistInnen gibt es nur vage Angaben. Peñaranda (1998: 72) kommt zu dem Schluss, dass sie überwiegend "progressiv" (im Gegensatz zu "konservativ") eingestellt sind. Ein großer Teil der von Peñaranda befragten JournalistInnen gab an, vor der journalistischen Tätigkeit linke Parteien unterstützt zu haben. Außerdem bescheinigt er ihnen eine überdurchschnittliche Sensibilität für Menschenrechte und Demokratie. Derselbe Autor stellt aber auch fest, dass sich die in den Artikeln geäußerte politische Richtung häufig der allgemeinen öffentlichen Stimmung anpasst, um dem Publikum zu gefallen.

Das Thema der politischen oder parteipolitischen Position muss man mit der "Stimmungslage" der öffentlichen Meinung verknüpfen, mit der die Journalisten mit Leichtigkeit mitschwingen (Peñaranda U. 1998: 72, Übers. TG).

Bei der JournalistInnenbefragung kam es häufig vor, dass diese – nach ihrer persönlichen Haltung im Wasserkonflikt befragt – sich vor der Antwort dazu äußerten, dass Banzer früher das Land als Diktator geführt habe. Die negative Einstellung gegenüber der Regierung und ihrer brutalen Vorgehensweise gegen die Bevölkerung war also bei fast allen JournalistInnen vorhanden. Manche räumten auch ein, dass sich diese Einstellung auf die Berichterstattung ausgewirkt habe. Einige beschrieben, wie sie beschwichtigend in die Gewaltsituationen eingegriffen hätten, um beispielsweise die Polizei daran zu hindern, auf Jugendliche einzuschlagen.

JournalistInnenausbildung

Ich habe Radio an der Universität studiert und sah nie ein Mikrofon. Es gab weder Radio- noch Fernsehstudio. Wir hatten keine Computer, sondern nur alte Schreibmaschinen. Es gab keine praktischen Übungen und es gibt sie bis heute nicht. [...] Nach meinem Abschluss bewarb ich mich bei Radio Fides. Der Nachrichtenchef sagte: "Ich gebe dir zehn Minuten Zeit, um eine Meldung zu schreiben. Wenn ich verstehe, was du schreibst, bekommst du den Job" (Virtue 1995: 21, Übers. TG).

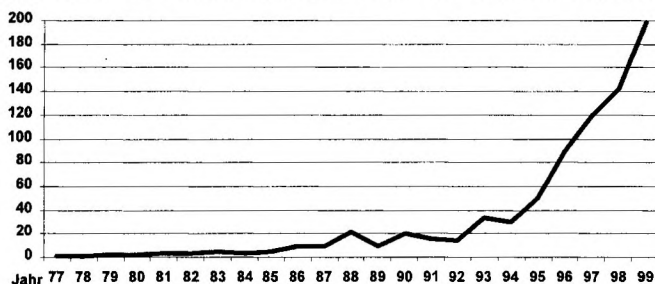
Mit der Gründung des Fachs *Comunicación Social* legte die Katholische Universität La Paz (UCB) 1971 den Grundstein für eine geregelte bzw. reglementierte Journalistikausbildung. (Andrade Ruiz 1998: 69). Nach und nach boten zusätzlich weitere staatliche und private Universitäten das Fach an, das in den 80er Jahren noch sehr wissenschaftlich angelegt war. Praktische Übungen waren im Lehrplan kaum vorge-

sehen, die Lehrenden kamen überwiegend aus verschiedenen Fachbereichen der Geisteswissenschaften. Wenn auch das Hauptarbeitsfeld der AbsolventInnen später im Bereich der Medien liegt, umfasst das Studium nicht nur die Massenkommunikation: interpersonale Kommunikation, Volkstänze und Symbolvermittlung durch indigene Traditionen sind durchaus kommunikationswissenschaftliche Themen bzw. Forschungsbereiche (Jordán A. 2000: 72).

Praktische Übungen wurden in den 90er Jahren zunehmend in die Lehrpläne eingebaut. Dennoch ist das Praxisdefizit nach wie vor einer der Hauptkritikpunkte von Lehrenden, Studierenden und potenziellen Arbeitgebern. Von Seiten der Medienwirtschaft wird regelmäßig beklagt, dass die universitäre Ausbildung zu wenig für den Arbeitsmarkt vorbereite. Gerade an den staatlichen Bildungseinrichtungen fehlt es an technischer Ausrüstung, um JournalistInnen für die Praxis auszubilden. Neuere Arbeitsfelder (Online-Journalismus, Multimedia) fehlen in der Ausbildung komplett (Prieto Castillo 1998: 19).

Das Fach hat in den letzten Jahren in Hinblick auf die Anzahl der angebotenen Studiengänge und jährlichen AbsolventInnen enormen Zuwachs bekommen (siehe Abb. 6.1.1). Inzwischen gibt es landesweit mehr als 4.000 Studierende an 14 privaten und staatlichen Universitäten (Andrade Ruiz, Int.).

Abb. 6.1.1: Abschlüsse im Fach Comunicación Social in absoluten Zahlen

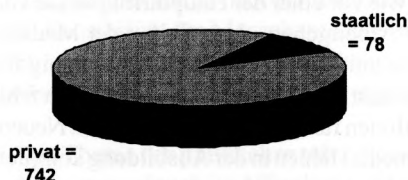


Quelle: eigene Berechnung nach Diplomarbeitsverzeichnis von Grebe/Giancotti (2000)

Wenn dabei auch die Anzahl der staatlichen Universitäten immer mehr zugenommen hat, lässt sich doch feststellen, dass ein bedeutend größerer Anteil der Abschlüsse nach wie vor an privaten Universitäten gemacht wird. Schlüsselt man die Gesamtzahl der bis 1999 für das Fach eingereichten Diplomarbeiten nach Universitätstypen auf, entfällt auf die staatlichen Studiengänge nur ein Anteil von unter zehn Prozent (siehe Abb. 6.1.2). Da der Besuch privater Universitäten (auch der konfessionellen)

mit hohen Studiengebühren verbunden ist, ist der Berufszugang im Medienbereich durch die Ausbildung in hohem Maße eingeschränkt. Dies gilt allerdings nur für die Medien, die eine relativ hohe formale Bildung als Einstellungskriterium voraussetzen. Für UKW-Sender mit fast ausschließlichem Musikanteil sowie den *radios comunitarios* auf dem Land gilt diese Einschränkung nicht.

Abb. 6.1.2: Abschlüsse in *Comunicación Social* 1974-1999 in absoluten Zahlen



Quelle: eigene Berechn. nach Grebe/Giancotti (2000)

Auswirkungen auf Medieninhalte

Ausbildungsstand und Herkunft der JournalistInnen bestimmen in mehrfacher Hinsicht die Art und Weise, wie sie ihre Arbeit ausführen, welche Quellen sie heranziehen können und wen sie sich als InterviewpartnerIn aussuchen. Die Starreporterin des Fernsehsenders *PAT*, Amalia Pando, kann sicherlich als Ausnahme gelten, wenn sie sich bei wichtigen Interviews einen Dolmetscher leisten kann. Dennoch räumt auch sie ein, dass es bei ihren Reportagen in La Paz durchaus einen großen Einfluss hat, dass sie kein Aymara spricht (Pando, Int.).

Aufgrund der überwiegend städtischen Herkunft der interviewten JournalistInnen, die die Haupttrecherarbeit zum Privatisierungskonflikt geleistet haben, sahen sich nur vier von 13 in der Lage, Interviews auf Quechua zu führen. Man kann davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Demonstrierenden sich besser auf Quechua verständigen konnte als auf Spanisch, das von der cochabambinischen Landbevölkerung, wenn überhaupt, als Zweitsprache gesprochen wird. Im Departement Cochabamba macht die Landbevölkerung fast 50 Prozent aus (INE 1992). Es bleibt also festzuhalten, dass JournalistInnen, die für Medien mit relativ hoher Recherchekapazität arbeiten, sich mit einem Großteil der Bevölkerung nur schlecht verständigen können.

Nur einer der JournalistInnen gab an, ausreichend Englisch zu verstehen, um es für Recherchezwecke nutzen zu können. Die Internetseiten der an der Privatisierung beteiligten Firmen stellen ihre Inhalte ausschließlich auf Englisch – und in einem Fall auch auf Französisch – ins Internet. Obwohl es bei der Privatisierung um ein Thema von internationalem Ausmaß ging, kommt in dem Untersuchungszeitraum der Inhaltsanalyse kein ausländischer Experte zu Wort. Es werden keine Vertreter

von internationalen Organisationen wie Weltbank oder Währungsfonds zitiert. In keinem Fall wird ein Vergleich mit der Wasserprivatisierung anderer Länder herangezogen.

Die Sprachbeschränkung der JournalistInnen, die in den großen Medien arbeiten, führt also zwangsläufig zu einer Beschränkung der Recherche. Leute aus unteren Schichten bzw. internationale Experten oder Geschäftsführer zu interviewen, wäre fast immer mit dem Einsatz eines Übersetzers verbunden, was bei beschränkten Finanz- und Zeitressourcen selten möglich ist.

Die Beobachtung verschiedener JournalistInnen bei ihrer Recherche auf dem Land zeigte einen deutlichen Unterschied bei den Reaktionen der Landbevölkerung auf die recherchierende Person. Wer sich auf Quechua verständigen konnte, bekam sofort Auskunft über geplante Protestaktionen. Sogar Straßenblockaden wurden in solchen Fällen für Pressefahrzeuge vorübergehend weggeräumt. In einem Fall konnte ein quechuasprachiger Journalist die Protestler sogar dazu bewegen, einen Baumstamm für das Foto noch einmal auf die Straße zu legen. Auch der Fahrer der Zeitung gab an, dass das Verhalten der protestierenden Bauern stark davon abhängt, ob der anwesende Journalist die Fragen auf Spanisch oder auf Quechua stellt. Dabei scheint es relativ unwichtig zu sein, welche Zeitung der jeweilige Journalist vertritt, denn in beiden Fällen handelte es sich um die Tageszeitung *Los Tiempos*, die allgemein als konservativ gilt.

Die gemeinsame Ausbildung der JournalistInnen in den Universitäten führt zu einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl. Sie treffen sich täglich an denselben Orten, Nachrichten werden ausgetauscht, sogar mitgeschnittene Interviews zwischen verschiedenen Medien überspielt. Für viele JournalistInnen sind nur auf diese Weise die Arbeitsquoten von sechs oder mehr Meldungen pro Tag zu bewältigen. Dies führt – gemeinsam mit anderen Faktoren – zu einer Vereinheitlichung der täglichen Nachrichten.

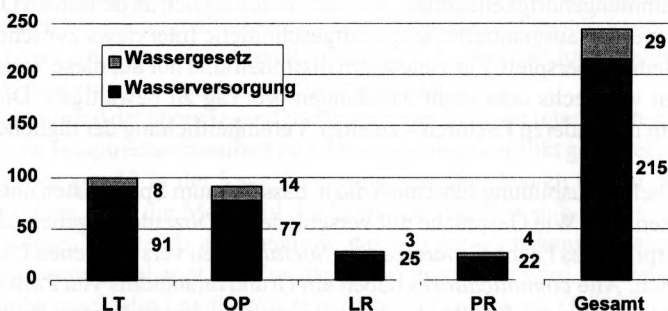
Die vereinheitlichte Ausbildung führt auch dazu, dass es kaum Spezialisten unter den JournalistInnen gibt. Wie Gespräche mit verschiedenen Dozenten ergaben, ähneln sich die Lehrpläne des Fachs *Comunicación Social* an den verschiedenen Universitäten erheblich. Alle *comunicadores* haben ein Grundverständnis von Politik, der Geschichte des Landes etc. Es gibt aber kaum jemanden, der die Paragraphen eines Vertragswerks wirklich verstehen oder technische Details der Wasserversorgung oder Stromgewinnung erklären kann. Dem investigativen Journalismus setzt das gewisse Grenzen. Die JournalistInnen hatten kaum Einfluss darauf, dass ihnen der Vertrag mit der Firma *Aguas del Tunari* erst relativ spät vorlag. Doch selbst als sie den mehrere Hundert Seiten langen Vertragstext vorliegen hatten, fiel es ihnen schwer, diesen zu interpretieren. Dasselbe gilt für die verschiedenen Entwürfe des Wassergesetzes, die zwar hätten eingefordert werden können, deren Interpretation jedoch ju-

ristischen Fachverstand und Zeit vorausgesetzt hätte. Beides stand Cochabambas Medien nicht ausreichend zur Verfügung.

Die vor allem aus der Stadt stammenden und dort wohnenden JournalistInnen waren von der Erhöhung der Wassertarife direkt betroffen. Mehrere gaben während der Interviews an, dass sie persönlich auf der Seite der Coordinadora standen, weil die Preiserhöhungen wirklich ungerecht gewesen seien. Die Problematik um das Wassergesetz und die damit möglicherweise drohende Privatisierung des Grundwassers im ländlichen Bereich berührte die städtischen JournalistInnen kaum. Obwohl der Protest überwiegend ein Protest der Landbevölkerung war, erschien er in den Medien deutlich als Aufstand gegen die Firma *Aguas del Tunari*, wie einer der Wasserkrieger im Interview bestätigte (Saravia, Int.).

Zumindest für den Zeitungsbereich lässt sich dieser Trend auch anhand der Inhaltsanalyse bestätigen. Die beiden Zeitungen aus Cochabamba (LT und OP) haben dabei deutlich mehr berichtet, als die aus La Paz (LR und PR). Aber auch für die Zeitungen aus La Paz sind die Wassertarife, die nur für das Stadtgebiet Cochabamba gelten, wichtiger als das Wassergesetz, das in allen neun Departementen zu Straßenblockaden und letztendlich zum "Sieg" der Protestbewegung geführt hat (siehe Abb. 6.1.3).

Abb. 6.1.3: Aussagen über Wassergesetz bzw. Wasserversorgung in absoluten Zahlen



LT = Los Tiempos; OP = Opinión; LR = La Razón; PR = Presencia

Quelle: eigene Berechnung nach Zahlen aus der Inhaltsanalyse

6.2 Einflüsse durch Routinen

In der Praxis bringen uns die meisten Medien denselben Informationsgehalt, und für gewöhnlich werden die Inhalte auch auf dieselbe Art und Weise dargestellt (Cornejo 1999: 23, Übers. TG).

Shoemaker und Reese (1991: 85) definieren Medienroutinen als "patterned, routinized, repeated practices and forms that media workers use to do their jobs". Dabei ordnen sie die Routinen drei unterschiedlichen Polen zu. *Processor*-orientierte Routinen (a) sind solche, die innerhalb der Medien entstehen, die also die eigene Arbeit strukturieren. Unter diese Kategorie fallen beispielsweise Selektionskriterien bei der Auswahl von Nachrichten, Zeitabläufe und Kostenbeschränkungen. *Consumer*-orientierte Routinen (b) umfassen solche, die das Angebot für das Publikum akzeptabel machen sollen. Beispiele sind beim Publikum angenommene Nachrichtenwerte, Entscheidungen über die Form der Darstellung aber auch Objektivitätskriterien, die beim Rezipienten einen Anschein von Objektivität erwecken sollen. Die dritte Kategorie umfasst alle *source*-orientierten Routinen (c), standardisierte Handlungsabläufe also, die sich nach den verschiedenen Quellen für die Medieninhalte richten⁷⁰.

***processor*-orientierte Routinen**

Die Ressourcen, die einem Medienunternehmen zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Das gilt für die Anzahl der Beschäftigten, die Stunden, die diese ArbeiterInnen für das Unternehmen tätig sind, und auch für das Geld, das für Recherche, Fahrt- und Telefonkosten ausgegeben werden kann. Eine JournalistIn kann unmöglich so lange an einem Thema recherchieren, dass sie alle Einzelheiten verstanden und alle möglichen Quellen konsultiert hat, denn zu Redaktionsschluss muss ein fertiges Produkt vorliegen, beispielsweise 15 Minuten Nachrichtensendung oder eine Zeitungssseite mit den wichtigsten Lokalmeldungen. Die *processor*-orientierten Routinen dienen dazu, die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient zu nutzen und dabei zu garantieren, dass zu bestimmten Zeitpunkten auch fertige Produkte entstehen. Um die Zuständigkeiten innerhalb der Redaktion nicht jeden Tag neu festlegen zu müssen, teilen sich bolivianische JournalistInnen untereinander in der Regel die Quellen auf. Jeder ist für eine bestimmte Liste von InformantInnen zuständig, von denen er die Pressemitteilungen erhält, mit denen er Kontakt hält und deren wichtige Termine er schon im Voraus kennt (Peñaranda U. 1998: 70). Durch die eingeschränkte Personallage umfassen diese Listen meist mehr Quellen, als eine Person wirklich regelmäßig kontaktieren kann. Innerhalb der Listen müssen die JournalistInnen also Prioritäten setzen. In der Praxis heißt das oft, dass nur die Quellen in den Medien vorkommen, die die Informationen möglichst veröffentlichungsreif zur Verfügung stellen, also beispielsweise in einer Pressemitteilung an den Journalisten

70 Auch Rühl (1969: 177-187) entdeckt bei seiner Beobachtung bestimmte Routinen, die er systemtheoretisch als Programme bezeichnet. Er unterscheidet "Konditionalprogramme" und "Zweckprogramme". Konditionalprogramme werden entwickelt, um auf bestimmte Standardsituationen in routinisierter Art zu reagieren (z. B. Ereignis "erster-warmer-Tag-im-Frühling" führt zu Standardreaktion "Zweispalter-mit-Bild-auf-erster-Seite"). Zweckprogramme hingegen sind mit den hier genannten *processor*-orientierten Routinen zu vergleichen (er nennt sie *output*-orientiert).

schicken. Organisationen, die Geld und Interesse haben, bestimmte Dinge zu publizieren, haben also durch Öffentlichkeitsarbeit eine relativ gute Chance, ihre Inhalte zu veröffentlichen, während Themen, die einer Nachfrage oder selbständiger Recherche bedürfen, wesentlich seltener zum Gegenstand von Medieninhalten werden.

Die Orientierung an bestimmten Leitmedien hilft ebenfalls Zeit zu sparen. Oft hören Zeitungsredakteure mittags *La Hora del País* auf *Radio Fides*, in der Redaktion läuft außerdem einer der beiden Fernsehsender *ATB* oder *PAT*. Nicht selten werden nach den Nachrichtensendungen Zeitungsjournalisten losgeschickt, um eine weitere Quelle zu demselben Thema zu befragen, so dass am nächsten Morgen eine Nachricht zu dem Thema in der Zeitung erscheint. Andersherum wird genauso verfahren. Radio- und Fernsehjournalisten lesen morgens die Zeitung, um anschließend dieselben Quellen zu denselben Themen nach denselben O-Tönen zu fragen. In den morgendlichen Konferenzen wird dann genau ausgewertet, was die anderen Medien gebracht haben und was man selber eventuell verpasst hat. Was auf der einen Seite hilft, Zeit zu sparen, führt andererseits zu einer großen Konformität der Medieninhalte (Bourdieu 1998: 31-32). Bolivien hat zwar eine große Anzahl von Medien, deswegen von Vielfalt zu sprechen, wäre jedoch angesichts der häufig identischen Inhalte falsch.

Eine ausgeprägte Besessenheit, alles das zu bringen, was die Konkurrenz bringt, führt dazu, dass sich die Anstrengungen der Tageszeitungen auf dieselbe konjunkturelle Information beschränken (Peñaranda U. 1998: 15, Übers. TG).

Zur alltäglichen Routine aller in der Stadt tätigen JournalistInnen gehört der vormittägliche Rundgang zu den wichtigsten Stellen der *Plaza Principal*. In Cochabamba befinden sich dort Präfektur, Stadtverwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaft, die ab neun Uhr morgens ihre Erklärungen abgeben und den Medien Material zur Verfügung stellen. Die Polizei präsentiert ihre Erfolge der Nacht, weinende Opfer von Gewalttaten können mitsamt dem daneben stehenden Täter gefilmt und interviewt werden. Häufig reicht für Fernsehen und Hörfunk der morgendliche Routinegang zur *Plaza Principal*, um die erste Nachrichtensendung zu füllen. Von den Zeitungen finden sich zu dieser Zeit je mindestens eine Journalistin und ein Fotograf ein. Das morgendliche Treffen aller JournalistInnen dient auch dem Informationsaustausch. Hier werden Absprachen (unter VertreterInnen verschiedener Medien) getroffen, wer welchen Termin wahrnimmt, um hinterher das mitgeschriebene Material auszutauschen.

Auch der Rest der Stadt kennt diese Gewohnheit der JournalistInnen. Protestaktionen finden deshalb in der Regel vormittags oder mittags auf der Hauptplaza statt oder beginnen zumindest dort. So führte ein Demonstrationzug der Studierenden

während des Beobachtungszeitraums an der Plaza vorbei. Dort gab es eine kleine Kundgebung, den JournalistInnen wurde angezeigt, dass man jetzt zum Uni-Verwaltungsgebäude ziehen werde, um es zu besetzen. Als 15 Minuten später die prunkvollen Glastüren des Haupteingangs zersplitterten, waren alle wichtigen Medien vor Ort, ohne dass es vorher eine Presseerklärung oder Telefonanrufe gegeben hätte. Ein Gang über die Hauptplaza, das Versprechen von eindrucksvollen Bildern und die guten Kontakte der JournalistInnen untereinander reichten aus.

Auch PolitikerInnen nutzen die Routinen der Medien aus. Aus den festen Zeitplänen ergeben sich Zeiten, zu denen mehr recherchiert, fotografiert und gefilmt werden kann, als zu anderen. Ereignisse, die zu bestimmten Zeitpunkten (etwa innerhalb der Woche vormittags) stattfinden, werden ausführlicher dargestellt, als Ereignisse, die zum Beispiel an Wochenenden stattfinden. So kommt es immer wieder vor, dass Repressionen gegen Protestler vor allem dann von der Regierung vorgenommen werden, wenn aufgrund eines Sonn- oder Feiertages die Redaktionen nur spärlich besetzt sind. Die Inhalte für die Sonn- und Montagsausgaben werden in der Regel während der Woche vorproduziert. Durch die Inhaltsanalyse lässt sich dieser Trend nicht nachweisen, während der Beobachtung konnte aber festgestellt werden, wie JournalistInnen teilweise vorher voraussagen konnten, dass am Osterwochenende die Repressionen beginnen würden, weil kaum jemand darüber berichten würde.

Bislang war vor allem von Routinen die Rede, die es den JournalistInnen ermöglichen, Zeit zu sparen, um ihre Tagesquoten zu erfüllen. Es gibt aber auch Routinen, die die Steuerung der laufenden Kosten relativ flexibel gestalten können. Während des Beobachtungszeitraums herrschte eine akute Finanzkrise in den Medien. Die Gehälter der JournalistInnen wurden nicht vollständig ausgezahlt, teilweise schuldete der Verlag bis zu drei Monatsgehälter. Je nach Kontakt "nach oben" konnten sich die JournalistInnen einzelne "Vorschüsse" ihres ausstehenden Gehaltes auszahlen lassen. Es herrschte Unsicherheit. Sollte man ohne Gehalt mit dem gleichen Arbeitspensum weiterarbeiten, in der Hoffnung bei einer anhaltenden Krise nicht zu den Entlassenen zu gehören? Oder sollte man das Arbeitspensum herunterfahren, weniger arbeiten, die Quoten nicht vollständig erfüllen, um dem Verlag anzuzeigen, dass man nicht bereit ist, die gleiche Arbeit ohne Gehalt zu leisten?

Relativ flexibel (also unstetig) lief bei der Zeitung auch die Übernahme kleinerer Kosten (z. B. für Mobiltelefon- oder Fahrtkosten), die den JournalistInnen bei ihrer täglichen Arbeit entstanden. Während des Untersuchungszeitraums war den JournalistInnen bewusst, dass sie kein Geld für Fahrt- und Kopierkosten zurückbekommen würden. Also versuchten sie, möglichst auf Fahrten mit dem Taxi zu verzichten (ein eigenes Auto haben nur sehr wenige). Das Resultat solcher Unsicherheiten war, dass die meisten JournalistInnen versuchten, ihre Arbeitsquoten wie gehabt zu erfüllen, dafür aber weniger Recherche zu leisten, um nicht Geld auszugeben, dass später nicht zurückgezahlt wurde. Die Seiten wurden gefüllt, die Qualität der Inhalte war

aber sicherlich schlechter. Dass dieser Qualitätsverlust den RezipientInnen nicht bewusst wurde, dafür sorgen die Routinen des folgenden Abschnitts.

consumer-orientierte Routinen

Es gibt bestimmte Kriterien für einen Bericht, die erfüllt sein müssen, damit die KonsumentInnen das Gefühl haben, es handle sich um eine *objektive* Berichterstattung. Dazu gehört neben der seriösen Präsentation das Zitieren unterschiedlicher Quellen, die nicht derselben Meinung sind. Die Tatsache, dass zu einem Thema jeden Tag ein Bericht steht, in dem (dieselben) drei Quellen zu Wort kommen, heißt aber noch lange nicht, dass es sich um eine ausgewogene Berichterstattung handelt. Die Leserin einer Tageszeitung oder der Hörer eines Radiobeitrags mag zwar einen Bericht, in dem nur eine Quelle zu Wort kommt, als unausgewogen erkennen. Aber über einen längeren Zeitraum hinweg festzustellen, dass immer nur dieselben Menschen zitiert werden (dafür drei verschiedene pro Artikel), bzw. zu bemerken, dass bestimmte Personen nicht oder nur sehr selten zitiert werden, ist für die RezipientInnen wesentlich schwieriger. Nach Shoemaker/Reese fallen deshalb das Zitieren verschiedener Quellen und andere "Objektivitätskriterien" hauptsächlich unter die Routinen, die JournalistInnen erfüllen, um sich vor der Kritik der KonsumentInnen zu schützen:

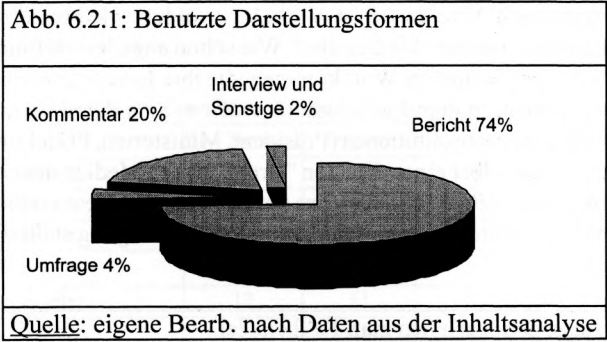
In this sense, objectivity is less a core belief of journalists than a set of procedures, which journalists willingly conform to in order to protect themselves from attack (Shoemaker/Reese 1991: 92).

Auch Bourdieu (1998: 108) weist darauf hin, "dass journalistische Quellen, zumal wenn es sich um ein weniger wichtiges Organ handelt, fast nur zitiert werden, um sich einer Formalität zu entledigen". Wie aus der oben geschilderten Beobachtung deutlich wird, kann es auf diese Weise zu einem erheblichen Qualitätsverlust der Zeitung kommen, ohne dass es das Publikum zwangsläufig merken würde. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Finanzkrise alle Medien gleichzeitig betrifft und die JournalistInnen ihre Arbeiten untereinander austauschen. Wenn in allen Medien dieselben Quellen erscheinen, nämlich die, die ihre Informationen bereitwillig, publizierbar aufbereitet und tagesaktuell zur Verfügung stellen, ist es schwierig, den Qualitätsverlust festzustellen.

Darstellungsformen

Die mangelnden Ressourcen der Medien führen auch zur relativ einseitigen Benutzung von Darstellungsformen, die nur wenig Rechercheaufwand benötigen. Zu diesem Ergebnis kommt auch Raúl Peñaranda. Bei einer Inhaltsanalyse unterscheidet er die verschiedenen Darstellungsformen in *informative*, *meinungsäußernde* und *in-*

interpretierende. Unter den letzteren versteht er solche, die Hintergrundinformationen und Analysen zum Verständnis bringen. In diese Kategorie fallen bei ihm die Reportage und die Analyse⁷¹. Bei der Untersuchung von 12 Tageszeitungen kommt er zu dem Ergebnis, dass der Anteil der *interpretierenden* Artikel nur 3,8 Prozent ausmacht (Peñaranda U. 1998: 17-35).



Die in der Inhaltsanalyse zum Fallbeispiel analysierten Artikel bestanden zum allergrößten Teil aus Berichten mit überwiegend geringem oder mittlerem Rechercheaufwand. Der Aufwand wurde danach bemessen, wie viele Quellen zu Wort kommen (sie mussten dabei nicht wörtlich zitiert werden), ob es eine Einordnung in das bisherige Geschehen gab (etwa ein Rückblick auf die vergangenen Tage) und ob Dokumente oder Statistiken benutzt wurden. Sobald ein Artikel eine Verknüpfung mit zurückliegenden Ereignissen herstellte, beispielsweise mit dem Hinweis, dass es sich

Tab. 6.2.1: Rechercheaufwand der Berichte (ohne Kommentare) nach Zeitungen					
	Titel der Zeitung				Gesamt
	Los Tiempos	Opinión	La Razón	Presencia	
geringer Aufwand	29	41	9	18	97
mittlerer Aufwand	33	34	9	11	87
größerer Aufwand	36	18	14	9	77
großer Aufwand	2	-	-	-	2
	100	93	32	38	263
Quelle: eigene Bearb. nach Daten aus der Inhaltsanalyse					

71 Die in Lateinamerika gelehrt und benutzten Darstellungsformen sind mit denen des deutschen und angloamerikanischen Journalismus nicht deckungsgleich. Die lateinamerikanische *Analyse* entspricht am ehesten dem deutschen Hintergrundbericht oder Feature. Als eines der Standardlehrbücher für lateinamerikanische Darstellungsformen gilt Gargurevich (1982).

um die heftigsten Ausschreitungen der Woche hielt, wurde der Rechercheaufwand bereits als "größer" eingestuft. Wie aus Tabelle 6.2.1 ersichtlich ist, erfüllen diese Minimalkriterien nicht einmal ein Drittel aller Artikel. Dabei unterscheiden sich die Zeitungen nicht wesentlich voneinander.

source-orientierte Routinen

Aus den vorangegangenen Abschnitten ist deutlich geworden, wie begrenzt die Recherchekapazitäten der einzelnen Medien sind. Wie schon angedeutet, führt das dazu, dass verstärkt solche Quellen zu Wort kommen, die ihre Inhalte über Pressestellen zur Verfügung stellen. In dem Fallbeispiel handelt es sich dabei vor allem um die verschiedenen Regierungsinstitutionen (Präsident, Ministerien, Präfektur, Superintendencia). Sie verfügen über einen direkten "Draht" zu den Medien über die staatliche Nachrichtenagentur *ABI*. Je schlechter es den Medien geht, desto erfolgreicher wird *ABI*, die ihre Nachrichten kostenlos und schnell zur Verfügung stellt (Gramunt de Moragas, Int.).

Abb. 6.2.2: AussageträgerInnen zum Fallbeispiel



Quelle: eigene Berechnung aus Daten der Inhaltsanalyse

Auch Cochabambas Unternehmervverbände leisteten während der Zeit gute Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam verfügen sie über ein gut ausgestattetes Büro und eine PR-Fachkraft, die regelmäßig Pressemitteilungen schickte und zu Pressekonferenzen einlud. Die Unternehmervverbände betonten regelmäßig, wie negativ sich die Proteste und Blockaden auf die Wirtschaft des Departements auswirkten. Die Zeitungen nahmen die gelieferten Zahlen und O-Töne dankbar auf. Die große Medienpräsenz der Unternehmervverbände ist mit Sicherheit auf die Pressearbeit zurückzuführen.

Betrachtet man in den Artikeln nur die Aussagen, die sich direkt mit den Protesten auseinandersetzen, stellt man fest, dass sich ein Drittel aller Aussagen auf die (negativen) Auswirkungen der Proteste bezieht (siehe Tab. 6.2.2). Auch die Coordinadora schrieb Presseerklärungen und lud zu Pressekonferenzen ein, wenn sie auch nicht über einen geschulten Öffentlichkeitsarbeiter verfügten. Der Coordinadora half vor allem der gute persönliche Kontakt zu einzelnen JournalistInnen, während – wie in den folgenden Kapiteln noch zu erklären sein wird – die Unternehmerverbände über ihre Anzeigen eher Druck auf die Verleger und Direktoren ausüben können.

Tab. 6.2.2: Aussagen über Proteste nach Zeitungen

	Los Tiempos	Opinión	La Razón	Presencia	Gesamt
Auswirkungen	39	29	19	11	98
reine Darstellung	14	3	5	5	27
Ankündigung von Protesten	11	7	4	6	28
Gegenmaßnahmen	13	8	8	5	34
Gewalt und Opfer	12	13	10	7	42
Aufruf zum Dialog	9	11	4	7	31
Gründe und Forderungen	8	11	6	3	28
Sonstiges	6		2	1	9
Quelle: Daten aus der Inhaltsanalyse					

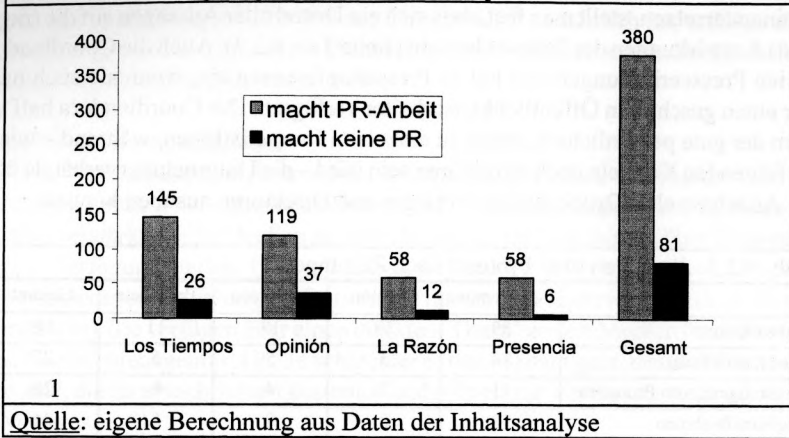
Abbildung 6.2.3 zeigt, wie hoch der Anteil der AussageträgerInnen ist, die die Möglichkeit hatten, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Wie auch in den anderen Bereichen führt ein Vergleich der verschiedenen Zeitungen nur zu der Einsicht, wie gleich die Berichterstattung ausfällt.

Shoemaker und Reese machen die verschiedenen Medienroutinen dafür verantwortlich, dass für gewöhnlich dieselben Quellen ihren Weg in die Medien finden. Wer die routinisierte Berichterstattung durchbrechen will, muss etwas Außergewöhnliches tun, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

[...] we observed that the powerful receive news coverage routinely while those with less power must break into the news via deviant acts, such as protests, strikes, or crime (Shoemaker/Reese 1991: 187).

Was die AutorInnen für die USA diagnostizieren, gilt nach den Ergebnissen dieser Untersuchung in erhöhtem Maße für Bolivien. Es ist hinzuzufügen, dass die Auswahl der Quellen immer einseitiger wird, je stärker sich die Medien in einer angespannten finanziellen Situation befinden. Dabei sorgt das Einhalten bestimmter oberflächlicher Qualitätskriterien dafür, dass die RezipientInnen von einem tatsächlich stattfindenden Qualitätsverlust nichts mitbekommen.

Abb. 6.2.3: AussageträgerInnen zum Fallbeispiel



6.3 Einflüsse durch die innere Organisation der Medien

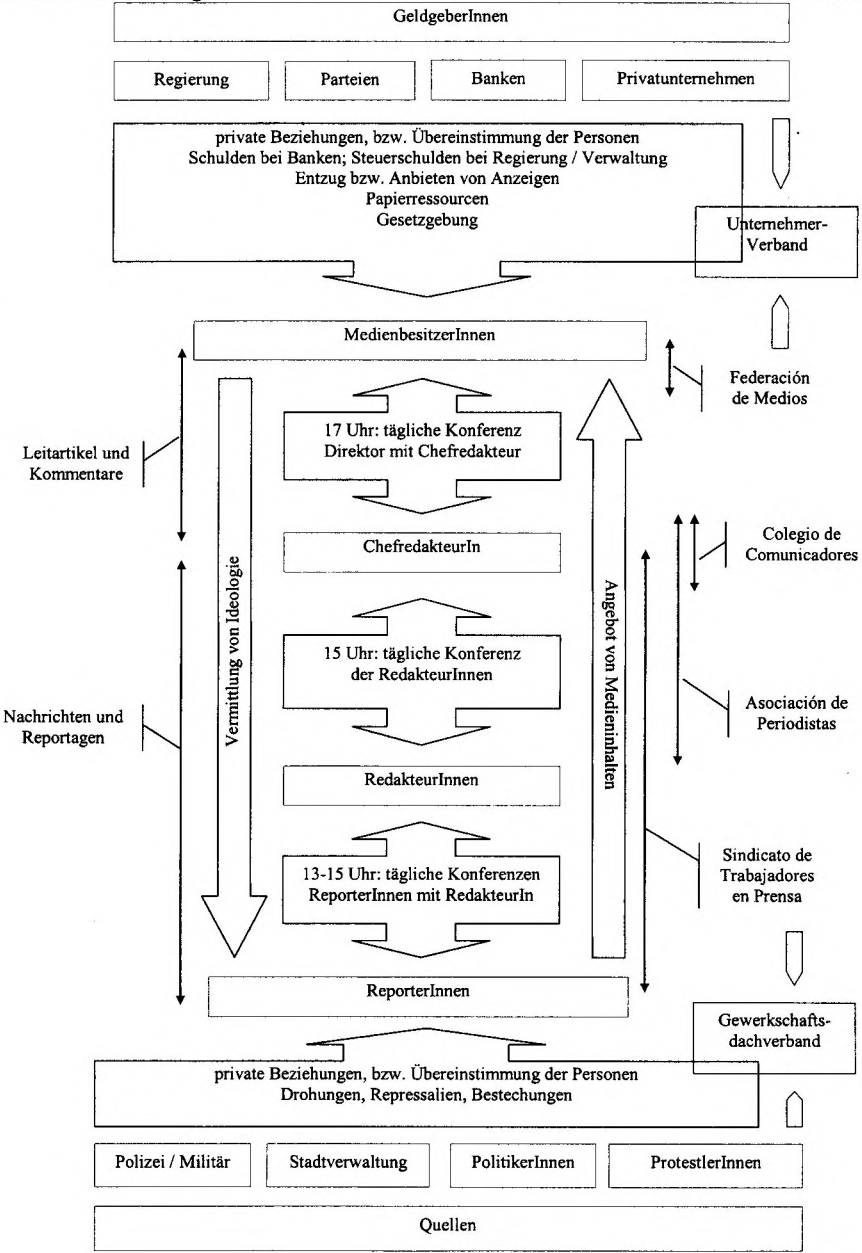
Fast immer richtet Kritik sich gegen Personen. Wenn man aber Soziologie betreibt, erfährt man, dass Männer und Frauen gewiss Verantwortung haben, dass sie in dem, was sie tun können und was nicht, aber weitgehend definiert sind durch die Struktur, in der sie stecken, und durch die Position, die sie in dieser Struktur innehaben (Bourdieu 1998: 77).

In diesem Abschnitt werden verschiedene Einflussfaktoren diskutiert, die innerhalb der Medienorganisation wirksam werden. Gemeint ist die Organisation innerhalb eines bestimmten Mediums, also einer Zeitung, eines bestimmten Senders etc.

Es werden hier vor allem drei Aspekte herausgestellt: Zunächst erfolgt die Darstellung von Entscheidungsprozessen und der Vermittlung verschiedener Interessen innerhalb eines Mediums durch Hierarchien und Strukturen. Dieser Aspekt wird am Beispiel der beobachteten Tageszeitung *Los Tiempos* anschaulich gemacht und mit Hilfe einiger Ergebnisse der Befragung reflektiert.

Der zweite Punkt betrifft den Einfluss der MedieneigentümerInnen. Dazu sollen die Eigentumsverhältnisse der Medien in Bolivien aufgezeigt werden. Dabei wird sich zeigen, dass es in den vergangenen Jahren zu erheblichen Konzentrationsprozessen gekommen ist. Die Medienunternehmen werden dadurch immer weniger und die wenigen immer mächtiger. Da diese mächtigen Männer – es gibt bislang eigentlich keine mächtigen Frauen in dieser Branche – eng mit der übrigen Machtelite aus Politik und Wirtschaft verbunden sind, werden die Einflüsse, die von ihnen ausgehen, erst im darauffolgenden Abschnitt als "Einflüsse von außen" deutlich.

Abb. 6.3.1: Wirkungsweise der Einflussfaktoren auf Medieninhalte kommerzieller Medien



Als dritter wichtiger Punkt, der die innere Organisation betrifft, wird der schleichende Wegfall der Trennung von Anzeigenteil und inhaltlichem Teil der Medien behandelt. Die zunehmende Vermischung der wirtschaftlichen Interessen (vor allem der Akquisition von Werbung) mit inhaltlichen, also journalistischen, Aspekten lässt sich nur schwer durch eine Inhaltsanalyse nachweisen, da die Trennung in der Darstellung, also im Layout der Zeitung bzw. durch akustische und zeitliche Trennung eingehalten wird. In Beobachtung, Leitfadeninterviews und Gesprächen mit JournalistInnen konnten aber Tendenzen ausgemacht werden, die deutlich zeigen, dass die Trennung innerhalb der Medienorganisationen durch Überschneidungen der verschiedenen Aufgabengebiete langsam abnimmt.

Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Tageszeitung *Los Tiempos*

Die Abbildung 6.3.1 stellt in grober Form dar, von wem zu welchen Zeitpunkten redaktionelle Entscheidungen getroffen werden. Wie im Methodenkapitel beschrieben, wurde die Lokalredaktion der Zeitung *Los Tiempos* beobachtet. Dass sich ähnliche Strukturen aber auch in den anderen Tageszeitungen Boliviens wiederfinden, belegt die Beschreibung Peñarandas (1998: 65-70). Die Abbildung zeigt verschiedene Akteursebenen. Die wichtigste Aufgabe der **ReporterInnen** (im Lokalteil waren es fünf) besteht aus dem Wahrnehmen von Terminen, dem Recherchieren und dem Schreiben der Artikel. Sie produzieren die redaktionellen Inhalte der Zeitung. JedeR ReporterIn verfügt über eine Liste von Quellen, deren Termine sie/er wahrnimmt. Bis 15 Uhr berichten die ReporterInnen in Einzelgesprächen mit den jeweiligen für das Ressort verantwortlichen **RedakteurInnen**, deren Aufgabe es ist, die Arbeit der ReporterInnen zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass wichtige Termine eingehalten werden.

Während die individuellen Treffen der ReporterInnen mit ihren jeweilig zuständigen RedakteurInnen zeitlich relativ flexibel und mit Rücksicht auf die tagesaktuell anfallenden Termine gehandhabt werden, drängt vor allem der **Chefredakteur** (in der untersuchten Zeitung handelt es sich um einen Mann) die Konferenz der RedakteurInnen jeden Tag pünktlich um 15 Uhr beginnen zu lassen. Innerhalb einer Stunde werden die Themen der verschiedenen Ressorts zusammengetragen, gemeinsam diskutiert und die jeweiligen Seitenaufmacher festgelegt. Anschließend besprechen alle gemeinsam die Gestaltung der ersten Seite; in Streitfällen liegt die Entscheidungskompetenz beim Chefredakteur.

Der Chefredakteur spricht die Entscheidungen im Anschluss mit dem **Verleger** und koordiniert bis Redaktionsschluss (häufig erst gegen Mitternacht) die weiteren Entscheidungen mit den RedakteurInnen. Diese koordinieren währenddessen die Arbeit der ReporterInnen, redigieren deren Artikel, besprechen diese mit der Fotoreaktion und liefern die Seiten bis Redaktionsschluss druckfertig ab.

Die ReporterInnen fungieren als AnbieterInnen von Medieninhalten (Nachrichten, Berichte, Reportagen), die unter der inhaltlichen Verantwortung des Chefredakteurs und der wirtschaftlichen Verantwortung des Verlegers verkauft werden sollen. Die politische Richtung bestimmt dabei der Verleger, der auch in direkter Zusammenarbeit mit dem Chefredakteur meist **externe AutorInnen** für die Kommentare und Leitartikel beauftragt. Die auf verschiedenen Hierarchieebenen ablaufenden, sich täglich wiederholenden Konferenzen dienen im Entscheidungsprozess als Vermittlungsinstanzen zwischen dem Angebot der Medieninhalte durch die ReporterInnen einerseits und der Weitergabe der politischen Ausrichtung der Zeitung durch den Verleger andererseits.

Das letzte Druckmittel des Verlegers liegt in diesem Prozess in der Anstellung oder der Entlassung von JournalistInnen. Die Personalpolitik führt er – wie die Interviews ergaben – in enger Zusammenarbeit mit seinem Chefredakteur (Canelas, Int.; Baptista, Int.). Es kommt aber selten vor, dass der Verleger direkt mit einem/einer JournalistIn spricht, um den Inhalt eines Artikels zu ändern. Vielmehr sorgen einzelne Kommentare in den verschiedenen Konferenzen zu einer Weitergabe der ideologischen Ausrichtung. Während des Beobachtungszeitraums kam es – genau ein Jahr nach dem Wasserkrieg – erneut zu Auseinandersetzungen, Tränengaseinsätzen des Militärs und Blockaden auf den Hauptverbindungsstraßen des Landes. In den beobachteten Redaktionskonferenzen deutete der Chefredakteur in zwei Situationen an, der Verleger habe Kritik erhalten, man solle doch die Proteste nicht so "hochpushen", die Proteste nicht zu oft zum Thema machen. Innerhalb der Konferenzen reichen kleine Anmerkungen des Chefredakteurs aus, um diese Tendenz über die RedakteurInnen an die ReporterInnen weiterzugeben. Wenn es also auch höchst selten vorkommt, dass der Inhalt eines Artikels direkt vom Verleger verändert wird, weiß dennoch jedeR JournalistIn beim Schreiben und Recherchieren um die finanziellen Abhängigkeiten der Zeitung.

Journalists learn these often unwritten policies through experience what kinds of stories are used by the organization. [...] The absence of visible attempts at control does not mean that none are being made. Whenever media workers deduce what their supervisors want and give it to them, de facto control has been exercised. The predictable routines of newsgathering prevent many policy conflicts, but these routines are part of and meet larger organizational requirements, which establish the boundaries of acceptability (Shoemaker/Reese 1991: 142).

Die Befragung der JournalistInnen, die zum Wasserkrieg recherchierten, brachte hier ein interessantes Ergebnis: Die eine Zeitung hatte in dieser Zeit Schulden bei einer der großen bolivianischen Banken. Der Bankdirektor war gleichzeitig Teilhaber ei-

ner der mit dem Bau der großen Wasserleitung des Projekts *Misicuni* beauftragten Baufirma. Interessant ist hier, dass diese Tatsache den JournalistInnen überhaupt bekannt war. Bei Nachfragen gaben sie an, dass die beschriebene finanzielle Abhängigkeit auch Einflüsse darauf gehabt habe, wie ihre Artikel redigiert wurden. Viel größer sind aber wahrscheinlich die Einflüsse zu werten, die dadurch entstanden sind, dass den JournalistInnen die Situation beim Schreiben der Artikel und beim Recherchieren bewusst war.

Noch direkter verliefen die Interessen bei einer anderen untersuchten Zeitung, die als Aktiengesellschaft organisiert ist. Die Aktien gehörten zu 50 Prozent verschiedenen KleinaktionärInnen und zur anderen Hälfte der Zementfirma COBOCE. Diese Firma hat in Cochabamba nur eine Konkurrentin, die Firma SOBOCE, welche Teil des Konsortiums *Aguas del Tunari* bildete – also Teil des Firmenzusammenschlusses, dem mit der Privatisierung für kurze Zeit die Verantwortung für die Wasserprivatisierung in Cochabamba zukam. Es ist zu vermuten, dass die großen Zementmengen, die für den Bau des Tunnels (Projekt *Misicuni*) gebraucht werden, von SOBOCE geliefert worden wären, solange *Aguas del Tunari* die Verantwortung trug. Als deren Konkurrentin hatte also die Firma COBOCE als Hauptaktionärin der beschriebenen Zeitung ein vitales Interesse daran, dass die Proteste erfolgreich verliefen und der Firmenzusammenschluss *Aguas del Tunari* die Stadt verließ. Auch in diesem Fall waren diese Zusammenhänge den JournalistInnen während der Recherche bekannt.

Über die Finanzen der Zeitungsunternehmen gibt es keine genauen Angaben und solche konnten auch für *Los Tiempos* nicht in den Interviews ermittelt werden. Aufgrund der äußerst geringen Auflage kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die Unternehmen zu etwa 90 Prozent aus Werbung finanzieren. Festzuhalten ist jedenfalls, dass die Verlage in großem Umfang, die privaten Rundfunkanbieter in noch größerem Maße von den diversen GeldgeberInnen abhängig sind. Die verschiedenen Mechanismen, die von den Werbekunden benutzt werden, um Druck auszuüben, werden erst im folgenden Kapitel erläutert. An dieser Stelle soll aber schon festgehalten werden, dass der Druck der GeldgeberInnen vor allem auf die MedienunternehmerInnen ausgeübt wird, während auf die ReporterInnen eher von der Quellenseite und mithilfe anderer Mechanismen versucht wird, Einfluss zu nehmen. Da JournalistInnen vor allem die Produktion der Nachrichten, Berichte und der seltenen Reportagen übernehmen, während die Verleger direkt mit den externen KommentatorInnen in Kontakt stehen, kann davon ausgegangen werden, dass die Einflüsse vonseiten der verschiedenen Quellen eher auf die Berichterstattung wirken, während sich der Druck auf die MedienunternehmerInnen vonseiten der GeldgeberInnen eher im Kommentar- und Leitartikelteil der Zeitung widerspiegelt (siehe Abb. 6.3.1).

Als besonders entscheidende Instanz bei der Übertragung der Ideologie der Zeitung auf die ReporterInnen kann die tägliche Konferenz zwischen ChefredakteurIn

und MedienunternehmerIn gesehen werden. Manfred Rühl bedauert im Resümee seiner Redaktionsbeobachtung

dass dem systemfremden [also dem außerhalb der Redaktion stehenden] Forscher besonders die Beziehungen zwischen Redaktionsleitung und Verlagsleitung vorenthalten bleiben. Doch gerade hier sind entscheidende Aspekte zu vermuten, die sich Verleger und Redakteure möglicherweise selbst verschweigen. Die Wissenschaft muß mit dieser Tatsache unzufrieden sein [...] (Rühl 1969: 191).

Auch in dieser Untersuchung war es nicht möglich, die Konferenzen zwischen Verleger und Chefredakteur zu beobachten. Allerdings kann man davon ausgehen, dass gerade in dieser Konferenz die Anwesenheit eines Beobachters erheblichen Einfluss auf die Situation gehabt hätte.

Besitzstruktur der bolivianischen Medien – Medienkonzentration

Untersucht man die Besitzstruktur im Laufe der bolivianischen Mediengeschichte, stößt man bis in die 90er Jahre vor allem auf die katholische Kirche, die eine bedeutende Rolle in der Agglomeration verschiedener Medien spielte und in allmählich abnehmendem Maße bis heute spielt. Im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas, in denen sich schon wesentlich früher große Konzerne der Medien bemächtigten (beispielsweise *Televisa* in Mexiko oder *Globo* in Brasilien) finden sich unter den bolivianischen privaten Medienunternehmen erst relativ spät Konzentrationstendenzen.

Bis zum entscheidenden Wechsel in der Wirtschaftspolitik im Jahre 1985 gehörten die Zeitungen vor allem einigen traditionsreichen Medienfamilien (Carrasco, Canelas, Millares und Rivero), die untereinander um die begrenzte Leserschaft und den ebenfalls geringen Werbekuchen konkurrierten. Im Hörfunk findet sich eine sehr diversifizierte Besitzstruktur: katholische Kirche, Staat, Gewerkschaften, Basisorganisationen, Gemeinschaften von MinenarbeiterInnen. Das Fernsehen lag bis in die 80er Jahre ausschließlich in staatlicher (und teilweise in universitärer) Hand (Cajías de la Vega/López 1999: 81-82).

Mit dem Aufkommen der privaten Fernsehsender investierten erstmals wieder⁷² Unternehmer in den Medienmarkt, deren Kapital nicht traditionell schon aus dem Mediensektor stammt. Die Familie Garafulic investierte ihr aus dem Bergbau gewonnenes Vermögen in die TV-Senderkette *ATB* und baute sie in kurzer Zeit zum

72 Die Investition medienfremder Unternehmer wird in Bolivien als Neuheit empfunden. In Bezug auf die nachrevolutionäre Zeit stimmt das auch. Es waren aber gerade die großen Familien des Zinnbergbaus (Hochschild, Aramayo und Patiño), die vor der Revolution von 1952 den Meinungsmarkt über ihre drei großen Zeitungen bestimmten.

meistgesehensten Programm Boliviens aus. In den folgenden Jahren kaufte sich die Gruppe *Garafulic* in verschiedene Medien ein.

Auf das Eindringen dieser Unternehmerfamilie reagierten die traditionellen "Zeitungsfamilien" Canelas und Rivero mit einem Zusammenschluss. Neben der katholischen Kirche entstanden auf diese Weise zwei bedeutende private Medienkonzerne, die sich in ihrem Konkurrenzkampf auch um Investoren im Ausland bemühten. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte es kaum ausländische Investitionen im bolivianischen Mediensektor (Cajías de la Vega/López 1999: 81-84)⁷³.

Die großen Gruppen *Garafulic* und *Canelas* versuchen seitdem ihr Angebot auf die verschiedenen Marktnischen auszuweiten. Während *Cosas* und *Bolivian Times* klar auf die obere Mittel- bis Oberschicht abzielen, erscheinen die Zeitungen *Gente* und *Extra* für den Markt der breiten Masse. Manche befürchten, dass auch die bislang relativ unabhängig arbeitenden Radios und Fernseher im ländlichen Raum bald der Marktausweitung der Multimediakonzerne zum Opfer fallen könnten (Archondo 1999: 133). In der Tat gibt es bei *Garafulic* klare Absichten ein nationales Radionetz aufzubauen, um damit *Fides* und *Panamericana* Konkurrenz zu bieten. Im folgenden werden die wichtigen Unternehmergruppen mit ihren jeweiligen Produkten kurz aufgeführt.

In der Volkszählung von 1992 bezeichneten sich 85 Prozent der BolivianerInnen als KatholikInnen (Mesa Gisbert 2001a: 842). Obwohl dieser Anteil geringer ist als beispielsweise in Kolumbien, spielt die **katholische Kirche** eine vergleichsweise bedeutende Rolle in der Medienwelt.

Neben der Tageszeitung *Presencia* verfügt sie im Pressebereich über sechs weitere Zeitschriften. Insgesamt gibt es 42 katholische Radiostationen im städtischen und ländlichen Bereich. Die Kette *Radio FIDES* strahlt täglich landesweit zwei Nachrichtensendungen aus, die nach Einschätzung der meisten KommunikationswissenschaftlerInnen die mit Abstand am meisten gehörten Programme im Land sind. Weniger präsent ist die katholische Kirche im Fernsbereich, dennoch verfügt sie insgesamt über zehn Stationen mit allerdings meist geringer Reichweite. Weiterhin verfügt sie über zwei Tonstudios, in denen Hörfunkprogramme produziert werden, mehrere Verlage und Druckereien, eines der wichtigsten Kinos und zahlreiche Buchläden.

Über lange Zeit hatte die katholische Kirche eine Monopolstellung im Bereich der nationalen Nachrichtenagenturen. Die 1962 gegründete *Agencia FIDES* war bis zur Gründung der Agentur *Jatha* im Jahre 1992 der einzige Lieferant inländischer Nach-

⁷³ Die mexikanische *Televisa* kooperierte vorübergehend mit der Gruppe *Garafulic*. Diese Zusammenarbeit wurde aber wieder aufgegeben. Wie erwähnt, investierte die spanische Nachrichtenagentur *EFE* in Bolivien, gab das Vorhaben aber ebenfalls wieder auf. Seit dem Jahr 2000 gibt es Verhandlungen und erste Beteiligungen der beiden großen Gruppen (*Canelas* und *Garafulic*) mit spanischen Medienkonzernen, *Garafulic* mit der Gruppe *Prisa*, welche die Zeitung *El País* vertreibt.

richten für Presse, Radio und Fernsehen. Über mehrere Jahre existierte zusätzlich eine weitere katholische Nachrichtenagentur, *ERBOL* (siehe Abschnitt 5.2), die Nachrichten aus dem ländlichen Raum zur Verfügung stellte. (Cajías de la Vega/López 1999: 89). Aufgrund ihres großen Einflusses im Hörfunk- und Agenturbereich hält Iturralde Jahnsen (1999: 27) die katholische Kirche nach wie vor für den größten Mediengiganten Boliviens.

Die Gruppe Garafulic kaufte sich nach dem oben beschriebenen Ausbau des Senders *ATB* in diverse Medien ein. Als sie im März 1997 sämtliche Anteile der großen Tageszeitungen *La Razón* und *Nuevo Día* kaufte, verfügte sie bereits über 14 Fernsehsender und damit über einen geschätzten Zuschaueranteil von über 50 Prozent. 1998 stampfte Garafulic mit *Extra* die größte Boulevard-Tageszeitung aus dem Boden, deren Auflage vermutlich etwa so hoch ist, wie die sämtlicher Qualitätszeitungen des Landes zusammen. Weiter verfügt die Gruppe über 50 Prozent an *RTP* – den Sendern der populistischen Partei CONDEPA (Beltrán Salmón, Int.). Die einzige englischsprachige Zeitung in Bolivien, *Bolivian Times* (Wochenzeitung), die bolivianische Ausgabe von *Cosas* und weitere Lizenzzeitschriften anderer latein-amerikanischer Konzerne runden das Programm von *Garafulic* ab (Archondo 1999: 123). Der Konzern sticht durch eine aggressive Expansionstaktik hervor. Verhandlungen, die Radiokette *Panamericana* aufzukaufen, sind zwar vorerst gescheitert, dennoch wird ein baldiges Eindringen in den Hörfunksektor erwartet.

Der **Gruppe Canelas** gehören die Tageszeitungen *La Prensa* (La Paz), *El Deber* (Santa Cruz), *Los Tiempos* (Cochabamba), *Ahora el País* (Tarija), *Correo del Sur* (Sucre), zusätzlich die Boulevard-Tageszeitung *Gente*, mit einer annähernd so hohen Auflage wie *Extra* sowie der Fernsehsender *PAT* von Carlos Mesa (Archondo 1999: 124).

Ivo Kuljis ist ein einzelner Unternehmer, dessen Kapital aus der Leder- und Papierindustrie stammt. Ähnlich wie die Gruppe *Garafulic* investiert er es nun in die Medien (Iturralde Jahnsen 1999: 27). Inzwischen gehören dem CONDEPA-Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1997 neun Fernsehsender (die Senderkette *Red UNO*), eine Tageszeitung, eine große Druckerei und eine Werbeagentur (Archondo 1999: 124).

Die protestantischen Kirchen haben vor allem in den 80er und 90er Jahren an Einfluss gewonnen. In der Volkszählung von 1992 ordneten sich elf Prozent den evangelischen Kirchen zu (Mesa Gisbert 2001a: 842-843). Die protestantischen Gruppen sind vor allem ausländischen Ursprungs und betreiben eine teilweise äußerst aggressive Missionsarbeit vor allem im ländlichen Bereich Boliviens⁷⁴. In den vergangenen zwei Jahrzehnten investierten die Mormonen Millionenbeträge in den

74 An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Missionierung durch die katholische Kirche nicht minder aggressiv vorstatten ging, im Gegenteil.

Ausbau ihrer Infrastruktur. 30 von den insgesamt 220 nicht-katholischen Glaubensgemeinschaften verfügen über Radiostationen, 26 geben Printmedien heraus, 17 produzieren einzelne TV-Sendungen und acht betreiben einen eigenen Fernsehsender. Suárez (1999: 89-90) spricht in diesem Zusammenhang von einer "Medienschlacht" zwischen katholischer Kirche und anderen Glaubensrichtungen⁷⁵.

Der Staat verfügt zwar über einen Fernsehsender (TVB) und die Radiokette *Radio Illimani*, die landesweit empfangen werden können, das Publikum wird aber als sehr gering eingeschätzt. Archondo (1999: 139-140) beschreibt die Situation der staatlichen Medien als "peripher" und "stetig". Den Regierungen ist es nicht gelungen, aus den staatlichen Sendern öffentliche zu machen und die Chance eines von Werbeeinnahmen unabhängigen Rundfunks so zu nutzen, dass die Bevölkerung ihn akzeptieren würde (Fuenzalida 1998). Unter der Präsidentschaft von Sánchez de Lozada wurde zusätzlich die staatliche Nachrichtenagentur *ABI* gegründet, um die Informationen über sein großes Reformwerk besser an die Öffentlichkeit zu bringen. Unter der Banzer-Regierung wurde *ABI* allerdings immer stärker für Regierungspropaganda eingesetzt und verlor an Ansehen. Dennoch sollte man den Einfluss der Agentur nicht unterschätzen, da sie in Zeiten wirtschaftlicher Krise für viele Radiosender die einzige Nachrichtenquelle ist, die sie sich leisten können. Zur Zeit verbreitet *ABI* ca. 40 Nachrichten pro Tag und wird von nahezu allen Medien kostenlos bezogen und benutzt (Archondo 1999: 140). Im weitesten Sinne kann man auch die Sender, die im Besitz des Militärs sind, zu den staatlichen Sendern zählen (*Batallón Colorados*, *Eduardo Avaroa*, *Batallón Topáter*, *Centinela*).

Auswirkungen der Medienkonzentration

Mit der zunehmenden Konzentration verringert sich zunächst einmal die Anzahl der Anbieter von Medieninhalten. Dies hat aber nicht nur negative Auswirkungen. Die technische Qualität der Medien ist durch die immer größeren, finanzstärkeren Konzerne deutlich gestiegen. Ob das auch für die journalistische Qualität gilt, lässt sich schwer überprüfen. Ein Hinweis für positive Entwicklungen in diesem Bereich sind Pläne der Gruppe *Garafulic*, in Zukunft eine unternehmensinterne Weiterbildung für ihre JournalistInnen anzubieten (Torrice Villanueva, Int.). Tatsache ist, dass in den entstandenen Gruppen mehrere Zeitungen im Netzwerk zusammenarbeiten. Die Tageszeitung *Los Tiempos* aus Cochabamba hat die komplette Ausgabe von *La Prensa* aus La Paz am Vorabend auf dem Bildschirm und kann einzelne Nachrichten und die Fotos für ihre Zeitung übernehmen. Diese Zusammenarbeit führte aber auch dazu, dass der La-Paz-Korrespondent von *Los Tiempos* entlassen worden ist. Die größte Tageszeitung Cochabambas hat also keinen Korrespondenten am Regierungs-

⁷⁵ Zu den protestantischen Medien hat Loayza Bueno (1999) eine ausführliche Studie mit Inhaltsanalyse, teilnehmender Beobachtung und Leitfadeninterviews durchgeführt.

sitz La Paz. Zwar können sie einzelne Artikel aus *La Prensa* übernehmen, bekommen also Nachrichten aus La Paz, eigene Recherche können sie dort aber nicht betreiben. Während des Beobachtungszeitraums kam es in einem Fall dazu, dass ein Thema (Betrugsskandal in Cochabambiner Universität) fallengelassen wurde, weil dazu jemand nach La Paz hätte fahren müssen. Die KollegInnen von *La Prensa* wollten die Recherche von lediglich regionaler Bedeutung für Cochabamba nicht übernehmen.

Wie das Beispiel andeutet, ist der Arbeitsmarkt für JournalistInnen enger geworden. Nicht nur, dass durch Rationalisierung Arbeitsplätze wegfallen. Als gravierender wurde von einzelnen JournalistInnen die Tatsache gewertet, dass es weniger ArbeitgeberInnen gibt. Wer es sich bei der Gruppe *Garafulic* verschert hat, hat nicht mehr viele Chancen auf dem Arbeitsmarkt (Archondo 1999: 124-125).

Als positiver Effekt, der sich durch die Bildung von großen Konzernen ergibt, kann die Finanzstärke und die damit wachsende Unabhängigkeit von einzelnen Politikern und Werbekunden gesehen werden. Eine Tageszeitung kann es sich sogar leisten, über kurze Zeit defizitär zu laufen, wenn die Verluste von den relativ hohen Einnahmen durch die Boulevard-Blätter *Extra* oder *Gente* ausgeglichen werden können.

Trennung von inhaltlichem und wirtschaftlichem Teil der Zeitung

7. Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken (Punkt 7 des 1973 vom Deutschen Presserat verfassten Pressekodex, Fassung 15. Mai 1996, zitiert nach Meyn 1996: 52).

Was der Deutsche Presserat als ethischen Anspruch an die deutschen Medien stellt, hat bei genauerem Hinsehen zwei voneinander trennbare Komponenten. Zum einen wird gefordert, dass der redaktionelle Teil "nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter beeinflusst" werden soll. Der zweite Anspruch ist formalerer Natur und gebietet "eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken". Es kann aber durchaus Einflüsse geben, beispielsweise durch eine Gläubigerbank, die sich nicht im Layout einer Zeitung bemerkbar machen würden. In diesem Abschnitt werden Tendenzen des bolivianischen Medienmarkts aufgezeigt, in denen die äußerliche Trennung in der Darstellung der Medieninhalte gewahrt bleibt und dennoch Einflüsse von außen zunehmend auf redaktionelle Medieninhalte einwirken. Die formale Trennung in der Darstellung dient dann im

Sinne einer "defensive routine", wie auch das weiter oben beschriebene Zitieren unterschiedlicher Quellen, eher dem Verschleiern von schlechter Qualität der Medieninhalte.

Es gibt mehrere bolivianische Ethikgrundsatzpapiere, die etwa dem deutschen Pressekodex entsprechen. Sowohl der Medienunternehmerverband als auch die JournalistInnenverbände und Mediengewerkschaften haben solche Dokumente verabschiedet. Dass dort auch die Trennung von wirtschaftlichem und inhaltlichen Teil der Medien eine Rolle spielt, zeigt einer der Entwürfe für einen Pressekodex, der von all den genannten Organisationen gemeinsam verabschiedet werden soll:

Leser, Hörer und Zuschauer haben ein Recht darauf zu wissen, was Information ist und was gewerbliche oder politische Werbung. Deshalb müssen alle werbenden [...] Inhalte eine vom Rest der Zeitung unterschiedliche Gestaltung aufweisen. In Radio und Fernsehen müssen technische Möglichkeiten benutzt werden, um Verwechslungen auszuschließen (Peñaranda U. o.D.-a, Übers. TG).

Während dieser erste Teil sich eher auf die formale Trennung in der Darstellung bezieht, geht der neue Entwurf aber auch explizit auf die Einflüsse von außen ein:

In diesem Sinne dürfen auch nicht Berichte mit werbenden Zielen veröffentlicht werden, als seien sie von der eigenen Redaktion erstellt. Es muss immer deutlich gemacht werden, wenn der Ursprung der Texte nicht das Personal der eigenen Redaktion ist (Peñaranda U. o.D.-a, Übers. TG).

Aber auch hier handelt es sich nur um von Fremden geschriebene Texte, die sozusagen der Redaktion untergeschoben werden und den RezipientInnen als redaktionelle Texte verkauft werden. Absprachen zwischen Konzernen, Parteien und MedienunternehmerInnen werden auf diese Weise nicht verurteilt.

Die Tendenzen, die in Bolivien die Unabhängigkeit der Redaktionen unterlaufen, sind auf zwei Ebenen zu erkennen: Zum einen sind immer mehr Medienunternehmen auf direkte Weise mit anderen Eliten verbunden; darum soll es am Ende des folgenden Kapitels gehen. Zum anderen werden aber die JournalistInnen in verstärkter Form in die Akquisition von Werbung mit einbezogen. Sie bedienen also die beiden Märkte – Anzeigenmarkt und RezipientInnen – gleichzeitig, was nicht nur zu Besteuerung führt, sondern auch zu direkten Einflüssen der Werbetreibenden auf das, worüber in den Medien berichtet und – noch bedeutender – worüber in den Medien *nicht* berichtet wird.

Im bolivianischen **Hörfunk** ist es schon seit Jahren gängige Praxis, dass ModeratorInnen eine bestimmte feste Sendezeit mieten, für die sie monatlich Geld bezahlen.

Ihr Geld verdienen sie dadurch, dass sie die Werbung für ihre Sendezeit selber akquirieren. Bei reinen Musikprogrammen können dabei zum Beispiel Abkommen zwischen einzelnen ModeratorInnen oder Musikgruppen entstehen: "Ich gebe Dir Werbung für deine Sendezeit, dafür spielst Du meine Musik und kündigst sie positiv an". Was im Musikbereich vielleicht noch relativ unproblematisch erscheint, weitet sich in den letzten Jahren auch auf den Nachrichtenbereich aus. Es gibt also durchaus Nachrichtenprogramme, deren JournalistInnen sich zusätzlich bei den lokalen Firmen, Banken und Parteien um Werbung kümmern müssen. Innerhalb der inneren Organisation des Mediums wird also die Trennung zwischen Anzeigenmarkt und redaktionellem Teil unterlaufen, ohne dass RezipientInnen eine Möglichkeit hätten, eventuelle Einflüsse zu bemerken. Was hier als allgemeiner Trend des Hörfunks beschrieben wird, gilt in geringerem Maße auch für das **Fernsehen**.

Die **Presse** galt bislang als relativ frei von solchen Einflüssen. Neu entstanden sind aber in den vergangenen Jahren sogenannte "producido por" (= "hergestellt von") Sektionen. So wird beispielsweise die Produktion des Sportteils einer Zeitung komplett an ein Team von zwei JournalistInnen vergeben. Diese kümmern sich dann nicht nur um dessen inhaltliche Ausgestaltung, sondern werden eigene MedienunternehmerInnen dieses Ressorts, akquirieren also auch die Anzeigen für den Sportteil. Was als moderne Form des "Outsourcing" verstanden wird, führt definitiv zu einer Unterwanderung der Trennung von inhaltlichem Teil der Zeitung und wirtschaftlichen Interessen der AnzeigenkundInnen, da die JournalistInnen beide Märkte in einer Person bedienen.

In zahlreichen informellen Gesprächen äußerten sich JournalistInnen verschiedener Medien über ihre Arbeitsbedingungen. Dabei stieß der Verfasser auf einen Extremfall in der Tageszeitung *Presencia*, die in der Öffentlichkeit als besonders unabhängig galt: Für den Sportteil wurde eine Journalistin eingestellt, deren tägliche Arbeit daraus bestand, Artikel zu schreiben **und** Anzeigen zu akquirieren. In ihrem Arbeitsvertrag erscheint sie offiziell aber nicht als Journalistin. Im sechsten Abschnitt des Vertrages heißt es:

Die Verkaufsleiterin [gerente de ventas] muss, um Spesen, Fahrtkosten und Ausgaben für Mahlzeiten ersetzt zu bekommen, Anzeigen in Höhe von mindestens \$US 2.000 monatlich verkaufen (Übers. TG).

Auch ihre Bezahlung erfolgte anteilig an den verkauften Anzeigen. Es sei an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben, dass – auch wenn der Vertrag das verschweigt – es sich um eine Journalistin handelte, die täglich am redaktionellen Teil mitwirkte. Da es sich um eine sehr attraktive Frau handelte, führte ihre Doppelfunktion als Journalistin und Anzeigenverkäuferin in einem Fall sogar dazu, dass sie als Modell in einer der Anzeigen erschien.

Es ist anzunehmen, dass *Presencia* diese Art von Verträgen erst in der letzten Phase erheblicher finanzieller Probleme abgeschlossen hat. Noch während des Untersuchungszeitraums, im Juni 2000, wurde die Zeitung endgültig geschlossen.

Abschließend sei hier noch angemerkt, dass es sich bei der schwindenden Trennung in Redaktions- und Verlagsinteressen um ein Phänomen handelt, dessen für Bolivien typischen Ausprägungen hier vorgestellt wurden, das aber bei zunehmender Konkurrenz und Kommerzialisierung der Redaktionsstrukturen auch auf Medienmärkten anderer Länder zu beobachten ist.

Die Bedeutung journalistischer Ansprüche in Erinnerung zu rücken, wäre unter diesen Umständen die Aufgabe der Chefredaktionen. Deren Tätigkeit wandelt sich im Rahmen der Ökonomisierungsprozesse aber häufig zu der von Redaktionsmanagern. Chefredakteure sind inzwischen vielfach eingebunden in die Führungs- und Kontrollsysteme der Verlage und teilen über ihre Verträge das Schicksal der ökonomischen Entwicklung der Blätter (Wolff 1999: 26).

Weischenberg bezieht sich auf den Medienmarkt der USA, wenn er schreibt:

Da gibt es z. B. bei den Zeitungen Tendenzen, Grenzen zwischen Redaktion und Marketing ein für allemal aufzuheben und sogar Anzeigenabteilung und Vertrieb direkt in die redaktionelle Planung einzubeziehen, also die Maßstäbe für journalistisches Handeln *strukturell* neu zu definieren (Weischenberg 1999: 37, Hervorh. im Orig.).

6.4 Einflüsse von außerhalb der Medienorganisationen

Die einzigen Nachrichten, die frei sind von der Erbsünde der Manipulation, sind diejenigen, die für niemanden wichtig sind und keinen angehen. Bei allen weiteren bleiben Freiheit und Unabhängigkeit eingeschränkt (Rojas Ríos 2000, Übers. TG)⁷⁶.

Raúl Peñaranda stellt in seiner – in dieser Arbeit schon häufiger zitierten – Studie fest, dass aufgrund der mangelnden Großindustrie im Land die Medien

76 "Omnibus-Meldungen sind solche, die, wie es heißt, niemanden schockieren dürfen, bei denen es um nichts geht, die nicht spalten, die Konsens herstellen, die alle interessieren, aber so, dass sie nichts Wichtiges berühren". Bourdieu (1998: 22, 108, 136) beschreibt eine Tendenz zur Entpolitisierung der Medien, die dadurch hervorgerufen wird, dass sich Medien immer stärker an Meinungsumfragen und Einschaltquoten orientieren. Die zur Aneinanderreihung von "Omnibusmeldungen" verkommene Aktualität stiehlt sowohl den Medien als auch den Konsumenten kostbare Zeit, in der sie sich nicht mit wichtigeren Themen beschäftigen könnten.

kein wirkliches Geschäft darstellen, sondern vielmehr Aktivitäten sind, die von einzelnen Unternehmern oder Politikern aufrecht erhalten werden, die diese aus verschiedenen Motiven subventionieren (Peñaranda U. 1998: 14, Übers. TG).

Hinter dieser Aussage steckt ein harter Vorwurf. Die Behauptung lässt sich in dieser Untersuchung nicht belegen, weil dazu ein genauerer Einblick in die Finanzen der Medien nötig gewesen wäre. Es ist aber in der Tat fraglich, wie eine Zeitung überleben kann, die nur 1.000 Exemplare verkauft. Finanziert wird sie sicherlich überwiegend durch Werbung, aber bei 1.000 Exemplaren bekommt diese Werbung kaum jemand überhaupt zu Gesicht. Der Verfasser dieser Studie folgt der Vermutung Peñarandas, dass einzelne PolitikerInnen und UnternehmerInnen ein Interesse daran haben, bestimmte Medien aufrecht zu erhalten, um einen vermeintlich funktionierenden Journalismus zu subventionieren, und dass dieses Interesse über die reine Schaltung von Anzeigen hinausgeht. Es sind vielmehr Einflüsse auf die Inhalte des redaktionellen Teils, welche die Investitionen in die defizitären Massenmedien rechtfertigen. Diese Aussage muss hier als Behauptung stehen bleiben, bewiesen werden kann sie vorläufig nicht. Einen Hinweis gibt die Studie von Fierro Cardona (1998), der im Rahmen seiner Diplomarbeit die Besitzer großer bolivianischer TV-Senderketten befragte. Er kommt zu dem Schluss, dass diese den Hauptertrag ihrer Unternehmen nicht in ihrem wirtschaftlichen sondern in ihrem politischen Nutzen sehen.

In der vorliegenden Untersuchung konnten verschiedene Mechanismen ausgemacht werden, mit denen Einflüsse von außen auf die Medieninhalte wirken. Diese Einflüsse sind zahlreich und vielschichtig. Sie gehen von mächtigen Parteien aus aber auch von kleinen Interessengruppen, die Pressemitteilungen schicken. Veränderungen im Medienrecht gehören ebenso dazu wie ein Leserbrief einer Zeitungsleserin. Noch weniger als in den vorangegangenen Abschnitten kann es also in diesem Kapitel darum gehen, alle Einflüsse, die von außen auf bolivianische Medien wirken, aufzuzählen. Vielmehr sollen die für Bolivien typischen Arten der Einflussnahme herausgestellt und den wichtigsten Interessengruppen zugeordnet werden.

Da die verschiedenen AkteurInnen, die von außen auf die Medien Einfluss nehmen, oftmals dieselben Mechanismen benutzen, erfolgt die Gliederung in der Darstellung der Einflüsse nicht nach den AkteurInnen, sondern an den für Bolivien typischen Mechanismen, den Strategien der Einflussnahme. Die Bezeichnung "Einflüsse von außen" ist zwar zur Identifizierung der Akteure und der wirkenden Mechanismen geeignet, täuscht aber in vielen Fällen über die personelle Verknüpfung bzw. Übereinstimmung zwischen Beeinflussten und Beeinflussenden hinweg. Deshalb steht am Ende des Kapitels eine Analyse der sich überlappenden Bereiche von Medien, Politik und Wirtschaft.

Kontrolle über Information

Wie in Abschnitt 5.4.2 angesprochen wurde, besteht in Bolivien keine Auskunftspflicht der Behörden. An kompromittierende Informationen gelangen JournalistInnen bei ihrer Recherche nur dann, wenn sie geheime InformantInnen in den Behörden sitzen haben. Dabei handelt es sich meistens ebenfalls um PolitikerInnen, die für GegnerInnen schädigende Informationen weitergeben. So erhalten die Medien zwar einige Hinweise, aber auch die sind meistens politisch gefärbt und können nicht mit Quellen belegt werden.

Der Wasserprivatisierungsprozess – also die Ausarbeitung der Kriterien für die Ausschreibung, die Bewerbungen der einzelnen internationalen Konzerne etc. – lief unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Nicht einmal oppositionelle PolitikerInnen hatten Einblick in die Unterlagen (Maldonado, Int.). Laut Gesetz stand es den Parlamentsmitgliedern zu, Einblick in den letztlich mit dem Konsortium *Aguas del Tuna-ri* abgeschlossenen Vertrag zu nehmen. Dieser Einblick wurde jedoch durch bürokratische Verfahren so lange verzögert, bis die Kommunalwahlen in Cochabamba gelaufen waren und die Wasserrechnungen bereits ins Haus kamen.

Von den recherchierenden JournalistInnen hatte nur einer den Vertragstext komplett kopiert in seiner Schreibtischschublade. Aber auch dieser hatte ihn erst mit Ausbruch der Gewalttätigkeiten von einem oppositionellen Politiker zugespielt bekommen. Die Pressesprecher der Präfektur gaben an, sie hätten den Vertragstext von Anfang an offen gelegt. Auf Nachfrage bezogen sie sich dabei auf eine Pressekonferenz, in der sie einzelne Stellen des mehrere Hundert Seiten umfassenden Vertragswerks vorgelesen hätten.

Beim Wasserkrieg gab es PolitikerInnen, die ein Interesse daran hatten, an die Unterlagen zu kommen und sie den Medien zuzuspielen. Noch fataler stellt sich die Lage dar, wenn es keine interessierten InformantInnen gibt. Morales Vaca beschreibt ausführlich, wie er versucht hat, an Studien über Luftverschmutzung zu gelangen, die im Auftrag der Regierung durchgeführt worden waren:

Vor ein paar Jahren hat man damit begonnen, die Luftverschmutzung und den Lärmpegel in den Städten zu messen. Dazu kamen mexikanische Fachleute hierher und brachten modernes technisches Gerät mit. Man stellte fest, dass die Messungen sehr hohe Werte ergaben. Aber schon seit sieben Jahren hört man nichts mehr von den Ergebnissen. Ich habe überall versucht, die Werte zu bekommen, aber im Umweltministerium geben sie keine Auskünfte. [...] Zunächst wurde ich nur hin- und verwiesen: "Der kann dazu nichts sagen, der ist im Urlaub, ich gebe ihnen mal die Durchwahl etc". Nach ein paar Monaten durfte ich mit drei vermeintlichen Experten sprechen. Ich habe sie anderthalb Stunden lang interviewt und habe absolut nichts, aber wirklich absolut nichts

herausbekommen. "Dazu können wir nichts sagen. Das sind geheime Daten. Das wissen wir nicht so genau etc". (Übers. TG)

Einflussreiche PolitikerInnen haben also die Möglichkeit, nur die JournalistInnen mit Informationen zu versorgen, die über sie positiv schreiben. Noch schwieriger ist es, an Informationen aus dem Bereich der Privatwirtschaft zu gelangen.

Kontrolle über Ressourcen

Die Autonomie eines Presseorgans lässt sich gewiß daran messen, wie weit es von Werbung und Staatssubventionen (in Form von Anzeigen oder Geldzuweisungen) unabhängig ist, und auch an der Konzentration der Anzeigenkunden (Bourdieu 1998: 105).

Der offensichtlichste Einfluss von außen ist der Entzug oder das zur Verfügung stellen von Werbung. Insgesamt ist der Werbekuchen in Bolivien sehr gering. In Lima (Peru) gibt die Firma Coca-Cola jährlich 20 Millionen US-Dollar aus. In Bolivien entspricht diese Summe etwa dem gesamten für Werbung ausgegebenen Etat, staatliche Anzeigen mit eingerechnet (Rivadeneira Prada 1999: 6). Peñaranda (1998: 55-60) unterscheidet bei seiner Zeitungsinhaltsanalyse vier verschiedene Arten von Werbung:

- Werbung von privaten Unternehmen;
- Werbung durch Kleinanzeigen;
- staatliche Anzeigen und
- "Verschiedenes".

In die letzte Rubrik fällt vor allem solche Werbung, die von anderen Medien des gleichen Konzerns über Abkommen geschaltet wird; die Einkünfte sind also hier zu vernachlässigen. Die Anzeigenpreise werden oft mit den Kunden einzeln und im Geheimen ausgehandelt, so dass Peñaranda in der Untersuchung keine Werbeeinnahmen, sondern nur die Fläche messen konnte, die der jeweilige Anzeigentyp innerhalb der Zeitung einnahm. Das Verhältnis der verschiedenen Werbearten variiert zwischen den untersuchten Zeitungen sehr. Private Unternehmen machen mit ihren Anzeigen zwischen 52 (*Hoy*) und zehn Prozent (*Primera Plana*) aus, Kleinanzeigen zwischen 90 und 35 Prozent, staatliche Anzeigen zwischen 47 und null Prozent und Medienwerbung zwischen 14 und null Prozent. Es kann davon ausgegangen werden, dass die staatlichen Anzeigen pro Quadratzentimeter wesentlich besser bezahlt werden als zum Beispiel die Kleinanzeigen. Mediengewerkschafter behaupten, dass der Werbeanteil des Staates der größte sei, und kritisieren immer wieder, dass dieser politisch eingesetzt werde (Chávez 2001: 10).

Die größten privaten Werbekunden sind Banken, Telefongesellschaften, Mobilfunkunternehmen und die großen Brauereien des Landes. Dabei kann der Druck durch Drohung mit Anzeigenboykott bei denjenigen Branchen höher eingeschätzt werden, bei denen es weniger Konkurrenten auf dem Markt gibt, da in diesen Fällen der Ausfall wesentlich höher ist, wenn ein Anzeigenkunde wegfällt. (Canelas, Int.). In verschiedenen Interviews bestätigte sich, dass dieser Druck außerdem durch die Wirtschaftskrise enorm gewachsen ist.

Die beiden großen Brauereien des Landes (*Paceña* und *Taquiña*) wurden in den letzten Jahren vom größten lateinamerikanischen Bierkonzern *Quilmes* (Argentinien) aufgekauft, der zum internationalen Marktführer *Heineken* gehört. Da mit diesem Aufkauf die traditionellen Hauptkonkurrenten unter einem Dach vereint sind, ist der Druck, der von diesem Konzern ausgeht, enorm gestiegen. Die bekannteste Recherchejournalistin Boliviens, *PAT*-Reporterin Amalia Pando, sagte dazu im Interview:

Wenn ein Kanal vor allem von Werbung eines bestimmten Werbekunden abhängt - nehmen wir als Beispiel die Bierbrauerei: Die Bierbrauerei ist in vielen Kanälen der Werbeträger, der alleine 60 oder mehr Prozent der Werbung ausmacht. Wenn man also anfängt darüber zu berichten, dass es doch gut wäre, wenn diese Firma mal ihre Steuern zahlt, dann sitzt man ganz schnell auf der Straße (Pando, Int.).

Das gleiche gelte für Banken und eingeschränkt auch für die staatlichen Werbeeinnahmen. Auch die Mobilfunkbranche stellt einen großen Teil des Werbekuchens dar, aber hier sei die Konkurrenz unter den einzelnen Firmen größer, so dass man nicht unbedingt von einem Werbekunden abhängt (Canelas, Int.).

PAT bekommt wegen seiner kritischen Berichterstattung schon seit vier Jahren keine staatliche Werbung mehr (Pando, Int.), *Presencia* seit einem Jahr (Glasinovic, Int.). Dabei war 1998 *Presencia* die einzige Zeitung, deren staatlicher Werbeanteil flächenmäßig den privaten überstieg (Peñaranda U. 1998: 58). Es verwundert daher nicht, dass die Zeitung diesem ökonomischen Druck trotz der finanziellen Unterstützung durch die katholische Kirche nicht auf Dauer standhalten konnte und im Juni 2001 geschlossen wurde (Orduna 2001: 10).

Nachrichtenagenturen finanzieren sich nicht über Werbung. Man könnte also meinen, dass sie von Staat und Firmen relativ unabhängig sind. Zu ihren Abonnenten gehören aber nicht nur Medien, sondern auch Behörden und Privatunternehmen. Der Direktor der größten nationalen Nachrichtenagentur *Agencia Fides*, gab im Interview zu, dass seine Agentur finanziell nicht überleben könnte, wenn die Ministerien das Abonnement kündigen würden (Gramunt de Moragas, Int.).

Viele bolivianische Medien haben enorme finanzielle Probleme, häufig schulden sie Steuern und haben hohe Kredite bei Banken aufgenommen. Banken können daher, über den Entzug von Werbung hinaus, auch Druck über die Schuldenlast ausüben. Das gleiche gilt indirekt für die Regierung, die – wie in mehreren Interviews deutlich wurde – Einfluss auf die Steuerbehörden ausübt, damit sie zu kritisch berichtende Medienunternehmen auf die schnelle Zahlung drängen. Denselben Einfluss übt die Regierung auch auf die Zollbehörden aus, die immer wieder dafür sorgen, dass sich die Papierimporte für bestimmte Zeitungen um einige Tage verzögern, weil die LKWs an der Grenze festgehalten werden.

Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Lateinamerikanische Staaten waren Vorreiterinnen in Diskussionen um eine mögliche neue Welt-Kommunikations-Ordnung, wie sie ab den frühen 70er Jahren zunächst auf lateinamerikanischen Konferenzen und später in der UNESCO geführt wurden. Auf der San-José-Konferenz von 1976 beschloss man, in den einzelnen Staaten "nationale Kommunikationspolitiken" zu entwerfen, welche die Entwicklung durch gezielte Kommunikation vorantreiben sollten. Auch die in der UNO eingesetzte MacBride-Kommission unterstützte diese Strategie in ihrem Abschlussbericht (MacBride 1980). Die von einigen lateinamerikanischen VertreterInnen mit viel Idealismus ausgearbeiteten nationalen Strategiepapiere scheiterten überwiegend an den Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre. Für Bolivien arbeitete zu der Zeit Luis Ramiro Beltrán einen ausführlichen Bericht für eine die Entwicklung fördernde nationale Kommunikationspolitik aus. Anscheinend hatte die Banzer-Regierung kein Interesse an dem in vielen Ausfertigungen geschickten, konkrete Gesetzesvorschläge enthaltenden Bericht Beltráns. Wie Exeni (1998) beschreibt, gelangte er damals nicht einmal in die öffentliche Diskussion.

Inzwischen haben sich die Zeiten verändert; die lateinamerikanischen Regierungen werden in mehr oder weniger demokratischen Wahlen bestimmt. Nach wie vor existieren Vorschläge, staatliche Kommunikationspolitik gezielt einzusetzen, um die Partizipation der Bevölkerungsmehrheit zu stärken. Doch nach wie vor scheinen solche Ansätze am Unwillen der Regierungen zu scheitern:

Governmental authorities in Third World countries often seem to be more interested in maintaining the status quo than in strengthening the communication capacity of the people. Delay in resolving the problem of information and communication inequality is an inevitable consequence. [...] As reality shows time and again, these governmental interests generally conflict with the interests of the majority of the country's population (Linden 1999: 153, 170).

In Bolivien klagen JournalistInnenverbände sogar darüber, dass der Zugang zu relevanten, eigentlich öffentlichen Informationen durch zur Zeit verabschiedete Gesetze weiter erschwert wird (Morales Vaca, Int.).

Einfluss auf JournalistInnen: Bestechung, Bedrohung und Gewalt

Bis jetzt dachte man immer, die Pressefreiheit sei von diktatorischen und autoritären Regierungen bedroht worden, aber heute stellen wir fest, dass diese Freiheit auch von den eigenen Journalisten angegriffen werden kann (Fernández de Laserna 2000).

Während Einflüsse über Werbung und finanziellen Druck eher über die MedienunternehmerInnen in die Medien gelangen, wird auch über die JournalistInnen versucht Einfluss zu nehmen. Geringe – oder nicht ausgezahlte – Löhne und die in Abschnitt 6.3 beschriebenen Tendenzen, JournalistInnen direkt mit der Akquisition von Werbung zu beauftragen, verstärken die Anfälligkeit der JournalistInnen, äußeren Einflüssen zu erliegen. In der Literatur wird häufiger der Verdacht geäußert, dass sich ein Großteil der JournalistInnen für Beiträge bezahlen lässt (Peñaranda U. 1999a: 282). Allerdings gibt es wenige Studien, in denen das Ausmaß deutlich wird. Virtue (1995: 35) stellt durch eine Befragung fest, dass über die Hälfte der JournalistInnen angibt, jemanden zu kennen, der schon einmal Geld entgegen genommen hätte. Da sich aber fast alle JournalistInnen untereinander kennen, sagt das wenig über die tatsächliche Verbreitung der Korruption aus. Ein Fall, der im Jahr 2000 für Schlagzeilen sorgte und auch direkt mit dem untersuchten Fallbeispiel in Verbindung steht, gibt hingegen mehr Aufschluss:

Wie in Kapitel 3.2 beschrieben, hatte der cochabambinische Bürgermeister, Manfred Reyes Villa, großen Anteil an den Verhandlungen mit der Firma *Aguas del Tunari*. Die cochabambinischen Kommunalwahlen von 1995 und 1999 bestätigten den beliebten Bürgermeister jeweils mit großer Mehrheit in seinem Amt. Letztere fielen genau in die Zeit, in der der Vertrag mit dem Konsortium bereits unterzeichnet war, die ersten Wasserrechnungen aber noch nicht herausgeschickt wurden. Arce Cuadros (1998: 197-202) kommt in ihrer Diplomarbeit zu dem Schluss, dass Manfred Reyes Villa die Kommunalwahl 1995 vor allem durch die positive Darstellung seiner vorangegangenen Amtszeit in den Medien gewonnen hatte. Eine besondere Rolle spielten nach Arces Analyse die zahlreichen Live-Interviews, in denen der cochabambinische Bürgermeister wesentlich präsenter war als seine Gegenkandidaten. In manchen Fernsehsendern wurde Reyes Villa sogar schon vor der Wahl zum Sieger gekürt. Guardia Crespo (1997: 8) betont, dass er die Wahlen gewann, obwohl sei-

ne politischen Gegner wesentlich mehr Geld in ihre Kampagne investiert hatten als er. Reyes Villa galt in der Folge als "Bonbon", als galanter Medien- und Bevölkerungsliebling, der besonders in Live-Interviews positiv hervortrat.

Wie sich erst im Februar 2000 durch eine Untersuchung der Zeitung *Los Tiempos* herausstellte, hatte Reyes wohl nicht weniger Geld in seine Kampagne gesteckt, sondern "klüger" investiert. Auf der Gehaltsliste der Stadtverwaltung standen mehr als 50 aktive JournalistInnen, die neben ihren Jobs bei den wichtigsten Medien des Landes noch für Scheinbeschäftigungen als GärtnerInnen, AnwältInnen etc. bei der Stadtverwaltung bezahlt wurden. Ihr "Gehalt" bekamen sie freilich nicht für vermeintliches Gießen der Blumen im Stadtpark nach Redaktionsschluss, sondern für ihre positive Berichterstattung über den Bürgermeister: Bestechung mit Steuergeldern, in großem Umfang und mit erheblichem Erfolg (Tórrez R. 2000: 43-45)⁷⁷. Der Skandal weitete sich aus und auch PolitikerInnen in La Paz wurden beschuldigt, in großem Maße JournalistInnen bestochen zu haben. Schließlich wurde das Thema von den Medien schnell wieder fallen gelassen, obwohl die Untersuchung der JournalistInnen noch weitere Unregelmäßigkeiten aufgedeckt hatte.

Wie die Gespräche mit dem Mediengewerkschafter Morales Vaca und dem Vorsitzenden des JournalistInnenverbandes Glatinovic ergaben, sind die Einflüsse, die per Zahlung von häufig nur kleinen Geldbeträgen an die BerichterstatteInnen ausgehen, nicht zu unterschätzen. Die JournalistInnen, deren Namen die Zeitungen veröffentlichten, wurden teilweise aus den Verbänden ausgeschlossen. Sie arbeiten aber größtenteils nach wie vor als JournalistInnen, und Bürgermeister Reyes Villa ist nach wie vor ein einflussreicher Politiker (Tórrez R. 2000: 45)⁷⁸.

Während der Berichterstattung über die Privatisierung wurde aber nicht nur mit Bestechungen Einfluss auf JournalistInnen ausgeübt: Die Umfrage ergab, dass sich alle Befragten teilweise bedroht fühlten. Auf der Straße wurden sie ZeugInnen oder Opfer verschiedener Attacken von Polizei und Militär. Dabei wurden Kameralente gezielt an ihrer Arbeit gehindert, Material beschädigt und offen Drohungen gegen JournalistInnen ausgesprochen. Mehrere ReporterInnen und RedakteurInnen erhielten sowohl in der Redaktion als auch privat Drohanrufe. Besonders der Kanal *PAT*, der als erstes die Bilder von gezielt auf Demonstrierende schießenden Scharfschützen veröffentlichte, erhielt Drohanrufe und persönliche "Racheankündigungen" von-

77 Der Bestechungsskandal wurde anschließend ausführlich in verschiedenen Medien diskutiert (La Prensa 23. Feb. 2000; La Razón 23. Feb. 2000; Los Tiempos 20. Feb. 2000; 21. Feb. 2000; 4. März; Opinión 22. Feb. 2000; 26. Feb. 2000; Última Hora 22. Feb. 2000; 25. Feb. 2000).

78 Er trat von seinem Amt als Bürgermeister zurück, allerdings aus familiären Gründen. Sein Amt leitet nun ein Stellvertreter, der allgemein als Handlanger Reyes betrachtet wird.

seiten der Militärs⁷⁹. Seit dieser Zeit erhält der Sender von Regierungsinstitutionen keine Werbung mehr.

Im ländlichen Gebiet um La Paz nutzten Militärs die Gelegenheit des Ausnahmezustands dazu, einzelne Radiostationen mit der Begründung zu schließen, sie würden "zu Konfrontationen zwischen Brüdern aufrufen", was nach Verhängung des Ausnahmezustands nicht erlaubt sei (La Razón 11. April 2000).

Erstaunlich ist, dass die meisten JournalistInnen in der Befragung zunächst angaben, es hätte keine direkten Drohungen oder Gewalt gegen JournalistInnen gegeben. Erst im weiteren Gespräch berichteten sie von den oben aufgezählten Einzelheiten. Die Wahrnehmung, was als direkte Einschränkung der Pressefreiheit zu werten ist, scheint bei JournalistInnen, die teilweise jahrelang unter Diktaturbedingungen gearbeitet haben, anders zu sein als derzeit in Deutschland. Außerdem ist hervorzuheben, dass keineR der Befragten die abgeschalteten Radios auf dem Land erwähnte, obwohl die Fälle in der Zeitung gestanden hatten.

Magisches Dreieck der Macht: Medien - Politik - Marktwirtschaft

In diesem Kapitel ging es bislang um die Einflüsse, die von außen auf die Medien einwirken. Die Aufteilung der Einflussfaktoren in unterschiedliche Ebenen (Personen, Routinen, Organisation und von außen) ergibt zu Analyse Zwecken durchaus Sinn. Wenn man Einflüsse durch die Politik aber als Einflüsse von außen untersucht, setzt man an sich unabhängige Medien voraus, deren Hauptziel es sei, unbeeinflusste journalistische Arbeit zu leisten. Die beschriebenen Abhängigkeiten erschienen dann als einzelne Faktoren, welche die ansonsten unabhängigen Medien für bestimmte Einflüsse von außen "anfällig" machten.

Die Bereiche Politik (und damit Parteien mitsamt der Regierungsparteien), Wirtschaft und Medien lassen sich aber nicht voneinander trennen. An dieser Stelle soll anhand von einigen Beispielen gezeigt werden, dass die Bereiche vielmehr fließend ineinander übergehen. Zwei Tendenzen lassen sich aufzeigen: Zum einen gibt es bedeutende PolitikerInnen, die gleichzeitig wichtige Unternehmen führen und zusätzlich zahlreiche Medien besitzen bzw. aufkaufen. Zum anderen häufen sich die Beispiele für JournalistInnen, die Prestige gewinnen, indem sie die traditionelle Politik kritisieren, und dann ihre eigene Medienpräsenz instrumentalisieren, um selber Wahlkämpfe zu gewinnen (Mesa Gisbert 1994: 23).

⁷⁹ Zum Teil erschienen die Aggressionen gegen JournalistInnen auch in den untersuchten Zeitungsartikeln: Repressionen gegen Kameralleute (Presencia 9. April 2001b), Zensur einiger Medien bei unliebsamen Inhalten (Opinión 9. April 2001), zu Aggressionen von Seiten der Demonstrierenden und der Polizei (Opinión 8. April 2000), Vernichtung von Bildmaterial durch Polizei und direkte Drohungen, auf JournalistInnen zu schießen (Los Tiempos 8. April 2000), Unterbrechung der Stromzufuhr der Rundfunkantennen (Presencia 9. April 2001a).

Beispiele für Machtakkumulation von Wirtschaft, Politik und Medien

Der Gründer des Familienbetriebs *Garafulic*, Raúl Garafulic Gutiérrez, unterstützte den Präsidenten Banzer schon bei dessen Militärputsch von 1971 und wurde dessen Botschafter in Madrid (Iturralde Jahnsen 1999: 28). Auch der späteren Banzer-Partei *ADN* stand Garafulic immer unterstützend zur Seite. Erst im Jahr 2001 distanzierte er sich indirekt, als er in einem Interview, in dem er zu seiner Haltung in der Militärdiktatur befragt wurde, diese als Zeit seiner "Jugendsünden" abtat. Der Familie Garafulic gehören – wie schon erwähnt – zahlreiche Zinnminen und Unternehmen in weiteren Branchen.

Max Fernández gilt als Gründer des großen Bier- und Politikimperiums seiner Familie. Als Max Fernández 1996 starb, übernahm dessen Sohn Johnny sowohl den Vorsitz der populistischen Partei *UCS*, als auch die Leitung des riesigen Bierunternehmens *CBN* (*Cervecería Boliviana Nacional*), das für viele Medien der größte Werbekunde ist. Inzwischen ist er Bürgermeister der zweitgrößten Stadt im Land, Santa Cruz, und wird bei den kommenden Präsidentschaftswahlen kandidieren. Wenn er auch kaum Aussichten hat, Präsident zu werden, wird er doch als Koalitionspartner mit darüber entscheiden, welcher der beiden Kandidaten ab 2002 das Land führen wird: Expräsident Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR) oder Expräsident Jaime Paz Zamora (MIR). Neben seinem indirekten Einfluss auf die Medien durch Werbung ist Johnny Fernández gleichzeitig Besitzer von zwölf Radiostationen (UKW- und Mittelwellensender mit Verbreitung vor allem im Departement Santa Cruz), einer der wichtigen TV-Senderketten mit nationaler Reichweite (*Sitel*) und einer Tageszeitung in Santa Cruz (*Estrella del Oriente*) (Iturralde Jahnsen 1999: 27-29).

Der Besitzer der TV-Senderkette *Red Uno*, Ivo Kuljis, war Präsidentschaftskandidat für die *UCS* und 1997 Minister für wirtschaftliche Entwicklung (Reyes Velásquez/Arroyo/Aguirre Alvis 2000: 164). Kuljis gilt als einer der Größen in der Lederindustrie.

Die Senderkette *Unitel* ist in den Händen von Oswaldo Monasterios Añez, der sein Hauptgeschäft mit der Zucker- und Alkoholproduktion macht, einer der Hauptaktionäre der *Banco Santa Cruz* ist und während der Sánchez-de-Lozada-Regierung für den *MNR* im Senat saß (Iturralde Jahnsen 1999: 27).

Beispiele für Wechsel vom Journalismus in die Politik

Das Paradebeispiel in diesem Bereich ist der bereits in Abschnitt 5.3 angedeutete Fall des Carlos Palenque, der mit seinem Programm *Tribuna libre del Pueblo* "den Stimmlosen eine Stimme geben" wollte und gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung und dessen negative Konsequenzen für die ärmeren Schichten Stimmung machte. Sein Einfluss wuchs, er gründete die Senderkette *RTP* (*Radio y Televisión Popular*). Als man seinen Sender durch Lizenzentzug zum Schweigen bringen woll-

te, wuchs die Popularität seiner gegründeten Partei *CONDEPA* (Conciencia de Patria = Gewissen des Vaterlandes). Während er mit beachtlichem Wahlerfolg für die Präsidentschaft kandidierte, wurde seine Frau Bürgermeisterin von La Paz.

Auch Omar Montalvo wurde über das Radio als kritischer Journalist bekannt, benutzte seine Sendezeit für politische Zwecke und gewann dreimal in Folge die Bürgermeisterwahlen in Sucre (Rojas Ríos, Int.; Cortez 1992: 89). Weitere Beispiele sind Raúl Salmón, der ebenfalls seinen Sender *Nueva América* für seine Bürgermeisterkandidatur instrumentalisierte, und die bekannte Journalistin Cristina Corales, die ihr Ansehen nutzte, um sich ein Platz im Stadtrat von La Paz zu verschaffen, und die anschließend selbst wegen Korruption vor Gericht stand⁸⁰.

Diese Tendenz stieß auf heftige Kritik in der Öffentlichkeit und wurde teilweise dadurch eingeschränkt, dass im Wahlgesetz der Artikel 124 eingefügt wurde, der es KandidatInnen verbietet, in der Zeit unmittelbar vor den Wahlen Programme zu produzieren oder zu leiten, also zum Beispiel als Moderator in einer Talkshow aufzutreten (Archondo 1999: 126). Diese Bestimmung – im Volksmund auch "Anti-Trampolin-Gesetz" genannt (Mayorga 1999: 11) – soll dafür sorgen, dass es nicht mehr so leicht möglich ist, sich durch die Medien in politisch einflussreiche Positionen zu katapultieren.

Exkurs: Einfluss der USA

Um die Unabhängigkeit seiner Zeitung besonders hervorzuheben, betonte der Chefredakteur der katholischen Tageszeitung *Presencia* im Interview, dass es sich die ehemalige Direktorin sogar getraut habe, offen den US-amerikanischen Botschafter zu kritisieren. Aus dieser Aussage könnte man schließen, dass sich der Einfluss der USA in Bolivien auch direkt in den Medien widerspiegelt, was sich mit den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung allerdings nur bedingt bestätigen lässt.

In der Inhaltsanalyse lässt sich der US-amerikanische Einfluss nicht erkennen. Obwohl es sich bei *Aguas del Tunari* um ein Konsortium handelte, an dem der US-amerikanische Konzern *Bechtel* große Anteile besaß, erschienen in den untersuchten Zeitungen weder ein Vertreter der US-Botschaft noch internationale Organisationen mit starkem US-amerikanischem Einfluss. Nicht einmal die Firma selber hielt es für nötig, Stellung zu beziehen. Die JournalistInnenbefragung und Interviews mit Redakteuren und Medienunternehmen ergaben, dass sich die US-Botschaft in die Berichterstattung über den Konflikt zur Wasserprivatisierung nicht eingemischt hat. Auch einen eventuellen Einfluss US-amerikanischer Konzerne, die über bedeutende Anteile am Werbekuchen verfügen, konnte nicht festgestellt werden, und die inter-

80 Eine ausführliche Aufzählung der verschiedenen JournalistInnen, die durch ihre Medien und teilweise gerade durch eine Kritik an bestimmten Politikern bekannt wurden – Rojas Ríos nennt es "Anhäufung von symbolischem Kapital" – und dann ihre Position für den eigenen Wahlkampf missbrauchten, findet sich bei Archondo (1999: 126-131).

nationale Beteiligung an bolivianischen Medienunternehmen beschränkt sich bislang auf Spanien und bis vor einigen Jahren Mexiko.

Folgt man der Interpretation Beltráns, haben die USA einen direkten Einfluss auf die Medien nicht nötig, da die Dominanz auf einer höheren Ebene, von Regierung zu Regierung funktioniere (Beltrán Salmón, Int.). Zusätzlich kann man einen Einfluss durch die direkte Übernahme US-amerikanischer Medieninhalte feststellen, die sich nicht nur auf den Unterhaltungsbereich, sondern auch im Bereich der internationalen Berichterstattung zeigt. Wie eine Studie der UCB bestätigt, sind 86 Prozent der Kultur- oder Bildungsprogramme ausländischen Ursprungs (García Mérida 1997: 7).

Torrico kritisiert im Interview, dass der Botschafter unabhängig davon zitiert wird, ob seine Aussage Nachrichtenwert besitze oder nicht. Die Medienpräsenz wird dabei oft durch besondere PR-Ereignisse von der Botschaft gefördert. Während des Beobachtungszeitraums lud der Botschafter die wichtigsten JournalistInnen zur Einweihung neuer – mit US-amerikanischer Unterstützung finanzierter – Gefängniszellen ein, die zur Bekämpfung des Drogenhandels im tropischen Gebiet Cochabambas gebaut wurden. Alle wichtigen Medien schickten einige ihrer besten JournalistInnen zu der Veranstaltung, obwohl sie den Nachrichtenwert des Ereignisses nicht besonders hoch einschätzten. Um eine breite Medienpräsenz zu ermöglichen, wurden die JournalistInnen geflogen. Das Flugzeug stellte die bolivianische Luftwaffe zur Verfügung.

Viele der in Bolivien verbreiteten Medieninhalte werden aus dem Ausland übernommen. Im Spielfilmbereich ist der US-amerikanische Einfluss ohne Konkurrenz. Aber auch aus dem lateinamerikanischen Ausland werden eine Vielzahl von Serien und Reportagen übernommen. Teilweise gibt es nationale Adaptionen von Talkshows, die zuvor auf lateinamerikanischer Ebene ausgestrahlt wurden. Als Beispiel sei hier die von der transnationalen Senderkette *Univisión* produzierte Samstagssendung *Sábado Gigante* angeführt, die in Bolivien leicht abgeändert als *Sábado Popular* ausgestrahlt wird. Die nationale Adaption ist in Bolivien wesentlich erfolgreicher angelaufen, als die lateinamerikanische, fremdere Variante (Calderón Gutiérrez 1999: 86).

6.5 Einflüsse durch den ideologischen Rahmen

Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im

Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind (Marx/Engels 1960: 46, Hervorh. im Orig.).

Alle Gegensätze sind so strukturiert, daß nicht gegen das System, sondern um Einfluß im System gekämpft wird (Luhmann 1964: 240).

Im Vorgespräch zu einem Interview reagierte die feministische Kommunikationswissenschaftlerin Sandra Aliaga Bruch verwundert auf die Frage, ob es Frauen in Führungspositionen von Medien gebe: Die seltene Präsenz von Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Positionen sei doch kein Phänomen, das explizit für Medien zutrefte, das sei vielmehr ein allgemeines gesellschaftliches Problem. Genau um diese allgemeinen Phänomene soll es in diesem Kapitel gehen. Sie sind schwer festzustellen, weil sie sich nicht vom gesamtgesellschaftlichen Kontext abheben. Dennoch haben sie zweifelsohne Einfluss auf Medieninhalte.

In Bezug auf Becker (1984: 69) definieren Shoemaker und Reese Ideologie als "an integrated set of frames of reference through which each of us sees the world and to which all of us adjust our actions". Es geht ihnen in ihrer Analyse demnach nicht um die persönliche Ideologie beispielsweise eines marxistischen Journalisten in einer ansonsten kapitalistischen Gesellschaft⁸¹. Solche Aspekte werden vielmehr als Einflussfaktoren durch MedienarbeiterInnen gezählt. Ideologische Einflüsse gehen hingegen von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Dabei ist es schwer zu definieren, was als ideologische Rahmenbedingung in die Analyse mit einbezogen wird.

Für die USA analysieren Shoemaker und Reese nur die ideologische Rahmenbedingung *Kapitalismus*, für den bolivianischen Kontext bietet sich nach Meinung des Verfassers eine Erweiterung der Betrachtung an. Die hier durchgeführte Untersuchung eignet sich nicht, um gezielt ideologische Rahmenbedingungen und deren Einflüsse auf Medieninhalte nachzuweisen. Dennoch lassen sich einige Indizien für drei ausgewählte Bereiche ausmachen, die nach Auffassung des Autors als ideologische Rahmenbedingungen gelten können: *Kapitalismus*, *Katholizismus* und *Patriarchat* (im Sinne von Männerherrschaft in der Gesellschaft). Dabei ließen sich wahrscheinlich in jeder Gesellschaft die unterschiedlichsten ideologischen Rahmenbedingungen definieren, die sich zudem nicht voneinander trennen lassen.

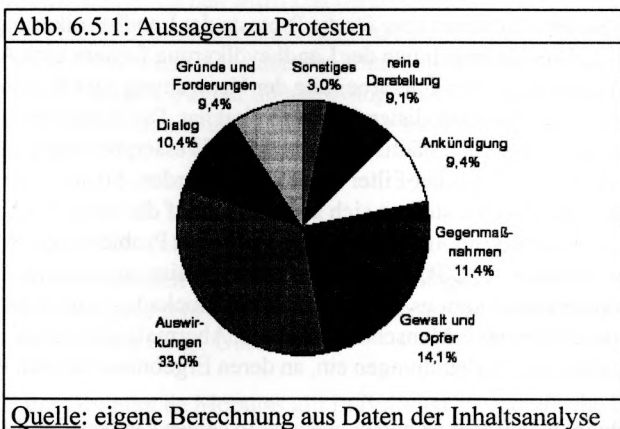
Im folgenden sollen also einige Aspekte hervorgehoben werden, die dafür sprechen, die aufgezählten Rahmenbedingungen als ideologische Einflüsse auf boliviani-

81 Ende der 80er Jahre sorgten zwei Artikel in der New Yorker sozialistischen Zeitschrift "Monthly Review" für Aufregung. Ein Journalist, der 21 Jahre lang in angesehenen Zeitungen (*Wall Street Journal* und *Los Angeles Times*) gearbeitet hatte, gab sich in diesen Artikeln als überzeugter Sozialist aus und beschrieb, wie er versuchte, seine Einstellung in Artikel einfließen zu lassen (MacDougall 1988a; 1988b). In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Rolle der RedakteurInnen herausgestellt, die dafür sorgten, dass radikale Inhalte dennoch nicht in den Zeitungen erscheinen (Shoemaker/Reese 1991: 198-200).

sche Medieninhalte zu werten und in eventuell folgenden Studien zu analysieren. In jedem Abschnitt sollen deshalb jeweils ein möglicher Forschungsgegenstand vorgestellt werden, mit dem sich die ideologischen Einflüsse auf die bolivianischen Medieninhalte eventuell untersuchen lassen könnten. Dabei wird deutlich, dass die ideologischen Kontexte nicht separat, sondern nur in Kombination betrachtet werden können.

Kapitalismus

In einer Studie der Glasgow University (1976) wurden Nachrichten darauf untersucht, ob sie die Mächtigen im System unterstützten oder nicht. Unter anderem kam die mit der Durchführung der Studie beauftragte Media Group zu dem Ergebnis, dass bei Protesten und Streiks regelmäßig die Demonstrierenden bzw. Streikenden verantwortlich gemacht werden. Was zunächst logisch erscheint – wer sollte schließlich für Demonstrationen verantwortlich sein, wenn nicht die Demonstrierenden? – soll an dieser Stelle hinterfragt werden.



Die Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Wasserprivatisierung ergab, dass sich von sämtlichen Aussagen über Proteste ein Drittel auf deren Auswirkungen bezogen: Unternehmensverbände, PolitikerInnen sowie einzelne Geschäftsleute äußerten sich zu den negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, Reisende wurden häufig zitiert, wie sie sich über Blockaden beschwerten. Zählt man die Kategorie "Gewalt und Opfer" noch zu den negativen Konsequenzen hinzu, entfallen auf diese beiden Kategorien zusammen fast die Hälfte (47,1 Prozent) aller Aussagen über Proteste. Im krassen Gegensatz dazu machen die Nennungen der Gründe und Forderungen nur 9,4 Prozent aus.

Was sich aus den Zahlen vermuten lässt, bestätigt sich beim genaueren Anschauen der Artikel: Letztlich bleiben die Verantwortlichen für die Proteste immer die Protestierenden. Eine Analyse der Gründe, die zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, findet nur in geringem Maße statt. In der großen Mehrheit der Artikel werden nicht einmal die Forderungen der Demonstrierenden erwähnt. Eine Auseinandersetzung mit der Neoliberalisierung findet in keiner Weise statt. Calderón Gutiérrez kommt zu dem Schluss, dass sich die kommerziellen Medien zwar formal in ihrer Ausrichtung unterscheiden, dabei aber feststehende Grenzen nicht überschreiten:

Die großen Interessen stehen nicht auf dem Spiel, denn kein Fernsehkanal und keine Zeitung hinterfragt das aktuelle Wirtschaftssystem. Die Strukturen der Unternehmer und der transnationalen Wirtschaft sind dermaßen eingefahren, dass es fast keine dissonanten Stimmen innerhalb des [Medien-]Spektrums gibt (Calderón Gutiérrez 1999: 87, Übers. TG).

Genau diese Strukturen waren aber für die Proteste der Landbevölkerung Boliviens verantwortlich. Die VertreterInnen der Landbevölkerung fordern eine Abkehr vom Weg der Privatisierung, eine Überarbeitung der Verordnung 21060, also der Gesetzesnorm, welche die Neoliberalisierung eingeleitet hat. Die Konzentration der Medienberichterstattung auf den städtischen Aspekt der Wasserpreiserhöhung kann also durchaus auch als ideologischer Filter interpretiert werden. So erschien der Protest gerechtfertigt – die Medien stellten sich also formal auf die Seite des Volkes – mit Kündigung des Vertrags mit *Aguas del Tunari* sollte das Problem jedoch gelöst sein. Doch die Forderungen der CSUTCB wurden nur teilweise und oberflächlich erfüllt, und fünf Monate später kam es erneut zu Straßenblockaden und Auseinandersetzungen, bei denen abermals Menschen umkamen. Abermals ließ sich die Regierung erst nach Wochen auf Verhandlungen ein, an deren Ergebnisse sie sich in der Folge nicht hielt.

Tórrez scheint also Recht zu haben, wenn er in seiner Analyse der Rolle der Medien im Wasserkrieg feststellt:

Definitiv erfüllen Fernsehen, Radio und die bolivianische Presse insgesamt eine Rolle in der ideologischen Kanalisierung eines bestimmten Staatsmodells, in diesem Fall des demokratisch-neoliberalen; nicht nur, weil das Überleben dieser Medien fundamental von Werbung abhängt, sondern auch weil die Medienunternehmer zugleich politische Akteure sind (Tórrez R. 2000: 41, Übers. TG).

Möglicher Forschungsgegenstand: Evangelische Medieninhalte

Interessante Ergebnisse bezüglich der Wirkungsweise der kapitalistischen Rahmenbedingungen könnte eine Untersuchung der Inhalte evangelischer Medien hervorbringen. Die meisten evangelischen Glaubensgemeinschaften sind in Bolivien dadurch gekennzeichnet, dass sie sich von der restlichen Welt distanzieren. Im Gegensatz zur Lebensweise der Ungläubigen propagieren sie eine puritanische Lebensweise. Das weltliche Leben anderer wird als Konsum- und Vergnügungsgesellschaft kritisiert. Eine solch enthaltsame Ideologie bietet für herkömmliche Firmen ein extrem negatives Werbeumfeld. Außerdem widerspräche das Werben für Konsumgüter offensichtlich der über die evangelischen Medien vermittelten Botschaften.

Rafael Antonio Loayza Bueno (1999), der mit teilnehmender Beobachtung, Inhaltsanalyse und Leitfadeninterviews die evangelischen Medien Boliviens untersucht hat, stellt diesbezüglich fest, dass die Sender überwiegend Werbung für Produkte kircheneigener Unternehmen machen: CDs mit christlicher Musik, Bücher, bestimmte Kleidung etc. Es entsteht also ein eigener Markt mit neuen Produkten, für die mit eigenen Medien geworben wird (Loayza Bueno 1999: 139-156). Letztendlich entkommen die kommerziell angelegten evangelischen Medien also nicht der Logik, für Konsum zu werben, wenn dies auch der inhaltlichen Botschaft widerspricht.

Natürlich könnte die Analyse der Inhalte evangelischer Medien ebenfalls interessante Ergebnisse im Zusammenhang mit der folgenden ideologischen Rahmenbedingung erbringen.

Katholizismus

Die zehn Gebote verbieten es zu lügen. Das grundlegende Prinzip der journalistischen Ethik muss es sein die WAHRHEIT zu sagen (Gramunt de Moragas 1996: 36, Hervorh. im Orig., Übers. TG).

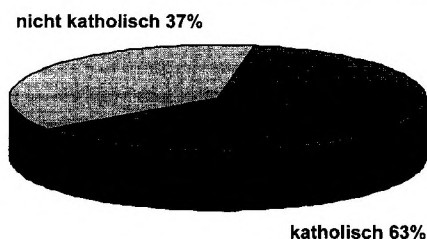
Der zitierte Pater Gramunt de Moragas gilt in Bolivien als moralische Instanz. Als ehemaliger Direktor der Radiokette *Fides* baute er in den 60er Jahren die katholische Nachrichtenagentur *Fides* auf, deren Chef er bis heute ist. Zum Angebot der Agentur gehört neben den laufenden Nachrichten ein täglicher Kommentar von Gramunt, der nicht selten in beiden cochabambinischen Zeitungen abgedruckt wird. Im Interview macht er keinen Hehl daraus, dass für die katholische Kirche negative Meldungen "nicht so dick aufgetragen" werden. Diese Tatsache reicht freilich nicht aus, um den Katholizismus als ideologischen Faktor zu verstehen. Deshalb einige Daten, die dafür sprechen könnten:

- 85 Prozent der BolivianerInnen bezeichnen sich als katholisch.
- Nach wie vor haben fast alle JournalistInnen in wichtigen Positionen an einer katholischen Universität studiert. Von allen bisherigen Abschlüssen im Fach *Comu-*

nicación Social wurden fast zwei Drittel an katholischen Universitäten erworben (siehe Abb. 6.5.2).

- Nach wie vor verfügt die katholische Kirche über die größte nationale Nachrichtenagentur in Bolivien.
- Das landesweit am meisten gehörte Nachrichtenprogramm wird vom katholischen Nachrichtensender *Fides* produziert und ausgestrahlt.
- Ein großer Teil der Landradios wird von katholischen Institutionen getragen, die Ausbildung der LandradiojournalistInnen läuft ebenfalls überwiegend über katholische Bildungsreinrichtungen. Die großen überregionalen *ERBOL*-Radiosender, die zu den meistgehörten Sendern auf dem Land gehören, sind in kirchlicher Hand.

Abb. 6.5.2: Abschlüsse in *Comunicación Social* 1974-1999



Quelle: eigene Berechn. nach Grebe / Giancotti (2000)

Möglicher Forschungsgegenstand: Vergewaltigungen durch Priester

Im März 2001 gestand ein Vertreter des Vatikans öffentlich ein, dass es eine große Anzahl an sexuellen Übergriffen durch Priester gegeben hatte und gibt. Besonders in die Schlagzeilen gerieten Berichte, in denen von afrikanischen Bischöfen die Rede war, die Nonnen vergewaltigt hatten (taz 22. März 2001). In einem der öffentlich gewordenen Fälle hatte ein Priester eine von ihm vergewaltigte Nonne zur Abtreibung gezwungen, an deren Folgen sie starb. Derselbe Priester, der für ihren Tod verantwortlich war, hielt anschließend die Trauermesse. Mehrere große Nachrichtenagenturen (Deutsche Presse-Agentur, Reuters, Agence France Press) verbreiteten die Schlagzeilen weltweit, so dass auch die bolivianischen Medien Zugang zu den Informationen hatten. Die in der katholischen Welt ausgelöste Diskussion wäre auch in Bolivien interessant und wichtig gewesen; sexuelle Übergriffe durch Priester gibt es nachweislich auch dort. Der Nachrichtenwert dieser Vorfälle ist also auch für bolivianische Medien durchaus hoch einzuschätzen. Ausführlich thematisiert wurden die Übergriffe aber nur in zwei Alternativzeitschriften: in *el juguete rabioso* und in

der feministischen Zeitschrift *Mujer Pública* (Allen Jr./Schaeffer 2001; Asturias 2001; Calle Rivaz/Lanza 2001; Quesada 2001).

An diesem oder an ähnlichen Beispielen, welche die katholische Kirche direkt betreffen, könnte die Berichterstattung bolivianischer Medien mit denen anderer latein-amerikanischer Länder verglichen werden, in denen der Anteil der KatholikInnen zwar ähnlich hoch, der Einfluss der Kirche auf die Medien jedoch geringer ist. Da auch die evangelischen Medien in Bolivien zunehmend "Welt-Nachrichtenprogramme" in ihre Sendungen mit aufnehmen, böte sich auch ein Vergleich zwischen kommerziellen, katholischen und evangelischen Medien an.

Wie schon der vorherige Forschungsgegenstand lässt sich auch dieser auf einen weiteren ideologischen Kontext hin untersuchen. Die Berichterstattung über Vergewaltigungen bietet sicherlich auch interessante Ergebnisse im Hinblick auf die von Männern dominierte bolivianische Gesellschaft.

Patriarchat

Die bolivianische UNDP-Vertretung stellt in ihrem Jahresbericht 2000 fest, dass

die Unterdrückung der Frau allgegenwärtig ist und auf allen gesellschaftlichen Bereichen lastet. Wenn es auch der kulturelle Rahmen ist, der diese Unterdrückung verallgemeinert [universaliza], sind es die ökonomischen Strukturen, in der sie [e.g. die Unterdrückung] sich konkretisiert, nämlich in der absoluten Armut der Frauen, die am ärmsten und am wenigsten in das gesellschaftliche Szenario integriert sind (PNUD-Bolivia 2000a, Übers. TG).

Obwohl Frauen in der Politik offiziell durch Quoten gefördert werden, besteht das Parlament zu 90 Prozent aus Männern, in der Senatorenkammer sind es sogar 96,3 Prozent (UNDP 2001: 228). Unter der Präsidentschaft von Sánchez de Lozada (1993-1997) gab es keine einzige Frau im Kabinett (Bukes 2000: 113) in der jetzigen Regierung arbeitet die Bildungsministerin Amalia Anaya Jaldín⁸² zusammen mit 15 Männern.

Frauen, die im informellen Sektor, beispielsweise als ambulante Verkäuferinnen ihr Überleben und das ihrer Familien sichern, arbeiten durchschnittlich 95 Wochenstunden: 60 als Straßenverkäuferinnen und 35 Stunden im Haus (Pérez-Victoria 1994: 23). Aber solche Arbeiten sind nicht der Stoff, aus dem kommerzielle Nachrichten gemacht sind. Die Unterdrückung der Frau ist eine Alltäglichkeit, sie wird

⁸² Sie übernahm ihr Amt auch erst im Jahr 2001, vorher war sie Vizeministerin. Eine jeweils aktuelle Zusammenstellung des Kabinetts ist im Internet unter <http://www.comunica.gov.bo> abzurufen. Weitere Statistiken und Erklärungen zur Situation der Frauen in unterschiedlichen Ländern Lateinamerikas finden sich in der "Guía de las mujeres" des Instituto del Tercer Mundo (ITM 2000).

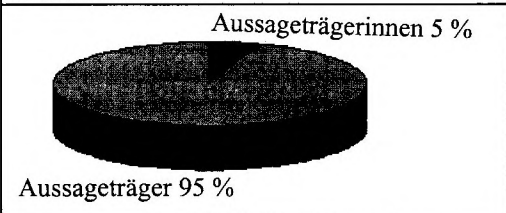
nicht thematisiert, und die Arbeiten der Frau sind alltägliche, sie spielen in den Medien keine Rolle (Stephenson 1999: 137)⁸³.

Auch in den Berichten über die Wasserprivatisierung spiegeln sich die Geschlechterverhältnisse in extremer Weise wider. Obwohl von der mangelnden Wasserversorgung Frauen in besonderer Weise betroffen sind, bzw. im Alltag direkter die Auswirkungen der Wasserknappheit zu spüren bekommen, sind sie in der Berichterstattung fast nicht existent. Nur fünf Prozent der in den Artikeln vorkommenden Aussage-trägerInnen sind Frauen⁸⁴. Weiterhin fällt auf, dass fast die Hälfte (10 von 22) der zitierten Frauen der Kategorie "BürgerInnen, Betroffene" zugeordnet wurden, während diese Rubrik bei den männlichen Aussage-trägern nur einen geringen Anteil (16 von 402) ausmacht.

Dabei werden die Nachrichten überwiegend von Frauen produziert. Die Studierenden-

zahlen des Fachs *Comunicación Social* zeigen deutlich, dass der Beruf zunehmend stärker von Frauen ausgeübt wird. Bis 1999 waren von zehn AbsolventInnen sechs Frauen. Doch je höher man in der Hierarchie der Medien klettert, desto eher dominieren Männer die Positionen. Als wichtig angesehene Ressorts wie Politik, Wirtschaft und auch Lokales werden

Abb. 6.5.3: Aussage-trägerInnen nach Geschlecht



AT - gruppiert	weiblich	männlich
Journalistin	4	33
Bürger und Betroffene	10	16
PolitikerInnen	4	133
Polizei und Militär		11
Wirtschaftsvertreter		96
ProtestlerInnen	1	74
Bürgerkomitee		4
Kirchenvertreter		18
NGOs		2
ExpertInnen	3	15
Gesamt	22	402

Quelle: Daten der Inhaltsanalyse

⁸³ In einer Inhaltsanalyse von sechs Tageszeitungen, fünf Radiosendern und vier Fernsehsendern zeigt Flores Palacios (1999), dass Frauen in Nachrichten höchst selten zu Wort kommen bzw. über sie berichtet wird.

⁸⁴ In dieser Statistik wurden Aussage-trägerInnen, denen kein Geschlecht zugeordnet werden konnte, also beispielsweise Institutionen, nicht mit eingerechnet. Darauf ist die veränderte Grundgesamtheit von 424 zurückzuführen.

meistens von Männern geleitet, Chefredakteurinnen gab es zwar einige sehr herausragende, aber insgesamt nur wenige (Sauma Patiño, Int.; Aliaga Bruch, Int.)⁸⁵.

Möglicher Forschungsgegenstand: Fernsehprogramm der "Mujeres Creando"

Hinter dieser Krise steht die Frustration, die aus der nicht vorhandenen Kommunikation zwischen Mann und Frau entsteht, die im häuslichen Bereich zum Schweigen der Frau und dem [Macht-]Wort des Mannes führt, oder, wenn die Frau dieses gesellschaftliche Gebot übertreten sollte, zur tätigen Gewalt (PNUD-Bolivia 2000a).

Was der zitierte Entwicklungsbericht für den häuslichen Bereich feststellt, gilt auch für die Öffentlichkeit: Wenn Frauen es wagen, sich gegen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu wehren, und sei es auch nur, indem sie diese öffentlich anprangern, führt dies unmittelbar zur tätigen Gewalt. Die radikal-feministische Gruppe "Mujeres Creando" musste dies oft erfahren. Seit 1992 machen sie auf die Unterdrückung der Frau in öffentlichkeitswirksamen Aktionen aufmerksam: durch Graffiti, durch Straßentheater und Aktionskunst. Sie sprechen die Tabuthemen der bolivianischen Gesellschaft an: häusliche Gewalt, Rassismus, Homosexualität etc. Obwohl sie durch ihre Aktionen schnell in allen großen Städten Boliviens bekannt wurden, berichteten die Medien nur selten über sie⁸⁶.

Im Jahr 2000 bot der Direktor des Fernsehkanals *PAT*, der angesehene Journalist Carlos D. Mesa, den "Mujeres Creando" eine Stunde Sendezeit pro Woche an, um ihre Themen an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Sendung war – Umfragen zufolge – das meistgesehene Programm, das seinerzeit lief. Der Sender erhielt jedoch in kurzer Zeit so viele Beschwerdebriefe, dass die Sendung nach acht Wochen aus dem Programm genommen wurde. In der neunten und letzten Sendung trat Carlos D. Mesa gemeinsam mit einer der beiden "Mujeres Creando", Julieta Paredes, vor das Publikum. Mesa verteidigte seine Entscheidung, die "Mujeres Creando" ins Programm eingeladen zu haben. Die Sendung endete in einem Streitgespräch.

Es wäre sicherlich aufschlussreich, den Prozess zu analysieren, wie es zu dem Programm an sich gekommen ist, bzw. welche Widerstände der gescholtene Journalist Mesa überwinden musste, um die Sendung bringen zu dürfen. Interessant wäre es außerdem herauszufinden, wessen Reaktionen letztendlich dazu geführt haben,

85 Sowohl die Tendenz zur Feminisierung des Berufs, als auch die Besetzung hierarchisch höher stehender Funktionen von Männern decken sich mit den Trends anderer Länder (van Zoonen 1994: 50-51).

86 Dies ist zumindest die Einschätzung des Direktors von *PAT*, Carlos D. Mesa Gisbert, geäußert in der abschließenden Live-Diskussion mit Julieta Paredes, einer der "Mujeres Creando".

das Programm abzusetzen, obwohl es sich nach ZuschauerInnenzahlen wahrscheinlich um eines der erfolgreichsten Programme Boliviens gehandelt hat.

Käme bei einer solchen Analyse heraus, dass es vor allem Unternehmer waren, die mit Rückzug ihrer Werbung drohten, und die katholische Kirche, die in den Programmen hart angegriffen worden war, schlosse sich der ideologische Kreis: Kapitalismus, Katholizismus und Patriarchat verhinderten gemeinsam die Diskussion kritischer Themen im bolivianischen Fernsehen. Hier handelt es sich zwar um eine Mutmaßung, dennoch macht gerade dieses letzte Fallbeispiel deutlich, dass sich die Betrachtung ideologischer Einflüsse auf Medieninhalte nicht auf eine Sphäre reduzieren lässt⁸⁷.

87 In der feministischen Medienforschung wird deshalb häufig der Zusammenhang zwischen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft, Alter und Nationalität hergestellt (van Zoonen 1994: 23). Auch MedienwissenschaftlerInnen aus der Strömung der Politischen Ökonomie entwickeln sich von der Reduzierung auf Klasse hinweg, hin zu einer Betrachtung verschiedener Unterdrückungsphänomene (Mosco 1996: 212-272).

7 Zusammenfassung und Schlussbewertung

In dieser Arbeit wurden Einflussfaktoren analysiert, die auf Medieninhalte in Bolivien wirken. Dazu wurde ein Fallbeispiel herangezogen, das für diese Analyse besonders geeignet erschien: die Berichterstattung über die Wasserprivatisierung in Cochabamba. In der Einleitung wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass Bolivien im lateinamerikanischen Vergleich als relativ armes Land gilt, die Pressefreiheit hingegen als besonders ausgeprägt bewertet wird. Im darauffolgenden Kapitel wurde nach einer kurzen Darstellung einiger historischer Aspekte die Tatsache hervorgehoben, dass die bolivianische Gesellschaft nicht als eine Einheit zu betrachten ist, sondern in sich tief gespalten ist. Auf die aktuelle Situation wurde eingegangen, indem einige Aspekte der sich gegenwärtig verschärfenden sozialen und politischen Krise erläutert wurden. Den Medien kommt in dieser Situation eine besondere Aufgabe zu, da sie im Gegensatz zu allen politischen Institutionen des Landes relativ hohe Glaubwürdigkeit genießen. Nach einer Darstellung der Wasserprivatisierung in Bolivien und der aus den Interessengegensätzen entstandenen Eskalation der Gewalt, dem so genannten Wasserkrieg von Cochabamba, wurde in Kapitel fünf ein allgemeiner Überblick über die Situation der Medien gegeben. Einzelne Aspekte wurden dabei besonders hervorgehoben, unter ihnen die zunehmende Tendenz zu Populismus und Boulevardjournalismus.

Der umfangreichste Teil der Arbeit, Kapitel sechs, wurde genutzt, um die einzelnen Einflussfaktoren zu analysieren, die auf Boliviens Massenmedien und deren Inhalte einwirken. Dabei konnte nur teilweise auch der letzte Schritt vollzogen werden, diese Auswirkungen anhand der Inhaltsanalyse empirisch nachzuweisen. Es wäre jedoch verkehrt, den Blick nur auf solche Phänomene zu richten, die sich mit Statistiken beweisen lassen.

Die Einflussfaktoren wurden nach dem Modell von Shoemaker und Reese (1991) auf fünf Ebenen analysiert: Unter den Einflüssen, die von den MedienarbeiterInnen (a) ausgehen, wurden soziodemografische Merkmale sowie Besonderheiten der bolivianischen JournalistInnenausbildung erläutert. Es stellte sich heraus, dass sich die relativ homogene Ausbildung sowie die soziale und sprachliche Herkunft der MedienarbeiterInnen durchaus auf die journalistische Recherche auswirken. Dabei ist zwischen verschiedenen Medientypen zu differenzieren, in denen jeweils JournalistInnen mit unterschiedlichem Ausbildungsstand und verschiedener sozialer Herkunft arbeiten. Auch hier wurde die Trennung von ländlichen und städtisch-kommerziellen Medien deutlich.

Bei der Untersuchung der im Journalismus wirksamen Routinen (b) wurden zwei Aspekte besonders deutlich. Erstens sind JournalistInnen aufgrund mangelnder Zeit- und Geldressourcen auf bestimmte Routinen angewiesen, um möglichst schnell ihre täglichen Arbeitsquoten zu erfüllen. Diese Routinen führen häufig dazu, dass in der

quantitativ vielfältigen Medienlandschaft Boliviens in den meisten Medien dieselben Meldungen mit denselben Inhalten auf dieselbe Art dargestellt werden. Außerdem werden mit wenigen Ausnahmen nur die Quellen zitiert, die ihre Information bereits publizierbar zur Verfügung stellen. Zweitens wird durch Einhaltung bestimmter formaler Merkmale über die geringe Qualität der Recherche hinweggetäuscht. So werden zwar in jedem Bericht mehrere Quellen mit unterschiedlichen Meinungen zitiert; einen längeren Zeitraum betrachtend wird aber deutlich, dass es immer dieselben Quellen sind und sich die Meinungen innerhalb eines begrenzten Spektrums bewegen.

Die Analyse der Einflüsse durch die innere Organisation der Medien (c) wurde zunächst anhand der in der Tageszeitung *Los Tiempos* durchgeführten Beobachtung dargestellt. JournalistInnen treten innerhalb der Organisation als AnbieterInnen von Medieninhalten auf, die unter der wirtschaftlichen und politischen Verantwortung des Herausgebers bzw. Verlegers auf zwei Märkten angeboten werden: dem Markt der AnzeigenkundInnen, die den größten Teil der Medien finanzieren, und dem Publikum der Massenmedien, das bei Printprodukten relativ klein einzuschätzen ist. Die Redaktionskonferenzen, die täglich auf den jeweils unterschiedlichen Hierarchiestufen des Mediums stattfinden, fungieren in diesem Prozess als Vermittlungsinstanzen zwischen den ReporterInnen als AnbieterInnen von Medieninhalten einerseits und der Blattlinie und inhaltlichen Ausrichtung des Herausgebers andererseits.

Bei Betrachtung des erläuterten Prozesses wird deutlich, dass die im folgenden Kapitel analysierten äußeren Einflüsse (d) von zwei Seiten auf die Medien wirken: Die GeldgeberInnen der Medien – insbesondere Werbekunden aus der Privatwirtschaft, Banken als Kreditgeberinnen und der Staat als Werbekunde und Rahmengesetzgeber – nehmen vor allem durch Druck auf die MedienunternehmerInnen Einfluss. Auf der Quellenseite wird hingegen vorwiegend Einfluss auf die JournalistInnen ausgeübt. Diese Einflüsse funktionieren in vielfältiger Weise über Bestechung, Bedrohung und direkte Gewalt. Die in allen Medientypen Boliviens zunehmende Tendenz, JournalistInnen auch mit der Akquisition von Werbung zu beauftragen, verstärkt die Abhängigkeiten von den Quellen. Die rein äußerliche Trennung von Anzeigenteil und redaktionellen Inhalten in der Darstellung verhindert diese Einflüsse nicht, sondern macht sie lediglich unsichtbar.

In der Analyse der ideologischen Einflüsse (e) wurde das von Shoemaker und Reese für die USA entwickelte Modell um zwei Ebenen erweitert. Da die Arbeit nicht darauf angelegt war, ideologische Einflüsse auf Medieninhalte nachzuweisen, wurden lediglich Indizien für drei ideologisch wirksame Sphären gesammelt: Kapitalismus, Katholizismus und Patriarchat. Für jede der ausgemachten ideologischen Einflusssebenen wurde im Anschluss ein Forschungsgegenstand vorgeschlagen, mit dem solche Einflüsse analysierbar wären.

Die Ergebnisse der Untersuchung des Fallbeispiels – also der Berichterstattung über die Wasserprivatisierung in Cochabamba – wurden im Rahmen der Darstellung der einzelnen Einflussfaktoren jeweils nur beispielhaft zur Unterstützung herangezogen. Durch die Netzwerkinterviews, Gespräche mit JournalistInnen sowie der Analyse der erschienenen Zeitungsartikel und Literatur konnte sich der Verfasser ein gutes Bild davon machen, wie die Medien während der Krisensituation und in der Recherchephase vor der Eskalation agiert haben. Da in die bisherige Einfluss-Analyse jeweils nur einzelne Aspekte eingeflossen sind, soll an dieser Stelle (7.1) eine zusammenfassende Darstellung der Rolle der Medien im Wasserkrieg erfolgen. Den Abschluss der Arbeit bilden einige Thesen, die das Mediensystem Boliviens insgesamt betreffen (7.2).

7.1 Die Rolle der Medien im Wasserkrieg

Im Vorfeld der Wasserprivatisierung gelang es den bolivianischen Massenmedien nicht, die Öffentlichkeit angemessen zu informieren. Die Berichterstattung blieb an der Oberfläche und beschränkte sich bis zur Eskalation des Konflikts auf Spekulationen zur Höhe der Wasserpreise. Einerseits lag das daran, dass die Verhandlungen geheim gehalten wurden und selbst Informationen, die dem Gesetz nach öffentlich zu machen waren, über bürokratische Verzögerungstaktiken zurückgehalten wurden. Andererseits wurden jedoch auch zugängliche Quellen und Informationen nicht genutzt, da es den recherchierenden JournalistInnen an Zeit und anderen Ressourcen fehlte. In der Befragung gaben fast alle der JournalistInnen an, sie hätten gerne mehr über die internationalen Zusammenhänge des Privatisierungsprozesses erfahren.

In anderen lateinamerikanischen Ländern wurden seit den 80er Jahren bereits Erfahrungen mit der Wasserprivatisierung gemacht. Die Ergebnisse sind veröffentlicht worden, es gibt in anderen Ländern ExpertInnen, die hätten befragt werden können, und die Strategien und Statistiken der Weltbank sind zumindest partiell über das Internet recherchierbar. Um an solche Informationen zu gelangen, sind bestimmte Voraussetzungen nötig: Zeit, Fremdsprachenkenntnisse, internationale Kontakte und einen Telefonanschluss, der auch Auslandsgespräche zulässt. Keine der genannten Bedingungen war in hinreichendem Maße erfüllt. Von den interviewten JournalistInnen wurde im Rahmen der Recherche kein einziges Telefonat ins Ausland geführt. Hintergründe zu den ausländischen Firmen gelangten nur über Pressekonferenzen der Unternehmen an die Medien und damit an die Öffentlichkeit.

Die begrenzte Recherchekapazität trifft in verschiedenen Abstufungen auf alle bolivianischen Medien zu. Bei Bewertung der während der Eskalation des Konflikts eingenommenen Rolle muss hingegen zwischen städtisch-kommerziellen Medien einerseits und einigen weniger kommerziellen Rundfunksendern andererseits differenziert werden.

Die nicht-kommerziellen *radios comunitarios* spielten nach Aussagen der Protestierenden eine die Proteste unterstützende Rolle. Zwar gab es auch in diesen Radios keine genauen Hintergrundinformationen über die Privatisierungsprozesse, aber über die Hörfunksender wurden strategische Anweisungen zur Organisation der Proteste weitergegeben.

Auch einige städtische Radiosender spielten eine hervorzuhebende Rolle. *Kancha Parlaspa* sendet sein Programm überwiegend für die vom Land stammenden aber in der Stadt lebenden HändlerInnen. Das Sendegebiet geht nicht weit über den Innenstadtbereich hinaus, vor allem quechuasprachige Marktfrauen hören *Kancha Parlaspa* (auf Quechua: "der sprechende Marktplatz"). Während des Wasserkriegs verfolgte der Sender die Strategie des "micrófono abierto": Die Mikrofone wurden für alle geöffnet, die etwas sagen wollten (Lima 2000: 12). Bald standen die Menschen vor dem Sender Schlange, um ihre Meinungen und Emotionen kundzutun. Mütter von verletzten DemonstrantInnen weinten ins Mikrofon, Essen und Medikamente wurden erbeten. Schließlich verwandelte sich das Gebäude in eine Erste-Hilfe-Station. Als sich per Telefon auch ein Gegner der Proteste äußerte, wurden die Scheiben des Senders eingeworfen (Andrade Ruiz 2000: 4-13).

Die Angst vor dem möglichen Zorn der Bevölkerung war sicherlich mit dafür verantwortlich, dass sich auch die großen kommerziellen Medien nicht offen gegen die Proteste aussprachen, obgleich die Medienunternehmer diesen eher skeptisch gegenüber standen. Tórrez (2000: 72-75) kritisiert diesbezüglich den Opportunismus der großen Zeitungen, die sich nur scheinbar hinter das Volk stellten. Man unterstützte zwar einerseits den Protest, reduzierte aber andererseits das Problem auf die hohen Wasserrechnungen. Die Privatisierung des Wassers wurde nur selten und oberflächlich thematisiert, stattdessen wurden gebetsmühlenartig die hohen Kosten des Protestes und dessen negativen Konsequenzen für die regionale Wirtschaft vorgerechnet. Die Analyse der Aussagen, die im Monat April 2000 über die Proteste in der Zeitung erschienen, ergab, dass die Forderungen und Hintergründe der Protestierenden kaum dargestellt wurden. Im Gegensatz dazu dominierten Aussagen in Bezug auf die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen.

Die JournalistInnenbefragung ergab weiterhin, dass das Thema Wasserprivatisierung für viele Medien erst dann zum wichtigen Thema wurde, als die Konflikte bereits begonnen hatten. Ebenso zeigte sich, dass die Themen städtische Wasserversorgung und Erhöhung der Tarife in den Redaktionen als wichtiger eingestuft wurden als die Veränderung des Wassergesetzes. Genau diese war aber der Grund für die Proteste der Landbevölkerung, die das ganze Land mehrere Wochen lang lahm legte. Die Inhaltsanalyse bestätigt den Eindruck der JournalistInnen, dass die städtischen Themen eine wesentlich größere Rolle in ihrem Medium gespielt hätten.

Besonders deutlich äußerte sich die von Tórrez kritisierte opportunistische Haltung im Sender *Radio Nacional*, der von der cochabambinischen Stadtverwaltung

betrieben wird und damit unter großem Einfluss der in Cochabamba regierenden Partei⁸⁸ steht. Die Proteste wurden von dem Sender angeheizt, manche meinen beim Hören des Senders sogar Vertreter des Stadtrates an der Stimme erkannt zu haben, die – unter falschem Namen – anriefen, um Stimmung gegen *Aguas del Tunari* und die hohen Wasserrechnungen zu machen. Sobald aber eine AnruferIn auf die Tatsache hinwies, dass auch der Bürgermeister an der Aushandlung des Vertrags mit beteiligt war, wurde die Leitung unterbrochen (Tórrez R. 2000: 60-61).

Als besondere Rechercheleistung innerhalb des Konflikts kann die Auseinandersetzung mit den von der Regierung eingesetzten Scharfschützen anerkannt werden. Noch bevor die ersten Bilder von Scharfschützen ausgestrahlt wurden, erhielten die verantwortlichen JournalistInnen Drohanrufe. Dennoch wurde der Bericht gesendet. Auch die Zeitungen nahmen sich der weiteren Recherche zu den Scharfschützen an und veröffentlichten Einzelheiten über den von der Regierung bis heute bestrittenen Einsatz von Scharfschützen. An diesem Detail lässt sich erkennen, dass der von der Regierung ausgeübte Einfluss die Veröffentlichung solcher Einzelheiten nicht verhindern konnte.

7.2 Aus der Untersuchung resultierende Thesen

These 1:

Bolivians Mediensystem spiegelt die Trennung zwischen Stadt- und Landbevölkerung wider. Die Medien lassen sich grob zwei Gruppen zuordnen: (a) kommerziell ausgerichtete städtische Medien, die in hohem Maße Einflüssen der Wirtschaft und der Politik ausgesetzt sind, und (b) nicht-kommerzielle ländliche Hörfunk und TV-Sender, die relativ unabhängig von wirtschaftlichen Interessen betrieben und vor allem von der katholischen Kirche subventioniert werden.

Die Abhängigkeiten der kommerziellen Medien wurden an anderer Stelle bereits ausführlich dargestellt. Die nicht-kommerziellen *radios comunitarios* füllen vor allem das Kommunikationsdefizit der marginalisierten Landbevölkerung, die in den traditionellen Medien nur am Rande und meistens nur als Urheber von Protesten auftaucht. Rivadeneira schreibt in seiner bereits zitierten "Diagnose der Nicht-Kommunikation":

88 Es handelt sich um die von dem bereits mehrfach erwähnten Bürgermeister Manfred Reyes Villa gegründete als populistisch geltende Nueva Fuerza Revolucionaria (NFR).

Die geringe Reichweite der Massenmedien bestätigt die Existenz von zwei Staaten innerhalb desselben Territoriums: ein Bolivien der Minderheit mit Zugang zu den Medien und ein Bolivien der Mehrheit, das von der öffentlichen Information ausgeschlossen bleibt; ein dominantes Bolivien und ein dominiertes Bolivien; das erste relativ integriert, das zweite ausgegrenzt und vergessen. [...] Menschen können nicht leben, ohne zu kommunizieren, [...] wenn sie aus den beschriebenen Gründen keinen Zugang zu den Massenmedien haben, schaffen sie ihre eigenen Medien, wenn auch mit bescheidensten technischen Möglichkeiten (Rivadeneira Prada 1991: 24, Übers. TG).

Da die *radios comunitarios* für Werbetreibende uninteressant sind, bleiben sie relativ frei von kommerziellen Einflüssen. Deshalb werden sie von einigen AutorInnen als die wahren, freien Massenmedien bezeichnet. Contreras Baspineiro nennt sie "den wahren Ausdruck der Demokratie" (Contreras Baspineiro 1999: 12). Camacho Azurduy (2001: 29) nennt vier Gründe für den wachsenden Einfluss der Landradios: ihr kostengünstiger Betrieb (a), die Legitimationskrise wichtiger Repräsentanzinstitutionen (b), ein neues Bewusstsein der Landbevölkerung für Massenkommunikation (c) und ihr wachsendes Bedürfnis, sich als Minder- oder auch Mehrheit der Bevölkerung zu artikulieren, während die klassischen kommerziellen Medien dafür keinen Platz bieten (d).

Diese Idealisierung der *radios comunitarios* als wahrhaft freie und demokratische Kommunikationsinstanzen wird aber durch mindestens zwei Faktoren eingeschränkt: Erstens gibt es auch auf dem Land Abhängigkeiten der JournalistInnen von ihnen sie unmittelbar umgebenden lokalen Machthabern. Der Streit der verschiedenen Führer innerhalb der CSUTCB (vor allem der Streit der Cocabauern und der im Hochland von La Paz organisierten Aymaras) wird auch über die Radios ausgetragen. Zweitens fehlen den *radios comunitarios* jegliche Mittel, um Recherche zu leisten. Ihre Funktion reduziert sich somit auf die eines Bindegliedes verschiedener weit auseinanderliegender Ortschaften. Sie vermögen zwar, eine Protestbewegung zu verbreiten und zu koordinieren, es ist ihnen jedoch nicht möglich, an Gesetzesvorschläge der Regierung zu gelangen, diese zu interpretieren, zu kritisieren und eventuell in internationale Prozesse einzuordnen.

These 2:

Von der aktuellen Wirtschaftskrise sind auch die kommerziellen Medien in großem Maße betroffen. Die Recherchequalität der Medien nimmt ab, und die Einflüsse von außen werden größer. Da gewisse formale Min-

deststandards eingehalten werden, bleibt den RezipientInnen diese größere Anfälligkeit für Fremdeinflüsse verborgen.

In der Arbeit wurde gezeigt, dass die Qualität der Recherche nachlässt, wenn den Medien das Geld fehlt. Außerdem wurde dargelegt, wie die mangelnde Recherche und die zunehmenden Einflüsse mithilfe von Mechanismen verdeckt werden, die Shoemaker und Reese als *defensive routines* bezeichnen. Formale Kriterien wie das Zitieren verschiedener Quellen und die scheinbare Trennung von redaktionellem Teil und bezahlten Anzeigen täuschen über die mächtigen Einflüsse von außen hinweg.

Wichtig wäre es deshalb, das Publikum verstärkt über die Situation der Massenmedien zu informieren. Wenn die RezipientInnen höhere Ansprüche an die Medien stellten, ihre Funktionsweise kritischer betrachten würden, müssten sich Medien an höheren Standards messen lassen.

Problematisch ist dabei, dass Medien nur ungern kritisch über ihre eigene Situation berichten. So weist zum Beispiel Cajías de la Vega (1999a) darauf hin, dass sich zwar eine Reihe von MedienwissenschaftlerInnen mit dem Phänomen der Medienkonzentration beschäftigt, diese Diskussion aber eben nur in der Wissenschaft geführt werde und nur höchst selten in den Medien und fast nie in der Politik⁸⁹. Einzelne Fälle, in denen Medien die eigene Situation kritisch betrachten – wie etwa die Untersuchung der Tageszeitung *Los Tiempos* zu korrupten JournalistInnen – bleiben Ausnahmen, und auch hier gab es anscheinend Druck von der Verlagsleitung, nicht alle Ergebnisse der Untersuchung zu veröffentlichen.

MedienwissenschaftlerInnen fordern bislang erfolglos, die kritische Auseinandersetzung mit Medien auch in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen. Erste Ansätze der Erziehung zur Medienkompetenz bietet wiederum die katholische Kirche, die Lehrmaterial zum kritischen Umgang mit Massenmedien produzieren und in Schulprojekten testen lässt (Iriarte/Orsini Puente 1992).

⁸⁹ Aber auch die Medienwissenschaft ist gewissen Zwängen ausgesetzt. Esteinou Madrid (1999: 24-30) weist darauf hin, dass bei zunehmender Privatisierung der Wissenschaft, Themen, die nicht der direkten Verwertung auf dem Arbeitsmarkt dienen, an den Universitäten nicht mehr erforscht werden.

These 3:

Die Legitimationskrise der politischen Institutionen lässt den bolivianischen Massenmedien eine besondere Aufgabe zuteil werden. Bei zunehmender Kommerzialisierung, wachsenden finanziellen Problemen und abnehmenden Recherchekapazitäten führt die allgemeine Politikverdrossenheit der Bevölkerung zu populistischen Allgemeinverurteilungen der Politik vonseiten der Medien. Auf Dauer wird unter dieser Situation auch das Ansehen der Medien leiden.

Massenmedien haben durchaus die Funktion, PolitikerInnen zu kontrollieren und wenn nötig zu kritisieren. Wenn aber die Recherchekapazitäten dazu fehlen und lediglich allgemein Stimmung gegen korrupte PolitikerInnen an sich gemacht wird, führt das nur vorübergehend zur Steigerung des Ansehens der Massenmedien. Die bolivianische Bevölkerung setzt gegenwärtig Hoffnungen in die Massenmedien, die diese nicht erfüllen können.

These 4:

Die Pressefreiheit in Bolivien ist weniger von direkten Übergriffen auf JournalistInnen bedroht, sondern vielmehr von der desolaten wirtschaftlichen Lage der einzelnen Medien bzw. deren potenziellen RezipientInnen.

Bolivien verfügt über ein Presserecht, das JournalistInnen in der Praxis weitestgehend schützt. Dieses schafft ein zumindest formal freies Mediensystem. Direkte Übergriffe auf JournalistInnen finden statt, können aber im lateinamerikanischen und vor allem im historischen Kontext gegenwärtig als relativ gering eingestuft werden. JournalistInnen können für ihre Recherche frei im Land umherreisen, haben aber in der Praxis nur selten Gelegenheit dazu, da Zeit- und Geldressourcen fehlen. Die schwach ausgeprägte Infrastruktur verstärkt diese Probleme.

Wie in dieser Arbeit gezeigt werden konnte, führen die verschiedenen Einflussfaktoren dazu, dass JournalistInnen in ihrer Recherche gerade die Zeit bleibt, durch die Stadt zu hetzen, um ihre Arbeitsquoten zu erfüllen. Dies führt dazu, dass immer wieder dieselben Quellen zu Wort kommen und diese ebenso unkritisch wie unkommentiert wiedergegeben werden:

Die meisten Medien in unserem Land sind reine Übermittler der Meinung von den Hauptakteuren der Nachricht. Die eigene Recherche ist auffällig selten,

Hintergrundberichte ebenso. Die Interpretation der Nachrichten in Hinblick auf die Bedeutung für den Normalbürger ist im Regelfall nicht vorhanden (Cornejo 1999: 23).

Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern wird die Pressefreiheit in Bolivien daher nicht durch Übergriffe auf kritisch schreibende JournalistInnen gefährdet, sondern durch beschränkte Ressourcen und vielschichtige Einflussfaktoren, die JournalistInnen daran hindern kritische Artikel überhaupt erst zu schreiben.

8 Anhang

8.1 Sample der JournalistInnenbefragung

Datum	Art des Mediums	Medium
6. Juni 2001	Hörfunk	<i>Radio Fides</i>
6. Juni 2001	Hörfunk	<i>Radio Pio XII</i>
6. Juni 2001	Hörfunk	<i>Radio Panamericana</i>
6. Juni 2001	Presse	<i>Presencia</i> (Tageszeitung)
6. Juni 2001	Fernsehen	<i>JNN</i> , Reporterin
6. Juni 2001	Fernsehen	<i>JNN</i> , Direktor und Kommentator
7. Juni 2001	Presse	<i>La Razón</i> (Tageszeitung)
7. Juni 2001	Presse (Boulevardzeitung)	<i>Extra</i> (Boulevardzeitung)
7. Juni 2001	Fernsehen	Unitel
8. Juni 2001	Fernsehen	PAT
8. Juni 2001	Nachrichtenagentur	ABI
8. Juni 2001	Presse	<i>Los Tiempos</i> (Tageszeitung)
9. Juni 2001	Presse	<i>Opinión</i> (Tageszeitung)
9. Juni 2001	Nachrichtenagentur	Jatha

8.2 Auflistung der Interviews

Name	Funktion
Ramiro Saravia	Soziologiestudent in Cochabamba, "Wasserkrieger"
Gonzalo Maldonado	ehemaliger Direktor von SEMAPA, Mitglied der Coordinadora, Senatsabgeordneter für Cochabamba (NFR)
Salim Sauma	Direktor von Radio San Rafael, Vorsitzender der Assoziation der Medienbesitzer Cochabambas
Armando Morales	verantwortlicher Redakteur des Lokalteils von <i>Los Tiempos</i>
Fernando Andrade Ruíz	Direktor der Fakultät Kommunikationswissenschaften der UCB-Cochabamba
Luis René Baptista	Chefredakteur von <i>Los Tiempos</i>
Fernando Canelas	Direktor der Tageszeitung <i>Los Tiempos</i>
Luis Ramiro Beltrán Salmón	bekanntester Kommunikationswissenschaftler in Bolivien, Mitglied im Tribunal de la Prensa
Erick Torrico Villanueva	Kommunikationswissenschaftler, Universidad Andina
Pedro Glasinovic V.	Vorsitzender des Journalistenverbandes (Asociación de Periodistas de Bolivia), Chefredakteur der Tageszeitung <i>Presencia</i> , Mitbegründer der staatlichen Nachrichtenagentur ABI
José Luis Aguirre Alvis und Carlos Arroyo	Kommunikationswissenschaftler, Experten zum Thema Radio in Bolivien

Raúl Rivadeneira Prada	Sprach- und Kommunikationswissenschaftler, ehemals Direktor der katholischen Tageszeitung <i>Presencia</i>
Lucía Sauma Patiño	Vorsitzende des Journalistinnenzirkels innerhalb des Journalistenverbandes (Asociación de Periodistas de Bolivia), Direktorin des Universitätsradios der Universidad Francisco de Asís
Sandra Aliaga Bruch	Kommunikationswissenschaftlerin (Inhaltsanalysen in Bolivien), Expertin in Genderforschung
Ronald Grebe López	Direktor des Kommunikationswissenschaftlichen Fakultät der UCB-La Paz, ehemals Secretario Ejecutivo de la Asociación ERBOL, Mitbegründer der Nachrichtenagentur ERBOL
Amalia Pando	Journalistin Fernsehens der PAT, bekannt für aggressiven, investigativen Journalismus
José Gramunt de Moragas	Direktor der Nachrichtenagentur <i>Agencia de Noticias Fides</i> (ANF), vorher auch Direktor der Radiokette FIDES
Juan Carlos Pinto Quintanilla	ehemaliger politischer Häftling, des Terrorismus angeklagt, Soziologe, Verantwortlicher der Gefängnispastoral der katholischen Kirche in Bolivien
César Rojas Ríos	Kommunikationswissenschaftler, Universidad Mayor de San Andrés
Freddy Morales Vaca	2. Vorsitzender des Dachverbandes der Mediengewerkschaften (Federación de Sindicatos de Trabajadores de Prensa en Bolivia)

8.3 Interviews

Ramiro Saravia

Soziologiestudent in Cochabamba, "Wasserkrieger"

Du warst Wasserkrieger in den Auseinandersetzungen von Februar und April 2001?

Ja, denn jeden Tag sowohl im Februar als auch im April bin ich etwa fünf Kilometer zu Fuß bis zur Plaza gegangen, um hier an den Protesten teilzunehmen. Einige blieben auch auf der Plaza um hier zu schlafen, vor allem marginalisierte Jugendliche aus den Randzonen, aber auch aus dem Zentrum der Stadt. Sie blieben auch die Nächte hier, wir sind dann immer etwa um Mitternacht nach Hause gegangen.

Kam der Protest sowohl von Leuten aus der Stadt als auch von Leuten vom Land?

Ja, das war der Erfolg dieser Proteste. Es war eine Verbindung der Mobilisierungen vom Land und von der Stadt. Die Leute vom Land kämpften dafür, dass das Wassergesetz verändert wird, und in der Stadt dafür, dass die Firma *Aguas del Tunari* die

Stadt verlasse, weil die Wassertarife viel zu hoch [elevadísimas] waren. Sie sind fast um 300 Prozent gestiegen. Das war der große Fortschritt dieser Proteste, dass sich die Leute vom Land und die aus der Stadt vereinigt haben.

Also wäre der Protest ohne die Unterstützung vom Land nicht möglich gewesen?

Auf keinen Fall, denn es waren die Bauern, die zuerst da waren und den Rest der Stadt mobilisiert haben. Die Stadt hat etwas gebraucht, bis sie teilgenommen hat. Erst am zweiten oder dritten Tag unterstützten Leute aus der Stadt die Proteste, bis sie merkten, dass es wichtig war, dass *Aguas del Tunari* die Stadt verlässt.

Wurden die beiden Themenkomplexe – also die Forderung nach Veränderung des Wassergesetzes und die erhöhten Tarife in der Stadt – in den Medien gleichgewichtig dargestellt?

Es wurde wesentlich mehr über die Tarifierhöhungen berichtet, denn alle wichtigen Medien sitzen in der Stadt. Nur manche Radiosender berichteten auch über das Wassergesetz. Aber eben vor allem die, die auf dem Land funktionieren. Also die Landradios. Aber insgesamt wurde wesentlich mehr über die Forderungen der Leute aus der Stadt berichtet, also über die Wasserpreise.

Welche Medien habt ihr benutzt, um euch untereinander zu verständigen?

Wir haben uns vor allem über das Radio informiert, weil man das Radio die ganze Zeit hören konnte. Drei Radios haben den ganzen Tag über das Geschehen berichtet, also live und jederzeit: *Radio Pío XII*, *Kancha Parlaspa* und auf dem Land vor allem *Radio Cultura* aus Quillacollo. So informierten wir uns. Wenn wir aus dem Haus gingen, hörten wir immer Radio, um zu wissen, in welcher Zone der Stadt die Proteste gerade am stärksten waren. Am nächsten Morgen konnten wir dann die Zusammenfassung auch in der Zeitung lesen. Wir haben dann versucht, die ganze Information, die in den Zeitungen stand, den Leuten zur Verfügung zu stellen, indem wir die Artikel an Stellwände geklebt haben, die wir auf der *Plaza Principal* aufstellten.

Nach dem was Du gesagt hast, schienen die Radios den Protest ja teilweise zu unterstützen. Wie siehst Du die Rolle der Presse?

Die Presse hat am Anfang vor allem die Gewalt kritisiert, mit der die Coordinadora bzw. die Proteste vonstatten ging. Die Linie ging überwiegend in die Richtung zu sagen, dass der Stadt und der örtlichen Industrie durch die Proteste keine Nachteile entstehen sollten, etc.

Aber mit der Zeit musste auch die Presse sich der Realität anpassen. Und die Realität war, dass die ganze Stadt stillstand, um dafür zu kämpfen, dass *Aguas del Tunari* die Stadt verlassen. Die Presse ist also dem Druck der Stadt gewichen und än-

derte ihre Linie. In gewisser Weise musste sich auch die Presse mit der Coordinadora identifizieren.

Welche Linie konntest Du nach Ende der Konflikte in den Medien erkennen?

Die Einstellung der Medien war und ist auch jetzt noch eine Linie, die von starker Kritik gegenüber der Mobilisierungen und der Coordinadora geprägt ist. Die Presse – vor allem die Zeitung *Los Tiempos* – schreibt jedes Mal, wie viel Verluste jeder Protest, jede Demonstration für die Stadt bedeutet. Man sieht deutlich, dass sie das Interesse haben, die Privatunternehmen zu unterstützen. Besonders oft erscheinen die Vertreter der Privatunternehmer in den Zeitungen. Nicht zuletzt auch, weil die Medien Privatunternehmen sind. Die Medien stehen also nicht mehr hinter der Coordinadora und den Protesten.

Freddy Morales Vaca

Zweiter Vorsitzender des Dachverbands der Mediengewerkschaften (FTPB)

[...] Es gibt zur Zeit Diskussionen um vier Gesetzesvorschläge, die in der einen oder anderen Weise unsere Arbeit beeinträchtigen. Ein Thema von den vieren ist das Gendarstellungsrecht. Eine weitere Gesetzesänderung, die unsere Arbeit beeinflusst, ist das Gesetz der Gerichte. In diesem neuen Gesetz soll an zwei Stellen festgelegt werden, dass Richter keinerlei Informationen weitergeben dürfen. Weder der Oberste Gerichtshof noch auf anderen Ebenen.

Ein ähnliches Thema ist die Gesetzesdebatte um die Regelungen der Staatsanwaltschaft. Auch die Staatsanwälte dürfen nach den neuen Gesetzen keinerlei Auskünfte an Journalisten geben. Es ist ja einerseits sinnvoll, dass bevor ein Fall vor Gericht gebracht wird, nicht zu viel in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird. Das Problem in Bolivien ist, dass gerade in dieser Phase sich diejenigen freikaufen, die das Geld dazu haben. Das heißt, der Fall wird niemals aufgenommen, und die Öffentlichkeit wird niemals informiert. Deshalb verteidigen wir Journalisten in Bolivien das Recht, schon vorher darüber zu berichten, auch wenn das gegen den Strom der Mehrheit der Länder geht.

Ein vierter Gesetzesvorschlag, mit dem wir uns zur Zeit befassen, behandelt den Zugang zu Informationen. Das ist allerdings ein Vorschlag, der so ein wenig auf Eis liegt.

Es gibt zur Zeit eine Art Hass der drei Staatsgewalten gegenüber der Journalisten. Also sowohl von Seiten der Regierung, als auch von Seiten des Parlaments und richterlichen Gewalt.

Hat das mit der neuen Regierung zu tun oder gab es das schon während der Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada (= "Goni")?

Wir denken, dass es mit folgenden Faktoren zu tun hat: Erstens das hohe Maß an Korruption in diesen drei Staatsgewalten. Und diese Korruption wird halt von den Medien beleuchtet. Es fühlen sich also Leute bedroht, dass das System nicht so weitergehen kann wie bisher.

Ein zweiter, für uns weniger glorreiche, Faktor ist, dass wir Medien selber dazu beitragen, dass unser Ruf immer schlechter wird. Denn keiner wird bestreiten, dass es innerhalb der Medien nicht auch Korruption gibt. Und mit gewissem Recht werden wir gefragt, welche Legitimation wir haben, die Lanze über die Korruption zu brechen, wenn wir selber korrupt sind. Was wir darauf meistens sagen ist, dass wenn wir von Fällen wissen, oder zumindest Anzeichen sehen für Korruption eines unserer Mitglieder, dann wird dieser Fall vor das "Tribunal de Honor" [Ehrengericht der Gewerkschaft] gebracht. Und unsere Ehrengerichte funktionieren, sprechen schuldig und bestrafen. Das ist zwar keine echte Entschuldigung, aber wir versuchen auf jeden Fall etwas gegen die Korruption zu unternehmen. Ein weiteres Argument ist, dass die Korruption auf der Ebene der Journalisten wirklich nicht eine große Geldmenge beinhaltet. Es handelt sich eher um peanuts, kleine Geldbeträge, die gezahlt werden.

Neulich wurde ich zu einem Seminar eingeladen, in dem es um Korruption ging. Und ich hatte die Gelegenheit mit Walter Guitéras zu diskutieren, der dann später Präsidentschaftsminister wurde und dann Innenminister. Ich habe auf dem Seminar drei große Fälle von politischer Korruption angesprochen, bei denen ich ausführlich zeigen und beweisen konnte, dass sie bekannt waren, aber niemals aufgeklärt bzw. bestraft wurden. Das hat den Herrn Guitéras sehr gestört, und als ich fertig war, sagte er: "Mein Freund Morales, ich habe einen Abgeordneten, dem reichen die Diäten nicht aus, weil er davon die ganzen Journalisten bezahlen muss, damit sie über seine Aussagen berichten". Wir haben ihn daraufhin aufgefordert, dass er uns die Listen der korrupten Journalisten gibt, damit wir die Fälle überprüfen können. Die Listen sind bis heute nicht eingetroffen. Man muss natürlich auch sehen, dass diejenigen, die zahlen, die Politiker sind, nicht die Journalisten.

Es gibt Fälle, in denen uns Politiker bedrohen. Sie sagen, wenn ihr über den oder den Korruptionsfall schreibt, dann veröffentlichen wir auch die Listen der korrupten Journalisten.

Die Korruption ist also einer der Gründe, warum die Medien teilweise einen schlechten Ruf bekommen haben in den letzten Jahren. Ein anderer ist die Kommerzialisierung der Medien. In den vergangenen Jahren sind große Medienketten entstanden, die – um mehr Geld zu verdienen – einfach alles machen. Und alles heißt eben auch, über Privatpersonen herzuziehen, um mehr zu verkaufen. Dabei geht es nicht nur um Politiker, sondern auch um andere Bürger.

Was machen wir also in einer solchen Situation: Zum einen in der unangenehmen Situation Journalist zu sein in einem Land, das zu den korruptesten der Welt gehört,

und auf der anderen Seite, wie gehen wir damit um, dass wir selber zu der Verschlechterung unseres eigenen Rufes beitragen.

Bislang ist eine der Strategien, die wir immer verteidigt haben, die Selbstregulierung. Wir wollen nicht, dass uns die Politiker regulieren, sondern wir wollen uns selbst regulieren. Deswegen diskutieren wir gerade mit allen Gremien – Arbeiter, Professionelle und auch Medienbesitzer –, wie wir einen Nationalen Ethikrat schaffen könnten. Eine Art Rat, der in fast allen Ländern der Welt funktioniert, aber hier noch nicht.

Wir haben ein Gesetz – das Gesetz de Imprenta – das schon sehr alt, also von 1925 ist. Da ist vieles inzwischen überholt, Fernsehen und Radio tauchen beispielsweise überhaupt nicht auf. Aber wir halten es dennoch für gut, weil es uns die Möglichkeit gibt, nicht vor normalen Gerichten stehen zu müssen. Weil die Richter oft von Politikern benannt werden, bzw. Teil des Establishments sind, außerdem höchst anfällig für Bestechungen, regelt die Ley de Imprenta, dass Pressedelikte von Jurados de Imprenta gerichtet werden. Es werden in jedem Ort 40 dieser Jurados bestimmt, und für jeden Fall werden 12 ausgelost, die sich mit dem Fall befassen. Wir halten dieses Gesetz für sehr weise, weil auf diese Weise nicht ein Richter über den Pressedelikt entscheidet.

Außerdem gibt es in jedem Department ein Ehrengericht. Aber jetzt wollen wir einen nationalen Ethikrat. Dieser Rat hätte auf einer ethischen Ebene zu entscheiden, ob Journalisten oder Medien richtig gehandelt haben oder nicht.

Das Gegendarstellungsrecht halten wir für falsch, der nationale Ethikrat könnte dieses Gesetz ersetzen.

Hast Du Zahlen, wie viele Journalisten in Bolivien arbeiten?

Das ist schwierig, weil es auf dem Land einfach eine riesige Menge an neuen Radios und Fernsehsendern gibt, die keiner überblickt. Wie ich Dir erzählt habe, arbeite ich mit der UCB zusammen. Bei dem letzten Kurs [Ausbildung in Radio auf dem Land] in Tihuanacu waren 40 Leute anwesend. Mit meinem Radioprogramm, von dem ich Dir erzählt habe [halbe Stunde mit Zielpublikum Landbevölkerung], wollten wir innerhalb der ersten drei Monate an insgesamt 40 Radios gelangen, aber wir sind schon im ersten Monat in 52 Radios gespielt worden. Und wir arbeiten nur in drei Departamentos [von neun in Bolivien]. Das heißt die Radios auf dem Land werden einfach immer mehr. Und davon sind einige legal, andere illegal. Wir versuchen im Moment daran zu arbeiten, die Medien auf dem Land zu formalisieren.

In Tihuanacu mit 15.000 Einwohnern gibt es zwei Radiosender, während San Ignacio de Velasco im Tiefland, mit 12.000 Einwohnern drei Radiosender und drei Fernsehsender hat.

Wir wollen diese Radios aus mehreren Gründen formalisieren. Zum einen haben die Journalisten in den kleinen Dörfern oft Probleme sich zu behaupten. Vor allem,

wenn sie Korruption aufdecken oder Autoritäten kritisieren, dann werden sie von den Stadtverwaltungen – das sind meist die einzigen, die in diesen Dörfern über Geld verfügen – bedroht. Sie haben uns also gefragt: "Was können wir machen, damit sie uns respektieren". Als ersten Schritt versuchen wir sie in unsere Assoziationen aufzunehmen, damit sie zumindest mit ihrem Presseausweis den Leuten beweisen können, dass sie als Journalisten anerkannt sind.

Das Aufkommen der vielen Radios auf dem Land ist also ein Faktor, warum ich nicht sagen kann, wie viele Journalisten es in Bolivien gibt.

Ein anderer Grund liegt darin, dass wir als Mediengewerkschaft alle Leute erfassen, die in den Medien arbeiten, also auch den Hausmeister, Techniker, etc. Alle bis zum Chefredakteur. Alle, die über dem Chefredakteur stehen, fassen wir als Vertrauensleute des Direktors auf. Das heißt, dass wir sie nicht mit in die Gewerkschaft aufnehmen.

Wenn Du aber schätzen würdest, wie viele Leute journalistisch tätig sind, was würdest Du schätzen?

Ich würde denken, dass es etwa 3.000 oder 3.500 Leute sein müssten. In La Paz sitzen natürlich die meisten Medien, die auch die meisten Leute beschäftigen, und wir sind nicht mehr als 400, die wir im Journalistenverband sind, in der Gewerkschaft sind wir in La Paz etwa 1200 [mit Hausmeister!]. In fast jedem Dorf in Bolivien gibt es inzwischen einen Sender. [...]

Wie sieht die finanzielle Situation der Journalisten aus?

Katastrophal. In La Paz werden die besten Gehälter bezahlt. In La Paz werden durchschnittlich – in Fernsehen und Zeitung – 500 US-Dollar bezahlt. Das Radio ist sehr schlecht bezahlt. Aber der größte Teil der Gehälter im Land verdient um die 200 US-Dollar oder weniger. Das führt dazu, dass die meisten Kollegen zusätzlich noch in anderen Bereichen arbeiten.

In *Presencia*, das ist die Tageszeitung, in der zur Zeit die niedrigsten Gehälter gezahlt werden, verdienen die Leute nicht mehr als 200 US-Dollar. Und das sind Leute, die keine anderen Gehälter haben. Es gibt auch kaum Arbeit. Viele Medien beschäftigen Praktikanten, denen sie überhaupt nichts zahlen, während sie andere Journalisten entlassen. Ich kenne eine Reihe von Kollegen, die in Radios arbeiten und weniger als 100 US-Dollar verdienen. Und das obwohl wir innerhalb der Gewerkschaft das Gesetz haben, dass Beschäftigte in unserem Sektor nicht weniger verdienen dürfen als drei Mindestgehälter. Das Mindestgehalt in Bolivien liegt zur Zeit bei 400 Bolivianos [ca. 75 US-Dollar], also dürfte eigentlich keiner der Mitglieder weniger als 1200 Bolivianos verdienen.

Wie verbreitet ist die Praxis, Radiojournalisten überhaupt kein Gehalt zu zahlen, sie aber dafür an den Werbeeinnahmen innerhalb ihrer Sendezeit zu beteiligen?

In La Paz setzt sich das jetzt immer mehr durch. Im Innern des Landes ist das schon lange Tradition. Es gibt nur wenige Radios außerhalb von La Paz, die irgend jemandem ein festes Gehalt zahlen, außer vielleicht demjenigen, der morgens zum Radio fährt, um die Geräte einzuschalten.

Das führt zu vielen Verzerrungen, vor allem zu Korruption. Denn: Wenn ich von X Werbung bekomme, kann ich nichts Schlechtes über X berichten, denn sonst habe ich morgen nichts zu essen. Und es gibt noch eine weitere Tendenz, die immer mehr um sich greift. Nämlich für die Berichterstattung Geld zu verlangen. Nehmen wir also an, jemand kommt zu einem Journalisten mit einer Beschwerde, und er hat die Dokumente dabei. Der Journalist fängt nicht, wie gewöhnlich mit seinem Interview an, sondern er sagt: "Das kostet Sie so und so viel".

Gibt es diese Tendenzen in Rundfunk und Presse?

Ja.

Auch die Tendenz, dass man selber Werbung für den Teil suchen muss, den man selber mit Inhalt beliefert?

In den Zeitungen gibt es seit kurzer Zeit die Sektionen: "Produziert von". In manchen Fällen lagern die Zeitungen eine ganze Sektion aus. Jemand anders muss also beispielsweise den Sportteil produzieren und muss auch selber Anzeigen dafür finden. Das findet sich weniger im Fernsehen als in den anderen Medien.

Und dann gibt es neuerdings noch ein Problem: Die Medien zahlen ihre Beschäftigten nicht mehr rechtzeitig. Also sie zahlen nur einen Teil des Gehalts, und den erst ein paar Monate zu spät, einen weiteren Teil gibt es noch später, etc.

Was für Lösungsansätze schlägt Ihr von der Gewerkschaft vor? Wie wollt Ihr der Korruption begegnen?

Eine der Maßnahmen betrifft die staatlichen Anzeigen. Das ist ein wichtiger ökonomischer Faktor. Wenn Du Dir aber die Medien mal anschaust, wirst Du feststellen, dass diese sehr ungleich verteilt ist. Die Tageszeitung *Presencia* hat beispielsweise schon lange keine Werbung mehr vom Staat bekommen. Das ist eine Anordnung von ganz oben, dass sie keine mehr bekommen, weil sie aus der Reihe tanzt.

Wir schlagen vor, dass die Gelder, die der Staat in Form von Anzeigen an die Medien zahlt, in einen gemeinsamen Topf kommen, und einigermaßen gerecht verteilt wird. Dazu müsste ein Rat geschaffen werden, der nach einigermaßen gerechten Kriterien die Anzeigen von staatlicher Seite unter den Medien verteilt. Damit sie nicht mehr als Druckmittel eingesetzt werden.

Eine andere Forderung ist die Subventionierung der Grenzradios. Denn viele Leute, die im Grenzbereich leben, kennen nicht einmal den Namen ihres Präsidenten, weil sie immer nur die Nachrichten aus dem Nachbarland hören können. Da müsste man wirklich was machen, um die Radios, die sich wirtschaftlich einfach nicht rechnen, zu unterstützen.

Das heißt, zur Zeit setzen wir uns mit den Medienbesitzern zusammen, um diese Vorschläge mit ihnen gemeinsam der Regierung vorzuschlagen. Wir wollen unsere Medienbesitzer retten, denn davon hängen unsere Arbeitsplätze ab.

Wie viele Stunden pro Tag arbeiten die Journalisten in Bolivien?

Ich würde sagen, in allen Medien zwischen 12 und 14 Stunden. Zusätzlich die Wochenenddienste.

Wie steht es mit der Krankenversicherung?

Alle Angestellten sind über die staatliche Krankenversicherung versichert.

Gibt es eine Tendenz, weniger Leute einzustellen und mit mehr freien Journalisten zu arbeiten?

Ja. Um die Sozialabgaben nicht zahlen zu müssen, gibt es immer mehr Arbeitsbereiche, die nicht über Festangestellte, sondern über freie Mitarbeiter abgedeckt werden. Viele Frauen können deshalb – wenn sie ein Kind bekommen – nicht ihre freien Monate in Anspruch nehmen. Diese Tendenz wächst immer mehr.

In meinem Fall: Ich arbeite schon seit drei Jahren für die Tageszeitung *Opinión*. Allerdings habe ich keinen Arbeitsvertrag. Ich schreibe vier oder fünf größere Reportagen pro Woche. Damit komme ich etwa auf das Gehalt, das ich haben würde, wenn ich auf der Gehaltsliste stünde, aber ich habe eben keine Rechte, wenn ich mal krank werde.

Wie sieht es mit den Möglichkeiten der Recherchen bei Behörden aus?

Wirklich schlecht. Es ist fast unmöglich Informationen zu erhalten. Es ist zwar im privatwirtschaftlichen Bereich nicht besser, aber der Unterschied ist, dass die Leute in den Behörden von unseren Steuergeldern bezahlt werden. Und sie erzählen der Öffentlichkeit nichts.

Ein Beispiel: Vor ein paar Jahren hat man damit begonnen, die Luftverschmutzung und den Lärmpegel in den Städten zu messen. Dazu kamen mexikanische Fachleute hierher und brachten modernes technisches Gerät mit. Man stellte fest, dass die Messungen sehr hohe Werte ergaben. Aber schon seit sieben Jahren hört man nichts mehr von den Ergebnissen. Ich habe überall versucht, die Werte zu bekommen, aber im Umweltministerium geben sie keine Auskünfte.

Was haben sie gesagt? Wie haben sie Dich abgewimmelt?

Zunächst haben sie mich immer hingehalten: "Der kann dazu nichts sagen, der ist im Urlaub, ich gebe ihnen mal die Durchwahl, etc.". Nach ein paar Monaten durfte ich mit drei Fachleuten sprechen. Ich habe sie anderthalb Stunden lang interviewt und habe absolut nichts, aber wirklich absolut nichts herausbekommen. "Dazu können wir nichts sagen. Das sind geheime Daten. Das wissen wir nicht so genau, etc.". Dazu kommt, dass die neuen Gesetze, die zur Zeit verabschiedet werden, fast immer beinhalten, dass Beamte oder Angestellte in Behörden keine Auskunft geben dürfen. Als das Gesetz für Angestellte im öffentlichen Dienst verabschiedet wurde, stand darin, dass die Angestellten keine Auskünfte erteilen dürfen. Wir haben dann gedroht, demonstriert und gestreikt. Jetzt wird darin stehen, dass sie verpflichtet sind, Auskünfte zu geben. Hoffentlich erfüllt sich das auch.

Das komische ist, dass diese Gesetze ja nicht in Bolivien entstehen, sondern schon fertig nach Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern kommen. Sie werden meistens unter starkem Einfluss der USA von einzelnen Herren der Weltbank in San José in Costa Rica ausgehandelt. Die Gesetzesvorschläge, die jetzt diskutiert werden, habe ich schon vor langer Zeit – noch zu Zeiten des Justizministers Blattmann – bekommen. Und in all diesen Gesetzesunterlagen sind sehr restriktive Regeln enthalten, was Auskünfte von Angestellten im öffentlichen Dienst, an den Gerichten etc., angeht. Mich wundert das vor allem deswegen, weil es ja heißt, dass in den USA sehr genaue Vorschriften regeln, dass Angestellte Auskunft erteilen müssen.

Die Gesetzesvorschläge, die jetzt diskutiert werden, sind schon sieben oder acht Jahre alt.

Pedro Glasinovic V.

Vorsitzender des Journalistenverbands, Chefredakteur *Presencia*, ehemaliger Chefredakteur der staatlichen Nachrichtenagentur *ABI*

Wie viele Leute arbeiten in den Redaktionen Boliviens?

Das ist eine schwierige Frage. Bei uns sind zwischen 1200 und 1300 Journalisten Mitglied. Aber ich spreche hier von professionellen Journalisten, also Journalisten, die ihren Titel in Comunicación Social haben, oder zumindest die Studien abgeschlossen haben. Daten darüber, wie viele Menschen als Journalisten arbeiten, gibt es nicht.

Wenn Sie schätzen müssten?

Diese Zahl sage ich mit viel Vorsicht, also es besteht eine große Chance, dass ich sehr falsch liege mit der Zahl. Aber ich würde mal schätzen, dass in den Medien in Bolivien etwa 5000 Menschen arbeiten, dabei rechne ich Journalisten und Pressean-

gestellten zusammen. Denn die Medien haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Wen würden sie als Journalist bezeichnen?

Das ist eine interessante Frage, und meine Antwort darauf hat mir immer Probleme eingehandelt, da ich ja als führende Persönlichkeit [orig.: dirigente] im Journalistenverband eigentlich darauf achten müsste, nur Journalisten mit Hochschulabschluss als solche zu bezeichnen. Aber ich glaube nicht, dass Journalist nur derjenige ist, der das Glück hatte, Comunicación Social studieren und damit abschließen zu können. Ich schätze die Arbeit derjenigen, die sich den Journalismus selber beigebracht haben, die "empíricos", wie wir sie nennen. Bevor es die Journalistenausbildung gab, haben es alle auf diese Weise gelernt, und diese Leute haben uns den Journalismus beigebracht. Auch jetzt gibt es Journalisten, die ihre Arbeit in prekären Situationen ausüben, mit minimaler technischer Ausrüstung. Die aber wahrscheinlich, wenn wir es auswerten, besser arbeiten als wir. Denn ihre Arbeit ist unabhängiger, unterstützt die Kultur, unterrichtet und kommuniziert – kommunizieren im eigentlichen Sinne von dem Begriff Kommunikation, also wechselseitig. Ich spreche hier von den Journalisten in den Radios im Grenzgebiet Boliviens [radios de las fronteras], den Gemeinschaftssendern der Kommunen [radios comunitarias]. Ich schätze deren Arbeit als besser ein als die, die wir in der Stadt leisten, wir, die wir Comunicación Social studiert haben.

Wie groß ist der Anteil der Journalisten mit Universitätsabschluss?

Bis vor kurzem war die Hürde, eine Abschlussarbeit [orig.: tesis] zu schreiben, viel zu hoch. Die Arbeiten, die verlangt wurden, erinnerten eher an Doktorarbeiten als an normale Abschlussarbeiten. Weil man aber auf dem Arbeitsmarkt auch ohne diesen Abschluss Arbeit gefunden hat, hat fast niemand den Studiengang abgeschlossen. Manche haben sogar einen Aufbaustudiengang [= posgrado, maestría] abgeschlossen, ohne jemals ihre Abschlussarbeit geschrieben zu haben.

In den letzten Jahren haben die Universitäten verschiedene Modalitäten geschaffen, um das Studium abzuschließen. Es gibt Prüfungen, Praxisarbeiten, etc. die die Möglichkeiten schaffen, seinen Titel zu erlangen, so dass ich jetzt davon ausgehen würde, dass die Hälfte aller Journalisten, die zur Zeit in Bolivien arbeiten, professionelle Journalisten [also entweder mit Titel, oder mit abgeschlossenem Studium, "egresados" de comunicación] sind. [...]

Die Ansprüche sind höher geworden. Sie wollen nicht mehr nur Leute mit abgeschlossenem Studium, sondern Leute mit Aufbaustudiengängen usw.

Diese Ansprüche werden vor allem von den Zeitungen gestellt oder auch von anderen Medien?

Ja, meistens von den Zeitungen, weil Zeitungen doch als die – ich möchte nicht sagen – wahren Medien, aber doch die Medien an sich wahrgenommen werden. Radio

ist so einfach zu produzieren. Man hält halt einfach das Mikrofon hin. Oder man benutzt das Mobiltelefon, ruft bei dem Radio an und sagt: "Hallo, ich habe einen Bericht von dem und dem", dann spricht der Minister und sagt, dass die Winterferien dieses Jahr vorverlegt werden oder was auch immer, und dann sagt man: "das war der Minister", und fertig ist der Radiobeitrag. Im Gegensatz dazu ist die Arbeit in der Zeitung wesentlich anspruchsvoller. Viel mehr Recherche, Ausarbeitung und Vorwissen sind notwendig.

Kommen die meisten Journalisten aus den Städten?

Nein, auf dem Land gibt es auch viele Medien, ... aber klar in den Zeitungen und in den Medien in den Städten arbeiten vor allem Menschen städtischer Herkunft. Aber wir haben hier [in *Presencia*] auch Aymaras.

Die auch Aymara sprechen?

Es sind Aymara, sie sprechen Aymara, aber sie haben eine Ausbildung an der Universität in der Stadt erhalten.

Beeinflusst ihr Ursprung auch die Art, wie sie die Nachrichten angehen?

Ja, auf jeden Fall. Wir haben einen Redakteur, der vom Land zu uns kam. Am Anfang konnte er nicht gut Spanisch sprechen. Aber inzwischen hat er eine gute Ausbildung hinter sich. Ihn interessieren vor allem die sozialen Themen. Er geht die Probleme immer von der Basis an. [...]

Welchen sozialen Hintergrund haben die Familien, aus denen die Journalisten kommen?

Vor allem aus der Mittelschicht. Die obere Mittelschicht ist kaum vertreten. Das sind dann schon eher die Besitzer der Medien. Aber Mittelschicht, untere Mittelschicht. In den letzten zehn Jahren sind auch viele Journalisten aus den ärmeren Schichten und Leute vom Land dabei.

Wie beurteilen Sie die Ausbildung von Journalisten in Bolivien?

Sie ist defizient und viel zu theoretisch. Das führt dazu, dass die Journalisten aus der Universität zu uns in die Redaktion kommen, sie fühlen sich wie lauter Pulitzergewinner, aber dann setzen sie sich vor die Computer und wissen manchmal nicht, wie man sie anschaltet und wissen oft nicht, wie man eine Nachricht schreibt.

Sie haben einen akademischen Hintergrund. Sie können die Leute einordnen, ob sie der einen oder anderen politischen Richtung angehören, und sie kennen Grundzüge davon, wie die Wirtschaft funktioniert. Sie sind also durchaus in der Lage, die Wirklichkeit zu verstehen und zu interpretieren. Aber Journalisten werden sie erst auf der Straße, in den Redaktionen, bei den Demonstrationen, im Kontakt mit dem Volk, mit den Mächtigen. 99 Prozent der Dozenten in *Comunicación Social* sind keine Journalisten und kennen die Praxis nicht. Sie kritisieren die Medien, aber sie können keine Kamera anschalten. [...]

Erklären Sie mir bitte die Unterschiede in Funktion, Aufbau und Mitgliedschaft zwischen den "Colegios de Comunicadores", der Mediengewerkschaft und dem Journalistenverband?

Zunächst etwas zur Geschichte: 1929 wurde der Journalistenverband in La Paz gegründet. Bis jetzt hat er durchgehalten, auch über die Militärdiktaturen hinweg. Als die ersten Journalistenstudiengänge gegründet wurden, sah man die Notwendigkeit die Vergabe von Titeln zu regeln. Die berufsältesten Journalisten haben vom Kulturministerium den Titel erhalten. Die anderen konnten über eine Art Tesis – mit nicht so hohen Anforderungen wie etwa in der Universität – einen Titel erhalten. Und jetzt gibt es Titel nur für diejenigen, die studiert haben.

Die Mediengewerkschaft umfasst alle, die in den Medien arbeiten. Hausmeister, Journalisten, ..., alle gehören automatisch – ohne sich einschreiben zu müssen – der Mediengewerkschaft an. Die einzige Voraussetzung ist, dass man auf der Gehaltsliste eines Medienbetriebes steht.

Seit es so viele Studiengänge in Comunicación Social gibt, gibt es auch immer mehr, die dieses Studium abschließen. Diejenigen, die ihren Titel haben [= "licenciados", also diejenigen, die nicht nur die Studien abgeschlossen haben (= "egresados"), sondern auch ihre Abschlussarbeit geschrieben und verteidigt haben] halten die Anforderungen des Journalistenverbandes für zu niedrig. So sind die Colegios entstanden: Bislang in Santa Cruz, in Cochabamba und in Oruro.

Die verschiedenen Verbände, also Journalistenverband, Gewerkschaft und Colegios, arbeiten zusammen, da wir ja dieselben Interessen haben. Gestern wurde zum Beispiel ein Gesetz verabschiedet, das uns alle angeht.

Der Journalistenverband führt die Listen. Wir vergeben die Journalistenausweise und es gibt auch Anstecker, die einen als professionellen Journalisten ausweist.

Der Journalistenverband gehört keiner internationalen Organisation an. Die Journalistenorganisationen auf lateinamerikanischer Ebene sind eher gewerkschaftlich organisiert.[...]

Wie viele Stunden arbeiten die Journalisten in Bolivien?

Früher war es eine Art Grundvoraussetzung für Journalisten, bis spät in die Nacht zu arbeiten. Bis um ein Uhr in der Früh, oder noch später, haben alle Journalisten gearbeitet. Danach sind sie dann noch gemeinsam in eine Whiskey-Stube. Das hatte auch mit dem Selbstimage der Journalisten zu tun.

Wann war das?

Bis in die 80er, 90er Jahre. Wir, die wir von den Universitäten kamen, haben dann versucht, langsam eine Änderung durchzusetzen. Und als ich hier zum Nachrichtenchef wurde, habe ich gesagt, dass wir nicht jede Nacht bis zwei Uhr morgens arbeiten können. Das ist Selbstmord. Der Redaktionsschluss wurde langsam auf elf vorverlegt, inzwischen ist der Redaktionsschluss um sieben Uhr abends. Es arbeitet nur

noch ein Notfallteam. Die Arbeitszeit in der Gegenwart beträgt etwa acht bis zehn Stunden.

Die Bezahlung?

Ist sehr schlecht. Nur zwei Zeitungen haben vor einigen Jahren angefangen, mehr zu bezahlen. Das waren *La Razón* und *Presencia*. Im Moment zahlen wir aber wieder weniger, viel zu wenig, das liegt an der Wirtschaftskrise.

Es gibt Radios die zahlen 100 oder 200 US-Dollar. Manche zahlen sogar gar nichts. Die Journalisten müssen sich selber Werbung suchen. Und das öffnet natürlich der Korruption die Tür.

Im Fernsehen verdient man am meisten, danach kommt die Zeitung, und zum Schluss das Radio. Im Radio verdienen die Journalisten wohl durchschnittlich 100 bis 200 US-Dollar monatlich. Überleben können die Journalisten nur, in dem sie andere Jobs annehmen, oder sich korrumpieren.

In den Zeitungen verdienen die Journalisten durchschnittlich zwischen 500 und 700 US-Dollar monatlich. Im Fernsehen sind es 100 oder 200 US-Dollar mehr.

Und trotzdem gibt es Korruption?

Korruption gibt es überall. Aber sie ist so schwer zu entdecken. Die Korruption hinterlässt keine Quittungen. Gestern hat mich jemand angerufen, und hat mir angeboten, dass ich Geld verdienen könnte dadurch, dass ich eine Kandidatin für die Wahlen der Telefongesellschaft unterstütze. Ich habe ihm gesagt, dass ich nicht ganz verstehe, was er möchte, er solle doch in mein Büro kommen. Aber er ist nie aufgetaucht.

Eine weitere Form der Korruption sind die Geschenke. Eines Tages kam jemand rein. Und er gibt ein Paket für mich ab. Ich frage ihn, was das soll. Er sagt mir, dass er von Telecel ist. Ich sollte eine Liste unterschreiben. Darauf standen nur Journalisten, einige hatten unterschrieben. Wenn ich unterschrieb, hätten sie mir ein Handy geschenkt. Ich habe ihm gesagt, dass es sich dabei nicht um ein Geschenk, sondern um Bestechung handelt. Und ich habe ihn rausgeschmissen.

Zwei Tage später rufen sie mich an und fragen, wo denn meine Journalisten bleiben würden. Hier ist also die Antwort auf die Frage, wozu die Leute das Geschenk gebracht hatten. Sie wollten uns zu einer Pressekonferenz einladen.

Als Ana María noch Direktorin von *Presencia* war, ließ Max Fernández [ehemaliger Chef der UCS, inzwischen ist es sein Sohn Johnny] riesige Präsentkörbe schicken. Ana María ließ die Körbe zurückschicken, woraufhin uns Fernández, der ja auch der Chef der größten Brauerei ist, die Werbung gestrichen hat.

Haben solche Geschenke in anderen Medien großen Einfluss?

In anderen Zeitungen ja. Wir könnten jetzt einen Versuch machen. Wir könnten die anderen Zeitungen aufschlagen, und ich könnte dir in jeder Zeitung zeigen, dass die Mehrzahl der Artikel auf direkte Weise mit Werbung zu tun hat.

Hat die Werbewirtschaft also mehr Einfluss als die Regierung?

Auf jeden Fall. Aber auch die Regierung benutzt ihre Anzeigen, um uns zu beeinflussen. *Presencia* zum Beispiel erhält keine Anzeigen der Regierung. Auf direkte Anweisung des Präsidenten. Wenn du die Regierung kritisierst, dann benutzt die Regierung das Geld des Volkes – denn es ist ja gar nicht ihr Geld – um die Medien zu beeinflussen.

Eine andere Form ist die, Steuerschulden einzuklagen, wenn es ihnen gerade ge-
nehm ist.

Die dritte Form liegt in der Behinderung im Papierimport. Sie sorgen dafür, dass es Probleme gibt, die Papierlieferungen durch den Zoll zu bekommen. Sie erfinden irgend etwas. Der Lastwagen bleibt stecken, die Zölle werden höher. Eine Rolle Papier kostet im Ausland durchschnittlich 600 US-Dollar. Wenn man sie hier kauft, muss man 750 US-Dollar bezahlen.

Die Bevölkerung weiß von all dem nichts?

Nein. Und es wird auch nicht darüber geschrieben. Es ist vielleicht eine Art Würde, dass wir uns nicht beschweren wollen. Es wäre aber gut, wenn die Bevölkerung davon erfahren würde.

Wie ist das Ansehen der Journalisten?

Relativ gut, aber es nimmt stetig ab. Als Journalistenverband beunruhigt uns das sehr. Wir veranstalten Seminare zu journalistischer Ethik. Unseren Nachwuchsjournalisten sagen wir, dass sie aufpassen müssen. Denn das wichtigste Kapital, das die Medien haben, ist ihre Glaubwürdigkeit. Durch die Konkurrenz mit anderen Medien gibt es Probleme mit der journalistischen Sorgfalt. Das führt zu Fehlern, und das führt zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit.

Gibt es Einschränkungen was den Zugang zu Informationen in Behörden angeht?

Die größten, die man sich vorstellen kann. Eigentlich hätte das Volk ein Recht darauf zu wissen, was die Politiker verdienen, die Minister, Staatssekretär usw., aber solche Informationen sind in diesem Land "top secret". Hier in Bolivien sind wir inzwischen so weit, dass der Minister Anweisungen gibt, dass nur er Auskunft erteilen darf, und der Vizeminister, wenn der Minister ihn autorisiert.

Man muss sich die Informationen also irgend wie hintenherum beschaffen. Und da sind wir ja Experten, da wir unter den Diktaturen gelernt haben, hintenherum zu

recherchieren. Wir fragen den Hausmeister, die Sekretärin, oppositionelle Politiker etc.

Es gibt kein Gesetz, dass den Zugang zu öffentlichen Informationen garantiert?

Nein. Als Luis Vásquez noch Arbeitsminister war, haben wir mit ihm einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der das Recht auf Information regelt. Aber diese Initiative hat keine Chance durchzukommen, sie schlummert im Parlament.

Sie haben an der Schaffung der staatlichen Nachrichtenagentur mitgearbeitet.

Wann war das, und welche Funktion sollte die Agentur haben? Hat sich die Funktion mit der neuen Regierung verändert?

Das war im Februar 1996 unter der Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada. Zunächst war ich nicht sonderlich interessiert. Aber dann habe ich nachgedacht. Ich konnte Bedingungen stellen. 1. sollte es eine Agentur des Staates sein, nicht der Regierung, 2. sollte es keinen parteipolitischen Einfluss geben. Bolivien war damals das einzige Land ohne staatliche Nachrichtenagentur. [...]

Unter Sánchez de Lozada war es noch möglich, relativ unabhängig zu arbeiten. Ein Jahr lang habe ich noch mit der neuen Regierung gearbeitet. Aber die Agentur und die anderen staatlichen Medien wurden zu Propagandainstrumenten umstrukturiert. Da bin ich gegangen. [...]

Wir haben mit vier Leuten angefangen. Inzwischen sind es 14. Die Nachrichten werden über Internet und über den Dienst *Jatha* verschickt.

Amalia Pando

Herausragende Recherche-Journalistin bei PAT

Wenn ich richtig gelesen habe, waren Sie eine der ersten Frauen, die in der Öffentlichkeit als Journalistin hervorgetreten ist?

Nein, es gab schon eine Generation vor mir, zu der Anita Campero gehört. Der Weg war also schon frei.

Inzwischen haben Sie vielleicht ein eigenes Team, das für Sie die Recherche betreibt, aber Sie haben am Anfang sicherlich auch andere Erfahrungen gemacht. Welche Probleme gibt es bei der Informationsbeschaffung für Journalisten in Bolivien?

Erst mal muss ich was aufklären. Keiner in Bolivien hat ein Team, um zu recherchieren. Alle machen die Recherche selber: Anrufen, Bestätigen, Recherchieren, ... all das mache ich selber. Wenn einige Medien behaupten, dass sie Teams für die Recherche schaffen, dann glaube ich das nicht. Bislang habe ich so etwas noch nicht gesehen.

Nun zu den Schwierigkeiten: Es gibt alles [son todas absolutas]. Keiner öffnet Dir die Archive und sagt Dir, dass Du da reinschauen kannst. Wir sind davon abhängig,

dass man Leute in den Behörden kennt, die einem die Informationen versteckt zu spielen. [...]

Welche Rolle haben Sie bei der Recherche des Wasserprivatisierung in Cochabamba gespielt? Haben Sie dazu recherchiert?

Ja, das war auch bei uns in *PAT* ein Thema. Ich habe vor allem über die Scharfschützen recherchiert. Drei Tage nachdem von einem anderen Journalisten in *PAT* ein Beitrag produziert und gesendet wurde, in dem man – ganz am Rande – auch einen Scharfschützen sehen kann, habe ich mir die Materialien noch mal genau angeschaut, um herauszufinden, was dieser Typ, der da schießt, eigentlich macht.

Durch Recherche konnten wir herausfinden und beweisen, dass es Morde von Seiten der Scharfschützen gab, die als Opfer der Auseinandersetzungen dargestellt wurden.

Die Regierung hat immer den Einsatz von Scharfschützen bestritten. Aber wir konnten auf unserer Aufnahme einen sehen, durch ein Privatvideo, das uns zugespielt wurde, einen weiteren. Dann haben wir die ganzen Verletzten befragt, wo sie angeschossen wurden, zu welcher Uhrzeit, usw. Und so konnten wir beweisen, dass es sich nicht nur um einen einzelnen Scharfschützen gehandelt hat.

In einem Interview, das mit Ihnen vor zehn Jahren geführt wurde, erzählten Sie von einem Vorfall, in dem Sie einen Wirtschaftsfachmann interviewten. Damals hatte dieser das Interview unterbrochen, um Ihnen zu sagen, wie erstaunt er darüber war, dass eine Frau solche Fragen stellen kann. Hat sich das in den letzten zehn Jahren verändert?

In meinem Fall sicherlich. Ich bin als Amalia Pando inzwischen ein Begriff – bin also nicht mehr Mann oder Frau als Journalistin, sondern eben Amalia Pando. Aber für die anderen Frauen gibt es nach wie vor die ganzen Schwierigkeiten. Es ist zum Beispiel sehr schwierig, als Frau Nachrichtenchefin zu sein. Vor allem, wenn man unter sich vor allem Männer hat. [...]

Inwieweit beeinflusst das Frau- bzw. Mannsein die produzierten Medieninhalte?

Das beeinflusst auf jeden Fall. Zum Beispiel, nachdem ich meinen Sohn bekam, habe ich bestimmt zehn Jahre lang dem Thema der Mutterschaft wesentlich höheren Stellenwert eingeräumt. Das würde ein Mann niemals tun. Jetzt ist mein Sohn Jugendlichen, und ich interessiere mich – in der Öffentlichkeit – für die Themen der Jugendlichen.

Sie sind in La Paz geboren?

Ja.

Sie sprechen Spanisch als Muttersprache?

Ja, nur Spanisch, leider.

Gab es Recherche-Situationen, in denen Ihnen es geholfen hätte Aymara sprechen zu können?

Ja, sehr oft. Es gibt viele Themen, in denen ich nur mit Dolmetscher auskomme. Themen wie die Migration von Potosí, über die Bildungsreform im ländlichen Bereich, die Kinder sprechen nur Aymara, selbst der Lehrer in den Schulen spricht nur halb Spanisch, das man nicht gut verstehen kann. Es wäre wirklich wichtig [vital] in solchen Momenten Aymara sprechen zu können.

Arbeitet in PAT Personal, das Aymara sprechen kann?

Ja, das ganze Technik-Team, aber leider keine einziger Journalist. Das heißt doch, der Kollege, der für El Alto zuständig ist.

Und die Tatsache, dass die meisten keine Aymara sprechen, schränkt die Recherche ein?

Ja, die Recherche wird stark eingeschränkt. Allerdings muss man dazu auch sagen, dass es nicht ein so großes Hindernis darstellt, weil die Medien bislang nach wie vor die Meinungen der Leute der Mittel- bis Oberschicht repräsentieren und abbilden. Das heißt, es kommt nur selten vor, dass man wirklich mit dem Volk spricht, das muss man leider zugeben.

Für wen machen Sie Ihr Programm?

Wir versuchen natürlich für alle ein Programm zu machen, aber wenn man den Inhalt analysiert, stellt man fest, dass man nur für die Mittel- bis Oberschicht Programm macht. Das heißt aber nicht, dass nur diejenigen einen hören und sehen. Fernsehen ist kostenlos, also hören uns alle.

Die Medien haben teilweise eine wichtige und eher unterstützende Rolle in den Protesten gespielt. Gab es dafür zeitweise Versuche der Regierung, Ihre Arbeit einzuschränken?

Von PAT? Nein, niemals.

In Radio Fides, wo Sie vorher gearbeitet haben?

Nein, seit Wiedereinführung der Demokratie gab es das nicht. Allerdings gibt es halt Korruption. Es gibt Politiker, die dafür zahlen, dass eine bestimmte Nachricht erscheint oder nicht erscheint. Das gibt es natürlich.

Wenn Sie in Krisengebiete reisen, gibt es Behinderungen?

Nein, eher im Gegenteil. Ich würde aber gerne noch anmerken, dass die Unterstützung, die wir Medien früher fast allen sozialen Bewegungen entgegengebracht haben, inzwischen etwas eingeschränkt ist, nämlich in Bezug auf die Kokabauern.

Weil sie zu viel blockiert haben?

Weil sie zu viel und teilweise ohne Grund blockiert haben, und vor allem weil sie fünf Polizisten ermordet haben. Seitdem bin ich in meiner Berichterstattung etwas auf Distanz gegangen.

Das Fernsehen wird ja ausschließlich über Werbung bezahlt.

Ja durch Werbung aus der Privatwirtschaft und durch Werbung der Regierung.

Können Sie sagen, wie hoch der Anteil der Werbung der Regierung ist?

Das hängt vom Augenblick und vom Sender ab.

In welchen Momenten steigt bzw. sinkt die Werbung der Regierung?

Das ist wohl der stärkste Mechanismus der Erpressung bzw. der Einschränkung der Informationsfreiheit, der von der Regierung eingesetzt wird. Der Informationsminister zitiert einen zwar nicht mehr her und bestimmt, was man zu senden hat, aber er nimmt Dir die Anzeigen weg.

Ist das in letzter Zeit in einem bestimmten Fall vorgekommen?

In letzter Zeit nicht, denn PAT hat schon seit vier Jahren keine Werbung mehr von der Regierung mehr bekommen. Andere Sender haben aber nach wie vor Werbung.

Findet man solche Mechanismen auch von Seiten der Privatwirtschaft?

Ja, das funktioniert dort genauso. Wenn ein Kanal vor allem von Werbung eines bestimmten Werbekunden abhängt. Nehmen wir als Beispiel die Bierbrauerei. Die Bierbrauerei ist in vielen Kanälen der Werbeträger, der alleine 60 oder mehr Prozent der Werbung ausmacht. Wenn man also anfängt darüber zu berichten, dass es doch gut wäre, wenn diese Firma mal ihre Steuern zahlt, dann sitzt man ganz schnell auf der Straße.

Also wird das Thema nicht behandelt?

Nein das Thema fällt flach.

Welche weiteren wichtigen Anzeigenkunden gibt es, die Banken?

Die Banken genauso.

Handy-Firmen?

Dort ist die Konkurrenz größer. Das heißt man kann leichter auf den anderen Werbeträger umsteigen. Aber wenn die Firma ein Monopol hat, oder wenn der Werbebetrag einfach einen großen Teil der Werbeeinnahmen ausmacht, dann ist es schwieriger. Man würde sich eine andere Situation wünschen. Man sagt ja, dass die Anzeigenabteilung ein Teil der Zeitung ist, der von dem anderen, dem redaktionellen Teil getrennt ist. Das gibt es so vielleicht in großen Zeitungen, in den USA. Aber wer das hier behauptet, der lügt.

Gibt es auch in PAT die Tendenz, einzelne Sendezeiten an fremde Produzenten zu verkaufen?

Ja, die gibt es.

Öffnet das nicht den Weg in die Korruption?

In welcher Hinsicht?

Das einzelne Journalisten sich mit Firmen oder Politikern einigen, sie bevorzugt in ihrer Sendezeit zu behandeln und dafür Werbung erhalten?

Ja, das gibt es auf jeden Fall. In allen Sendern. Ich kann Dir von einem Beispiel erzählen. Als jetzt die Wahlen bei Cotel [Telefonkooperative in La Paz] waren, wurden bei uns die verschiedenen Kandidaten vorgestellt. Sie standen bei uns Schlange, und wir konnten auch nicht alle interviewen. Und eine Kandidatin sagte mir hinterher, dass PAT der einzige Sender gewesen sei, in dem sie nicht hätte bezahlen müssen. In anderen Sendern sei es normal gewesen, dass sie 1000 US-Dollar bezahlt habe, für einen Werbespot. Und der Werbespot schloss Interviews in den Nachrichtensendungen mit ein. Das ist ein schlimmes Beispiel, aber es ist noch relativ klein. Die Wirtschaftskrise hat die Medien korrumpiert.

Wie hat sich die Wirtschaftskrise in Ihrem Medium ausgewirkt?

Es wurde fast die Hälfte des Personals entlassen, wir werden unpünktlich bezahlt, es gibt keine Gehaltserhöhungen. Und vor allem die Privatwirtschaft schaltet keine Anzeigen mehr.

Man wird regelmäßig angezeigt. Das gehört zum Tagesgeschäft. Wenn wir über korrupte Politiker berichten, dann zeigen Sie uns an, um uns zu erschrecken. Und es erschreckt einen in der Tat. Aber das gehört zum Tagesgeschäft. [...]

Ich würde gerne noch was anfügen. Ich stelle fest, dass durch die Wirtschaftskrise die Korruption in den Medien zugenommen hat. Es gab einen wirklich komplizierten Korruptionsfall, wir wussten nicht, wo wir den anpacken sollten – der Fall Landívar, der größte Fall von Bankenriminalität in Bolivien und der größte Diebstahl, den es bislang in Bolivien gab, über 100 Millionen US-Dollar. Die Superintendencia de Bancos für die Aufklärung des Falles zuständig. Es handelt sich um Bankenriminalität, da kommt man schlecht an die Information, und wir haben auch kaum Zeit, uns da einzuarbeiten. Das heißt wir konnten da wenig recherchieren, aber wir haben einfach das Thema immer wieder gebracht. Der Schuldige wurde gefunden. Weil wir das Thema immer weiterbehandelt haben, fing er an, uns zu verklagen. Außerdem ist interessant, dass Landívar selber Sendezeit gekauft hat in anderen Fernsehsendern, um andere Journalisten zu beschimpfen. Andere Journalisten hat er selber gekauft. In der Tageszeitung *El Deber* hat er sich große Anzeigen gekauft, in denen er die Journalisten mit Lügen beschimpft hat.

Und hier sieht man den Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Die Medien haben einfach keine Option. Sie müssen solche Angebote annehmen.

Wissen die Zuschauer, dass die Situation der Medien so schlecht ist?

Nein. [...]

Oft benutze ich die Meldungen der Zeitungen, um sie bekannter zu machen. Es liest einfach kein Mensch die Zeitungen. Also lesen wir die Zeitungen vor, damit die Nachrichten an die Öffentlichkeit kommen. Andersrum zitieren die Zeitungen aber auch die Fernseh- und Radiosender. [...]

Erick Torrico Villanueva

Kommunikationswissenschaftler

Zur Medienkonzentration: Welche Mediengruppen gibt es in Bolivien?

Es gibt zwar mehr als zwei, aber zwei treten besonders hervor. Die erste ist die Gruppe Garafulic. Die besitzt einerseits eine Fernseh-Senderkette, die zweifelsohne die größte in Bolivien ist. Außerdem verfügen sie auch über Kapitalbeteiligung auf internationaler Ebene, aus Spanien, von der Gruppe "Prisa". Außer den Beteiligungen im Rundfunkbereich verfügen sie auch über eine Kette von Zeitungen in La Paz, Cochabamba, Santa Cruz und Tarija.

Welche Zeitungen sind das?

In La Paz *La Razón*, in Cochabamba *Opinión*, in Santa Cruz *El Nuevo Día*, in Tarija heißt die Zeitung – wenn mich jetzt nicht vertue – *Ahora*. Die Gruppe hat auch vor, im Hörfunkbereich einzusteigen. Bislang sind sie in dem Bereich noch nicht aktiv, aber das Abkommen, das sie mit der Gruppe Prisa geschlossen haben, sieht auch Aktivitäten im Hörfunk vor. Ursprünglich haben sie versucht, die Radiokette *Panamericana* aufzukaufen. Die Verhandlungen führten aber zu keiner Einigung. Jetzt wollen sie offensichtlich ein eigenes Netzwerk aufbauen. Sie wollen vor allem mit der Senderkette *Radio Fides* in Konkurrenz treten. Die Gruppe hat auch Interesse sich in der Musikproduktion [orig. discografía] zu betätigen. Zusätzlich haben sie eine breite Beteiligung in anderen Wirtschaftsbereichen. Ihr Kapital kommt ursprünglich aus dem Bergbau, der Agroindustrie, na ja, und auch aus der Beteiligung in der Regierung.

Hat die Gruppe Garafulic eine besondere Verbindung zu einer bestimmten Partei?

Der Vater der Familie [Raúl Garafulic] unterhielt Verbindungen zu der Banzer-Partei ADN. Es scheint aber, dass diese Verbindungen im vergangenen Jahr abgebrochen wurden. In diesem Fall scheint mir, dass es dieser Gruppe gelungen ist – wie es noch nie in der Geschichte Boliviens vorgekommen ist –, eine Art Unabhängig-

keit zu erreichen. So dass sie sich von der Politik distanzieren konnte. Das sieht man deutlich an dem Fall des Ministers Guiteras.

Garafulic hat in einem Interview in seiner eigenen Zeitung [in der Sonntagsbeilage *La Ventana* der Zeitung *La Razón*] gesagt, dass, wenn er zu einer anderen Zeit in der Banzer-Partei und anscheinend auch an dem Staatsstreich vor 30 Jahren partizipiert hat, dies eine Art Jugendsünde [orig.: error de juventud] gewesen sei, von der er sich heute distanziert.

Die andere Gruppe ist die Gruppe Canelas der Familien Canelas und Rivero. Canelas aus Cochabamba und Pedro Rivero aus Santa Cruz, der Besitzer der Tageszeitung *El Deber*. *El Deber* ist die Tageszeitung in Bolivien mit der größten Auflage. In Santa Cruz haben sie eine unangefochtene Vormachtstellung. Alles was passiert, muss in *El Deber* passieren. In Cochabamba besitzt die Gruppe *Los Tiempos*, hier [in La Paz] haben sie *La Prensa* und in Sucre haben sie *El Correo del Sur*. In La Paz, in *La Prensa* haben sie auch ein Abkommen mit einer spanischen Gruppe. Allerdings ist das noch nicht so öffentlich. *Los Tiempos* ist anscheinend mit derselben Gruppe in Verhandlungen.

Abgesehen von den beiden großen Gruppen gibt es noch Senderketten. Eine davon ist *Red UNO* von einem Herrn aus Santa Cruz, der Kuljis heißt. Der hat sein Kapital eher in der Landwirtschaft gewonnen. Vor zwei Jahren ist er in die Politik gegangen. Er war Minister der aktuellen Regierung für die Partei CONDEPA. Er war Vizepräsident-Kandidat für die Partei CONDEPA bei den Wahlen von 1997. Die ersten beiden Jahre war CONDEPA Teil der Regierungskoalition mit Banzer. Zunächst hatte er auch Anteile in der Zeitung *El Mundo*, aber jetzt ist er nur im Fernsehbereich tätig.

Dann gibt es noch die Senderkette des Politikers Johnny Fernández, die heißt *Sitel*. Die Kette verfügt über Stationen in den verschiedenen Departaments-Hauptstädten. Weiterhin besitzt er einzelne Sender in den Provinzen, etwa fünf oder sechs im Departament Santa Cruz. Diese Medien sind eher dafür bekannt, Wahlkampagne für Fernández, also den Chef der Partei UCS, zu machen.

Eine weitere Senderkette ist *UNITEL*. Die hat eher Verbindungen zu der Partei MNR, allerdings nicht so offensichtlich wie in den anderen beiden Fällen.

Hat die Gruppe Canelas auch eine Verbindung zu einer Partei?

Nicht offensichtlich. Sie sind wirtschaftsliberal, aber insgesamt ziemlich konservativ, traditional. Im Meinungsstil öffnen sie sich verschiedenen Richtungen. Eine direkte Verbindung mit einer Partei scheint es nicht zu geben.

Gibt es – abgesehen von den spanischen Beteiligungen in den drei genannten Zeitungen – internationale Beteiligungen an den Gruppen?

Bevor Garafulic die Verhandlungen mit der Gruppe Prisa aufnahm, hatten sie Beteiligungen von Seiten des mexikanischen Medienkonzerns *Televisa*. Die wurden aber

im vergangenen Jahr abgebrochen. *Televisa* besaß 15 Prozent Anteile an der Fernsehkette *ATB*. Das war der einzige Fall von ausländischer Beteiligung.

In welcher Form beeinflusst die Tendenz zu Oligopolen die Medieninhalte?

Auf den ersten Blick kaum. Ich habe in den bolivianischen Medien immer eine Art Informations-Totalitarismus [orig.: *totalitarismo informativo*] beobachtet. Das heißt, dass in allen Medien findet man dieselben Themen, dieselben Quellen und sogar dieselben Blickwinkel [orig.: *enfoques*] auf die Themen. Durch die Konzentration verstärkt sich diese Tendenz vielleicht insofern, dass dieselben Beilagen für die Zeitungsgruppen produziert werden. Es ist also eine neue Form von Reduktionismus, eine weitere Einschränkung in den verschiedenen Möglichkeiten, ein Thema zu betrachten. Jetzt kommt es zudem auch noch zu einem Abbau des Personals in den Zeitungen.

Heißt das, dass die Qualität der Berichterstattung und in der Recherche durch den Zusammenschluss mehrerer Zeitungen nicht zugenommen hat?

Nein bislang nicht. Ich weiß nicht, ob das in der Zukunft passiert, aber ich würde das eher bezweifeln. Auch wenn Garafulic sein Interesse geäußert hat, die Ausbildung seines Personals zu verbessern. Er hat angekündigt, dass er seine eigene Journalistenschule gründen möchte, so wie das in anderen großen Zeitungen des Kontinents passiert, wie beispielsweise in *Clarín* [Argentinien], *La Folha* [Brasilien]. Er hat auch schon Verhandlungen mit Universitäten geführt. Aber ich weiß nicht, in wie weit das die journalistische Recherche verbessern wird. Die journalistische Recherche ist fast nicht existent [orig.: *casi inexistente*] in Bolivien. Es sind Ausnahmefälle, wenn wirklich einmal recherchiert wird.

Woran liegt es, dass es kaum Recherche gibt, dass die verschiedenen Medien – wie Sie sagten – fast immer dasselbe schreiben?

Die Journalisten sind völlig unzureichend ausgebildet. Was die Studiengänge in *Comunicación Social* in Bolivien anbieten – zur Zeit sind es 19 –, ist eine allgemeine Ausbildung in Kommunikationswissenschaften. In diesem Studium ist Journalismus nur ein Teil, das nur ein, zwei oder drei Semester dauert. Es gibt also keine Spezialisierung, erst recht keine ausreichende Ausbildung in Recherche und so weiter. In den Medien werden dann Journalisten angestellt, die entweder die unzureichende Ausbildung der Universität mitbringen, oder Leute, die gar nicht oder nur wenige Semester Kommunikation studiert haben. Das ist für die Medien billiger. Das ist ein Grund für die schlechte Recherche in den Medien.

Ein weiterer Grund ist, dass es in den Medien gar nicht den Willen gibt, echte Recherche zu machen. Es gab bislang erst ein Beispiel – in der Tageszeitung *Presencia* – in der man zwei Journalisten abstellte, sich nur um bestimmte Themen, also Recherchethemen, zu kümmern.

Dann gibt es noch ein Problem mit den Arbeitsroutinen im Journalismus. Ein Journalist hier in Bolivien hat eine übervolle Liste mit Quellen, für die er zuständig ist, und gleichzeitig muss er eine bestimmte Anzahl an Nachrichten pro Tag schreiben. Diese beiden Sachen – also für zu viele Quellen zuständig zu sein und gleichzeitig sieben oder acht Nachrichten am Tag schreiben zu müssen – hindern den Journalisten daran, sich um die Suche nach Informationen zu kümmern.

Das heißt, er ruft die Quellen an, die er eh schon kennt, und beeilt sich dann, möglichst schnell seine Pflichtnachrichten zu schreiben?

Genau. Oder er geht an bestimmte Stellen, um seine Nachrichten zu erhalten. In La Paz beispielsweise ist der privilegierte Ort für Nachrichten der Regierungspalast [an der Plaza Murillo], daneben ist auch das Parlamentsgebäude. Das heißt, dass da alle möglichen wichtigen Leute herumlaufen, die dann zu allen möglichen Themen interviewt werden, um so an die Nachrichten zu gelangen. Im Innern des Landes wiederholt sich dieser Prozess an den Präfekturen [= Vertretung der Nationalregierung in den einzelnen Departaments]. Die Journalisten machen sich oft nicht einmal die Mühe zu den Ereignissen an sich zu gehen, sondern sie setzen sich in die Präfektur, damit die Leute auf ihn zukommen, um ihm zu erzählen, was passieren wird, oder was passiert ist. Auch dies sorgt dafür, dass sich die Medieninhalte homogenisieren. Denn es gibt keine Unterschiede in der Suche nach Information, es gibt keine Vielfältigkeit an Quellen. Und es gibt auch keine – und das ist eine Sünde, die es schon immer im bolivianischen Journalismus gibt – Überprüfung der Quellen. Wenn heute die Quelle A etwas sagt, dann machen sich die Journalisten häufig nicht die Mühe, Quelle B zu fragen, was sie zu dem Thema zu sagen hat. Vielmehr warten sie darauf, dass sich Quelle B am folgenden Tag selber zu Wort meldet, um eine weitere Nachricht zu haben. [...]

Wie beurteilen sie den Werbemarkt im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern?

Zuallererst ist der Werbemarkt sehr klein. Es gibt zwar keine genauen Zahlen, aber einige Schätzungen gehen etwa von 20 Millionen US-Dollar jährlich aus, die für Werbung in den Medien ausgegeben werden. Das ist klitzeklein, wenn man das mit dem entsprechenden Markt Venezuelas, Brasiliens oder Chiles vergleicht. Von diesen 20 Millionen werden etwa 60 oder 70 Prozent dem Fernsehen, vor allem der Senderkette ATB zukommen. Der Rest verteilt sich zwischen den Zeitungen und den größeren Radiostationen. Dennoch kann man sagen, dass sich der Werbemarkt in den letzten Jahren deutlich vergrößert hat. Seit Wiedereinführung der Demokratie ist das Privatfernsehen aufgekommen, und mit der neuen Wirtschaftsordnung haben sich die Möglichkeiten der Kreditaufnahme deutlich verbessert. Bis 1984 hat hier niemand Kredit an niemanden gegeben. Die freie Marktwirtschaft hat auch den Ver-

kauf von Produkten beschleunigt, den Import, zum Beispiel von Autos. Ein weiterer Anteil ist natürlich auch die politische Werbung.

Wer gibt diese Werbung und wie hoch ist der Anteil von politischen Parteien, bzw. den Ministerien?

Prozentzahlen kann ich Dir nicht sagen, es gibt dazu keine genauen Untersuchungen. Von Seiten des Staates ist es vor allem die Regierung, die die Medien mit Werbung versorgt. Zusätzlich zu den ganzen offiziellen Ausschreibungen, die es sowieso immer gibt. Die Parteien kommen als Werbekunde erst kurz vor den Wahlen ins Spiel.

Wer sind die größten Werbekunden?

Automobilwirtschaft, die großen Banken, die Telefongesellschaften und die Getränkefirmen Pepsi, Coca Cola und die großen Brauereien. Die Werbung der Brauereien hat nachgelassen, seit die beiden großen Brauereien beide von Quilmes aufgekauft wurden.

Wächst der Werbekuchen noch?

Ja, er wächst nach wie vor. Inzwischen gibt es auch nationale Werbeagenturen, die die Qualität der Werbung deutlich verbessert werden.

Ist es üblich, dass im Radio Sendezeiten an Journalisten verkauft werden, die dann selber für Werbung sorgen müssen, um ihr eigenes Gehalt zu zahlen? Gibt es diese Tendenz auch in anderen Medien?

In den Radios ist das sehr üblich. Das hat schon Tradition. Im Fernsehen gibt es das inzwischen auch, sozusagen vom Radio übernommen. Hier [in La Paz] sind es vor allem die Sender in den indigenen Sprachen. Die Produzenten der Programme in Aymara oder Quechua kaufen ihre eigenen Sendezeiten und suchen selber nach Werbung für ihre Programme. Davon bezahlen sie sich selber und den Sender. In manchen Fällen passiert das sogar mit den Nachrichtensendungen, vor allem im Innern des Landes [also in den anderen Departamenten]. Das ist schon ein wenig merkwürdig, weil dann der Journalist nicht mehr das sagen kann, was er möchte. Einen Geldgeber wird er wohl kaum kritisieren. Manchmal führt das zur Korruption. In Cochabamba gab es den Fall mit SEMAPA. Journalisten wurden bezahlt, um Nachrichten über SEMAPA zu schreiben.

Die Sensationspresse in Bolivien gibt es erst seit kurzem, oder?

Ja erst seit etwa zwei Jahren. *Extra* wurde zuerst gegründet, dann etwa eine Woche später kam *Gente* auf den Markt. Vorher gab es aber schon Zeitschriften mit Polizeimeldungen. Wochenzeitungen, seit den 70er Jahren, allerdings mit sehr schlechter Qualität. Eine hieß *Alarma*, eine andere *Sucesos*. In den 80er Jahren habe ich mal mit einem ihrer Herausgeber gesprochen. Er hat mir gesagt, dass sie eine Auflage von 10.000 Exemplaren pro Woche haben. Ich glaube das aber nicht. Ich schätzte sie damals auf etwa 1000. Sie hatten eine sehr schlechte Druckqualität.

Das heißt, als Tageszeitungen ist die Sensationspresse wirklich eine neue Erscheinung. Vorher gab es natürlich schon im Fernsehen und auch im Radio Polizeimeldungen. [...]

La Razón und *Los Tiempos* haben fast gleichzeitig mit ihrem Sensations-Nebenprodukt begonnen. Als *Extra* rauskam, lagen die Pläne für *Gente* schon in der Schublade von *Los Tiempos*.

Haben die neuen erfolgreichen Sensationszeitungen Einfluss auf die Medieninhalte der traditionellen Medien genommen?

Ja, als man sah, dass die Sensationszeitungen so viel Erfolg hatten. Kommerziell gesehen, sind es die erfolgreichsten Zeitungen. Man kann das zwar nicht so genau sagen, weil es einfach keine Zahlen gibt. Aber die Schätzungen gehen von etwa 100.000 Auflagen für jede der beiden Zeitungen aus. Das ist etwa so viel, wie die Gesamtauflage der anderen Tageszeitungen zusammen, die wir auf etwa 120.000 schätzen. Es wurde also ein ganz neuer Markt erschlossen. Ein kleiner Prozentsatz ist vielleicht von den anderen Zeitungen gewonnen worden. Aber der größte Teil der Leser der Sensationspresse sind Leute auf den Märkten, in den Taxis, ... Leute, die vorher keine Zeitung gelesen haben. Es sind auch andere Zielgruppen für die Werbeanzeigen.

Zunächst gab es viel Protest gegen diese neuen Medien. Sogar Demonstrationen. In Sucre hat eine Richterin vorübergehend den Verkauf der Sensationspresse verboten. In Santa Cruz gab es öffentliche Verbrennungen der Zeitungen. Hier [in La Paz] gab es von einer rechten Jugendorganisation, von Neonazis, die Ankündigung, sie wollten den Direktor von *Extra* umbringen.

Sie haben eine Marktnische aufgetan, die sie ausfüllen. Und so wurden sie akzeptiert. Ich gehe aber davon aus, dass der Markt gesättigt ist. Ein peruanischer Tageszeitungsverlag hat dann noch mal versucht, eine dritte Sensationszeitung zu etablieren, ist damit aber gescheitert.

Die Zeitungen erscheinen in den verschiedenen Städten mit Regionalausgaben. Wenn ich die Sensationspresse in Bolivien mit der anderer Länder vergleiche, dann erfüllen die bolivianischen bestimmte Kriterien nicht, die sie zu nach meiner Definition "echten" Sensationszeitungen machen würden: Erstens erfinden sie nicht so viel, wie in anderen Ländern. Außerdem mischen sie sich kaum in das Privatleben von wichtigen Persönlichkeiten ein. Man respektierte die Intimsphäre. Die einzige Ausnahme war vielleicht der Fall Guiteras. Bei uns gibt es keine Paparazzis. Es handelt sich also um Zeitungen mit sensationalistischem Anstrich, keine echte Sensationspresse.

Welche Sektoren haben großen Einfluss in den Medieninhalten, und auf welche Weise? Die USA?

Ich glaube, der größte Einfluss, den die USA in den Medien haben, geht über den Botschafter. Sie fühlen sich zum Teil als Chef [dueño de la finca]. Die Medien schreiben alles, was der Botschafter sagt. Manchmal verstehe ich nicht warum. Wenn ich ihn nicht fragen würde, warum muss ich dann das schreiben, was er über dies oder das sagt. Die Medien fragen ihn manchmal auch direkt: "Was machen die USA, wenn wir die Coca nicht vernichten?". Der Botschafter wird zu einer Figur, die von den Medien zu allem möglichen befragt wird.

Außerdem ruft der Botschafter direkt bei den Medien an. Von anderen Botschaften habe ich das noch nie gehört. Es hängt also zum einen von dem Agieren des jeweiligen Botschafters ab, und zum anderen von dieser Tendenz der Medien, alles zu einer Nachricht zu machen.

Wenn die US-amerikanische Botschaft zu einem Cocktail einlädt, dann gibt es viele Journalisten, die der Meinung sind, dass man auf jeden Fall dort hin gehen müsste.

Die Regierung?

Durch Anzeigen, die sie den Zeitungen, oder dem Fernsehen oder Radio zur Verfügung stellt oder auch nicht.

Die aktuelle Regierung, die ihre diktatorischen Züge noch nicht vergessen hat, ruft auch direkt bei Journalisten an, um sie für bestimmte Nachrichten zu rügen. Manche wollen ihnen die Nachrichten auch direkt diktieren, mit Komma und allem. Die letzte Regierung war da etwas offener.

Mehrere Journalisten wurden auch verprügelt. Anscheinend wurden Leute angeheuert, um Journalisten zu verprügeln, um sie davon abzuhalten, weiterhin von bestimmten Themen zu schreiben.

Die Ley Mordaza ist ein weiterer Mechanismus in diese Richtung. Der Gesetzesvorschlag beinhaltet, die Ley de Imprenta insofern zu verändern, dass Pressedelikte nicht mehr vor dem Pressetribunal, sondern von einem ordentlichen Gericht gerichtet werden. Das führt dann dazu, dass – egal ob du die Wahrheit geschrieben hast oder nicht – sie dich anklagen können.

Also die Regierung hat schon Einfluss. Danach, würde ich sagen, kommt die Privatwirtschaft. Durch die Anzeigen, die sie schalten. Aber vor allem wegen der Überschneidung der Interessen, die die Unternehmer, Besitzer von Medien und Politiker haben. Die Interessen sind bei allen etwa ähnlich. Seit einigen Jahren haben wir auch Übergänge von Journalisten in die Politik und aus der Politik in die Medien. Beispiele sind CONDEPA, die vorher eher in den Medien präsent war, oder Johnny Fernández, der aus der Politik kommt und jetzt eigene Fernsehsendungen macht. Oder die Garafulics, die jetzt zwar im Medienbereich tätig sind, aber eigentlich aus ganz an-

deren Bereichen kommen, nämlich aus der Privatwirtschaft und aus der Politik. Die Wege sind bei jedem Fall unterschiedlich, aber ihnen gemeinsam ist diese Vermischung [orig.: *mescolanza*] von Interessen. Die Interessen zwischen den Bereichen Medien, Politik und Wirtschaft sind vernetzt.

Die Kirche hat vor allem einen moralischen Einfluss. In den Umfragen erscheint die Kirche immer auf Platz eins, wenn es darum geht, wer am glaubwürdigsten ist. Danach kommen dann gleich die Medien. Und danach glaubt keiner mehr an nichts. Die Kirche wird – vor allem in Krisen wie letztes Jahr – zum politischen Akteur. Während die anderen Akteure oft gelähmt sind, kann die Kirche handeln.

Die katholische Kirche spielt auch eine wichtige Rolle in der Ausbildung von Journalisten.

Teilweise. Aber von den 19 Einrichtungen, die Comunicación Social unterrichten, sind nur vier von der katholischen Kirche. Außerdem bilden sie keine katholischen Journalisten aus. Sie haben sogar viele Journalisten ausgebildet, die jetzt in evangelischen Sendern arbeiten. In *Presencia* arbeiten sogar einige Sozialisten oder Trotzkisten.

Luis Ramiro Beltrán Salmón

Kommunikationswissenschaftler, Schwerpunkt Medienpolitik

In den Veränderungen durch die Globalisierung wird die Politik nicht mehr auf der Straße gemacht, sondern auf den Bildschirmen und in den Schlagzeilen der Zeitungen. Die Politiker haben das noch nicht verstanden. Sie verlangen, dass die Zeitungen sie bejubeln – dass sie sagen, wie toll sie [die Politiker] doch seien – oder zumindest, dass sie schweigen, wenn die Politiker Mist gebaut haben.

Es gibt immer wieder Versuche, die Pressefreiheit einzuschränken. Aber nicht mehr nach dem alten Stil, dem autoritären Stil, also direkte Zensur, das Zerstören von Druckereien, Exil oder Gefängnis. Aber es gibt Erpressungen [*chantaje*]. Druck auf die Medien, dass sie ihre Steuern bezahlen. Manchmal werden ihnen auch die Steuern erlassen, um sich einen Vorteil in der Berichterstattung des Mediums zu verschaffen.

Auf welcher Ebene finden diese Erpressungen statt?

Also, wenn man weiß, dass eine Zeitung eine hohe Steuerschuld hat, kann die Regierung diese Steuern erlassen, oder vielmehr einfach nicht einfordern. Sie machen also nicht viel Druck, um die Schulden zu kassieren. Das machen sie, weil sie sich Vorteile in der Berichterstattung erhoffen. Wenn die Zeitung dann Stress macht oder sehr kritisch berichtet, wird der Druck, die Steuerschuld zu bezahlen, erhöht.

In anderen Fällen wird die Papierversorgung für den Zeitungsdruck gestört. Am Zoll oder an anderer Stelle werden die Papierlieferungen aufgehalten, verzögert.

Auch auf gesetzlicher Ebene gibt es viele Tricks, mit denen die Pressefreiheit eingeschränkt werden kann. In sieben verschiedenen Gesetzen, die eigentlich nichts mit Kommunikation zu tun haben. Zum Beispiel werden Regelungen erlassen, nach denen nur bestimmte Leute – der Minister, der Vizeminister oder ein Pressesprecher – Auskunft in einer Behörde geben dürfen. Das ist eine Art indirekter Zensur. In den zehn Jahren, die ich jetzt wieder in Bolivien bin, gab es mindestens 80 Versuche, die Pressefreiheit einzuschränken. [...] Bei wichtigen Journalisten wie Carlos D. Mesa oder Amalia Pando gibt es auch Anrufe mit Drohungen. [...] Das Radio hat zwar eine sehr große Reichweite, aber kaum Einfluss. Es erreicht etwa 80 oder 90 Prozent der Bevölkerung. Das Fernsehen kommt wohl auf 40 Prozent, die Presse auf acht Prozent.

Trotz der geringen Reichweite ist es für die Politiker viel wichtiger, was in der Zeitung steht. Das Spiel der Politiker geht über die Zeitung. Das was in der Zeitung steht – oder auch nicht steht –, entscheidet darüber, ob ein Minister aus dem Kabinett ausscheidet oder nicht. Dabei ist es viel wichtiger, was in der Zeitung erscheint als das was im Fernsehen gesagt wird. Und viel wichtiger als das was im Radio zu hören ist.

Der größte Teil der Recherche wird von den Zeitungen geleistet. Einige Sender, wie zum Beispiel PAT haben Leute wie Amalia Pando, die auch eigene Recherche durchführen, aber im Radio sind es überwiegend die Nachrichten aus der Zeitung, die über den Sender verlesen werden. Aber nicht alle Zeitungen recherchieren mit ausreichender Sorgfältigkeit. Manche sind eher trivial, andere nicht. Manche haben die Leute dazu, andere wieder nicht. Wenn es Wochenzeitungen sind, wie zum Beispiel *Pulso* haben sie mehr Zeit, um zu recherchieren.

Wie sieht der Einfluss der USA in den bolivianischen Medien aus?

Die USA brauchen keinen Einfluss auf die Medien auszuüben, die Dominanz der USA in Bolivien funktioniert von Regierung zu Regierung. 80 Prozent des Inhalts im Fernsehen kommen aus den USA. Es handelt sich mehr um direkten politischen Einfluss der USA bzw. kulturellen Einfluss durch die US-amerikanischen Fernsehsendungen. Es gibt kaum Stipendien für die USA, um Journalisten aus Bolivien für die USA zu gewinnen. In anderen Ländern kann das mehr sein. [...]

Reicht die gesetzliche Grundlage aus, um die Pressefreiheit zu gewähren?

Wir haben die Ley de Imprenta aus dem Jahre 1925. Darin wird geregelt, dass Presseudelikte, die in dem Gesetz aufgeführt werden, nicht vor normalen Gerichten verhandelt werden. Es gibt das sogenannte "Tribunal de Imprenta". Das kommt zusammen, wenn es ein Presseudelikt gibt. Doch leider kommt dieses Tribunal fast nie zustande. Ich bin Mitglied im Pressetribunal. Ich bin z.B. ausgelost worden wegen eines Presseudelikt eines schlechten Journalisten. Doch bis jetzt – seit sieben Monaten – ist dieses Tribunal noch nicht einmal zusammen gekommen. Der Journalist hat

es anscheinend verstanden, dafür zu sorgen – irgendwo zwischen Drohungen und Geldzahlungen –, dass uns der Richter noch nie rechtzeitig vorgeladen hat. Also kommen die Leute nie zusammen. Deswegen werden die Journalisten oft kritisiert. Wenn das Tribunal nicht funktioniert, dann kann man nicht mehr von Immunität, sondern nur noch von Straffreiheit sprechen. Und in gewisser Weise haben die Kritiker Recht. In der Ley de Imprenta wird auch ein Zeugnisverweigerungsrecht eingeräumt. Die Journalisten brauchen ihre Quellen nicht preiszugeben. Es gab schon Tausende von Versuchen, diese Regelung einzuschränken. Der letzte Versuch ist etwa sechs Monate her. [...]

Die Journalisten reagieren sehr empfindlich auf jede Änderung. Vor kurzem hat die Ombudsfrau [defensora del pueblo] vorgeschlagen, dass man die Darstellung von Gewalt im Fernsehen regeln sollte – OOUH, die Journalisten hätten sie beinahe in Stücke gerissen.

Es gibt keine Kommunikationspolitik auf staatlicher Ebene. Es gibt Regelungen, die nicht erfüllt werden. Zum Beispiel im Bereich des Fernsehens. Die Sender haben die Verpflichtung Bildungssendungen auszustrahlen. Die das tatsächlich machen, senden das zu den unmöglichsten Sendezeiten.

Wie beeinflusst die Medienkonzentration die Qualität der Berichterstattung?

Also, die Qualität an sich hat sich sicherlich verbessert. Hier gibt es nur zwei große Mediengruppen. Die Gruppe Canelas entstand, um sich gegen die Gruppe Garafulic zu verteidigen. Garafulic besitzt zum Beispiel die Fernsehkette ATB. Außerdem haben sie *Radio Televisión Popular* gekauft, also RTP. Das war eine indianistisch-populistische Sendekette, die sie aufgekauft haben. Auch *Bolivian Times* haben sie aufgekauft sowie ein juristisches Magazin und eine Zeitschrift zum Thema Gesundheit. Er ist wirklich ein Gigant [pulpo = Krake]. Und die Zeitschrift *Cosas*. Diese Zeitschriften werden in anderen Ländern hergestellt. Garafulic hat die Lizenz für Bolivien. Außerdem hat er eine Skandalzeitschrift, die *Extra* heißt. Diese Zeitschrift hat einen großen Skandal verursacht um den Minister Gutiérrez. Außerdem besitzt er die Hälfte der Aktien von *Opinión* in Cochabamba. Ihm gehört *Nuevo Día* in Santa Cruz, *La Razón* hier in La Paz, *Cosas* und eine neue Zeitschrift, die *Escape* heißt. Was ich damit sagen möchte: Niemand kann mit Garafulic konkurrieren, denn er hat viel Geld in anderen Wirtschaftsbereichen verdient. Das heißt, er ist der einzige, der es sich leisten kann, im Medienbereich Geld zu verlieren, bis die anderen bankrott machen. Zum Beispiel die Tageszeitung der Katholischen Kirche überlebt wirklich nur so am Rande – *Presencia*. Denn die Kirche kann nicht noch mehr Geld investieren, das sie nicht zurückbekommt. Und *Última Hora* ist auch in einem neuen Format erschienen. Das habe ich mir noch nicht angeguckt. Die wurde vor kurzem von einer Frau aus Santa Cruz gekauft. Da haben sie Leute eingesetzt, die wirklich keine Ahnung vom Journalismus haben. Keine Ahnung, wie die Zeitung überleben soll. Die Zeitung ist auch kurz vor dem Eingehen. Die älteste Zeitung, *El Diario*, die zur Zeit

sehr schlecht geführt wird und die eigentlich immer sehr schlecht geführt wurde, zahlt die schlechtesten Gehälter und muss zur Zeit auch Personal entlassen. Ich glaube zwar nicht, dass *El Diario* stirbt, und auch halte ich es für unwahrscheinlich, dass die Kirche ihre Zeitung *Presencia* sterben lässt. Allerdings schätze ich, dass eher *Presencia* stirbt als *El Diario*. Denn *El Diario* hat über so viele Jahre so viel Geld verdient, dass sie es sich jetzt leisten kann, mit dem geringsten Kostenaufwand eine schlecht gemachte Zeitung am Leben zu erhalten. Während *La Razón* Geld investiert, um eine gute Zeitung zu machen. Erst jetzt haben sie eine neue Druckstraße installiert, in der man ohne weiteres sämtliche Zeitungen Boliviens gleichzeitig drucken könnte. Ich glaube, die hat so fünf oder sechs Millionen US-Dollar gekostet. Eine solche Investition kann man hier mit dem Zeitungsverkauf unmöglich wieder reinbekommen. Aber als "Holding" können sie die Kosten auf die anderen Bereiche umlegen.

José Luis Aguirre / Carlos Arroyo

Kommunikationswissenschaftler, Schwerpunkt Hörfunk

Die Ergebnisse der Untersuchung von 1998 wurden ja veröffentlicht. Wie schätzen Sie die seither eingetretenen Veränderungen ein?

Wir gehen davon aus, dass die Anzahl der Sender noch zugenommen hat. Ich schätze die Anzahl der Sender auf 700 bis 750. Also etwa 50 oder 100 Sender mehr.

Das liegt an folgenden Faktoren:

1. Die Auswirkungen der Participación Popular. Die Municipizipien haben mehr Geld und mehr Verantwortung. Das führt häufig dazu, dass sie jetzt feststellen, dass sie ein Medium brauchen. Leider funktioniert der Sender in diesen Fällen häufig allein, um die Interessen der Partei zu erfüllen, die in den Wahlen gewonnen hat.

2. Es gibt ein Anwachsen an Organisation der indigenen Völker. Auch wenn die jetzige Regierung das im Moment nicht sonderlich unterstützt. Es gibt im Moment einfach mehr Faktoren, die zur Organisation von indigenen Gruppen führen. Auch das führt zur Gründung von weiteren Sendern auf dem Land.

Und 3. – vielleicht gibt es aber auch noch mehr Faktoren – liegt es an der Ausbildung von Leuten vom Land in der Materie Radio. Also die Arbeit, die wir und andere leisten. Die Leute, die an solchen Kursen teilnehmen, gehen oftmals zurück in ihr Dorf und bauen selber eine Radiostation auf. Diese Faktoren sorgen dafür, dass nicht nur in der Stadt, sondern eben auch auf dem Land, immer mehr Radiostationen entstehen. Ich hoffe, das bleibt so, denn es sorgt für eine pluralistische Gesellschaft in Bolivien.

Welche Methoden habt Ihr benutzt, um die Statistiken zu erheben?

Wir mussten verschiedene Methoden miteinander verbinden: Informanten, die uns von Radios in bestimmten Regionen erzählt haben. Oft konnten wir die Informationen aus Zeit- und Geldmangel aber nicht verifizieren. Diese Informationen haben wir mit den Listen verglichen, die die Assoziationen der Landradios selber führen. Das sind zwei verschiedene Assoziationen.

Sind in diesen Listen mehr Radios aufgeführt, als die, von denen offiziell der Staat weiß?

Ja.

Werden Sender, die sich nicht anmelden, eigentlich bestraft?

Ja. Das führt dazu, dass viele eher verdeckt arbeiten. Die Listen enthalten also nur vage Informationen über die Sender: den Namen und etwa die Region, keine genauen Daten. Wir haben also mit den Leuten aus der Region gesprochen. Im Hochlandgebiet sind wir auch selber herumgereist, im Rest des Gebiets waren wir überwiegend auf Informanten angewiesen. [...]

Wie funktioniert Radio Fides? Hat es nationale Reichweite?

Es handelt sich um verschiedene Sender in Städten und auch auf dem Land, UKW-Sender und auch Mittelwellensender. *Fides* kauft oftmals Sender auf. Alle Sender haben ihre eigene Redaktion, aber zweimal pro Tag schalten sie sich in Kette.

Gibt es weitere Senderketten, die nationale Reichweite haben?

Ja, es gibt weitere. Zum Beispiel ERBOL, die etwa auf dieselbe Art und Weise funktionieren. Sie schalten sich in Reihe, einmal morgens am Tag. *Fides* funktioniert wie ein kommerzielles Unternehmen. ERBOL ist ein Zusammenschluss, vor allem um Informationen auszutauschen, ohne kommerzielle Interessen. Es gibt auch weniger formale Zusammenschlüsse. Während der Unruhen im vergangenen Jahr haben sich Netzwerke zwischen den Radios – vor allem im Hochland – gebildet. Das sind immer vier oder fünf Radios einer Region. An den Wochenenden tauschen sie sich aus, schalten sich in Reihe, für ihr "ping-pongneo de informaciones". Vor allem um zu wissen, wann es Blockaden gibt, wann sie die Blockaden aufheben müssen, damit ein Krankenwagen durchkommt, oder wann das Militär kommt, um die Blockaden aufzulösen.

Wie viele Leute arbeiten in den Radios? Wie viele in den Redaktionen?

In vielen Radios auf dem Land arbeiten nur zwei oder drei Personen. Die machen dann aber alles gleichzeitig. Oft sind es ehrenamtliche, also nicht-bezahlte Mitarbeiter.

Wie finanzieren sich diese Radios?

Die Bauern unterhalten die Radios durch ihre Erträge aus der Landwirtschaft. Leute, die etwas mehr verdienen, geben dieses Geld, um eine Radiostation zu erhalten. Sie machen das um der eigenen Kommune zu nützen, sie erhalten dafür das Ansehen der anderen Leute der Kommune.

Carlos Arroyo: Es gibt auch andere Einnahmen. Zum Beispiel bezahlen manche für Kleinanzeigen. Also Glückwünsche zum Geburtstag oder die Nachricht, dass jemand vom Militärdienst zurückgekehrt ist, eine Einladung zu einer Feier. In anderen Fällen verkauft jemand Kartoffeln, und der Erlös geht ans Radio.

Aguirre: In Toledo, Oruro haben alle Familien ein Lama für das Radio gespendet. Aus dieser Lamazucht, die gemeinschaftlich betreut wird, wird das Radio bezahlt.

Sind die evangelischen Kirchen auch auf dem Land aktiv?

Oh ja, es gibt viele Sender von evangelischen Kirchen im ländlichen Gebiet. Die sind meistens von evangelischen Kirchen aus dem Ausland finanziert. Diese Sender sind meistens ziemlich extrem und vermitteln fremde Einflüsse. Sie sagen den Weltuntergang für morgen voraus, usw. Viele der Sender werden aus den USA unterstützt, es gibt aber auch europäische Kirchen, die dort aktiv sind.

Zurück zu den Leuten, die in den Radios arbeiten: Wie viele Leute arbeiten in den größeren Radiosendern?

Sender wie die der Kette *Radio Fides* haben wohl so sechs oder sieben Mitarbeiter. Also in La Paz arbeiten sechs oder sieben Personen. In den anderen Sendern der Kette sind es weniger. Das ist die größte Radiokette.

Wie sieht der Ausbildungsstand der Leute aus?

Der variiert sehr. Es gibt durchaus Leute mit einem abgeschlossenen Journalistikstudium. Oder mit anderen Studien. Aber in der großen Mehrheit sind es Leute, die aus Hobby arbeiten. Es gibt einfach genügend Leute, die für wenig Geld oder sogar umsonst arbeiten.

Wie viel verdienen die Journalisten in den Radios?

Oft nicht mehr als 100 US-Dollar oder sogar weniger.

Führt das zur Korruption?

Ja, vor allem in den kleinen kommerziellen Sendern wie hier in El Alto. In vielen Fällen erhalten die Journalisten Geld, um eine Nachricht im Radio zu senden, oder um etwas, was in der Stadtverwaltung vorgefallen ist, nicht zu melden.

Carlos Arroyo: Insgesamt werden die Beiträge in den Radios in Bolivien kaum bearbeitet. Nachrichten werden oftmals nur aus der Zeitung vorgelesen. Es ist wirklich selten, dass jemand vom Radio rausgeht und als Reporter selber recherchiert. Daran kann man sehen, wie eng die Personallage der Radios ist.

Wie sieht es mit den anderen Sendern aus: Panamericana, Cristal und Illimani?

Arroyo: Die von Dir genannten Sender gehören zu den wirklich wenigen Ausnahmen, die selber Beiträge und Nachrichten produzieren. Aber der Rest der Radios arbeitet kaum eigenes Material. Ihre Nachrichtensendungen bestehen aus den Nachrichten, die sie in der Zeitung lesen oder in anderen Radios hören.

Aguirre: *Fides*, *Panamericana* und *Illimani* sind die einzigen Senderketten, die die technische Ausstattung haben, um in ganz Bolivien gehört zu werden. *Panamericana* macht *Fides* immer stärkere Konkurrenz. *Panamericana* ist komplett kommerziell ausgerichtet. Aber die Nachrichtensendungen sind relativ aufwendig. Die Leute glauben auch an die Nachrichtensendungen von *Panamericana*. Es arbeiten gute Journalisten in *Panamericana*. Der Chef von *Panamericana* ist gleichzeitig der Vorsitzende von ASBORA, also der Organisation, die alle Radiobesitzer in Bolivien vereint. Außerdem ist er der Besitzer des größten Musikstudios in Bolivien. In seinen Sendern wirbt er für seine eigenen CDs. Durch den Rückhalt in der Industrie, hat er mehr Möglichkeiten, im Medienbereich zu investieren. Nicht nur die Discografia. Auch andere Industrieketten mit ausländischem Kapital, also Hotelketten und so weiter, werben in *Panamericana*.

Die Leute, die in den Radios arbeiten, kommen eher vom Land oder aus der Stadt? Gibt es dazu Statistiken? Sind es Männer oder Frauen?

Es gibt dazu keine Statistiken. Es wäre auch schwierig, diese zu erheben, weil das Personal ständig wechselt, aber auch die Sender selber verändern sich ständig. Es sind einfach keine stabilen Unternehmen.

Das Radio ist wohl das Medium, mit dem besten Angebot im Land, was Bildungs- und Nachrichtensendungen angeht, aber es ist das schlecht bezahlteste Medium und wird von niemandem geschützt.

Liegt es auch daran, dass die Hauptrezipienten des Radios nicht als Käufer für die Produkte in Frage kommen, für die in anderen Medien geworben wird?

Ja, auch das kommt hinzu. Im Radio wird auch viel weniger eingenommen durch die Werbung, die ausgestrahlt wird – im Vergleich zum Beispiel mit dem Fernsehen.

Warum gibt es so viele Radios für so wenig Bolivianer?

Erstens liegt es an unserer Kultur. Wir sind eine mündliche Gesellschaft. Wir haben einen großen Reichtum an Sprachen, den es in vielen anderen Ländern nicht gibt. Es gibt keine Homogenität wie in anderen Ländern, in Europa zum Beispiel. Dann kommt dazu, dass viele Leute nicht lesen können. Also benutzen sie keine Zeitungen. Was in den Zeitungen steht, würde sie auch gar nicht interessieren – NULL. Das Radio hingegen geht genau ins Ohr, spricht ihre Sprache und spricht von Dingen die sie interessieren. Das Radio ist also von besonderer Wichtigkeit.

Gibt es Studien über Rezipienten – wer welches Radio hört usw.?

Ja, aber wir haben diese Studien nicht. Sie werden nur aus kommerziellen Interessen durchgeführt und die Ergebnisse muss man kaufen. Es gibt zum Beispiel eine Firma, die heißt "Solo Radio". Sie führen aber nur Studien in den urbanen Gebieten durch.

Gibt es Studien in ländlichen Gebieten?

Arroyo: Man könnte das wohl so verallgemeinern aus den Studien, die wir bis jetzt kennen. An erster Stelle wird der Lokalsender gehört, wenn es einen gibt. An zweiter Stelle käme der jeweils regionale Sender. Also im Aymara-Bereich des Altiplano *Radio San Gabriel*, den man in der ganzen Region hören kann. An dritter und vierter Stelle wechseln sich dann *Radio Fides* und *Panamericana* ab.

Welche sind die regionalen Sender der anderen Regionen?

Wir können uns das hier auf der Karte anschauen, da kann ich es Dir leicht erklären. Im andinen Bereich ist *Radio San Gabriel* der wichtigste, aus La Paz, ein katholischer Sender. Zielgruppe ist die Aymara-Bevölkerung. Das Sendegebiet erstreckt sich über Oruro und einen großen Teil von La Paz.

Für den Quechubereich ist es ein Sender aus Nord-Potosí, dem Ort Siglo XX, der Sender *Pio XII*. Aus Santa Cruz kommt der Sender *Radio Santa Cruz*, auch von ERBOL. *Pio XII* und *Radio San Gabriel* gehören auch zu ERBOL. Im Osten und Norden des Landes, also im tropischen Teil, ist es das *Radio San Miguel* aus Riberalta. Es gehört auch der Kirche und gehört ebenfalls zu ERBOL.

Fides ist eher kommerziell ausgerichtet, ERBOL ist mehr auf Bildung ausgerichtet. *Panamericana* wird zur Zeit stärker und konkurriert mehr und mehr mit *Fides*. Die religiösen evangelischen Sender schließen sich zur Zeit auch zu Gruppen und Netzwerken zusammen. Dann gibt es noch ein privaten Sender mit Relaisstationen in großen Teilen des Landes – *Radio Cadena Nacional*, RTC der Familie Costas. Es ist ein kommerziell ausgerichteter Sender, der vor allem im Osten des Landes empfangen wird.

Sandra Aliaga Bruch

Kommunikationswissenschaftlerin, Genderexpertin

Weißt Du, wie hoch der Anteil der Frauen unter den JournalistInnen ist?

Zur Zeit weiß ich es nicht, ich kann aber sicher sagen, dass der Anteil größer geworden ist. Bis in die 80er Jahre gab es kaum Journalistinnen. Außerdem kann ich sagen, dass es vom Medium abhängt. In den Zeitungen überwiegen immer noch die Männer. In den anderen Medien gibt es wohl eher Frauen. Auch in den Führungspositionen hat es eine Veränderung gegeben. In den 70er Jahren war es unvorstellbar, dass eine Frau Chefredakteurin oder Direktorin einer Zeitung wird. Inzwischen hat

sich das verändert. Auch in den Journalistenverbänden und Gewerkschaften gibt es erst seit den 80er Jahren Frauen in den Führungsgremien.

Verdienen Frauen und Männer gleich viel in den Medien?

Ich habe Informationen erhalten, dass sie nicht dasselbe verdienen. Ich kann aber nicht sicher sagen, dass das direkt mit dem Genderaspekt zusammenhängt. Das hat auch mit Erfahrung und Ausbildung zu tun. [...]

Wenn es diese Ungerechtigkeiten aber gäbe, dann könnten Journalistinnen diese vor die Gewerkschaft bringen, wie sie das in anderen Fällen auch getan haben. Es kommt zum Beispiel häufiger vor, dass schwangere Frauen, die in Medien arbeiten auf einmal mehr Nachtschichten bekommen haben oder andere Formen von Stress auferlegt bekommen haben, so dass sie ihren Beruf kündigen, bevor sie die Sozialzuwendungen einklagen können, also die drei Monate bezahlten Schwangerschaftsurlaub usw. [...]

Ein Feld, wo Frauen als Journalistinnen kaum reinkamen früher, war der Sportjournalismus. "Ihr könnt ja nicht in die Umkleidekabinen, Ihr könnt keine Sportberichterstattung machen", das waren die Argumente. Oder im Politikressort. Zu Zeiten, als wir uns zwischen Staatsstreich und Staatsstreich bewegten, als alle wichtigen Sachen im Morgengrauen geschahen, da wurde dann immer gesagt, dass Frauen das nicht machen könnten, "wer würde die dann nach Hause fahren". Das lag aber auch daran, dass es nur Chefredakteure gab, keine Chefredakteurinnen. [...] Inzwischen sehen viele Chefredakteure auch die Vorteile, die Frauen als Journalisten bedeuten. Denn sie stellen fest: "Ah, die Frauen betrinken sich nicht ständig". Sie kommen morgens nicht mit einem Kater [ch'aki], sie sind verantwortungsbewusster, arbeiten sorgfältiger.

Eine Umfrage aus dem Jahre 1995 unter bolivianischen Journalisten hat ergeben, dass beide Geschlechtergruppen Frauen als die besseren Journalisten bewerten, besser als ihre männlichen Kollegen! Woran liegt das? Sind Frauen weniger korrupt als Männer?

Das könnte ich jetzt nicht sagen. Ich denke, es ist eher eine Frage des Lebenswandels. Die Männer fangen schon abends in der Redaktion an zu trinken. Bei Frauen ist das gesellschaftlich nicht gern gesehen. Bei Männern ist das normal. Sie trinken also öfter, kommen morgens zu spät oder unkonzentriert.

Gibt es einen Unterschied zwischen den von Frauen bzw. von Männern produzierten Medieninhalten?

Wenn es einen Unterschied gibt, dann liegt er wohl vor allem an den eben genannten Faktoren. Aber ich habe mich immer dagegen gewehrt – und das war immer ein Streitpunkt mit den anderen Feministinnen in Bolivien – Frauen als Frauen und Männer nur als Männer zu betrachten. Es gibt immer Unterschiede. Aber man kann tatsächlich von Tendenzen reden. Und es ist eben wahrscheinlicher, dass ein Mann

sich betrinkt, und morgens unkonzentriert, noch mit Alkohol im Kopf oder zu spät zur Arbeit erscheint. [...]

Aber es gibt auch einen subjektiveren Unterschied zwischen Frauen und Männern. In einer patriarchalen Gesellschaft haben Frauen das Gefühl, dass sie besser sein müssen als Männer. Sie müssen sich mehr beweisen als Männer. Auch das kann dazu führen, dass sie einfach besser sind als Journalisten.

Ein weiterer Unterschied liegt in der Erziehung von Frau und Mann. Frauen sehen eher die Details der Nachricht, das Bodenständige, die wirklichen Auswirkungen auf das tägliche Leben. Während Männer versuchen nur die Strukturen zu erkennen und zu beschreiben, achten Frauen eher auf die Details. Zum Beispiel wenn über eine Scheidung berichtet wird, werden Männer selten fragen: "Und was passiert mit den Kindern?" Frauen schon. [...]

Oder es ist auch typisch, wenn Journalisten oder Journalistinnen eine Politikerin interviewen, dass sie fragen: "und haben Sie eigentlich Kinder, und wie machen Sie das dann?", während niemand auf die Idee kommen würde, dieselben Fragen einem männlichen Politiker zu stellen. Oder sie schreiben über den Auftritt einer weiblichen Führungsperson: "elegant gekleidet in einem beigen, knielangen Kleid, ..." auch das würde bei einem männlichen Politiker nie geschrieben werden. Oder schreibt jemand über die hübsche Krawatte? die elegante oder hässliche Brille?

Gibt es Studien über die unterschiedliche Mediennutzung von Männern und Frauen?

Ich weiß von keiner Studie, aber ich kann dir sicher sagen – ohne große Risiken einzugehen – dass Männer wesentlich mehr Zeitung lesen als Frauen. Bei Radio würde ich keine Aussage machen. Bei Fernsehen habe ich oft festgestellt, dass Frauen umschalten, wenn die Nachrichten kommen. Auch in der Straße sieht man an den Straßenständen fast nur Männer, die die Zeitung lesen, eigentlich nie Frauen.

Hältst Du eine Quotierung von Frau und Mann, Land und Stadt, politische Parteien, etc. in Redaktionen für sinnvoll?

Nein, denn auch wenn ich einen Landarbeiter zum Journalisten mache, kann ich nicht davon ausgehen, dass er auch die Meinung, die Vision der Landarbeiter vertritt. Nicht alle Landarbeiter sind gut, nicht alle Reichen sind schlecht, nicht alle Unternehmer sind Ausbeuter, nicht alle Frauen sind schrecklich und nicht alle Männer sind schön. Diese Diskussion über Quotierung haben wir oft geführt. [...]

8.4 Abkürzungsverzeichnis und Glossar

ADN: Acción Democrática Nacional = Nationaldemokratische Aktion. Partei des ehemaligen Diktators Hugo Banzer Suárez.

AdT: Aguas del Tunari = Wasser von Tunari. Das Konsortium, das die Wasserversorgung in Cochabamba übernehmen wollte. Es handelt sich um einen internationalen Firmenzusammenschluss mit überwiegend englischem und US-amerikanischem Kapital.

Bürgerkomitees: Die comités cívicos sind Körperschaften, die nichtstaatliche Institutionen auf Departementsebene auf freiwilliger Ebene zusammenschließen. In ihnen sind Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Wirtschaftsverbände, Nachbarschaftszusammenschlüsse, Bürgerkomitees, Sportvereinigungen etc. Mitglieder. Auch wenn die Zusammenschlüsse das Departement vertreten sollen, sind es dennoch eher die Interessen der jeweiligen Departement-Hauptstadt, die von ihnen artikuliert werden. Die comités cívicos entstanden auf Departementsebene schon in den frühen 1950er Jahren. Sie sind als eine Art Gegenbewegung der von der Zentralregierung eingesetzten Präfekturen zu verstehen. Als solche entstanden sie zunächst in Santa Cruz, um die so genannten *regalias* – Beteiligungen des Departements an den Erlösen aus dem Erdöllexport – einzuklagen.

COB: Central Obrera Boliviana: Bolivianischer Dachgewerkschaftsverband, der sechs Tage nach dem Sieg der Revolution im Jahre 1952 gegründet wurde. Bis 1958 war er vollständig vom MNR kontrolliert, in den folgenden Jahren kam es zunehmend zum Bruch. Seit der neuen Wirtschaftspolitik von 1985 und durch den schwindenden Einfluss der Minenarbeiter verlor auch die COB an politischem Gewicht.

COMIBOL: Staatliche Bergbaugesellschaft, welche die großen Zinnminen übernahm, nachdem die Zinnbarone Patiño, Hochschild und Aramayo enteignet worden waren.

CONDEPA: Conciencia de Patria = Gewissen des Vaterlandes. Eher populistisch ausgerichtete Partei, die von Carlos Palenque gegründet wurde.

CP: Código Penal = Bolivianisches Strafgesetzbuch

CPE: Constitución Política del Estado = Bolivianische Verfassung

CSUTCB: Conferederación Sindical Única de los Trabajadores Campesinos en Bolivia = Gewerkschaftsdachverband der LandarbeiterInnen

Departemente: Bolivien ist in insgesamt neun Departemente untergliedert. Die Departemente sind Beni, Chuquisaca, Cochabamba, La Paz, Oruro, Pando, Potosí, Santa Cruz und Tarija. Mit den bundesdeutschen Bundesländern lassen sie sich insofern nur schlecht vergleichen als dass die Departementsregierungen (Präfekturen) nicht gewählt, sondern von der Nationalregierung eingesetzt werden.

Dekret 21060: 1985 erlassene Verordnung, mit der Paz Estenssoro die neoliberalen Reformen und damit das erste Strukturanpassungsprogramm Südamerikas umsetzte.

INE: Instituto Nacional de Estadísticas = Nationales Institut für Statistik

MIR: Movimiento de la Izquierda Revolucionaria = Bewegung der Revolutionären Linken. Sozialdemokratisch ausgerichtete Partei. Präsidentschaftskandidat: Jaime Paz Zamora

MNR: Movimiento Nacional Revolucionario = Nationalrevolutionäre Bewegung, die sich 1941 gründete, 1951 die Wahlen gewann, die Machtposition aber 1952 mit Waffengewalt erkämpfen musste. Regierte von 1952 zwölf Jahre lang, dann noch einmal von 1993-1997.

PNUD: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo: Spanische Bezeichnung für das United Nations Development Programme, UNDP.

SITEL: Superintendencia de Telecomunicaciones = Nationales Amt für Telekommunikation

UCB: Universidad Católica Boliviana: Katholische Universität Bolivien mit Niederlassungen in verschiedenen Städten des Landes.

UCS: Unión Cívica Social = Soziale Bürgerunion. Eher populistisch ausgerichtete Partei. Parteichef ist Johnny Fernández, der gleichzeitig über das größte Bierimperium verfügt.

9. Bibliographie

- Aguiló, Frederico. 1993. *"Nunca más" para Bolivia*. Cochabamba: Colorgraf.
- Aguirre Alvis, José Luis; Jaime Reyes Velásquez; Carlos Arroyo. 2000^a. Aproximación a una tipología de la radio en Bolivia. In: Erick Torrico Villanueva & Karina Herrera Miller (Hg.): *Memoria Académica. Primer Encuentro Nacional. Primer Seminario Latinoamericano. Investigación de la Comunicación*. La Paz (UPS), 64-70.
- ; Jaime Reyes Velásquez; Carlos Arroyo. 2000^b. Aproximación a una tipología de la radio en Bolivia. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 6, 65-71.
- Allen Jr., John L.; Pamela Schaeffer. 2001. Religiosas denuncian a curas violadores. In: *El juguete rabioso. Libros, ensayos y cosas peores* 2/29 (1. April), 12-13.
- Almendras, Carmen. 2001. *La problemática legal del recurso agua* (unveröffentlichter Bericht der Comisión Episcopal de Pastoral Social - Caritas). La Paz.
- Altmeppen, Klaus-Dieter. 1999^a. *Redaktionen als Koordinationszentren. Beobachtungen journalistischen Handelns*. Opladen (Westdeutscher Verlag): Studien zur Kommunikationswissenschaft 42.
- ; Patrick Donges; Kerstin Engels. 1999^b. *Transformationen im Journalismus: Journalistische Qualifikationen im privaten Rundfunk am Beispiel norddeutscher Sender*. Jarren, Otfried. Berlin (VISTAS): Schriftenreihe der Hamburgischen Anstalt für neue Medien, HAM 18.
- Andrade Ruiz, Fernando V. 1998. La formación universitaria en Comunicación Social en Bolivia. Verdades en busca de alternativas. In: *Comunicación*. Revista de la Universidad Pontificia Bolivariana - Fac. de Ciencias de Comunicación Social. Medellín (Identidades y Retos de la Comunicación Social) 20, 68-86.
- . 1999. Objetivo una nueva comunicación. La formación universitaria en Comunicación Social en Bolivia: Verdades en busca de alternativas. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 4, 19-27.
- . 2000 (22.-24. November). *La cultura del silencio en la comunicación política boliviana. Caso: La actuación de Radio Kancha Parlaspa en la "Guerra por el Agua"*. Vortragsmanuskript. II. Encuentro Nacional de Investigadores de la Comunicación. La Paz.
- Antezana Ergueta, Luis. 2000. Críticas al proyecto de la "Ley General de Aguas". In: *Altos Estudios* 12/28. La capitalización. Fraude y frustración (Okt. 2000), 310-322.

- Arandia, Weimar. 1999. Los Tiempos "entre aguas por misicuni" In: *Punto Cero* (Cochabamba) 4, 10-17.
- Arce Cuadros, Claudia Cecilia. 1998. *La entrevista política en televisión: Un discurso de legitimación (Caso Manfred Reyes, Elecciones Municipales 1995)*. Diplomarbeit. Facultad de Ciencias de la Comunicación Social. Universidad Católica Cochabamba.
- Archondo, Rafael. 1999. Élités y muchedumbres en pos de la visibilidad. Un análisis comparativo de "De Cerca" y "Sábados Populares". In: Natasha Loayza Castro/Hugo José Suárez/Rafael Archondo (Hg.). *Subjetividad, dilemas religiosos y medios de comunicación*. PNUD. La Paz (EDOBOL): Cuadernos de futuro 4, 107-170.
- . 2000. *Bolivia: Perspectiva económica y social*. PNUD. La Paz: Cuadernos de futuro 10.
- Arnold, Alex. 2001. Wer kein Geld hat, kommt nicht mehr raus. Die Knäste in Bolivien sind überfüllt. In: *ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* (Bonn) 244 (April 2001), 21-23.
- Asturias, Laura E. 2001. El vaticano protege a curas violadores. In: *El juguete rabioso. Libros, ensayos y cosas peores* 2, 29 (1. April), 1.
- Barrionuevo, Arthur; Eugenio Lahera Parada (Hg.). 1998. *¿Qué hay de nuevo en las regulaciones? Telecomunicaciones, electricidad y agua en América Latina*. Universidad de Buenos Aires: Eudeba Ed.
- Bascopé, Víctor; Carmen Machicado. 2001. El agua, fuente de vida, Mama Qucha (unveröffentlichter Bericht, Secretario de Culturas de la Conferencia Episcopal de Bolivia). La Paz.
- Bauer, Carl Jonathan. 1998. *Against the Current? Privatization, Markets, and the State in Water Rights*. Boston MA u.a.: Kluwer.
- Becker, Samuel. 1984. Marxist approaches to media studies. The British experience. In: *Critical Studies in Mass Communication* 1, 66-80.
- Beltrán Salmón, Luis Ramiro; Carlos Suárez; Guillermo Isaza. 1990. *Bibliografía de estudios sobre comunicación en Bolivia*. La Paz: PROINSA.
- Bieber, León E. 1996. Bolivien. In: Hans Werner Tobler/Walther L. Bernecker (Hg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas III: Lateinamerika im 20. Jahrhundert*. Stuttgart (Klett-Cotta), 821-845.
- Bitrán C., Eduardo. 1998. Regulación, privatización y competencia: Lecciones de la experiencia chilena. In: Arthur Barrionuevo/Eugenio Lahera Parada (Hg.):

- ¿Qué hay de nuevo en las regulaciones? Telecomunicaciones, electricidad y agua en América Latina. Buenos Aires (Eudeba Ed.), 31-60.
- Bourdieu, Pierre. 1998. *Über das Fernsehen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brun Torrico, Percy. 2000. Historia de Radio Fides a partir de las concepciones sobre educación, cultura y desarrollo de los directores de la emisora (1939-1980). In: Erick Torrico Villanueva/Karina Herrera Miller (Hg.). *Memoria Académica. Primer Encuentro Nacional. Primer Seminario Latinoamericano. Investigación de la Comunicación*. La Paz (UPS), 100-111.
- Bukes, Georg. 2000. *Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Das Beispiel Bolivien*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, Beiträge zur Lateinamerikaforschung 3.
- Cajías de la Vega, Lupe. 1994. Comunicación social y consolidación democrática en Bolivia. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hg.). *La política de comunicación como factor de consolidación*. La Paz (Dante Moreno), 80-91.
- . 1999^a. La concentración de medios: ¿amenaza o fortaleza? In: *Pulso del periodismo* (Miami). Aufgerufen am 19.4.2001 unter: <http://www.pulso.org/Espanol/Archivo/cajias.htm> erstellt am 28.9.1999.
- . 1999^b. Medien in Bolivien. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.). *Los medios de comunicación en Bolivia. Medien in Bolivien. The Media in Bolivia*. La Paz (Artes Gráficas Latina), 6-8.
- ; Guadalupe López. 1999. *¿Amenaza o Fortaleza? Concentración de medios de comunicación en América Latina*. Friedrich-Ebert-Stiftung. La Paz: EDOBOL.
- Calderón Gutiérrez, Fernando. 1999. *Sociedad y globalización*. PNUD. La Paz: Cuadernos de futuro 1.
- Calle Rivaz, Ivana; Teresa Lanza. 2001^a. Realidades detrás del altar. In: *El juguete rabioso. Libros, ensayos y cosas peores* 2/30 (15. April), 10.
- Camacho Azurduy, Carlos A. 2001^b. *Las radios populares en la construcción de ciudadanía. Enseñanzas de la experiencia de ERBOL en Bolivia*. Universidad Andina Simón Bolívar (UASB). La Paz: Artes Gráficas Latina.
- Cardona, Fierro. 1998. *Características de la conformación de la TV privada boliviana en redes nacionales*. Tesis en Comunicación Social. Universidad Católica Boliviana.
- CEDIB. 2000. *Una guerra más allá del agua. Recopilación de artículos publicados en Boliviapress*. Cochabamba: Centro de Documentación e Información Bolivia.

- Centellas G., José María. 1994. *Teoría de la comunicación social en Bolivia. Análisis de contenido y tratamiento informativo: TV, radio y prensa escrita*. La Paz: Servigraf.
- Chávez, Walter. 2001, 10. Juni. In: *El juguete rabioso*. La Paz, 10.
- Contreras Baspineiro, Adalid. 1999. *Vuela que no te corten las alas: Por la palabra sin discriminación ni censuras*. Organización Católica Latinoamericana y Caribeña de Comunicación. Quito.
- Contreras Cabezas, Manuel E. u.a. 1999. *El desarrollo humano en el siglo XX boliviano. Una perspectiva histórica*. PNUD. La Paz: Cuadernos de futuro 2.
- Córdova, Ted. 1994. La interacciones entre la base política y los medios de información en Bolivia y como mejorarla. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hg.). *La política de comunicación como factor de consolidación*. La Paz (Dante Moreno), 41-47.
- Cornejo, Juan León. 1999. Política de comunicación del estado para preservar la identidad de los bolivianos. In: *Temas en la Crisis* 55 (La Paz) (April/Mai), 23-25.
- Cortez, Roger. 1992. El impacto de los medios en la política. In: *Estado & Sociedad. Revista boliviana de Ciencias Sociales* (La Paz) 8/9, 81-90.
- CPJ. 2000. *Annual Report. The Americas. Committee to Protect Journalists*. Aufgerufen am 9. Sept. 2001 unter: <http://www.cpj.org/attacks00/americas00/americas.htm>.
- de la Quintana Condarco, Raúl. 1999. *Aproximación a un catálogo bio-bibliográfico de la radiodifusión boliviana*. La Paz: CIMA.
- de Mesa, José; Teresa Gisbert; Carlos D. Mesa Gisbert (Hg.). 2001. *Historia de Bolivia* (4. Aufl.). La Paz: Editorial Gisbert.
- Dygutsch-Lorenz, Ilse. 1971. *Die Rundfunkanstalt als Organisationsproblem. Ausgewählte Organisationseinheiten in Beschreibung und Analyse*. Düsseldorf.
- . 1973. *Journalisten und Rundfunk. Empirische Kommunikationsforschung am Beispiel einer Rundfunkanstalt*. Düsseldorf.
- Eisenbürger, Gert. 2001. Banzers Abgang. In: *ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* (Bonn) 244 (April 2001), 4.
- Escóbar, Jairo. 2000. Medio ambiente y desarrollo humano. In: Jorge Zapp/David Haquim/Jairo Escóbar (Hg.). *Campesinado y globalización*. PNUD. La Paz: EDOBOL, Cuadernos de futuro 11, 129-158.

- Esteinou Madrid, Javier. 1999. ¿De dónde venimos? ¿A dónde vamos? Las nuevas leyes del mercado y cómo afectan a la investigación en comunicación. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 4, 28-30.
- Exeni R., José Luis. 1998. *Políticas de comunicación. Retos y señales para no renunciar a la utopía*. Friedrich-Ebert-Stiftung. La Paz: Plural.
- Farthing, Linda; Ben Kohl. 2001. Bolivia's New Wave of Protest. In: *NACLA - Report of the Americas* (New York) 14/5 (März/April 2001), 8-11.
- Fernández de Laserna, Myrtha 2000. Cuando el soborno amordaza la libertad de expresión. In: *Los Tiempos* (Cochabamba) 24. Februar 2000. Meinungsseite.
- Fifer, J. Valerie (Hg.). 2000. *Bolivia. World Bibliographical Series* 89. Herausgegeben von Robert G. Neville. Oxford u.a. (Clio Press).
- Flores Palacios, Patricia; Verónica Húmerey Yapur. 1999. *La mirada invisible. La imagen de las mujeres en los medios de comunicación de Bolivia. Un estudio de caso*. La Paz: RED-ADA.
- Freedom Forum. 2000. Press Advocate urges Latin American Journalists to fight "in- sult laws". Aufgerufen am 9. Sept. 2001 unter: www.freedomforum.org.
- Friedrichs, Jürgen. 1980. *Methoden empirischer Sozialforschung* (14. Aufl). Opladen: Westdt. Verl. Studium 28.
- Früh, Werner. 1991. *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis* (3. überarbeitete Aufl.) München: Ölschläger.
- Fuenzalida, Valerio. 1998. América Latina: Hacia la reforma de la TV Pública. In: *Chasqui. Revista Latinoamericana de Comunicación* 64 (Dez. 1998), 68-72.
- Gamarra, Eduardo A. 1999. The United States and Bolivia: Fighting the Drug War. In: Victor Bulmer-Thomas/James Dunkerley (Hg.). *The United States and Latin America: The New Agenda*. London, 177-206.
- García Linera, Álvaro. 2001. Der Condor räumt mit dem Klüngel auf. Geschichte und aktuelle Bedeutung des LandarbeiterInnen-Dachverbands CSUTCB. In: *ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* (Bonn) 244 (April 2001), 15-16.
- García Mérida, Wilson 1997. Medios de comunicación en la nueva era boliviana. In: *Facetas* (Sonntagsbeilage von *Los Tiempos*) 7. Sept., 6-7.
- Gargurevich, Juan. 1982. *Géneros periodísticos*. Quito: Ciespal.
- Garvizu M., Rolando 2001. El salario promedio apenas cubre necesidades básicas. In: *El Diario* (La Paz) 4. März.

- Girtler, Roland. 1988. *Methoden der qualitativen Sozialforschung* (2. unveränderte Aufl.). Wien: Böhlau, Studien zur qualitativen Sozialforschung 1.
- . 1989. Die "teilnehmende unstrukturierte Beobachtung" - ihr Vorteil bei der Erforschung des sozialen Handelns und des in ihm enthaltenen Sinns. In: Reiner Aster/Hans Merkens/Michael Repp (Hg.). *Teilnehmende Beobachtung. Werkstattberichte und methodologische Reflexionen*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, Forschung 632, 103-113.
- . 1995. *Randkulturen. Theorie der Unanständigkeit*. Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- . 2000. *Die 10 Gebote der Feldforschung*. Universität Wien: Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie. Aufgerufen am 13. März 2001 unter: <http://www.soz.univie.ac.at/ma/girtler/ge01g.htm>.
- Glasgow University Media Group. 1976. *Bad News*. London: Routledge & Paul Kegan.
- Gómez Mallea, Antonio. 1999. *Peso y levedad de los Jurados de Imprenta. Aplicación directa, jurisprudencia y fundamentación jurídico-doctrinal*. La Paz: Lubalin Graph.
- . 2000. Comunicación, periodismo y legislación en Bolivia. In: Erick Torrico Villanueva/Karina Herrera Miller (Hg.). *Memoria Académica. Primer Encuentro Nacional. Primer Seminario Latinoamericano. Investigación de la Comunicación*. La Paz (UPS), 146-153.
- Gramunt de Moragas, José. 1996. Ética periodística. In: *Opiniones y Análisis* (La Paz) 26, 33-40.
- Grebe López, Ronald; Ramiro Caballero Hoyos; Ramiro Edwin Duchén Condarco. 1986. Esbozo sobre la radio en Bolivia. In: *Revista Boliviana de Comunicación* 9 (Oktober 1986), 4-25.
- ; Erica Giancotti. 2000. *Catálogo de tesis de la carrera de Comunicación Social de Bolivia. 1974-1999*. ABOCCS. La Paz: Edit. Calama.
- Guardia Crespo, Marcelo. 1997. Ser o no ser alienado: That's the Question. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 2 (1997), 8-11.
- . 1999. Periodismo sensacionalista: un síntoma a ser investigado. In: *Comunicación XXI: Comunicación y Política* (La Paz) 3, 21-23.
- . 2000. No hay significados sin receptores: Los estudios de recepción en Bolivia. In: Erick Torrico Villanueva/Karina Herrera Miller (Hg.). *Memoria Académica. Primer Encuentro Nacional. Primer Seminario Latinoamericano. Investigación de la Comunicación*. La Paz (UPS), 80-87.

- Gutiérrez Aguilar, Raquel; Álvaro García Linera; Luis Tapia Mealla. 2000. La forma de la política de las necesidades vitales. In: Álvaro García Linera u. a. (Hg.). *El retorno de la Bolivia plebeya*. La Paz (Muela del Diablo) Reihe "Comuna", 135-184.
- Herrera, Alejandra. 1998. Competencia y universalización: Los casos de Bolivia y Nicaragua. In: Arthur Barrionuevo/Eugenio Lahera Parada (Hg.). *¿Qué hay de nuevo en las regulaciones? Telecomunicaciones, electricidad y agua en América Latina*. Buenos Aires (Eudeba Ed.), 241-270.
- Herrera Miller, Karina (Hg.). 2000^a. *Una actualización biblio-hemerográfica de los estudios sobre comunicación en Bolivia 1990-2000*. La Paz: CIBEC, Centro Interdisciplinario Boliviano de Estudios de la Comunicación - Textos de Divulgación 8.
- . 2000^b: Publicaciones periódicas: Revistas especializadas en Comunicación en Bolivia. In: dies. (Hg.). *Una actualización biblio-hemerográfica de los estudios sobre comunicación en Bolivia 1990-2000*. La Paz (CIBEC - Textos de Divulgación), 77-111.
- Hess, S. 1981. *The Washington Reporters*. Washington D.C.: Brookings Institution.
- Hienzs, Ulrich. 1990. *Journalismus als Restgröße. Redaktionelle Rationalisierung und publizistischer Leistungsverlust*. Wiesbaden.
- Hofer, Arthur. 1978. *Unterhaltung im Hörfunk. Ein Beitrag zum Herstellungsprozess publizistischer Aussagen*. Nürnberg.
- Hoffmann, Karl-Dieter. 1992. Die Koka- und Kokainproblematik in Peru und Bolivien. In: *Nord-Süd aktuell* (Deutsches Übersee-Institut Hamburg) VI/3 (1992), 475-487.
- Huesca, Robert. 1996. Participation for Development in Radio: An Ethnography of the "reporteros populares" of Bolivia. In: *Gazette* 57/1, 29-52.
- . 1997. Low-powered Television in Rural Bolivia: New Directions for Democratic Media Practice. In: *Studies in Latin American Popular Culture* 16 (1997). Tucson, Ariz., 69-90.
- IAPA. 1999. *Press Laws Database*. Aufgerufen am 9. Sept. 2001 unter: <http://www.sipiapa.org/projects/laws.bol.cfm>.
- ILA. 2001. Der Mallku hat uns verraten! Gespräch mit Román Loayza Caero (CSUTCB) über den aktuellen Stand der Indígena-Bewegung. In: *ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* (Bonn) 244 (April 2001), 16-20.

- IPI. 2000. *IPI World Press Freedom Review*. International Press Institute (Wien).
Aufgerufen am 9. Sept. 2001 unter: <http://www.freemedia.at/wpfr/bolivia.htm>.
- Iriarte, Gregorio; Marta Orsini Puente. 1992. *Realidad y medios de comunicación. Técnicas e instrumentos de análisis*. Cochabamba: ILAM.
- ITM, Instituto del Tercer Mundo. 2000. *Guía de las mujeres 2000*. Montevideo: Doble Clic.
- Iturralde Jahnsen, Francisco-Xavier. 1999. Cuando el poder de la comunicación se convierte en el poder de controlar a la comunicación. In: *Temas en la Crisis* 55 (April/Mai 1999), 26-29.
- Iturri Salmón, Jaime. 1995. Periodismo en prensa: Una crítica desde adentro. In: *Común. Revista de Comunicación y Cultura* (La Paz) 2/3 (Dez. 1994-März 1995), 32-33.
- Jordán A., Xavier. 2000. Desafíos para la investigación en comunicación y cultura. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 6, 72-76.
- Jordán Pozo, Rolando. 1999. Minería. Siglo XX: la era del estaño. In: Fernando Campero Prudencio (Hg.). *Bolivia en el Siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea*. La Paz (EDOBOL), 219-239.
- Knudson, Jerry W. 1973. *The Press and the Bolivian National Revolution*. Westley, Bruce H. Lexington Kentucky: Journalism Monographs 31.
- . 1979. Licensing Newsmen: The Bolivian Experience. In: *Gazette* 25/1, 165-167.
- . 1996. Under the Gun: The Bolivian Press and Military Rule, 1964-1982. In: *Gazette* 58/2, 87-102.
- Kohl, Ben; Linda Farthing. 2001. The Price of Success. Bolivia's War Against Drugs and the Poor. In: *NACLA - Report of the Americas* (New York) 35/1, 35-41.
- Koller, Barbara u.a. 1988. *Journalistisches Handeln im lokalen Rundfunk*. Düsseldorf: Begleitforschung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Kabelpilotprojekt Dortmund 12.
- Krzeminski, Michael. 1987. *Thematisierung im Rundfunk. Eine empirische Untersuchung der Redaktionsarbeit für die aktuelle Berichterstattung in den Hörfunkprogrammen des Westdeutschen Rundfunks*. Frankfurt a. M.
- La Prensa*. 23. Feb. 2000. El valor de Los Tiempos. In: *La Prensa* (La Paz).
- La Razón*. 11. April 2000. Los militares callan radios y usan armas y francotiradores. In: *La Razón* (La Paz).

- . 23. Feb. 2000. Corrupción: tratan de enturbiar la investigación sobre 12 periodistas. In: *La Razón* (La Paz).
- Lanao, Jairo E. 1999. ¿Quiénes restringen a la prensa? In: *Pulso del periodismo* (Miami, FL), Internetausgabe. Aufgerufen am 19. April 2001 unter: <http://www.pulso.org/Espanol/Archivo/chapultepec.htm>, erstellt am 27. Juni 1999.
- Lavrin, Asunción; Guillermo de la Peña. 1994. Women in Twentieth-Century Latin American Society. In: Leslie Bethell (Hg.). *The Cambridge History of Latin America VII: Latin America since 1930, Economy, Society and Politics*. Cambridge u.a. (Cambridge Univ. Press), 483-544.
- Lehman, Kenneth D. 1999. *Bolivia and the United States: A Limited Partnership*. Athens - Georgia: University of Georgia Press.
- Leiteritz, Ralf J.; Frank Plessmann. 2001. Armut und Weltbankpolitik. Die Weltbank sieht sich harter Kritik ausgesetzt - zwei deutsche Weltbank-Mitarbeiter reagieren darauf. In: *Berliner Republik* 3/2, 77-79.
- Lima, Jaime Néstor. 2000. *La Guerra del Agua. Confirmación de Radio Kancha Parlaspa*. Cochabamba.
- Linden, Ank. 1999. Overt Intentions and Covert Agendas. Discourse on Formulating Communication Policies and Planning in Third World Countries. In: *Gazette* 62/2, 153-174.
- Lledó, Eulàlia. 1996. La construcción del sentido: la representación en la lengua. In: Ana María Portugal/Carmen Torres (Hg.). *Por todos los medios. Comunicación y género*. ISIS (Santiago de Chile) Ediciones de las Mujeres, 90-96.
- Loayza Bueno, Rafael Antonio. 1999. *La industria de la salvación. Evangelismo y medios de comunicación en Bolivia*. La Paz: Lorenzo Ed. - Investigaciones Sociales.
- Los Tiempos*. 4. März. Alrededor de 50 periodistas trabajaron en la alcaldía. In: *Los Tiempos* (Cochabamba).
- . 8. April 2000. Personas no identificadas hicieron cacería de dirigentes. In: *Los Tiempos* (Cochabamba).
- . 20. Feb. 2000. El municipio paga a periodistas camuflados. In: *Los Tiempos* (Cochabamba).
- . 21. Feb. 2000. Reyes Villa considera normal que 12 periodistas trabajen en alcaldía. In: *Los Tiempos* (Cochabamba).

- Loza Tellería, Gabriel. 2000. *Las crisis en tiempos de la globalización*. La Paz: PNUD - Cuadernos de futuro 3.
- Luhmann, Nicklas. 1964. *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin: Schriftenreihe der Hochschule Speyer 20.
- Luykx, Aurolyn. 1999. *The Citizen Factor. Schooling and Cultural Production in Bolivia*. Albany NY: Univ. of New York Press.
- MacBride, Sean. 1980. *Many voices, one world. Communication and society today and tomorrow*. Paris: UNESCO.
- MacDougall, A. Kent. 1988^a. Boring from within the Bourgeois Press. Part One. In: *Monthly Review* (New York) 40/7, 13-24.
- . 1988^b. Boring from Within the Bourgeois Press. Part Two. In: *Monthly Review* (New York) 40/8, 10-24.
- Mariaca Iturri, Guillermo. 1999. *Los refugios de la utopía. Apuntes teóricos para una política inter-cultural*. Viceministerio de Asuntos de Género, Generacionales y Familia. La Paz: SIERPE.
- Marx, Karl; Friedrich Engels. 1960. Die deutsche Ideologie [1846]. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.). *MEW* III. Berlin (Dietz Verlag Berlin), 13-530.
- Mayorga, Fernando. 1999. La democracia y los medios de comunicación: ¿conflicto de poderes? In: Colegio de Politólogos de La Paz & ILDIS (Hg.). *La consolidación democrática en entredicho*. La Paz (EDOBOL), 11-18.
- Mesa Gisbert, Carlos D. 1994. Comunicación y democracia hoy. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hg.). *La política de comunicación como factor de consolidación*. La Paz (Dante Moreno), 18-27.
- . 2001^a. Las cifras del país. Historia, sociedad, demografía, economía. In: José de Mesa/Teresa Gisbert/Carlos D. Mesa Gisbert (Hg.). *Historia de Bolivia* (4. aktualisierte Auflage). La Paz (Editorial Gisbert), 819-868.
- . 2001^b. Libro VII: La república, la construcción de la nación oligárquica, el germen del nacionalismo, 1880-1952. In: José de Mesa/Teresa Gisbert/Carlos D. Mesa Gisbert(Hg.): *Historia de Bolivia* (4. aktualisierte Auflage). La Paz (Editorial Gisbert), 485-646.
- . 2001^c. Libro VIII: La república, revolución, militarismo y democracia, 1952-2000. In: José de Mesa/Teresa Gisbert/Carlos D. Mesa Gisbert(Hg.): *Historia de Bolivia* (4. aktualisierte Auflage). La Paz (Editorial Gisbert), 649-818.

- Meyn, Hermann. 1996. *Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland*. Neuauflage. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. Berlin: E. Colloquium - Zur Politik und Zeitgeschichte 24.
- Miranda Pacheco, Carlos. 1999. Petróleo. Del descubrimiento petrolífero a la explosión del gas. In: Fernando Campero Prudencio (Hg.). *Bolivia en el Siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea*. La Paz (EDOBOL), 241-267.
- Mosco, Vincent. 1996. *The Political Economy of Communication*. London u. a.: Sage.
- Müller, Sigrid; Claudia Fuchs. 1993. *Handbuch zur nichtsexistischen Sprachverwendung in öffentlichen Texten*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch - Die Frau in der Gesellschaft.
- Nohlen, Dieter; René Antonio Mayorga. 1995. Bolivien. In: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hg.). *Handbuch der Dritten Welt 2: Südamerika*. Bonn (Dietz Nachf.), 181-218.
- ; Bernhard Thibaut. 1995. Struktur- und Entwicklungsprobleme Lateinamerikas. In: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hg.) *Handbuch der Dritten Welt 2: Südamerika*. Bonn (Dietz Nachf.), 13-92.
- Nuscheler, Franz. 1996. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik* (4. aktualisierte Auflage). Bonn: Dietz Nachf.
- Opinión*. 8. April 2000. La difícil tarea del periodista en jornadas de enfrentamiento. In: *Opinión* (Cochabamba).
- . 9. April 2001. Un muerto, 28 heridos. Apuntes. In: *Opinión* (Cochabamba).
- . 22. Feb 2000. La corrupción en los medios de comunicación es catastrófica. In: *Opinión* (Cochabamba).
- . 26. Feb. 2000: Alcalde entregó lista de periodistas. In: *Opinión* (Cochabamba).
- Orduna, Víctor 2001. ¿Presencia abandonó a la Iglesia o la Iglesia a Presencia? In: *Pulso* (La Paz) 8. Juni 2001, 10.
- Peñaranda U., Raúl. 1998. *Radiografía de la prensa boliviana*. La Paz: EDOBOL.
- . 1999^a. Buscando buenos periodistas. Los factores que aseguran (o no) al ciudadano estar correctamente informado. In: FUNDEMOS-ILDIS (Hg.). *Medios de comunicación en democracia*. La Paz, 267-292.

- . 1999^b. Diagnóstico de la prensa boliviana. In: Orgáz García, J. Mirko (Hg.). *Prensa: El poder de la palabra, la palabra del poder. Concentración de medios de comunicación y censura en Bolivia*. La Paz (Ed. UMSA), 31-36.
- . o.D.-a. *Propuesta de Código de Ética* (unveröffentlichter interner Bericht). FES-ILDIS.
- . o.D.-b. *Propuesta de Consejo de Ética/Prensa* (unveröffentlichter interner Bericht). FES-ILDIS.
- Pérez, Ariel; Ramiro Claure. 1996. *Campesino y comunicación. Lineamientos estratégicos para el programa de coordinación en supervivencia infantil*. Universidad John Hopkins. La Paz (unveröffentlichter Bericht).
- Pérez-Victoria, Silvia. 1994. *Las mujeres y las tecnologías de la comunicación*. París: UNESCO - Estudios y Documentos de Comunicación de Masas.
- Pinto Quintanilla, Juan Carlos. 1999. *Cárceles y familia. La experiencia del Penal de San Sebastian en Cochabamba*. La Paz: grupo disign.
- PNUD-Bolivia. 2000^a. *Bolivia. Informe de desarrollo humano. Capítulo 6*. Webseite des UNDP-Büros für Bolivien. Aufgerufen am 16. Sept. 2001 unter: <http://idh.pnud.bo/2000/INFORME/Capítulo6/143.htm>.
- . 2000^b. *Bolivia. Informe de desarrollo humano. Difusión*. Webseite des UNDP-Büros für Bolivien. Aufgerufen am 16. Sept. 2001 unter: http://idh.pnud.bo/idh_central/difusion/difusion.htm.
- Prada Alcoreza, Raúl. 2000. Hermenéutica de la violencia. In: Álvaro García Linera u. a. (Hg.). *El retorno de la Bolivia plebeya*. La Paz (Muela del Diablo - Reihe "Comuna"), 81-131.
- Presencia*. 9. April 2001^a. Las radios y canales de TV fueron acallados. In: *Presencia* (La Paz).
- . 9. April 2001^b. Militares golpean a fotógrafo. In: *Presencia* (La Paz).
- Prieto Castillo, Daniel. 1998. Una mirada y una práctica comunicacional en constante construcción. In: *Comunicación*. Revista de la Universidad Pontificia Bolivariana - Facultad de Ciencias de Comunicación Social. Medellín 20 (Identidades y Retos de la Comunicación Social), 11-33.
- Pusch, Luise F. 1984. *Das Deutsche als Männersprache. Aufsätze und Glossen zur feministischen Linguistik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Quesada, Julio. 2001. Sexo y clero. Si quiere usted violar sin problemas, hágase sacerdote, porque por forzar a una novicia te van a castigar con dos semanas de retiro espiritual. In: *Mujer Pública* 4/41, 7.
- Retamozo Leño, Dulfredo. 2000. *Libertad de prensa. La responsabilidad de los medios de difusión*. La Paz: Watalo'z.
- Reyes Velásquez, Jaime. 1999. *Historia, legislación y ética de la radio en Bolivia*. Programa Nacional de Formación Universitaria en Comunicación Radiofónica - Voces Unidas. La Paz.
- ; Carlos Arroyo; José Luis Aguirre Alvis. 2000. Instrumentos de regulación radioeléctrica, radiotelecomunicaciones y radiodifusión en Bolivia: Recuento histórico. Balance de un escenario con impacto en la comunicación. In: Erick Torrico Villanueva/Karina Herrera Miller (Hg.). *Memoria Académica. Primer Encuentro Nacional. Primer Seminario Latinoamericano. Investigación de la Comunicación*. La Paz (UPS), 154-170.
- Rivadeneira Prada, Raúl. 1991. *Diagnóstico de la incomunicación en Bolivia*. La Paz: Signo.
- . 1999. Debemos construir el derecho de la comunicación. In: *Temas en la Crisis* 55 (April/Mai 1999), 5-10.
- ; Nazario Tirado Cuenca. 1986. *La televisión en Bolivia*. La Paz: Quipus.
- Rodríguez Ostría, Gustavo. 1999. Industria. Producción, mercancías y empresarios. In: Campero Prudencio, Fernando (Hg.). *Bolivia en el Siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea*. La Paz (EDOBOL), 291-304.
- Rojas Ríos, César. 2000. *¿Crisis del periodismo? Fin del periodismo*. Cebem-Online-Bibliothek (La Paz). Aufgerufen am 16. Juli 2001 unter: <http://www.cebem.com/biblioteca/documentos/d-crisisper.htm>.
- Romero Pittari, Salvador. 1996. Sociedad, prensa y acción política. In: *Opiniones y Análisis* (La Paz) 26, 41-51.
- Roy, Tobias. 2000. *Ursachen und Wirkungen der Dollarisierung von Entwicklungsländern. Ein Erklärungsansatz unter besonderer Berücksichtigung Boliviens*. Riese, Hajo & Spahn, Heinz-Peter. Marburg: Metropolis - Studien zur monetären Ökonomie 26.
- RSF. 2000. *Informe anual. La libertad de prensa en la comunidad iberoamericana. Reporter ohne Grenzen*. Aufgerufen am 9. Sept. 2001 unter: <http://www.rsf.org/esp/rap2000/bolivia.htm>.

- Rückel, Roland R. 1975. *Lokalredakteure. Eine vergleichende Rollenanalyse*. Opladen.
- Rühl, Manfred. 1969. *Die Zeitungsredaktion als organisiertes soziales System*. Ronneberger, Franz. Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag - Gesellschaft und Kommunikation 1.
- SAGO. 1989. Die Wahl von Jaime Paz Zamora zum neuen Präsidenten Boliviens. In: *BOLIVIA Sago Informationsblatt* (Berlin) 78 (Juli/August 1989), 16-23.
- Salinas Rivas, Mónica. 1994. *Massenmedien in Bolivien*. Magisterarbeit. Fachbereich Sozialwissenschaften. Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- . 1996. Massenmedien in Bolivien. In: Jürgen Wilke (Hg.). *Massenmedien in Lateinamerika* III. Frankfurt am Main (Vervuert Verlag), 15 - 81.
- Schumacher, Peter. 2001. *Journalisten in Kolumbien. Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis*. Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien Eichstätt: Katholische Universität *Mesa redonda* NF 16.
- Shoemaker, Pamela J.; Stephen D. Reese. 1991. *Mediating the Message. Theories of Influences on Mass Media Content*. New York: Longman.
- SITEL. 2000. *Licencias entregadas. Red pública de difusión de señales TV y video* (unveröffentlichte Liste über Sendelizenzen der Superintendencia de Telecomunicación, Stand:18. Mai 2000). La Paz.
- Soruco Q., Juan Cristóbal. 1999. La información, asunto de todos. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). *El derecho a la información y percepciones sobre instituciones*. FES-ILDIS. La Paz (EDOBOL - Debate Político), 11-73.
- Stephenson, Marcia. 1999. *Gender and Modernity in Andean Bolivia*. Austin, TX: Texas Univ. Press.
- Suárez, Hugo José. 1999. Dilemas religiosos en Bolivia. In: Natasha Loayza Castro/Hugo José Suárez/Rafael Archondo (Hg.). *Subjetividad, dilemas religiosos y medios de comunicación*. PNUD. La Paz (EDOBOL - Cuadernos de futuro 4), 41-103.
- Sussmann, Leonhard R.; Kristen Guida. 2001. Press Freedom Survey 2001. Freedom House. Aufgerufen am 5. Oktober 2001 unter: <http://www.freedomhouse.org/pfs2001/pfs2001.pdf>.
- Tapia, Jaime. 1995. Los pecados mortales de las FM. In: *Común*. Revista de Comunicación y Cultura (La Paz) 2/5 (Aug.-Nov. 1995), 52-53.

- Tapia Mealla, Luis; Carlos F. Toranzo Roca. 2000. *Retos y dilemas de la representación política*. PNUD. La Paz: Cuadernos de futuro 8.
- taz, die tageszeitung. 22. März 2001. Klerikale Missbräuche. Der Vatikan bestätigt Berichte über sexuelle Übergriffe von Priestern auf Nonnen in Afrika. In: *die tageszeitung* (Berlin), 2.
- Téllez-Rivero, Galo. 1998. *Dezentralisierung in Bolivien. Analysen der Dezentralisierungspolitik in Bolivien seit 1994*. Dissertation. Technische Universität Berlin.
- Tórrez R., Yuri. 2000. *Los medios en tiempos de ingobernabilidad. El tratamiento periodístico de la "Guerra del Agua"* (unveröffentlichte Studie). Cochabamba: Universidad Católica Boliviana - Carrera de Comunicación Social.
- Torrico Villanueva, Erick. 1996. Bolivia observa. El nuevo perfil de la prensa. In: *Común. Revista de Comunicación y Cultura* (La Paz) 3/6 (Jan.-April 1996), 28-31.
- . 1999. El negocio sensacionalista en Bolivia. Una lógica que se impone. In: *Punto Cero* (Cochabamba) 5, 4-10.
- ; Antonio Gómez Mallea; Karina Herrera Miller. 1999. *Industrias culturales en la ciudad de La Paz. Estructura y tendencias de los circuitos editorial, fonográfico y audiovisual, y su alcance para la producción nacional. Programa de investigación estratégica en Bolivia*. La Paz: EDOBOL - PIEB.
- Última Hora. 22. Feb. 2000. Periodistas que no cumplan su trabajo serán despedidos de la municipalidad. In: *Última Hora* (La Paz).
- . 25. Feb. 2000: Reyes Villa admite que más de 12 periodistas trabajan en la alcaldía. In: *Última Hora* (La Paz).
- UNDP, United Nations Development Programme. 2001. *Human development report 2001. Making new technologies work for human development*. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Uriona Crespo, María Camila Elena. 1998. *Las agencias nacionales de noticias: Diferencias y similitudes en su cobertura* (Diplomarbeit) Facultad de Ciencias de la Comunicación Social. Universidad Católica La Paz.
- Urquiola, Miguel. 1999. Población y territorio. La distribución de la población en el siglo XX. In: Fernando Campero Prudencio (Hg.). *Bolivia en el Siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea*. La Paz (EDOBOL), 193-217.
- van Linden, Frans; Boris Crespo. 1994. *La radio en Bolivia*. La Paz: F&M Arte Gráfico.

- van Zoonen, Liesbet. 1994. *Feminist Media Studies*. London u.a.: Sage.
- Vargas Vuscanovich, Claudia. 2000. *Water War in Cochabamba and Lessons for the Regulator* (Diplomarbeit). University of Birmingham.
- Vera, Roberto. 2001. *Misicuni: El sabotaje de un gran proyecto*. Cochabamba: ALIAGA.
- Villanueva, Ernesto. 1999. Latinoamérica: El derecho de acceso a la información pública. In: *Chasqui. Revista Latinoamericana de Comunicación* 67 (Sept. 1999), 46-49.
- Virtue, John. 1995. *Los periodistas en los países andinos. Una evaluación del periodismo y la enseñanza de periodismo en Bolivia, Colombia, Ecuador, Perú y Venezuela. Programa Latinoamericano de Periodismo. Escuela de Periodismo y Medios de Comunicación*. Miami: Universidad Internacional de la Florida.
- Viscarra Pando, Gonzalo. 1977. *Prensa y país. Los periodistas en el proceso político y social de Bolivia*. La Paz: CRITICA.
- . 1984. *El 4° poder. Semillero de poetas y escritores*. La Paz: Panamericana.
- von Gleich, Albrecht. 1998. *Poverty reduction strategies. The experience of Bolivia*. Hamburg: HWWA-Report.
- Walden, Ruth. 2000. *Insult Laws: An Insult to Press Freedom. A World Press Freedom Committee Study of more than 90 Countries and Territories*. New York: World Press Freedom Committee.
- Wax, Rosalie H. 1979. Das erste und unangenehmste Stadium der Feldforschung. In: Klaus Gerdes (Hg.). *Explorative Sozialforschung*. Stuttgart, 68ff.
- Weischenberg, Siegfried. 1999. Journalismus unter neuen Geschäftsbedingungen. In: Lothar Rolke/Volker Wolff (Hg.). *Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden*. Wiesbaden (Opladen), 35-48.
- ; Armin Scholl; Martin Löffelholz. 1993. Journalismus in Deutschland. Design und erste Befunde der Kommunikatorstudie. In: *Media Perspektiven* 1, 21-33.
- ; Sievert, Holger. 1998. Deutsche und französische Journalisten(forschung). Probleme und Potentiale international-komparativer Studien in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft - ein empirisches Fallbeispiel. In: *Publizistik* 43/4, 395-410.
- Whitehead, Laurence. 1991. Bolivia since 1930. In: Leslie Bethell (Hg.). *The Cambridge History of Latin America VIII: Latin America since 1930, Spanish and South America*. Cambridge u.a. (Cambridge Univ. Press), 509-583.

- . 2001. High Anxiety in the Andes. Bolivia and the Viability of Democracy. In: *Journal of Democracy* 12/2 (April 2001), 6-16.
- Wolff, Volker. 1999. Medienwirklichkeit im Wandel - einige Schlaglichter. In: Lothar Rolke/Volker Wolff (Hg.). *Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden*. Wiesbaden (Opladen), 23-34.
- Youm, Kyo Ho. 1990. Licensing of Journalists under International Law. In: *Gazette* 46/2, 113-124.
- Zunes, Stephen. 2001. The United States and Bolivia. The Taming of a Revolution, 1952-1957. In: *Latin American Perspectives* 28/5 (Sept. 2001), 33-49.

MESA REDONDA

Neue Folge/Nueva Serie:

1. GINER, Salvador
La Modernización de la Europa Meridional. Una Interpretación Sociológica (März 1995)
2. HOFFMANN, Karl-Dieter
Ökonomischer Fortschritt und soziale Marginalisierung: Die historische Genese des brasilianischen Wachstums- und Entwicklungsmodells. Eine Skizze (November 1995)
3. KOHUT, Karl; Günter MERTINS
Cuba en 1995. Un diálogo entre investigadores alemanes y cubanos (November 1995)
4. LEWIS, Colin M.
The Argentine: from economic growth to economic retardation (1850s-1980s). A review of the economic and social history literature (September 1996)
5. ESSER, Klaus
¿Son competitivos los países latinoamericanos en el mercado mundial? Crecientes desafíos, difíciles respuestas (November 1996)
6. GOETZE, Dieter
Cambios actuales en las relaciones de género en España (Dezember 1996)
7. PRIES, Ludger; Richard REICHEL; Rüdiger ZOLLER
Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz (Februar 1997)
8. BODENMÜLLER, Thomas
El mundo del hampa a través de Quevedo: Análisis de la jácara "Estábase el padre Ezquerra" (Oktober 1997)

9. BERNECKER, Walther L.
De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva (Oktober 1997)
10. HOFFMANN, Karl-Dieter
"Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politisches Institutionengefüge im Dauerstreß (Februar 1998)
11. KOHUT, Karl (ed.)
La recepción de la cultura alemana en América Latina. Cinco visiones (Februar 1998)
12. SCHEERER, Thomas M.
Gramáticas de la memoria. Antonio Muñoz Molina: Beatus Ille (1986) y El jinete polaco (1991) (Oktober 1998)
13. STECKBAUER, Sonja M. (ed.)
La novela latinoamericana entre historia y utopía (September 1999)
14. KOHUT, Karl; María del Carmen BARCIA ZEQUEIRA; Günter MERTINS (eds.)
Cien años de Independencia de Cuba. Vol. I y II (Dezember 1999)
15. MANSILLA, H. C. F.
Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika. Eine neue Ideologie der Staatsbürokratie und der herrschenden Eliten? (Juni 2000)
16. SCHUMACHER, Peter
Journalisten in Kolumbien. Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis (Mai 2001)
17. GEBHARDT, Thomas
Journalismus in Bolivien. Einflüsse auf Medieninhalte: Fallstudie zur Berichterstattung über die Wasserprivatisierung in Cochabamba (Oktober 2002)



